

THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Kosellecks europäisches Nachleben

Steinmetz, Willibald/Freeden, Michael/
Fernández-Sebastián, Javier (Hrsg.): *Conceptual History in the European Space*, 311 S.,
Berghahn, Oxford/New York 2017.

Wenngleich nicht in jedem eigens genannt, eint alle Beiträge des vorliegenden Bandes eine zentrale Reverenz: Als argumentativer Ausgangspunkt, in dezidiert Abgrenzung oder modifizierter Weiterentwicklung spricht als *spiritus rector* stets mittelbar Reinhart Koselleck mit. Und dies ist vor allem deshalb von Bedeutung, da dieser Band nicht für sich allein steht, sondern als erster Band der neu initiierten Reihe „European Conceptual History“ programmatisch angelegt und bestrebt ist, Begriffsgeschichte als ein originär national konfiguriertes Forschungsfeld räumlich wie zeitlich zu öffnen und einer konzeptionellen Neubestimmung zu unterziehen.

Die Herausgeber entwerfen daher im Zwiegespräch mit Koselleck ein anspruchsvolles Forschungsprogramm. Willibald Steinmetz und Michael Freeden legen dazu einleitend die Vision der Reihe dar, die in einem Ausblick noch um eine konkrete Agenda ergänzt wird. In zweifacher Abgrenzung von der Begriffsgeschichte Koselleck'scher Couleur werden zunächst die beiden Koordinaten bestimmt, zwischen denen sich das Feld dieses Bandes und der Reihe aufspannt: Begriffe und Europa. Hinsichtlich der Begriffe akzentuieren die Verfasser gegenüber dem semantischen Gehalt von Begriffen und dessen Wandel, wie sie wegbereitend in den „Geschichtlichen Grundbegriffen“ untersucht wurden, die Praxis von Begriffsbildungen und deren performativen Einsatz in „linguistic space[s]“ (S. 8). Mit Europa – ‚einer‘, nicht ‚der‘ Region in der Welt – wählen

sie eine mittlere Ebene, die die oftmals noch national(sprachlich) konfigurierte Begriffsgeschichte weiten soll, ohne dabei unmittelbar in der Dimension des vagen Globalen an Prägnanz zu verlieren. Und mit dieser europäischen Skala, die vergleichende, supra- und subnationale Ansätze ermöglichen soll, wird zugleich die Koselleck'sche „Sattelzeit“ provinzialisiert, indem eine Perspektive der *longue durée* vom Mittelalter bis in die Gegenwart des 21. Jahrhunderts angestrebt wird. Ausgehend von diesen Rahmensetzungen möchte die Reihe damit laut Javier Fernández-Sebastián zu Selbstreflexion und -kritik im Hinblick auf die von uns verwandten „conceptual lenses and filters“ (S. 294) anregen und damit explizit über binnenwissenschaftliche Diskurse hinausreichen und in politisch-kulturelle Gegenwartsbestimmungen hineinwirken.

Als Fundament dieses ambitionierten Programms werden Raum und Zeit als zentrale Dimensionen in ihrer Bedeutung für begriffsgeschichtliche Fragestellungen erörtert. Helge Jordheim plädiert dabei für einen Fokus auf begriffliche Asynchronitäten in Semantik und Pragmatik, um dadurch die Hybridität sprachlicher Transformationen adäquat fassen zu können und Begriffe als „tools of synchronization“ (S. 57) lesbar zu machen. Höher skaliert nähert sich Willibald Steinmetz der grundsätzlichen Frage nach „temporal frameworks“ und schlägt vor, die singuläre „Sattelzeit“ konzeptionell aufzuschnüren und in eine Pluralität von „Sattelzeiten“ (S. 67) aufzulösen, um dadurch die Betrachtung einer historischen Verdichtungsphase in die mikrodiachrone Untersuchung wellenförmiger Begriffskonjunkturen zu überführen. Diese temporale Standortbestimmung wird um eine räumliche ergänzt. Jani Marjanen entwirft dazu das Programm einer transnationalen Begriffsgeschichte, die er zwischen dem „provincial particularism“ national orientier-

ter Forschung und dem „ignorant universalism“ politischer Philosophie ansiedelt und die sich „spatial dynamics“ (S. 143) zu widmen habe. Nicht dem über-, sondern dem subnationalen Rahmen wenden sich demgegenüber Diana Mishkova und Balázs Trencsényi zu, indem sie anhand von südosteuropäischen Mesoregionen die räumliche Codierung von Begriffen problematisieren. Damit streben sie an, reifizierte Raumbegriffe zu historisieren und zugleich die regionalen Implikationen von Begriffen sichtbar zu machen. Diese Anregungen zur kritischen Reflexion begrifflich gebundener Raumvorstellungen werden anhand zweier Fallbeispiele fortgeführt. Während Victor Neumann das relationale, hybride Verhältnis von Zentrum und Peripherie im Hinblick auf die Durchsetzung aufklärerischer Ideen in Zentral- und Osteuropa verhandelt, stellt Henrik Stenius mit schwedisch-finnischem Fokus die Frage nach Partikularität und Universalität von Begriffen überzeugend unter Rückgriff auf die Idee einer zwischen beiden liegenden „Trichterzeit“ (S. 266).

Dergestalt räumlich wie zeitlich konturiert, werden konzeptionell-methodische Aspekte thematisiert. Jörn Leonhard schlägt zur Überwindung (national-)historiographischer Masternarrative Erfahrungen vor, deren begriffsgebundene Traditions- wie Erwartungsgelalte zu vergleichen seien. Unmittelbar daran schließt László Kontler an, indem er Übersetzungsprozesse als Sonden erörtert, anhand derer semantische Verschiebungen und die zugrunde liegenden diskursiven Strukturen sichtbar gemacht werden können. Schließlich widmen sich zwei Beiträge dem Kern begriffsgeschichtlichen Arbeitens: der sprachlich-kommunikativen Dimension. Kari Palonen verweist dazu auf die Sprechakte selbst und legt den Fokus auf die Fluidität von Begriffsbildung und -verwendung

im mündlichen Gebrauch, was Freeden am Beispiel des rhetorischen Einsatzes von Ideologien fortführt und die kommunikative „patina“ (S. 132) von Begriffen unterstreicht.

Dass von Reinhart Koselleck angeregte Ansätze auch über zehn Jahre nach seinem Tod nicht zu Ende gedacht, sondern lebendiger denn je sind, dafür ist der vorliegende Band eindrucklicher Beleg. Indem sie nicht nur die Frage nach Europa und dem Beitrag begriffsgeschichtlichen Arbeitens ernst nehmen, sondern sich auch intensiv aufeinander beziehen – so etwa hinsichtlich der Idee der „Sattelzeiten“ oder der regionalen Dezentralisierung –, sprechen aus den einzelnen Beiträgen zwar viele, aber eben nicht isolierte Stimmen. Angesichts der kompositorischen Harmonie liest sich dieser Entwurf einer europäischen Begriffsgeschichte insgesamt als anregendes Gespräch, dem nachdrücklich eine kontroverse Fortsetzung zu wünschen ist.

Mannheim

Sina Steglich

Was ist Globalgeschichte?

Conrad, Sebastian: What Is Global History?, 312 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2016.

In den letzten zwei Jahrzehnten war Sebastian Conrad maßgeblich daran beteiligt, der Globalgeschichte ihren Weg in die deutsche Historiographie zu bahnen. In seiner Habilitation hat er das Verhältnis von Nation und Globalisierung im Kaiserreich untersucht. Seit 2007 hat er zahlreiche Bände in der Reihe „Globalgeschichte“ mitherausgegeben. Nach der 2013 von ihm verfassten deutschsprachigen Einführung in die Globalgeschichte hat er nun ein weiteres Buch vorgelegt, welches das Selbstverständnis von Globalgeschichte erläutern und profilieren soll.

Gegenüber dem einführenden Buch von 2013 ist der hier zu besprechende englischsprachige Titel erheblich stärker auf den Umgang mit grundlegenden Kategorien und Konzepten zugeschnitten. Gewiss findet sich in dem Buch vieles, was Leserinnen und Lesern globalgeschichtlicher Texte bereits geläufig ist. Das gilt etwa für die Zeiterfahrungen der 1990er Jahre, die mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Internet, gesteigener transkontinentaler Mobilität, einem weiteren Entwicklungssprung internationaler Finanzwirtschaft und dem Topos vom Aufstieg Asiens das Bewusstsein für weltumspannende Zusammenhänge schärften, die fortan unter dem Schlagwort der Globalisierung verhandelt wurden und den Anlass für Globalgeschichtsschreibung schufen. Es gilt ebenso für die aus Conrads Arbeit über das Kaiserreich bekannte Thematik von Globalität als Kontext von Nationsbildung, die auch in „What Is Global History?“ ausführlich erläutert wird.

Der Gewinn des Buches liegt eindeutig in der abgeklärten Umgangsweise mit fundamentalen methodischen Fragen. Sehr überzeugend sind die Ausführungen zur Unterscheidung der Globalgeschichte von verwandten wie zugleich konkurrierenden Formen der Geschichtsschreibung: vergleichende Geschichte, transnationale Geschichte, Theorie des Weltsystems, postkoloniale Ansätze und das Konzept multipler Moderne.

Wie kann Globalgeschichte Stärken dieser Richtungen aufgreifen und sich zugleich von ihnen unterscheiden? Hier gelingen Conrad Antworten, die über bisherige Imperativa der Globalgeschichte – Überwindung einer containerhaften Nationalgeschichte und des Eurozentrismus sowie Betonung von Relationalität und Konnektivität – hinausgehen. In „What Is Global History?“ stellt Conrad eine strukturell signifikante Integrati-

on in den Mittelpunkt seiner Argumentation. Ein einzelner Transfer, ein transkontinentaler Handelsweg, eine individuelle Reise und eine diplomatische Aktion zwischen zwei Staaten begründen noch keine Globalgeschichte. Wiederholte Interaktionen, die in Wandlungen unterworfenen Muster ausbilden, die kausal als strukturelle Transformation wirken und zugleich stets neu von Akteuren ausgebildet werden, erhebt Conrad zu einer zentralen Kategorie von Globalgeschichte.

Diese Argumentation ist nicht ohne Risiken. Sie läuft Gefahr, Jürgen Osterhammels Definition von Globalgeschichte als Interaktion in weltumspannenden Systemen zu wiederholen, ohne ihr etwas Neues hinzuzufügen. Sie birgt auch die Möglichkeit eines Zirkelschlusses in sich, bei dem entgegen anderslautender Beteuerung letztlich doch die Globalisierung seit den 1970er Jahren maßstabsetzend wirkt und Globalgeschichte auf eine Legitimationswissenschaft der letzten Globalisierung zusammenschrumpft. Conrad umschiffet diese Klippen, indem er den Begriff der globalgeschichtlich relevanten Integration und strukturellen Transformation analytisch auffächert und mit historischer Plastizität anreichert. Dabei nimmt Conrad Technologien, Imperien, Ökonomie, Kultur sowie Biologie und Ökosysteme in den Blick. Dies führt zu einer zeitlich tiefen Staffelung, die das 16. Jahrhundert und die 1880er Jahre als wichtige Schwellen globaler Integration profiliert. Hier entgeht Conrad der Falle, Globalgeschichte trotz des Fokus auf strukturelle Transformation zu einer historischen Legitimationswissenschaft der jüngsten Globalisierung zu machen.

Wer sich für globalgeschichtliche Ansätze in der Historiographie interessiert, sollte dieses Buch nicht nur im Bücherregal stehen, sondern unbedingt auch gelesen haben.

Bonn

Martin Aust

Globalgeschichte von unten

Burton, Antoinette/Ballantyne, Tony (Hrsg.): *World Histories From Below. Disruption and Dissent, 1750 to the Present*, 256 S., Bloomsbury, London/New York 2016.

Während sich der Ansatz einer ‚Geschichte von unten‘ in der britischen und amerikanischen Geschichtswissenschaft seit den 1960er Jahren einer großen Beliebtheit erfreut und auch im akademischen Betrieb etablieren konnte – beispielhaft sei hier auf Howard Zinns auflagenstarkes „A People’s History of the United States“ verwiesen – hatte das Projekt einer Geschichtsschreibung aus der Perspektive der ‚einfachen Leute‘ in Deutschland stets einen schweren Stand. Dass hierzulande schon Edward P. Thompsons Pionierwerke wie „The Making of the English Working Class“ auf Unverständnis und Ablehnung stießen, kann nicht nur dem Konservatismus der deutschen Historikerschaft angelastet werden. Denn auch bei dezidiert linken und marxistischen Historiker_innen überwog lange die Skepsis gegenüber der Idee einer Volksgeschichte, die als kritisches Korrektiv und demokratisches Gegen-narrativ dem ‚offiziellen‘ Geschichtsbild der Eliten entgegengestellt werden sollte. Neben dem deutschen Hang zu parteigebundenen politischen Institutionengeschichten und zur Soziologisierung der Sozialgeschichte bestanden gerade in der Linken auch erhebliche Bedenken gegenüber unkritisch-romantisierenden Identifikationstendenzen und der Gefahr einer homogenisierenden und apologetischen Schwarz-Weiß-Malerei, denen eine Geschichtsschreibung ‚von unten‘ leicht verfallen kann. Dass diese Perspektive dennoch gerade für eine moderne globalgeschichtlich ausgerichtete Geschichtswissenschaft unverzichtbar ist, hat sich allerdings insbesondere in den jüngeren Diskussionen um die europäische Kolonialgeschichte und die Notwendigkeit

der Einbeziehung subalternen Stimmen und marginalisierter Erfahrungen gezeigt. Einen Versuch, die enge innere Beziehung zwischen „the experience of the downcast, the marginal, the exploited“ (S. 3) und Weltgeschichte – hier verstanden als transnationale „encounters, exchanges, and entanglements that link human communities“ (S. 2) – programmatisch zu bestimmen, übernimmt der von Antoinette Burton und Tony Ballantyne herausgegebene Sammelband „World Histories from Below. Disruption and Dissent, 1750 to the Present“. Insgesamt wird der Band diesem Anspruch nur bedingt gerecht.

In ihrer Einleitung werfen die Herausgeber_innen zunächst einen kritischen Blick auf die Defizite der älteren ‚Geschichte von unten‘, die noch von einem nationalbornierten Blickwinkel, Andro- und Eurozentrismus sowie allgemein der Abwesenheit von Frauen und Minderheiten geprägt war. Zugleich stellen sie heraus, dass sie unter ‚Geschichte von unten‘ keine allein auf das Widerständige und Utopisch-Transzendierende gerichtete ‚Geschichte der Revolten‘ verstehen, sondern auch Konformität, Konsens und „deep deference“ (S. 6) zu ihren Untersuchungsgegenständen erklären. Hierbei und in ihrer Ambition ‚Geschichte von unten‘ in einem Dialog mit der Tradition einer materialistischen Sozialgeschichte zu formulieren, in der ‚oben‘ und ‚unten‘ keinen Vektoren markieren, sondern ein komplexes Kräftefeld abbilden, bewegt sich der Band in den Fußstapfen Thompsons. Ziel ist demnach nicht die unkritische Glorifizierung des vermeintlichen Heroismus der ‚einfachen Leute‘. Vielmehr sollen ihre subjektive Handlungsmächtigkeit und Gestaltungskraft angesichts der Zwänge anonymer sozialer Prozesse und überkommener gesellschaftlichen Strukturen ausgeleuchtet werden. Paradigmatisch formulieren die Herausgeber_innen: „If world history is typically the horizontal view, emphasizing connections, encounters, and various forms of

interdependence, the approach from below reminds of the vertical axis of power relations“ (S. 4). Dem westlichen Geschichtsbild einer zwangsläufigen kapitalistischen Globalisierung und „gnadenlos integrativen kolonialen Moderne“ (S. 8, Übersetzung des Originals), wollen die Autor_innen nicht eine ebenso triumphalistische Widerstandsgeschichte entgegensetzen. Vielmehr geht es ihnen um die subalternen Einschreibungen in den historischen Verlauf und dessen Friktionen, „die nicht eine Welt radikaler Gleichheit und indigener Souveränität“ (ebd.) erschufen, sondern den Herrschenden weltweit und den weltweit Herrschenden ein widerspenstiges Terrain bescherten. Die Einzelbeiträge behandeln dann mit den Themen „Modern Political Revolutions“ (M. J. Maynes/A. Walter), „Anti-colonial movements“ (H. Streets-Salter), „Insurgent Citizenships“ (E. M. Ford), „Body politics, Sexualities, and the ‚Modern Family‘“ (D. Gosh), „Religion in the Modern World“ (T. Ballantyne), „Global Mobilities“ (C. Anderson) und „The Anthropocene from Below“ zentrale und aktuell politisch relevante Themen der Globalgeschichte. Da es sich allerdings um zeitlich und räumlich äußerst weitgespannte Überblicksartikel handelt, bleibt manches zu skizzenhaft und analytisch vage. So unternimmt etwa der Beitrag über Revolutionen auf 36 Seiten eine *tour de force* von 1789 bis zur deutschen Wiedervereinigung, Occupy und dem Arabischen Frühling inklusive Abschnitten zu Indien, China (seltsamerweise ohne Erwähnung des Maoismus), und dem Maji-Maji-Aufstand in Ostafrika, was den Erkenntnisgewinn eher schmälert. Marcus Rediker, der führende amerikanische Vertreter einer globalen ‚Geschichte von unten‘, formulierte einmal treffend: „All good storytellers tell a big story within a little story.“

Mannheim

Dominik Nagl

Globale Geschichte der Arbeit

Eckert, Andreas (Hrsg.): *Global Histories of Work*, 367 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2016.

Die Globalgeschichte der Arbeit im Kapitalismus hat jüngst mit Sven Beckerts „*Empire of Cotton*“ (2014) ihren ersten Bestseller hervorgebracht. In diesem Zusammenhang erscheint es folgerichtig, dass nun der erste Band einer neuen Schriftenreihe zur Geschichte der Arbeit aus globaler Perspektive erschienen ist. Dieser von Andreas Eckert herausgegebene Band stellt Beiträge zu unterschiedlichen Aspekten des Themas zusammen, die größtenteils in den letzten zehn Jahren erschienen sind. Das sinnvolle Ziel der Publikation besteht darin, Studierenden und Forscher_innen aus anderen Bereichen eine Einführung in die zentralen Debatten des inzwischen etablierten Forschungsfeldes zu bieten. Dabei überwiegen geschichtswissenschaftliche Beiträge, ergänzt von einigen konzeptionellen sozialwissenschaftlichen Aufsätzen.

Bereits in Eckerts kenntnisreicher Einleitung wird klar, dass die Globalgeschichte auch für Forschungen zur europäischen Geschichte der Arbeit wichtige Anregungen gibt, indem sie einige zentrale Kategorien infrage stellt. Eine Reduzierung der Geschichte der Arbeit auf die Geschichte der Lohnarbeit erscheint ebenso problematisch wie eine zu einfache Gegenüberstellung von freien und unfreien Formen von Arbeit. Die einzelnen Beiträge gehen von sehr unterschiedlichen methodischen Überlegungen aus, wobei einer Re-Lektüre von Karl Marx und dem Bezug auf Michel Foucault der größte Einfluss zukommt.

Mit Marcel van der Linden führt einer der profiliertesten Experten des Feldes aus, welche Gewinne mit der globalen Perspektive einhergehen. Mit Blick in die Kolonien wird zum einen deutlich, dass Mischformen

zwischen Lohnarbeit und Sklaverei vorherrschend waren. Zum anderen wird die enge Beziehung der Geschichte der europäischen Lohnarbeit, die selbst noch lange Zeit in gebundenen Formen auftrat, zur unfreien Arbeit in den Kolonien deutlich. Van der Linden entwickelt folglich ein Konzept der Arbeiterklasse, das nicht auf die Kategorie der freien Lohnarbeit rekurriert. Die basale Gemeinsamkeit der Angehörigen dieser Klasse bestehe auf der Erfahrung einer wirtschaftlichen Ausbeutung innerhalb einer Arbeitsbeziehung und im Warencharakter der eigenen Arbeitskraft.

In ähnlicher Abwendung von einer Nationalgeschichte arbeiten auch Philip Bonner, Jonathan Hyslop und Lucien van der Walt heraus, dass die transnationale Perspektive allein deshalb notwendig sei, weil zum Teil engere Beziehungsgeflechte zu Regionen anderer Staaten bestanden als zum jeweils eigenen nationalen Hinterland. In ihrem Kontext bedeutet dies konkret, keine Geschichte der Arbeit Südafrikas, sondern des südlichen Afrikas zu schreiben. Gopalan Balachandrans Beitrag über indische Seefahrer auf britischen Schiffen zeigt ein weiteres Versäumnis der alten Arbeitergeschichte auf: Deren Kategorien hätten schlicht keinen Platz für die Untersuchung dieser Seeleute geschaffen, weil sie weder einer Klasse noch einer Nation hätten zugeordnet werden können.

Mehrere Texte des Bandes widmen sich der Untersuchung unfreier Formen von Arbeit. Bei Christian G. De Vitos und Alex Lichtensteins Studie zur Gefangenearbeit ermöglicht es der lange Untersuchungszeitraum, die Rolle der Gefangenearbeit beim Übergang zur Moderne herauszuarbeiten, statt wie üblich gängige Modernisierungskonzepte dem eigenen Untersuchungsgegenstand überzustülpen. Sidney Chalhoub weist die Vorstellung zurück, dass die offizielle Abschaffung der Sklaverei in Brasilien im 19. Jahrhundert

den Übergang zur Freiheit markiert habe. Vielmehr prägte eine Ambivalenz von Freiheit und Unfreiheit noch sehr lange die Arbeitsbeziehungen in Brasilien. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Alessandro Stanziani in Bezug auf die russische Leibeigenschaft: Nicht nur existierten freie und unfreie Formen der Arbeit bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nebeneinander; sie glichen sich auch in vielen Formen ausgesprochen stark.

Alf Lüdtke und Gerd Spittler betonen in ihren jeweiligen Beiträgen den wichtigen Stellenwert des arbeitenden Subjekts als Forschungsgegenstand. Lüdtke zeigt auf, inwiefern alltagsgeschichtliche Ansätze ein wichtiges Antidot zur großen Erzählung von der vermeintlich erfolgreichen Unterjochung des Arbeiters durch die Maschine darstellten. Lüdtkes Arbeiter_innen bleiben stets individuelle Akteure mit einer jeweils eigenen – wenn auch niemals völlig freien – Aneignung technisierter Arbeitsprozesse. Spittlers konzeptioneller Beitrag lässt sich gut daran anschließen. Er kritisiert ein rein technisches Verständnis der Arbeit und betont ihren Charakter als Interaktion zwischen Subjekten. Damit verbindet Spittler das wichtige Plädoyer, nicht auf der Diskursebene stehen zu bleiben, sondern Handlungen und Praktiken im Arbeitsleben nachzuspüren. In diesem Sinne spricht sich Kathie Weeks in ihrem Text dafür aus, das *doing gender* am Arbeitsplatz stärker zu untersuchen.

Ein weiterer wichtiger Strang des Sammelbandes besteht in Studien zum informellen Sektor. Prabhu Mohapatra kann den paradoxen Zusammenhang aufzeigen, dass der koloniale Staat eine wichtige Rolle bei der Etablierung informeller Arbeitsbeziehungen in Indien spielte. Diese seien auch nicht wie in der üblichen Definition als Abwesenheit von formalen Beziehungen zu verstehen, sondern zeichneten sich durch eine Tendenz zur Privatisierung von Regelungen aus. Rina Agarwalas Beitrag untersucht derartige Ar-

beitsbeziehungen in der jüngsten Vergangenheit des neoliberalen Indiens. Interessant ist dabei vor allem die Verschiebung der Strategien: Die informell Beschäftigten stützten sich in ihrem Kampf nicht auf die Rhetorik der Arbeiterbewegung, sondern auf eine allgemeine Menschenrechtsrhetorik. Michael Denning kann überzeugend aufzeigen, inwiefern die alten Kategorien Lohnarbeit und Arbeitslosigkeit nicht für eine globale Geschichte der Arbeit hinreichen: In den Favelas des globalen Südens ist das Leben ohne Lohneinkünfte seit Langem eine übliche Existenzweise.

Eckerts Sammelband „Global Histories of Work“ bietet eine sinnvolle Zusammenstellung verschiedener Ansätze eines wachsenden Forschungsfeldes. Er fängt aktuelle Debatten auf und kann als hilfreiche Einführung in die globale Geschichte der Arbeit genutzt werden.

Hamburg

Karsten Uhl

Globalgeschichte von Zivilität und Emotion

Pernau, Margrit u. a.: Civilizing Emotions. Concepts in Nineteenth Century Asia and Europe, 368 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.

Der von Margit Pernau und Helge Jordheim herausgegebene Band „Civilizing Emotions“ hat sich Großes vorgenommen – und es erreicht. Das Ergebnis ist ein intellektuell sehr anregendes, aber auch sehr komplexes Buch, das Lesern und Leserinnen eine große Bandbreite an thematischen, konzeptuellen und kulturellen Erkenntnissen liefert.

Das Grundanliegen der Herausgeber ist es, die enge Verbindung der Konzepte Zivilisation, Zivilität und Emotionen in einer globalen Perspektive aufzuzeigen: „[W]e are looking at the interface between emotions and civilization, understood as the process through which civility is brought forth, from a historical and global perspective“ (S. 3).

Sie legen den Fokus auf die Zeit zwischen 1870 und 1920 und die Beiträge decken vier Regionen (Europa, Naher Osten, Südasien und Ostasien) und insgesamt 13 Sprachen ab. Wie die Herausgeber im Vorwort erläutern, gab und gibt es in vielen Zeiten und Kulturen das Verständnis, dass Gruppen sich durch kulturelle und moralische Exzellenz unterscheiden (zu nennen ist hier das Beispiel der Beduinen in der arabischen Geschichte im Beitrag von Orit Bashkin). Sie machen aber einen „fundamental shift“ (S. 4) durch die schottischen Aufklärer aus, deren Einfluss durch die imperialen Mächte über Europa hinaus wirkmächtig und zu einer globalen Ordnung wurde: Zivilität wurde nun nicht mehr als ein Ist-Zustand, sondern als Ergebnis eines Zivilisierungsprozesses verstanden, dessen verschiedene Stufen durch ökonomische und politische Entwicklung, aber auch durch besondere Gefühle gekennzeichnet waren. Der Unterschied zwischen Zivilisation und Barbarei, der nun durch die kolonialen Entdeckungen im globalen imperialen Kontext verbreitet wurde, traf dort auf relativ wenig Widerstand, weil es schon früher ähnliche nicht-europäische Diskurse gab. Das zeigen auch die Beiträge von Einar Wigen zum Osmanischen Reich, von Bashkin zum Nahen Osten oder von Pernau zu den nordindischen Urdusprechern. So gab es lokalen Protest eigentlich nur bezüglich des Platzes in der ‚Weltordnung‘, den eine Gesellschaft zugesprochen bekam, oder bezüglich der spezifischen Emotionen und Verhaltensweisen als Indikator der Zivilisierung, wie die Studien von Mohinder Singh zum Hindi-Diskurs und von Angelika C. Messner zu China belegen.

Das Innovationspotenzial ihres Bandes begründen die Herausgeber auch zu Recht damit, dass die bisherige Forschung sich vor allem auf europäische Sprachen konzentriert hat, zwar auch die Interaktion zwischen diesen berücksichtigt, aber kaum außerhalb Europas

geschaut hat und außerdem nur wenig im 19. und frühen 20. Jahrhundert untersucht hat.

Demgegenüber will dieser Band erstens über Europa hinausgehen, da man nur in dieser Dimension die Entstehung und Entwicklung der Kategorien ‚Zivilisation‘ und ‚Barbarei‘ verstehen könne; hier erscheint ihnen die Zeit zwischen Hochimperialismus in den 1870ern Jahren und Ende des Ersten Weltkrieges besonders virulent. Zweitens wollen sie die Interaktion zwischen Sprachen und Regionen betonen – besonders zwischen verschiedenen nicht-europäischen Regionen.

Diese „Multidirektionalität“ (S. 6) ist überaus gelungen. Der Band löst den globalen Anspruch ein, bringt Beiträge aus westlichen und nicht-westlichen Kontexten, von denen viele sehr spannende transregionale und transnationale Verbindungen über die eigene Region hinaus zeigen. Außerdem kristallisieren sich bei der Lektüre aller Artikel in der Gesamtschau globale Ereignisse heraus, die in vielen kulturellen Kontexten wirkmächtig wurden. Dazu gehört zum Beispiel der große Einfluss des japanischen Sieges über Russland 1905 auf das Denken über Zivilisation in Japan selbst (siehe den Beitrag von Oleg Benesch), aber auch in Korea (siehe den Beitrag von Park Myoungkyu), Indien (siehe den Beitrag von Mohinder Singh), Bengalen (siehe den Beitrag von Rochona Majumdar) oder den arabischen Gesellschaften (siehe den Beitrag von Bashkin). Interessant sind weiterhin die vielen Parallelen, die die Beiträge aufzeigen, wie beispielsweise das Auftauchen biologischer Elemente, in den Diskursen inspiriert vom Sozialdarwinismus (siehe die Beiträge von Jordheim zu Skandinavien, Pernau zu Großbritannien, Emmanuelle Saada zu Frankreich, Pernau zu Urdu und Messner zu China) oder die Bedeutung von Natur (siehe die Beiträge von Jordheim zu Skandinavien, Christian Bailey zu Deutschland und Bashkin zum Nahen Osten).

Die Herausgeber legen ihre These, die Kontrolle von Emotionen sei ein fundamentaler Bestandteil des Zivilisierungsprojektes gewesen, sehr überzeugend dar. Die Beiträge von Pernau zu Großbritannien und Myoungkyu fokussieren besonders diese zentrale Rolle von Emotionen; allerdings gehen nicht alle Beiträge auf die These der Herausgeber ein. Vielleicht hätte die Frage von Zivilisation und Zivilität als Fokus des Bandes schon ausgereicht. Auch wenn sich die einzelnen Beiträge bemühen, jenseits der Höhenkammliteratur nach Stimmen aus den jeweiligen kulturellen Kontexten zu suchen, sind viele Quellen schließlich doch normativ (Wörterbücher, Ratgeber) oder einer gebildeten Elite (Zeitungen etc.) vorbehalten, sodass hier zu fragen wäre, ob es sich mehr um Emotionserziehung als Emotionen handelt, die die Forscher aufspüren konnten. Hier hätte eine stärkere Beachtung der Gender-Dimension (diese ist vor allem in Mana Kias Beitrag zu Persien zu finden) hilfreich sein können.

Insgesamt handelt es sich um einen bemerkenswert kongruenten Sammelband. Die einzelnen Studien sind oft sehr detailbezogen, aber von großem Interesse für alle, die sich entweder für eine spezifische Region oder für ein differenziertes und globales Bild von Zivilisation und Zivilisierung im 19. und frühen 20. Jahrhundert interessieren.

Mainz

Esther Möller

Das neue Zeitalter der Globalisierung

Baldwin, Richard: The Great Convergence. Information Technology and the New Globalization, 344 S., Harvard UP, Cambridge, MA/ London 2016.

Die Quintessenz dieses interessanten Buches findet sich auf der letzten Seite: Die treibende Kraft des Globalisierungsprozesses war bis ins späte 20. Jahrhundert ein massiver

Rückgang der Kosten für den Transport von Gütern, ermöglicht zunächst durch die Dampfmaschine. Diese treibende Rolle übernahm seit den 1990er Jahren die ‚Revolution‘ in der Informations- und Kommunikationstechnologie, welche die Kosten der Verbreitung von Ideen dramatisch senkte. Die Überwindung des dritten Hindernisses im Globalisierungsprozess, die Kosten für den Transport von Personen, steht noch aus: „In the future, the main driver may be the transformative reductions in the cost of telepresence and telerobotics triggered by the virtual presence revolution“ (S. 301). Doch zunächst gilt es die Gegenwart zu verstehen, für die Richard Baldwin den Terminus „Neue Globalisierung“ benutzt.

Baldwin, ein Schüler von Paul Krugman, ist Professor für Internationale Wirtschaft in Genf und Direktor des Centre for Economic Policy Research in London. Als Wirtschaftswissenschaftler ignoriert er zwar keineswegs die Erkenntnisse der einschlägigen wirtschaftshistorischen Forschung, doch ist er vor allem an den ganz großen Linien interessiert. Den Globalisierungsbegriff benutzt er ohne erkennbare Skrupel, wenn er die Globalisierung in vier Phasen einteilt: 200.000 bis 10.000 vor Christus – „humanizing the globe“ –, 10.000 vor Christus bis 1820 – „localizing the global economy“ –, 1820 bis circa 1990 – „globalizing local economies“ – und 1990 bis in die Gegenwart – „globalizing factories“ (S. 18f.). Die erste Phase handelt er auf drei Seiten ab, die zweite, deren Beginn er mit der Revolution im Agrar- und Ernährungswesen erklärt (bes. S. 24–27), auf immerhin gut 20 Seiten. Der dritten Phase, der Entstehung der ‚modernen Welt‘, geprägt von Durchbrüchen in der Transporttechnologie und damit einem enormen Anstieg des Außenhandels, widmet er 30 Seiten. In diesem Zeitraum ereignete sich, was der Historiker und Sinologe Kenneth Pomeranz und andere *Great Divergence* nannten, also das wirtschaftliche Auseinanderdriften – ver-

einfacht gesagt – ‚des Nordens‘ oder der heutigen G7 und der ‚alten Zivilisationen‘ im ‚Süden‘. Mit anderen Worten: Der ‚Norden‘ erlebte eine rasche Industrialisierung und Urbanisierung, der ‚Süden‘ eine Deindustrialisierung (S. 55–63).

Baldwins Hauptaugenmerk gilt indes der vierten und gegenwärtigen Phase der Globalisierung, in der er eine Umkehrung der Industrialisierungs- beziehungsweise Deindustrialisierungstrends diagnostiziert und für deren Analyse er die restlichen gut 220 Seiten des Buches verwendet. Ausführlich und anhand konkreter Beispiele beschreibt er die Informations- und Kommunikationsrevolution und deren Auswirkungen etwa auf die Entwicklung des Handels oder der Armut. Eines der entscheidenden Merkmale sieht er in der Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsschritte in Niedriglohnländer: „Globalization was transformed by this North-South offshoring since advanced know-how accompanied the offshoring stages of production. It is these new knowledge flows that put the ‚New‘ in the New Globalization“ (S. 109). Alles in allem zeichnet er ein optimistisches Bild der Globalisierung, deren Schattenseiten er allenfalls streift. Und er geizt auch nicht mit Ratschlägen, wie beispielsweise die G7-Länder auf die Herausforderungen der „neuen Globalisierung“ reagieren sollten – nämlich indem sie anstatt der Jobs die Arbeiter schützen und ihnen helfen sollten, sich den neuen Erfordernissen anzupassen (S. 237). Wie das konkret zu bewerkstelligen wäre, verrät er allerdings nicht.

Die Stärke des Buches liegt in der Konzentration auf die großen Entwicklungslinien, der argumentativen Anbindung an die einschlägigen wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftshistorischen Forschungsdiskurse und der didaktisch überzeugenden, übersichtlichen Präsentation der wichtigsten Befunde, etwa durch zahlreiche Abbildungen und farblich abgesetzte Zusammenfassun-

gen. Insbesondere jene Historiker, die nach der tatsächlich neuen Qualität der gegenwärtigen Globalisierung fragen, werden von Baldwins Buch profitieren. Kritisch anzumerken bleibt die Vernachlässigung der kulturellen und institutionellen Dimensionen der Globalisierung. Welche Rolle beispielsweise Religionen oder Rechtssysteme spielten – darüber hätte man von dem so pointiert formulierenden Autor gerne mehr erfahren.

München

Werner Bühner

„Osterweiterung“ der postkolonialen Forschung

Domdey, Jana/Drews-Sylla, Gesine/Golabek, Justyna (Hrsg.): Another Africa? (Post-)Koloniale Afrikaimaginationen im russischen, polnischen und deutschen Kontext, 409 S., UV Winter, Heidelberg 2017.

Die *postcolonial studies* haben ‚Afrika‘ als Projektionsfläche für europäische Alteritätsdiskurse und kulturelle Repräsentationen in den letzten 20 Jahren prominent platziert. Vergleichsweise wenig hinterfragt wurde in diesem Zusammenhang allerdings, dass sich entsprechende Studien in erster Linie auf das Erfahrungs- und Diskursrepertoire westeuropäischer Kolonialmächte beziehen beziehungsweise postkoloniale Theorie sich immer noch weitgehend als Resultante anglophoner Forschungsdiskussionen darstellt. Diese Problematik nehmen die Herausgeberinnen und Autor_innen des vorliegenden Bandes zum Ausgangspunkt ihrer Zielsetzung, das postkoloniale Forschungsparadigma in regionaler und komparativer Hinsicht weiter aufzufächern. Hierfür nehmen sie diskursive Dispositive und Imaginationen bezüglich Afrikas in den Blick, wie sie seit dem 19. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa (Deutschland, Polen) sowie Russland generiert und tradiert worden sind. Wie sich dies in verschiedenen literarischen

Genres und filmischen Produktionen jeweils artikuliert, wird in 16 Fallstudien thematisiert, die sich sowohl der (diskurs-)analytischen Erschließung und dichten Beschreibung dieser kulturellen Selbstbeschreibungen und Fremdrepräsentationen als auch ihren transfer- und verflechtungsgeschichtlichen Bezügen widmen. Als wissenschaftliche Qualitätsmerkmale fallen sowohl die internationale Zusammensetzung der Autorenschaft als auch die einschlägige philologische Expertise ins Gewicht, mit der die Autor_innen aus den Disziplinen Germanistik, Polonistik, Russistik sowie Afrikawissenschaften hier jeweils ans Werk gehen.

Da weder Polen noch Russland als Kolonialmächte in Afrika in Erscheinung getreten sind und Deutschlands (post-)koloniale Verstrickungen – lange Zeit als „Sekundärkolonialismus“ (S. 10) apostrophiert – erst seit kurzem wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren, wirkt das Vorhaben, diese drei Räume auf diesbezügliche (post-)koloniale Beziehungs- und Verflechtungskonstellationen zu durchleuchten, auf den ersten Blick überraschend, wenn nicht gar etwas weit hergeholt. In theoriebildender Hinsicht gewinnt es jedoch gerade dadurch an Attraktivität insofern Selbstbeschreibungen und Fremdrepräsentationen – stärker als in der bisherigen Forschungsdiskussion – auf ihre Verquickungen mit inner- und zwischen gesellschaftlichen Machtkonfigurationen sowie kolonialen Prozessen in Mittel- und Osteuropa selbst untersucht werden.

Eine „doppelte Perspektive“ (S. 16) zu eröffnen, so das Argument der Herausgeberinnen, impliziert etwa im Falle Polens oder Russlands den historisch-politischen Transformationen Rechnung zu tragen, die in vielfacher Weise von der Erfahrung und Wahrnehmung von Übermächtigkeit, aber auch eigenem Hegemonialstreben geprägt waren (und sind) und somit auch Alteritätsdiskurse und kulturelle Imaginationen speisen,

für die „Afrika“ eine probate Projektionsfläche bietet. Wie sich dies im Falle Polens in der „Denkfigur des kolonisierten Kolonisators“ (S. 15) manifestiert, erhält Justyna Golabek (S. 329–356) anhand des Berichts über eine polnische Kamerunexpedition Ende des 19. Jahrhunderts in eindrucklicher Weise.

Auch im Hinblick auf Russland beziehungsweise die Sowjetunion rückt die besondere „Positioniertheit“ (S. 16) zwischen Ost und West in den Fokus. Hier geben Russlands im historischen Verlauf mehrfach umgebrochene Beziehungen zum hegemonialen ‚Westen‘, sein eigenes ostwärts gerichtetes imperiales Ausgreifen sowie nicht zuletzt die im Kontext des Kalten Krieges initiierten ‚antikolonialen‘ Interventionen in den Ländern des Globalen Südens begründeten Anlass, Diskursparadigmen der *postcolonial studies* neu auszudeuten. Darüber sollten jedoch, wie von Appolon Davidson und Irina Filatova (S. 233–250) nahegelegt, gegenläufige emanzipatorische Strömungen, die in eine nachhaltige wissenschaftlich motivierte ‚Anders-Bezogenheit‘ einmündeten, nicht aus dem Blick geraten.

Aufgrund der Vielzahl an forschungsgesättigten Beiträgen, gerahmt von der konzeptionsstarken Einführung der Herausgeberinnen, vermittelt der Band insgesamt informative und weit aufgefächerte Einblicke in bislang wenig beachtete Arbeitsfelder der postkolonialen Literatur- und Kulturwissenschaft, zumal Forschungen aus der Slavistik hier erstmals explizite Aufmerksamkeit finden. Zu bedauern ist, dass der „Umweg [über] Afrika“ (S. 19) fast durchgängig einseitig konzipiert ist, das heißt lediglich mit europäischen Diskursen und Imaginationen ausgelegt wird. Mit Ausnahme der Beiträge von Davidson und Filatova sowie Svetlana Boltovskaja über Russlandbilder subsaharischer Bildungsmigrant_innen (S. 275–312) verbleiben die afrikanischen Gegenüber im Schattenreich der Projektionen beziehungsweise ästhetischen Reflexionen.

Im Gesamteindruck vermögen weder die Einführung noch die thematische Untergliederung, die Fülle und Heterogenität der zusammengetragenen Beiträge so zu bändigen, dass vor allem Leser_innen, die mit den Theoremen und Paradigmen der *postcolonial studies* weniger vertraut sind, den wissenschaftlichen Mehrwert der hier intendierten ‚Osterweiterung‘ nachvollziehen könnten. Um den eingangs explizit formulierten Anspruch einzulösen, die gängigen Diskursparadigmata (S. 8) der *postcolonial studies* im Lichte der hier entfalteten Regional- und Fachexpertise kritisch zu überprüfen, komparativ zu erweitern und gegebenenfalls zu modifizieren, wäre es hilfreich gewesen, ein separates Kapitel vorzusehen. Eine Option wäre etwa gewesen, Gastautoren aus dem Umfeld der anglophonen Forschungsgemeinde damit zu betrauen und somit auch im Hinblick auf die theoretische Weiterentwicklung der *postcolonial studies* Impulse für eine dialogische Wissenschaftspraxis zu setzen.

Hannover

Brigitte Reinwald

Das Staatsverständnis Luthers

Leonhardt, Rochus/Scheliha, Arnulf v. (Hrsg.): Hier stehe ich, ich kann nicht anders! Zu Martin Luthers Staatsverständnis, 262 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Das Staatsverständnis Martin Luthers gehört sicherlich zu den spannendsten Themen, die man beim Wittenberger Reformator untersuchen kann. Dies gilt umso mehr, wenn man sich die häufigen Irrwege in der Rezeptionsgeschichte vor Augen führt, wenn etwa direkte Linien von Luther über Wilhelm II. zu Adolf Hitler gezogen werden und eine „typisch“ lutherische Obrigkeitshörigkeit dafür verantwortlich gemacht wird. Luthers Staatsverständnis, dem sich der von den beiden Systematischen Theologen Rochus

Leonhardt und Arnulf von Scheliha herausgegebene Sammelband widmet, ist also durchaus ein „heißes Eisen“; ein Thema mit-hin, das auch gegenwärtige Relevanz besitzt.

Es ist dem Historiker sehr sympathisch und insgesamt begrüßenswert, dass der Sammelband auch den wesentlichen Quellentext, nämlich Luthers 1523 veröffentlichte Schrift „Von weltlicher Obrigkeit: wie weit man ihr Gehorsam schuldet“ mitabgedruckt hat. Der Text wurde von Helmut Zschoch aus dem Frühneuhochdeutschen ins Neuhochdeutsche übertragen und ist darum leicht zugänglich (Abdruck aus dem dritten Band der deutsch-deutschen Studienausgabe). Ebenfalls sehr nützlich ist die historische Kontextualisierung des Leipziger Kirchenhistorikers Armin Kohnle, mit dem anschließend das Kapitel II „Analysen von Luthers Staatsdenken“ eröffnet wird. Zunächst bettet er dieses in die Rahmenbedingungen des Heiligen Römischen Reiches zu Beginn des 16. Jahrhunderts ein und zeigt dann, wie sich Luthers „Zwei-Regimente-Lehre“ in diesem Kontext entwickelte. Leonhardts Beitrag über „Aufgaben und Grenzen weltlicher Staatlichkeit nach Luther“ wählt nahe-liegend einen eher systematischen Ansatz. Er will „nach dem Sachgehalt von Luthers Theorie und deren Plausibilität aus heutiger Sicht“ (S. 75) fragen. Das ist wie immer im Falle Luthers mit gewissen Herausforderungen verbunden, da er selbst keine im heutigen Sinne systematisch-theologischen Schriften verfasst hat. Aus dem umfang- und gehaltreichen Aufsatz können vor allem die Ausführungen zur Wirkungsgeschichte des Obrigkeitsverständnisses Luthers, etwa das Beispiel Otto Dibelius', auch für den nicht-theologischen Leser von Bedeutung sein.

Der dritte Abschnitt vertieft die historischen Einsichten Kohnles um weitere Perspektiven. Volker Reinhardts Beitrag zeigt Gegensätze und Berührungspunkte zwischen Niccolò Machiavellis und Luthers

Staatsverständnis auf. Die beiden miteinander zu vergleichen, mutet in der Tat befremdlich an, wie der Verfasser direkt zu Beginn konzediert. Auf beiden Seiten gab es keinerlei Bezugnahmen aufeinander, was immerhin erstaunlich ist. In ihren Kernpunkten stimmten Luther und Machiavelli nicht überein. Und doch lohnt sich seiner Ansicht nach der „Ideen-Vergleich“ (S. 118), denn es sei danach zu fragen, wie sich bei beiden Zeitgenossen das politische Denken entwickelte, das sich doch immer aus dem Studium der Vergangenheit und eigener Erfahrung speise. Besonders nahe seien sich Luther und Machiavelli in ihrem Menschenbild gewesen. „Für den Florentiner ist der Mensch im natürlichen Zustand von einem Egoismus beherrscht, der weit über jedes Streben nach reiner Selbsterhaltung hinausgeht, ja diese durch seine Intensität sogar aufs Höchste gefährdet“ (S. 119). Von hier ist es nicht weit zu Luthers Vorstellung des in sich selbst verkrümmten, heillos auf sich selbst bezogenen Menschen. Reinhardts anregender Beitrag zeigt, wie ähnliche Beobachtungen historisch zu unterschiedlichen, aber doch nicht bezugslosen ideengeschichtlichen Auswirkungen führen konnten.

Angelika Dörfler-Dierken befasst sich in ihrem Aufsatz mit dem wichtigen Thema des Widerstands im modernen Luthertum. Anhand dieses Beispiels zeigt sie den wechselvollen, „langen Weg zur Demokratie“ (Arnulf von Scheliha) und versucht das Bild von der chronischen Demokratieverne des Luthertums ein wenig zu korrigieren, beziehungsweise einer differenzierteren Betrachtungsweise zuzuführen. Roland M. Lehmann unterstreicht in seinem Aufsatz die Bedeutung des naturrechtlichen Denkens für ein adäquates Verständnis Luthers. Dies ist auf den ersten Blick überraschend, da Luther – im Unterschied zu Philipp Melanchthon beispielsweise – üblicherweise nicht in eine engere Verbindung zu dieser Thematik ge-

bracht wird. Lehmann kann aber zeigen, dass sich eine Auseinandersetzung mit diesem Thema in einer Vielzahl von Schriften niedergeschlagen hat. Wie er nachweisen kann, sei es Luther gelungen, sein Naturrechtsverständnis mit der Zwei-Regimente-Lehre zu verknüpfen: „Da das Naturrecht nach Luther sowohl der Vernunft eingeschrieben und göttlich geoffenbart ist als auch in Form von menschlichem Recht verschriftlicht vorkommen kann, bildet es die Brücke zwischen dem geistlichen und dem weltlichen Regiment Gottes“ (S. 204). Als ein Bindeglied zwischen den beiden Regierungsweisen Gottes fungiere das Naturrecht also seiner Ansicht nach gewissermaßen als normativer Horizont der beiden. Damit ermögliche es die politische Ethik Luthers durch den Umgang mit der Naturrechtstradition, die „funktionale Ausdifferenzierung menschlicher Handlungsmaßstäbe“ (S. 205) mitzubedenken.

Mit der gegenwärtigen Aktualität setzen sich die beiden letzten Beiträge im vierten Abschnitt auseinander. Volker Stümke fragt zunächst nach den Impulsen, die von Luther für ein gegenwärtiges Staatsverständnis ausgingen. In seiner theologischen Herleitung ist der Beitrag Stümkes ein wenig redundant, wovon sich auch die anderen Beiträge nicht ganz frei machen können, da es sehr oft um Luthers Entwicklung der Zwei-Regimente-Lehre geht. Einerseits kann man die Beweggründe der Autoren nachvollziehen, ihre Argumentation historisch herzuleiten, andererseits hätten diese Wiederholungen durch eine stärkere Bezugnahme der einzelnen Beiträge aufeinander vermieden werden können.

Stümke sieht als ersten wichtigen Impuls Luthers, dass Frieden als Ziel der Politik angesehen werde. Damit meine er vor allem den Schutz vor Gewalt. Er führt dann an, dass Luther die traditionelle Lehre vom gerechten Krieg nicht aufgegriffen habe. Wer den Krieg beginne, sei im Unrecht. Allerdings sei Luther auch kein konsequenter Pazifist,

„denn das Schutzgebot kann im Extremfall die Verteidigung mit Waffengewalt fordern“ (S. 228). Ferner fordere Luther den Einzelnen auf, die Staatsaufgabe der Friedenswahrung nach Kräften zu unterstützen. Anregend und sicher auch mit Blick auf die Rezeptionsgeschichte diskutabel sind die drei Begrenzungen der Obrigkeit, die man von Luther lernen könne. Erstens sei der Staat Luther zufolge kein Selbstzweck. Der Staat müsse „immer das Ziel des Friedens anstreben und dazu das Gewaltmonopol verwalten und sich als Rechtsstaat aufstellen“ (S. 230f.). Zweitens könne der Staat also auch kein totaler sein, genauso wenig wie ein absoluter Staat. Das, was dem Luthertum historisch vorgeworfen wird, erklärt sich also vor allem durch eine verzerrte Rezeptionsgeschichte der lutherischen Obrigkeitslehre, wie man aus dem Stümke'schen Aufsatz lernen kann.

Den Abschluss bildet der Aufsatz des Münsteraner Theologen Arnulf von Scheliha unter dem Titel „Religion und Sachpolitik – Zur gegenwärtigen Bedeutung von Martin Luthers Unterscheidung von geistlichem und weltlichem Regiment Gottes“. Dabei streicht er nach einer neuerlichen kurzen Darstellung des Staats- und Obrigkeitsverständnisses Luthers vier Motive heraus, die auch für die heutige Situation noch von Bedeutung seien. Die Monopolisierung von Gewalt sowie die Herstellung äußeren Friedens, die Luther als eine grundlegende Staatsaufgabe benannt habe, seien auch heute noch relevant, wie etwa die Negativbeispiele von „failed states“ zeigten, in denen dies nicht gelinge. Neben der politischen Verantwortung des Einzelnen, nennt von Scheliha als dritten Kontinuitätsaspekt die „auch ethisch höchst relevante Begrenzung von staatlicher Macht, die Luther durch die Unterscheidung der beiden Regierungsweisen Gottes scharf markiert“ (S. 250). Die „strikte Unterscheidung von politischer und religiöser Sphäre“ (S. 251) führe zum vierten Kontinuitätsproblem, welches von

Scheliha als das Ringen um eine Versachlichung von politischen Prozessen bezeichnet. Die gegenwärtige Relevanz der verfahrensethischen Bedeutung der Unterscheidung von „geistlich“ und „weltlich“, die der Verfasser abschließend herausarbeitet, wird angesichts der aktuellen religionspolitischen Herausforderungen unmittelbar evident.

Abgerundet wird der Band durch ein kurzes Namens- und Begriffsregister. Der Sammelband vereinigt durchweg gelungene, auf gehobenem Niveau verfasste Beiträge und ist somit eine geeignete Anlaufstelle für alle, die sich einführend mit dem Staatsverständnis Luthers auseinandersetzen wollen.

Bonn

Benedikt Brunner

Begriffsgeschichte der ‚Volksgemeinschaft‘

Wildt, Michael: Volk, Volksgemeinschaft, AfD, 157 S., Hamburger Edition, Hamburg 2017.

Dass politische Begriffe mehrdeutig sein können, gehört zum Wesen des Politischen; und auch, dass sie verführerisch und kontaminiert sein können. ‚Volk‘ und ‚Volksgemeinschaft‘ sind solche Begriffe, deren Bedeutung vom normativen Leit- und Legitimationsbegriff bis zum radikalen Rechtfertigungsbegriff der Exklusion und Verfolgung mutieren können, genauer noch: die diese Ambivalenz und dieses Radikalisierungspotenzial in sich tragen.

Michael Wildt bemühte sich bereits in mehreren wissenschaftlichen Publikationen darum, den ideologisch vergifteten und von den Nationalsozialisten vielfach missbrauchten Propagandabegriff der ‚Volksgemeinschaft‘ in ein wissenschaftlich tragfähiges Konzept zur Beschreibung von politischen Propaganda- und Mobilisierungsprozessen zu verwandeln und zur Charakterisierung nationalsozialistischer Inklusions- und Exklusionspolitik zu nutzen. Vor allem ging es ihm darum, die Wirkungsgeschichte des Begriffs der ‚Volks-

gemeinschaft‘ als attraktive ideologische Verheißung der 1920er und 1930er Jahre und als Leitbegriff der Selbstmobilisierung der Deutschen im Nationalsozialismus zu untersuchen. Mit dem vorliegenden Band legt Wildt einen konzisen, informativen begriffsgeschichtlichen Abriss der Begriffe ‚Volk‘ und ‚Volksgemeinschaft‘ vor und klärt zugleich über die ‚Untiefen‘ des Volksbegriffs auf.

Als Einstieg in die ambivalente Wirkungsgeschichte des Volksbegriffs nutzt der Autor die aktuelle Parole der ‚friedlichen Revolution‘ vom Herbst 1989, um die vielschichtige politische Wirkung einer scheinbar geringfügigen semantischen Verschiebung bei der Frage ‚Wer ist das Volk‘ zu verdeutlichen: Lag für die Oppositionsbewegung in Leipzig, Berlin und anderswo im Herbst 1989, als die Demonstranten skandierten „Wir sind das Volk“, die Betonung auf „Wir“, und damit auf dem Protest gegen den diktatorischen Allmachtsanspruch der DDR-Staatsmacht, die sich bis in die alltägliche Begriffswelt hinein als Repräsentanten des Volkswillens darstellte, so konnte allein durch die Verschiebung von „das“ auf „ein“ Volk der Wille zur Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck gebracht und die Gleichsetzung von Volk und Nation angesprochen werden, die seit dem 19. Jahrhundert die Forderungen nach einer Nationalstaatsgründung rechtfertigten. In den politischen Diskursen des ausgehenden 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts wandelte sich die Bedeutung des Volksbegriffs: Radikalnationalistische Strömungen nutzten ihn, um Minderheiten die Volkszugehörigkeit abzusprechen, sie unter Fremdenrecht zu stellen und gar zu verfolgen. Diese „völkische Variante“, in der sich die Katastrophen und Gewaltphänomene der deutschen Zeitgeschichte ankündigten, erlebt mit der Pegida-Bewegung und der erstarkenden AfD seit einiger Zeit eine bislang unvorstellbare Wiederauferstehung. Dass von interessierter Seite auch

Ergebnisse geschichtswissenschaftlicher Forschung ausgeschlachtet und missbraucht werden können, um den Begriff der ‚Volksgemeinschaft‘ einseitig und losgelöst vom historischen Kontext der Volks-Begriffe zu Propagandazwecken zu rehabilitieren, ist der Hintergrund für dieses Büchlein.

Der Autor nutzt die Möglichkeit der wissenschaftlich fundierten Begriffsklärung, um die Widersprüche und ‚Untiefen‘ der politischen Grundbegriffe ‚Volk‘, ‚Volksherrschaft‘ und ‚Volksgemeinschaft‘ zu erläutern und zu historisieren. Er stellt in seiner Streitschrift den Wandel der Begriffe und der sehr unterschiedlichen Vorstellungen von ‚Volk‘ dar. Nicht selten diente seit der Antike die Erklärung, wer das ‚Volk‘ sei, der Ab- und der Ausgrenzung von denen, die nicht als zugehörig zu einer politischen Elite oder einem schmalen Kreis von Mitsprache- und Wahlberechtigten galten. Im neuzeitlichen Denken wurde dem ‚Volk‘ eine kollektive Identität zugeschrieben. Es wurde zum Träger der Souveränität und Staatsgewalt. Das war Thema von Literatur und Poesie, gelegentlich auch der bildenden Kunst. Sichtbar war und blieb das ‚Volk‘ allerdings nicht, wie Wildt in seinem Problemaufriss überzeugend darlegt. Es blieb eine Behauptung der Wahlberechtigten und derer, die als dazugehörig galten oder das beanspruchten. Zunächst war das ein Anspruch, der nur von und für eine Minderheit als Herrschaftslegitimation eingesetzt wurde; Frauen und Arme waren für lange Zeit ausgeschlossen, in der Antike auch Sklaven. Erst mit zunehmender Demokratisierung von Politik und Gesellschaft konnte eine Mehrheit der Bevölkerung behaupten: „Wir sind das Volk“.

Mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919 erlebte die Demokratisierung des Volksbegriffs ihren Höhepunkt, aber auch einen Umschlagpunkt; nämlich den Durchbruch eines Gemeinschaftsbegriffs, der mit dem ‚Volk‘ eine vieldeutige und widersprüchliche Verbindung eingehen konnte. Es wurde einer-

seits das allgemeine und gleiche Wahlrecht, vor allem das Wahlrecht für Frauen verkündet und allein die Volkssouveränität zur Grundlage aller Staatsgewalt erhoben. Zugleich aber wurde die ‚Volksgemeinschaft‘ zur Zauberformel von fast allen politischen Strömungen und Parteien, besonders von den Demokraten. Das Idol der Gemeinschaft, wie es Helmut Plessner 1924 nannte, wurde zur Bedingung der modernen Gesellschaft erklärt. Ein soziales Versprechen, das sich auch in der Krise der Moderne bewähren und jene Homogenität sichern sollte, die gegen alle Klassenkampfgedanken gerichtet werden könnte, aber auch als „Differenzkriterium“ einklagbar sein konnte, wenn es um die Ausgrenzung des „Heterogenen“ gehen sollte. Diese Mehrdeutigkeit des Volksbegriffs hat vor dem Hintergrund der scharfen politisch-sozialen Gegensätze der Weimarer Republik niemand schärfer erkannt und politisch genutzt als Carl Schmitt. Indem er die Homogenität des politischen Volkes zur Bedingung demokratischer Verfassungen machte und dieses Volk nicht mehr als Assoziation freier und rechtsgleicher Bürger definierte, sondern deren Gleichheit und Identität substanziell verstand. Worin diese Substanz der Homogenität liegen konnte, das war Anfang der 1920er Jahre noch offen: Es konnte in bestimmten religiösen Überzeugungen oder in der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation bestehen. Daraus wurden dann nach 1933 sehr schnell „Fremdrassige“ oder „Gemeinschaftsfremde“, wie Wildt im Anschluss an eine Kritik von Jürgen Habermas an Carl Schmitt argumentiert. Damit gibt Wildt der Diskussion um den Begriff der ‚Volksgemeinschaft‘ in der Weimarer Republik eine theoretische Perspektive, die bisher übersehen wurde. Er zeigt die grundsätzliche Dimension, die dem politischen Dammbbruch in dem Gemeinschaftsdiskurs der Zwischenkriegszeit eine Begründung gab, bis dieser schließlich zu einer verhängnisvollen Ethnisierung des Gemeinschaftskonzepts und einer radikalen

Exklusionspolitik führte. Der Schritt zur Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten gegenüber allen „Artfremden“ und „Gemeinschaftsfremden“ war nicht weit.

Es zeichnet die Studie von Michael Wildt aus, dass sie immer wieder die Ambivalenz politisch-ideologischer Begriffe betont und auch im Falle der nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsverheißungen deren doppelte Blickrichtung hervorhebt: Die Stoßrichtung nach „innen“ zur Konstruktion einer Leistungsgemeinschaft jenseits aller sozialer Trenn- und Klassenlinien, und die Stoßrichtung nach „außen“ zur Ausrichtung zur Stigmatisierung und Ausgrenzung derer, die nicht dazugehören sollten.

Vor diesem begriffs- und politikgeschichtlichen Hintergrund, den der Verfasser in knappen und präzisen Grundzügen beleuchtet, wird deutlich, mit welchem gefährlichen und menschenverachtenden Instrumentarium alle Rechtspopulisten einschließlich der AfD hantieren, wenn sie „ihr“ Volk „völkisch“ definieren und mit dem Kriterium der Zugehörigkeit respektive der Nicht-Zugehörigkeit verbinden, um damit ihr „Bild einer bedrohten Volksgemeinschaft“ (S. 107) zu begründen. Dass man diese Vereinseitigung der populistischen Volksgemeinschaftsparolen nicht nur nicht negieren, sondern allen Ausgrenzungsversuchen argumentativ offensiv begegnen sollte, postuliert der Autor in dem politisch-programmatischen Schlusskapitel seiner demokratiethoretisch fundierten und eindrucksvollen Aufklärungsschrift. Gegen die Versuche der Vereinseitigung und Privilegierung nur eines und dann noch ideologisch definierten Teils des Staatsvolkes und der Gesellschaft empfiehlt er den Rückgriff auf die einfache, unpathetische Formel von Angela Merkel, die am 3. Oktober 2016 erklärte: „Alle sind das Volk“. Das besagt, dass alle dazu gehören und dass es keinen Ausschluss aus religiösen oder rassistischen Gründen geben kann und darf.

Wie schwierig das ist und wie groß das exkludierende Potenzial sein kann, das im mehrdeutigen Begriff des Volkes steckt, das zeigt der Blick auf Geschichte und Gegenwart, den Wildt uns eröffnet. Seine abschließende Empfehlung, nicht das Volk, sondern im Sinne von Hannah Arendt die Menschen und ihr Recht, Rechte zu haben, in den Mittelpunkt unseres politischen Denkens zu stellen, ist zwar sehr wünschenswert. Sie muss sich aber mit der Tatsache auseinandersetzen, dass in den Begriffen von Volk und Nation und deren Ambivalenz auch ein religiöses und emotionales Potenzial steckt, das nur schwer zu kalkulieren ist und diesen eine besondere Attraktivität verleiht.

Münster

Hans-Ulrich Thamer

***History matters* – Eine Geschichte der Freiheit als politische Kategorie**

Richter, Susan/Siebold, Angela/Weeber, Urte: Was ist Freiheit? Eine historische Perspektive, 337 S., Campus, Frankfurt a.M./New York 2016.

Terrorismus, Populismus, Migration, Integration und Exklusion – diese Themen beherrschen derzeit den gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland. Dabei steht das Konzept der Freiheit im Mittelpunkt. In der heutigen Zeit wird oft eine klare, einheitliche und stringent definierte Vorstellung von Freiheit propagiert, was von den Autorinnen des Bandes „Was ist Freiheit? Eine historische Perspektive“ explizit kritisiert wird.

Die Autorinnen setzen sich demgegenüber zum Ziel „die Historizität freiheitlicher Erfahrung und Erwartung deutlich zu machen“ (S. 259). Sie wollen so aufzeigen, dass, trotz aktuell gegenteiliger Tendenzen, der Freiheitsbegriff durch Wandelbarkeit, Diversität, Unterschiedlichkeit und Uneindeutigkeit geprägt ist. Sie gehen dabei davon aus, dass auch aktuelle Freiheitsbegriffe auf die

historische Diskursgeschichte zurückgehen und ohne ihre vergangenen Ausprägungen, Interpretationen, Persionen und Auswüchse nicht zufriedenstellend zu erfassen sind. Sie streben dabei explizit nicht danach, einen normativen oder typologisierenden Freiheitsbegriff offenzulegen.

Zu diesem Zweck konzentrieren sich die Autorinnen auf eine Analyse ausgewählter Primärtexte, die sich mit dem Verhältnis von Individuum und Kollektiv beschäftigen. Die herangezogenen Autorinnen und Autoren entstammen alle dem ‚deutschen Kulturraum‘, bei der Bearbeitung der Texte werden aber auch ‚transkulturelle‘ Einflüsse berücksichtigt. Dabei geben sie ein breites Spektrum der politischen und philosophischen Strömungen dieser Zeitspanne wieder. Neben Verteidigern der Monarchie, wie Samuel von Pufendorf und Jacob Paul von Gundling, dem Humanisten Wilhelm von Humboldt, Eckpfeilern der Frauenrechtsbewegung mit Maria Otto und Clara Zetkin, kommen auch Vertreter des Nationalsozialismus und des Kommunismus zu Wort. Auch ist Joachim Gauck als Vertreter der europäischen Einigungsidee präsent. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der Frühaufklärung bis zur Gegenwart. Leider wurde aber sehr leichtfertig mit dem Begriff ‚transkulturell‘ umgegangen. Dieser Begriff hätte auch ohne Not weggelassen werden können. Wenn er aber verwendet wird, bedarf ein solch multidimensionaler und uneindeutiger Begriff dringend einer genaueren Definition. Es entsteht der Eindruck, dass die verwendeten Begriffe den Autorinnen vor allem einen möglichst großen methodischen Spielraum verschaffen sollen.

Die Autorinnen versuchen ihr Ziel, die Historizität der Freiheit aufzuzeigen, mittels der Methode der Historischen Semantik zu erreichen. Hierzu untersuchen sie die mit ihr verbundenen historischen Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte. Auf eine Einfüh-

rung in die jeweilige behandelte Epoche und die Denkrichtung der Autoren folgt eine Analyse der Primärtexte, die mit einem kurzen Zwischenfazit zum behandelten Zeitabschnitt abgerundet wird. Allerdings hätte man sich gewünscht, dass, um der Übersichtlichkeit willen, innerhalb der Primärtexte eine bestimmte Reihenfolge der Untersuchung durchgehalten worden wäre, anstatt sie mehrmals zu verändern. Ferner stellt eine mangelnde Abgrenzung der Autorenanalyse vom Zwischenfazit der Epoche eine Herausforderung für den Leser dar.

Die Vielfalt an Strömungen, die durch die Autorinnen und Autoren repräsentiert werden, untermauert einerseits die These der Autorinnen bezüglich der Wandelbarkeit des Freiheitsbegriffs und ermöglicht andererseits eine umfassende Auseinandersetzung mit einem Großteil an Denktraditionen der Freiheitsrezeption. Dabei muss jedoch kritisch angemerkt werden, dass trotz der Betonung ‚transkultureller‘ und ‚transnationaler‘ Einflüsse auf den keineswegs abgeschlossenen deutschen Freiheitsdiskurs die Untersuchung dieser Einflüsse zu kurz kam.

Ein besonderes Verdienst dieses Buches ist es, die Tatsache aufzugreifen, dass auch die Nationalsozialisten – hier repräsentiert durch Hitler und den NS-Chefideologen Alfred Rosenberg – einen eigenen Freiheitsbegriff hatten, der selbst auf historische Vorstellungen und Konzepte zurückgriff. Sich mit diesem Freiheitsbegriff auseinanderzusetzen, ist sicher kein leichtes Unterfangen. Allerdings wird hier in aller Deutlichkeit die Relevanz der historischen Perspektive in der Pervertierung vergangener Freiheitsvorstellungen durch den Nationalsozialismus hervorgehoben. Auch die Bedeutung für Konzepte der Gegenwart ist nicht zu unterschätzen, die sich zum einen von der nationalsozialistischen Vereinnahmung abgrenzen und zum anderen die schwere Aufgabe haben, umgedeutete Begriffe neu mit Inhalten zu füllen.

Dieser Band leistet einen gelungenen und hilfreichen Beitrag für die Auseinandersetzung mit der Problematik der Freiheit. Die hier dargestellte historisierte Entwicklung der Freiheit kann die geistesgeschichtliche Herangehensweise der Politikwissenschaft gewinnbringend um eine neue Perspektive ergänzen. Genauer zeigt sie der Politikwissenschaft, insbesondere der Politischen Philosophie, die oft das Zeitlose im Blick hat, dass Texte in einer bestimmten Situation, mit einer bestimmten Absicht entstehen und nicht nur Prinzipien ausdrücken, frei nach dem Motto *history matters*.

Insgesamt haben die Autorinnen das von ihnen verfolgte Ziel, die Historizität und Wandelbarkeit des Freiheitsbegriffs hervorzuheben, erreicht. Dies ist ihnen durch ihre historische Analyse der Voraussetzungen, der zeitlichen Rahmenbedingungen und der Zeitlichkeit der Konzepte gelungen. Besonders ersichtlich wurde dieser Umstand an der Phase des Nationalsozialismus, welche die Autorinnen treffend als einschneidende Pervertierung und Umdeutung des Freiheitsbegriffes sehen. Diese Tatsache macht die Verwundbarkeit der Freiheit in Krisenzeiten eindrucksvoll deutlich und dient damit gleichzeitig als Denkanstoß für unsere eigene Gegenwart.

Regensburg

William Martin Funke

Historische Rundfunkforschung

Bischof, Anna/Jürgens, Zuzana (Hrsg.): Voices of Freedom – Western Interference? 60 Years of Radio Free Europe, 294 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Aufgrund des Themas müsste man diese Rezension ‚einsprechen‘, auf Tonband bringen, in der Redaktion zurecht schneiden. Über Rundfunk zu schreiben, ist eine Aufgabe, welche stets nur ungenügend und mit Defiziten erfüllt werden kann. Das hat Gründe:

zu schnell versendet sich das Gesagte, zu ‚schlampig‘ gehen die Medienschaffenden mit der Dokumentation von Inhalten um, zu sehr sind Forschende auf die rückblickenden Selbstidentifizierungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen angewiesen, zu tief haben sich die diskursiven Trennlinien der medialen Konkurrenz des Kalten Krieges in die Narrative und mentalitätsgeschichtlichen Selbstverortungen eingebrannt. Und auf genau jene Prägungen im Prozess des geschichtswissenschaftlichen Forschungsversuchs fühlte sich der Rezensent jedes Mal zurückgeworfen, als er versuchte, sich einen Zugang zu dieser Veröffentlichung zu bahnen.

Der Sammelband entstand aus einem Forschungsprojekt, das sich mit Wissenstransfer und Migration tschechoslowakischer Journalistinnen und Journalisten während des Kalten Krieges beschäftigte. Es war an das Collegium Carolinum der Ludwig-Maximilians-Universität München angebunden, einem Forschungsinstitut für die Geschichte Tschechiens und der Slowakei.

Die Herausgeberinnen Anna Bischof und Zuzana Jürgens widmen sich den unterschiedlichen Facetten des von der United States Information Agency finanzierten, in München redaktionell eingerichteten Informations- und Propagandasenders „Radio Free Europe“. Die Sendeanlagen standen in Holzkirchen bei München, in Biblis und Lampertheim im südlichen Hessen (A. Ross Johnson, S. 77). Angesichts der Migrationsbewegungen und Bevölkerungsverschiebungen nach 1945 ist es durchaus bemerkenswert, dass sich die auswärtige, amerikanische Informationspolitik weniger um die direkte *re-education* bei nach Bayern und Franken umgesiedelten Vertriebenen kümmerte, als potenzielle, imaginierte Zielgruppen von Hörerinnen und Hörer jenseits eines Eisernen Vorhanges zu erreichen. Dieser erwies sich als ein durchlässiges Netz mit großen Maschen. Nur ein Beitrag (Christian

Henrich-Franke, S. 93–117) stellt die grundlegende Frage nach der Legalität des Sendebetriebs. Das berührt die Verteilung von Frequenzen im Rahmen internationale Rundfunkabkommen und kollaborativ erarbeiteten, ausgehandelten ‚Wellenplänen‘. Die amerikanische Besatzungspolitik hatte sich von der Bundesregierung, genauer gesagt vom Bundespostministerium, das Privileg einräumen lassen, über bestimmte Mittelwellen auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland verfügen zu können. Dieses Privileg untersagte Einspruch und unterband technische Abstimmungen; und in dieser Regelungslücke fand „Radio Free Europe“ seinen Platz.

Natürlich lässt sich das von den Infrastrukturen eines Übertragungs- und Sendernetzes her denken, von den juristischen Vereinbarungen, von den höchst fragwürdigen Überlegungen und wissenschaftlichen ‚Erkenntnissen‘ der psychologischen Kriegsführung (Ioana Marcrea-Toma, S. 109) aus betrachten sowie mit Blick auf das Wechselverhältnis von Information und Gegen-Information, von Glaubwürdigkeit und Vertrauen (Jane L. Curry, S. 203–217).

Die Selbsterzählungen von Rundfunkstationen sind Geschichten von Politik und politischer Kommunikation. Die darin tätigen ‚Expertinnen‘ und ‚Experten‘ für Sprache, Nachrichten und Information erzählen von ihren eigenen Emanzipationen und ihren Handlungsspielräumen. Der Sammelband reproduziert die Politikgeschichte antikomunistischer Aufklärungsarbeit ‚nach dem Osten‘. Dabei wird viel verschenkt, was der Rundfunkforschung durchaus neue Impulse hätte geben können: Wissenstransfer, Sprachordnungen, Netzwerke, Konstruktionen von Glaubwürdigkeit und Fehlinformation, die Erschließung und Befestigung von Kommunikationsräumen und natürlich die Frage nach der Tiefenwirkung der Informationsanstrengungen.

„Voices of Freedom – Western Interference“ bietet eine solide Einführung in die Exil-Erzählung einer Mediengeschichte des Kalten Krieges in Ost- und Mitteleuropa. Für die historische Rundfunkforschung liest man darin allerdings zu wenig Spannendes.

Siegen

Heiner Stahl

Kein Paradigmenwechsel im Digitalen?

Gooding, Paul: Historic Newspapers in the Digital Age. „Search All About It!“, 200 S., Routledge, London/New York 2016.

Zunächst: Der Titel des Buches ist irreführend, wie der Autor in Einleitung und Schluss selbst einräumt. Wer eine Handreichung darüber erwartet, was man mit digitalisierten historischen Zeitschriften machen kann, wird enttäuscht. Stattdessen geht es um Massendigitalisierung generell und darum, wie Forschende digitalisierte Sammlungen nutzen, wie dieses Verhalten sowie die Praktiken der Gedächtnisinstitutionen den *digital turn* beeinflussen. Auch wenn Paul Gooding klar eine Open-Access-Position vertritt (die im Übrigen durch die stolzen 110 Pfund für das schmale gedruckte Buch konterkariert wird), verfolgt er keine ideologiegetriebene Agenda und schreibt wohlthuend unaufgeregt in einer oftmals von Polemik geprägten Debatte. Das Besondere an seinem Ansatz ist die Mischung aus Theorie und Praxis, resümiert Gooding doch zum einen aktuelle Positionen zur Digitalisierungsdebatte und entzaubert durch seine Nutzungs- und Impactanalysen zum anderen so manchen damit verknüpften Mythos. In seinen Beispielen bezieht er sich auf zwei digitalisierte Zeitungssammlungen: die kostenpflichtige British Library Nineteenth Century Newspapers (BNCN) und die freie Ressource Welsh Newspapers Online (WNO).

Ausgangspunkt der Überlegungen des Autors ist die Feststellung, dass eine große

Lücke klappt zwischen Massendigitalisierung und tatsächlicher Nutzung der Digitalisate einerseits sowie der theoretischen Debatte über vermeintliche disruptive Veränderungen infolge des *digital turn* andererseits. Weder hat die Digitalisierung ihre Versprechen noch – je nach Sichtweise – ihre Drohungen erfüllt. Gooding zeigt, dass bisher nur rund 4 Prozent der Sammlungen der europäischen Gedächtnisinstitutionen digitalisiert sind. 17 Prozent der historischen Zeitungen liegen digital vor. Lediglich etwas über die Hälfte davon ist mit standardisierten Metadaten versehen. Von einer vollständigen Digitalisierung des europäischen Kulturerbes, die rund 100 Milliarden Euro kosten würde, sind wir demnach weit entfernt. Darüber hinaus ist die Qualität der Scans häufig verbesserungswürdig: Bei der Burney Collection der British Library beispielsweise beträgt die Genauigkeit der automatisierten Erkennung von Buchstaben rund 75,6 Prozent. Ganze Wörtern werden sogar nur in weniger als der Hälfte der Fälle richtig erkannt.

Wirklich gründlich, denn gestützt auf Nutzer- und Impactanalysen, die Gooding methodisch vielleicht etwas zu ausführlich vorstellt, zerstört er den Mythos von einem Paradigmenwechsel im Nutzerverhalten. Sicherlich: Die Vorteile der Digitalisierung historischer Quellen für die Wissenschaft liegen auf der Hand. Forschende erhalten orts- und zeitunabhängig Zugang auf das Kulturerbe und können damit Reisezeit und -geld sparen. Sie können effizienter arbeiten und größere Datenmengen durchsuchen, als es bisher möglich war. Sie können dies zudem mit neuen digitalen Methoden wie *text mining* tun und darüber neue Fragen generieren. Aber die Interaktion mit Surrogaten ist älter als das digitale Zeitalter, wie ein Blick auf Mikrofilm, Editionen oder auch Übersetzungen zeigt. Einer Definition von Paul Conway folgend schlägt Gooding vor, Digitalisate als neue Artefakte mit eigenen Merkmalen

aufzufassen, um darüber Schwächen, Stärken und ihre Position in einer zugleich durch Print- und Onlinemedien geprägten Informationsinfrastruktur zu verstehen.

In Teilen würden Nutzer ihr bestehendes Verhalten anpassen, um effektiv mit digitalisierten Quellen zu arbeiten. So entstehe eine besondere Form des Leseverhaltens als Kombination aus Lesen, Informationssuche sowie Entdeckung (*discovery*) und Zufallsfunden (*serendipity*). Nicht alles daran ist aber neu: Auch im analogen Zeitalter wird gedrucktes Material nach Schlüsselbegriffen überflogen und der Text nicht integral gelesen. Nach wie vor werden Inhalte ausgedruckt, Kopien geordnet und handschriftliche Notizen erstellt.

Zugleich stellt das digitale Zeitalter Forschende vor neue Herausforderungen. Sie müssen sowohl kritische Leser historischer Zeitungen als auch kritische Nutzer digitaler Medien sein. Andere Fragen als bei der Lektüre von Büchern sind notwendig: Wer hat die digitale Sammlung erstellt? Welche Algorithmen bestimmen die Reihenfolge der Suchergebnisse? Bleiben diese gleich? Gibt es permanente Links? Wie zitiere ich die digitale Quelle (worauf zumeist zugunsten der gedruckten Quelle verzichtet wird)?

Neben einem generellen Widerstand der Geisteswissenschaftler gegenüber quantitativen Methoden beschränken Web-Oberflächen häufig die erweiterte Nutzung digitalisierter Sammlungen. Vielfach bieten sie nur eine Suchfunktion mit Filtermöglichkeiten. Volltextzugang, *open data*, flexible Nutzeroberflächen mit *discovery*- und *serendipity*-Funktionen, offene Schnittstellen, um unter anderem Beziehungen zwischen disparaten Datensets zu entdecken, sind für Gooding zentral, um digitalisiertes Material überhaupt in innovativer Weise verwenden zu können.

Auch den Mythos einer Demokratisierung durch Digitalisierung widerlegt Gooding. Er zeigt, dass sowohl für Forschende als auch

für andere Nutzergruppen große Ungleichheiten im Zugang auf digitalisierte Quellen bestehen. Auf Subskription basierte digitale Sammlungen verstärken die Kluft zwischen informationsreichen und informationsarmen Gruppen. In einer methodisch innovativen GIS-Fallstudie zeigt Gooding über ein *mapping* der Standorte von öffentlichen Bibliotheken mit Subskription der BNCN, dass in sozial benachteiligten Bezirken 47 Prozent der Bewohner keinen Zugang dazu hatten (im Vergleich zu 19 Prozent in den am wenigsten benachteiligten Bezirken).

Das Buch schließt mit Empfehlungen, die sich an diejenigen richten, die Massendigitalisierung planen und entwickeln. Es dürfte insgesamt vor allem für Digitalisierungsexperten und Bibliothekare von Interesse sein und für all diejenigen, die sich mit Impactanalysen beschäftigen. Bedauerlich sind die zahlreichen Wiederholungen im Text, die das Lesevergnügen deutlich schmälern.

Paris

Mareike König

Plädoyer für historisches Denken

Green, Alix R.: History, Policy and Public Purpose. Historians and Historical Thinking in Government, 146 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2016.

Alix Green legt mit ihrem Bändchen über Geschichte, Politik und Öffentlichkeit ein Plädoyer für die Öffnung der Geschichtswissenschaft in Richtung *public history* vor, was sich als Forderung in Richtung einer stärkeren Öffentlichkeitswirksamkeit interpretieren lässt. Ihren Ausführungen nach soll das akademische Fach um eine zusätzliche Teildisziplin erweitert werden, die sich nicht der akademischen Forschung verschreibt, sondern sich im Feld der Politikberatung bewegt.

In vier Hauptkapiteln umreißt die Verfasserin ihr Anliegen. Zunächst begründet sie,

warum Historiker_innen politisch tätig werden sollten. Dann nimmt sie die umgekehrte Perspektive ein und trägt jene Argumente vor, denen folgend die Politik sich Expertise bei der Historiographie einholen sollte. Im Kapitel 4 präsentiert Green das „Tool kit“, das jene Kompetenzen für die Geschichtswissenschaft bereithalte, die es dem Fach ermöglichen, sich im Bereich des Politischen mit Ratschlägen zu Wort zu melden. Vor der Zusammenfassung benennt die Autorin die Aufgaben, die ihrer Meinung nach auf die universitäre Lehre dann zukommen, wenn das Fach ihren Anregungen folgte.

Die Empfehlung dieses Buches für den deutschsprachigen Markt fällt allerdings etwas zwiespältig aus. Der Appell für ein stärkeres Engagement der Historiographie im politischen Bereich dürfte in Deutschland eine gewisse Überraschung auslösen. So ergreift eine Reihe von Fachvertretern immer wieder im öffentlichen Diskurs das Wort. Schon 1995 wies Stefan Berger in einem Artikel in „Past and Present“ auf die Diskrepanz zwischen deutschen und britischen Geschichtswissenschaftler_innen in Bezug auf ihre öffentliche Sichtbarkeit hin. Im Gegensatz zu den englischen Kolleg_innen hätten die deutschen kaum Schwierigkeiten, sich in den Medien Gehör zu politischen Fragen zu verschaffen. Damit zeigt sich eben auch die Bedeutung des Faches Geschichte nach außen.

Ungeachtet dessen ist dem anzuzeigenden Buch zu wünschen, es möge sowohl seitens der praktischen Politik als auch der Politikwissenschaft wahrgenommen werden. In einer Zeit, in der historisches Denken kaum noch als Teil politikwissenschaftlicher Analyse angesehen wird, ist es wichtig, an die Einseitigkeit von Untersuchungen zu erinnern, die ausschließlich auf Theoriemodelle und kausale Erklärungen setzen und so etwas wie Pfadabhängigkeit aus dem Auge verlieren. Zu Recht weist Green auf die Stär-

ken einer Historiographie hin, die solche Einseitigkeit auszugleichen im Stande sei. Das Verdienst der Autorin ist es, den spezifischen Methodenkanon hervorzuheben, der der Geschichtswissenschaft eigen ist. Sie betont, dass die Fähigkeit zu historischem Denken den politischen Akteuren helfen kann, Trends zu erkennen, ohne von Unausweichlichkeiten auszugehen. Als ein Beispiel nennt sie hierzu die gegenwärtig als alternativlos gekennzeichnete Austeritätspolitik in der Europäischen Union. Wenn die Politik hier postuliere, keine Wahlmöglichkeiten zu haben, beruhe eine solche Entscheidung aber allein auf dem Glauben an bestimmte theoretische Erwartungen zur ökonomischen Entwicklung. Die Historiographie kann in solchen Fällen aber immer auf andersartige gesellschaftliche Erfahrungen verweisen, die in der Vergangenheit gemacht wurden.

Green folgend, kann die Geschichtswissenschaft gerade aufgrund ihrer Kompetenzen hinsichtlich der Bildung und Begründung von Analogien in besonderer Weise zum besseren Verständnis von politischen Prozessen beitragen. Hier nennt die Autorin als Beispiele die *appeasement*-Politik Großbritanniens gegenüber dem nationalsozialistischen Staat 1938 wie auch die Art und Weise, wie eine internationale Koalition gegen Saddam Hussein geschmiedet worden sei. Es sei aber angefügt, dass zumindest dem Rezensenten gerade an solchen Stellen weitergehende Ausführungen zu den Beispielen fehlen. Dadurch verbleibt das Buch, unbenommen seiner Qualitäten, häufig im Ungefähren und beschränkt sich auf normative Forderungen. Viel ist von „should“ die Rede: Die Politik, die Geschichtswissenschaft, die universitären Institutionen sollten in Zukunft dem historischen Denken mehr Raum geben. So wichtig und richtig das ist, wünschte man sich im Zusammenhang mit diesen Forderungen detaillierte Beispiele, die den Leser_innen das nahe brächten, was mit historischem

Denken genau gemeint ist, worin sich seine Vorteile erschließen.

Passau

Horst-Alfred Heinrich

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Außenbeziehungen des vormodernen Japan

Vollmer, Klaus (Hrsg.): Japan im vormodernen Ostasien, 238 S., Röhrig, St. Ingbert 2016.

Eine dankenswerte Initiative einiger historisch orientierter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die zu außereuropäischen Regionen arbeiten, hat 2016 zu einer Neuauflage des Jahrbuchs für außereuropäische Geschichte im Röhrig Universitätsverlag geführt. Die neue Auflage trägt den bezeichnenden Titel „*dhau*“ (in Kleinbuchstaben). Es ist der Name für die schlanken, traditionellen Holzschiffe, die lange vor der Ankunft der Europäer an arabischen Küsten durch die Weltmeere segelten, um Waren zu transportieren. Sie sind ein Symbol einer frühen Globalisierung und ihres Zeichens materielle Träger einer Fülle transregionaler Verbindungen, die in der heutigen Segmentierung der Welt häufig außer Acht geraten. Die Herausgeber des Jahrbuchs möchten mit dem Titel „*dhau*“ auf ebendiese vielfältigen, regionen-übergreifenden historischen Verbindungen verweisen und mit den jährlich erscheinenden Bänden die Forschung zu selbigen vorstellen. Den Auftakt machte im Jahr 2016 eine Ausgabe, die sich den Außenbeziehungen des vormodernen Japan widmet. Das Buch ist reich an neuen und neusten Erkenntnissen zu den Jahrhunderten vor der berühmten „Öffnung“ Japans gegenüber dem Westen im Jahr 1853.

Entgegen der immer noch sehr hartnäckig vertretenen Ansicht, dass Japan in den

beiden Jahrhunderten vor 1853 beziehungsweise den politischen Umwälzungen von 1868 eine umfassende „Isolationspolitik“ (*sakoku*) betrieben habe, bietet Urs Matthias Zachmann im Jahrbuch eine erfrischend andere Perspektive. Sein Beitrag macht deutlich, dass Japan neben dem als mehr oder minder einzigen Tor zur Welt angesehenen Austausch mit Holland über die künstliche Insel Dejima (beim heutigen Nagasaki) sehr wohl Außenbeziehungen in die weitere Region (China, Korea, Siam, Königreich Ryukyu) pflegte. Die Handels- und diplomatischen Beziehungen waren ausgewählte, von der herrschenden Tokugawa-Dynastie strategisch betriebene Teilhaben an der zeitgenössischen internationalen Ordnung. Die reduzierte Anzahl der Kontakte sei, so Zachmanns Interpretation, auf das Bestreben zurückzuführen, dass Japan seine Autonomie bewahren wollte (was vor allem gegenüber China eine stetige Gratwanderung bedeutete). Um dies zu erreichen, wurde Japans Ton gegenüber China auch bisweilen „frech“. So verweisen Zachmann wie auch Jörg Plassen in ihren Beiträgen auf eine diplomatische Quelle, nach der der japanische Herrscher im 7. Jahrhundert sich in einem Brief nach China als „Himmelssohn des Ortes, wo die Sonne aufgeht“ bezeichnet und den chinesischen Kaiser als „Himmelssohn des Landes, wo die Sonne untergeht“, grüßt (Zachmann, S. 168; Plassen, S. 109). Als eigentlich tributpflichtiger „Barbar“, von dem China erwartete, dass er sich dem sinozentrischen Weltbild und seinen Hierarchien unterordne, galten solche Anmaßungen Japans als unerhört. Der Chronik des Geschehens zufolge „verbat sich der chinesische Kaiser, jemals wieder ein solch impertinentes Schreiben zu Gesicht zu bekommen“ (Zachmann, S. 68). Aus dem Verhalten Japans können außenpolitische Haltungen abgelesen werden, die über die Zeit der reduzierten außenpolitischen Beziehungen hinaus Kontinuitätslinien

bis in die heutige Zeit zeigen. Welches Gewicht diesen Kontinuitätslinien beigemessen werden kann, bleibt zunächst dahin gestellt. In jedem Fall bricht die neuere Forschung zur vormodernen Zeit mit etlichen, in Japan und im Ausland lange Zeit gehuldigten Mythen zum regionalen Beziehungsgeflecht in vor-modernen Jahrhunderten.

Die Beiträge im Jahrbuch dekonstruieren noch weitere Mythen, darunter der des ethnisch homogenen Japans und der des Zen-Buddhismus als eigentümlicher japanischer Variante dieser Religion. Die Präsenz chinesischer Chan-Mönche in Japan – wobei Chan die chinesische Bezeichnung für Zen ist – belegt die Reziprozität der kulturellen und religiösen Verbindungen im 13. und 14. Jahrhundert. Überdies spielten religiöse Würdenträger zentrale Rollen in Politik und Wirtschaft (Handel) zwischen Japan und China (s. den Beitrag von Csaba Olá). Über die Nachzeichnung von Migrationsbewegungen buddhistischer Mönche im Ostasien des 13. und 14. Jahrhunderts stellt Steffen Döll heraus, dass die komplexe Gemengelage dieser Zeit es kaum erlaubt, „zwischen einer religiös-spirituellen, einer politisch-administrativen und einer kulturellen Sphäre zu trennen“ (S. 80). „Mit der Stabilisierung der Politik geht die Bürokratisierung und Institutionalisierung der Religion sowie die Politisierung der Kultur einher“ (ebd.). Diese Entwicklung war indes nur möglich, weil die sprachliche Verständigung (vor allem über die Kenntnis der chinesischen Schrift) zwischen den gelehrten Mönchen in der Region gewährleistet war und diese daher für die politischen Akteure der Zeit eine unabdingbare personelle Ressource darstellten. Auch Daniel Schley unterstreicht die Trias Adel, Krieger, Klöster, die erst zusammengekommen den mittelalterlichen Staat in Japan ausmachten (ungeachtet der Tatsache, dass Japan damals kein zusammenhängendes Herrschaftsgebiet darstellte, s. S. 141).

Die einzelnen Beiträge des Themenschwerpunkts erhalten eine äußerst informative inhaltliche Klammer durch die Einführung des Herausgebers Klaus Vollmer. Seine Ausführungen richten sich primär auf die Geschichtsforschung in Japan, die in den vergangenen Jahrzehnten in bemerkenswerter Weise von einer bis dato starken Japan-Zentriertheit abgekehrt ist und das Land als Teil einer größeren Region Ostasien – und damit auch als Akteur in vielfältigen Beziehungen, Verflechtungen und Beeinflussungen – betrachtet. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der Bedeutung, die die Geschichtsschreibung in China, Japan und Korea bis heute hin für die politischen Beziehungen der Länder untereinander hat, hervorzuheben. Kaum ein Jahr vergeht, in dem nicht Konflikte, Kontroversen und diplomatische Verstimmungen publik werden, die in aller Regel auf eine enge, von nationalen Interessen gespeiste Sicht der Historie zurückgehen. Vollmer stellt diese, mit Blick auf Japan, in eine Perspektive der geschichtswissenschaftlichen Wissensproduktion, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts, mehr noch aber seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den politischen Rahmenbedingungen „nationalstaatlich imprägniert“ wurde (S. 12). Der verengte Blick trug maßgeblich dazu bei, die vormodernen internationalen und intraregionalen Beziehungen Japans zu vernachlässigen. Eine prägende Frage, die der Forschung Pate stand, bildete dabei die seit der weiter oben angesprochenen Öffnung 1853 zwischen „Orient“ und „Westen“ oszillierende Orientierung Japans. Mit anderen Worten: Nationale Identitätsdiskurse suchten das Land zu verorten und dabei nach 1945 auch die unrühmliche jüngere Vergangenheit mit Paradigmen in Einklang zu bringen, die Japan einerseits als Teil des Westens, andererseits aber auch als Teil Asiens einzuordnen erlaubten. Ein illustratives Beispiel für das Spannungsfeld, das dadurch

entstand, ist die panasiatische Orientierung im späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts einerseits, die, andererseits, einer dezidierten Degradierung Chinas als rückständig („Japans Orient“, s. Stefan Tanaka „Japan's Orient. Rendering Pasts into History“, 1993) gegenüber stand; China firmierte als „Japans Orient“. Vollmer zeichnet die unterschiedlichen Wandlungen und Strömungen in der japanischen Geschichtsforschung anhand einer Vielzahl neuerer Quellen nach. Für die Gegenwart betont er den sehr vielversprechenden Trend, die Verflechtungsgeschichte des vormodernen Japans in Ostasien viel differenzierter zu erforschen, als dies bis in die 1980er Jahre hinein der Fall war. Diese Richtung, die sich seither kontinuierlich und in oftmals interdisziplinärer Zusammensetzung sehr eindrücklich an ein interessiertes Publikum wendet, kann mit Fug und Recht als bahnbrechend bezeichnet werden. Sie lenkt den Blick darauf, dass die territorialen und maritimen Grenzen nicht immer so verliefen, wie sie das vergangene Jahrhundert präsentierte. „Die Problematisierung der räumlich-territorialen Ausdehnung der vormodernen Geschichte Japans erregte in dem Moment wieder das Interesse der Historiker, als man den Anachronismus einer historischen Forschung erkannte, die das Territorium des modernen japanischen Nationalstaats als Geltungsbereich japanischer Geschichte seit prähistorischen Zeiten stillschweigend voraussetzte“ (S. 37).

Insgesamt ist der Band weit über den Kreis interessierter Ostasienwissenschaftler hinaus lehrreich und hoch informativ. Besonders hervorzuheben gilt, dass die Beiträge des Thementeils allesamt eine Fülle von originalsprachigen Quellen zum ersten Mal in westlichen Sprachen – in diesem Falle in deutscher Sprache – zugänglich machen. Allein dieses Verdienst des Jahrbuchs kann kaum genug gelobt werden. Unerwähnt bleiben sollte aber auch nicht, dass den The-

menbeiträgen ein unter der Rubrik „Didaktik“ subsummierter, gegenwartsbezogener Artikel von Akiyoshi Nishiyama folgt, der aktuelle Debatten um Weltkulturerbe-Vorschläge in Japan kritisch diskutiert. Eine Reihe von Rezensionen schließt sich an, von denen hier eine hervorgehoben sei, weil sie sich nahtlos in die von Vollmer kaleidoskopisch ausgebreitete Darlegung zur Entwicklung der Geschichtsschreibung in Japan einfügt. Es ist die von Ken'ichi Mishima und Wolfgang Schwentker herausgegebene, kommentierte Quellensammlung „Geschichtsdenken im modernen Japan“ (2015). Ihre Zusammenstellung dauerte zehn Jahre, erlaubt aber nun dem Leser, sich in deutscher Sprache über einflussreiche japanische Texte der letzten 150 Jahre zu informieren. Das Werk darf einzigartig genannt werden, nicht nur aufgrund der Übersetzungen, die es enthält, sondern auch ob seiner Kontextualisierung und Kommentierung. Es bildet im Grunde ein ontologisches Fundament für die Einführung Vollmers zum Jahrbuch und für die darin abgedruckten Themenbeiträge.

Das Jahrbuch kann als Teil der bekannten Initiative, Globalgeschichte aus nicht-eurozentrischer Sicht zu schreiben, gelesen werden. Gleichwohl kann es auch als wertvoller Beitrag zur gegenwärtigen Debatte der Regionalwissenschaften/*area studies* aufgefasst werden, in welcher die Sinnhaftigkeit der uns geläufig gewordenen Aufteilung der Welt in territorial begrenzte Regionen infrage gestellt wird. Prominent sind hier unter anderem Studien zum Indischen Ozean, aber auch zum mediterranen Raum oder zum Beziehungsgefüge Südostasien – Naher Osten geworden. Mit dem auf Japans vor-moderne Außenbeziehungen orientierten Jahrbuch rückt eine weitere Facette von Verbindungen und Verflechtungen in den Blick, die nicht zuletzt Samuel Huntingtons Designation von Japan als einer in sich geschlossenen Zivilisation zu einer historisch kaum

begründbaren Zuschreibung macht („The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“, 1997).

Marburg

Claudia Derichs

Humanismus transepochal

Klose, Fabian/Thulin, Mirjam (Hrsg.): *Humanity. A History of European Concepts in Practice from the Sixteenth Century to the Present*, 324 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016.

Der auf Beiträgen einer Konferenz basierende Band „Humanity. A History of European Concepts in Practice from the Sixteenth Century to the Present“ fragt nach Konzepten der Humanität und nach deren Umsetzung in die Praxis vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Die Einleitung verweist sogleich auf Ambivalenzen: Wenn europäische Reisende, Missionare, Kaufleute oder Gesandte von Sklavenmärkten in Afrika berichteten und beklagten, dass Menschen dort wie Tiere ge- und behandelt würden und dabei vergaßen, dass Europäer über Jahrhunderte in gleicher Weise agiert hatten. Was Humanität oder Menschlichkeit in unterschiedlichen europäischen Sprachen und zu diversen Zeiten und in unterschiedlichen Kontexten bedeutete, welche Vorstellungen und handlungsleitenden Prinzipien damit verbunden waren, das deklinieren Fabian Klose und Mirjam Thulin durch und verweisen darauf, dass Konzepte von Humanität vielfach mit Hierarchien und legitimierenden Konstruktionen – für Imperialismus, Kolonialismus und Kriegseinsätze – unterlegt waren und sind. Gegenüber der Auffassung, dass man von Humanität als Konzept erst im 20. Jahrhundert sprechen kann, favorisieren sie einen offenen Zugang, der mit dem frühneuzeitlichen Humanismus einsetzt.

Die Fragestellungen, mit denen sich die nachfolgenden 13 Fallstudien auseinandersetzen, drehen sich darum, was Mensch-

Sein bedeutet, wie dies argumentiert und eingesetzt wurde, welche Konsequenzen, Aufgaben und Verpflichtungen sich von einem Konzept der Humanität für die Praxis auf moralischer und normativer Ebene ableiten lassen und was es heißt, im Namen der Menschlichkeit zu handeln. Die Beiträge durchleuchten „crucial arenas“ (S. 17), in denen Konzepte und Praktiken der Menschlichkeit in unterschiedlichen hierarchischen Konstellationen nachhaltig geformt und definiert, infrage gestellt und rekonfiguriert wurden. Räumlich führen sie immer wieder über Europa hinaus nach Afrika, Amerika und Asien im Sinne einer transnationalen Verflechtungsgeschichte. Unter den Beiträger_innen finden sich Historiker_innen und Politikwissenschaftler_innen, Theolog_innen und Vertreter_innen des internationalen Rechts sowie der Philosophie, um den Blick auf die Praxis der Humanität in vielfältige Bezugsfelder einzubinden.

Der erste Abschnitt liefert mit zwei Beiträgen – zur Menschheit (*humankind*) und zu Menschlichkeit (*humanity*) – eine zeitübergreifende Grundlegung des Bandthemas: zunächst auf Basis von Hierarchisierungen und Abspaltungen, die auf die Konzeptualisierung der Menschheit und der Menschenrechte Einfluss hatten und immer noch haben: frei und unfrei, ‚barbarisch‘ oder ‚wild‘ und ‚zivilisiert‘, schwarz und weiß, männlich und weiblich, reich und arm (Francisco Bethencourt). Des Weiteren wird dem mit unterschiedlichen Bedeutungen aufgeladenen und immer wieder auch missbrauchten Konzept von Humanität in markanten Zeiträumen des 20. Jahrhunderts nachgespürt (Paul Betts).

Moral und Menschenwürde stehen im Zentrum des zweiten Abschnitts, in dem es um die Säkularisierung des Humanismus in Schriften von Erasmus von Rotterdam geht – als Übergang vom christlichen und metaphysischen Bezugsraum zum gesellschaftspolitischen Gegenstand und anthropozentrischen Kon-

zept (Michai-D. Grigore) – sowie um die Debatte über die Natur der *Native Americans* Mitte des 16. Jahrhunderts zwischen Bartolomé de las Casas, der ihre Unterwerfung kritisierte und eurozentristische Arroganz anprangerte, und dem Humanisten Juan Ginés de la Sepúlveda, der sie ausgehend von Aristoteles als „Sklaven der Natur nach“ ansah (Mariano Delgado). Die folgenden Beiträge fragen ausgehend von dem Monatsblatt *Der evangelische Heidenbote* nach Konzepten von Humanität in den Anfängen der größten evangelischen Missionsgesellschaft in Indien (Judith Becker) und nach katholischen Humanitätsvorstellungen im Nachkriegseuropa (Robert Brier).

In Abschnitt drei thematisieren die Autor_innen Humanitarismus in Zusammenhang mit Gewalt und internationalem Recht. Dessen Anfänge werden in spanischen Diskursen über Sklaverei verortet, die bereits seit dem 16. Jahrhundert geführt wurden (Thomas Weller). Die Etablierung von Humanität im internationalen Recht wird ausgehend von den britischen Abolitionisten an der Wende vom 18. ins 19. Jahrhundert rekonstruiert, der zum Konsens führte, dass Menschenhandel ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei (Fabian Klose). Weiterführend werden Konzepte des „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ als Rechtsinstrumentarium vor Gericht zwischen 1899 (erste Haager Friedenskonferenz) sowie im Kontext von Kriegsverbrecherprozessen und der Nürnberger Prozesse untersucht. (Kerstin von Lingen). Humanität war im globalen Kontext des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes nicht unumstritten. Zwar konstituierte sie eine zentrale und zugleich funktionale Kategorie, wurde aber auch als rassistisch und exklusiv wahrgenommen (Esther Möller).

Abschnitt vier fokussiert Kontexte der Wohltätigkeit, Philanthropie und Solidarität. Bei den Freimaurern wirkte Humanität als Begriff und Forderung transnational verbindend

und vermochte Differenzen zu überbrücken (Joachim Berger). In der katholischen Kinderfürsorge fungierte Humanität als Argument und Narrativ zugunsten der Ausdehnung des Aktionsradius nach Afrika und Asien, während umgekehrt die betreuten Kinder zu Symbolen der Menschlichkeit stilisiert wurden (Katharina Stornig). Die Frage nach der Einheit der Menschheitsfamilie und globaler Gerechtigkeit wird ausgehend von einem Dokument der Weltbischofssynode von 1971 und der päpstlichen Enzyklika von 2015 erörtert (Gerhard Kruij). Der Schlusskommentar von Johannes Paulmann diskutiert verschiedene Ausprägungen von Humanität als europäisches Praxiskonzept und verweist auf dessen unterschiedliche Funktionen und Dynamiken sowie auf dessen Gegenwartsrelevanz.

Der Band ist international zusammengesetzt, transepochal angelegt und macht einmal mehr deutlich, dass das Überschreiten von klassischen Epochengrenzen sehr produktiv sein kann. Grundlegende Widersprüche zwischen universalistischen Positionen und davon abgeleiteten Forderungen werden immer wieder deutlich. So bietet der Band zahlreiche Ausgangspunkte für weitere Vertiefungen und Kontextualisierungen. Auf der Wunschliste steht, Geschlecht als Kategorie systematischer zu nutzen und säkulare Humanitätskonzepte umfassender zu verfolgen.

Wien

Margareth Lanzinger

Akademische Geselligkeit

Asche, Matthias/Klenke, Dietmar (Hrsg.): Von Professorenzirkeln, Studentenknäulen und akademischem Networking. Universitäre Geselligkeiten von der Aufklärung bis zur Gegenwart, 246 S., Böhlau, Köln u. a. 2017.

Die Herausgeber bezwecken mit diesem Band, die „Struktur und [den] Wandel universitärer Geselligkeitsformen seit dem Aufklärungszeitalter“ (S. 10) im deutschsprachigen

Raum zu untersuchen. Diese Geselligkeitsformen der Professoren und Studierenden seien, so die formulierte Ausgangsthese, ein entscheidender Faktor der Autonomie und der Selbstbehauptung der Universitäten beziehungsweise der „Stellung der Universitäten in der Gesellschaft“ (S. 11). Damit gelte es aber auch, die Gründe für den „Verlust an Geselligkeitskultur[, den] die Universitäten über Jahrzehnte hin erlitten haben“ (S. 18), zu erforschen. Dafür schlagen die Herausgeber drei Untersuchungskonzepte vor: Geselligkeitspolitik, Netzwerkpolitik und soziales Kapital (nach Pierre Bourdieu).

Der prägende Begriff, der die verschiedenen Aufsätze verbindet, ist „Geselligkeit“. Dafür wird zumeist auf die Definition Georg Simmels in seinem Beitrag auf dem ersten deutschen Soziologentag 1910 „Soziologie der Geselligkeit“ verwiesen. Auch Texte Max Webers und Alexis de Tocquevilles zu Verein und Gesellschaft finden mehrmals Erwähnung, ebenso wie die dem Vereinswesen gewidmeten Forschungen des Historikers Stefan-Ludwig Hoffmann. Dagegen wird auf das Konzept des sozialen Kapitals in keinem der Beiträge Bezug genommen.

Die Autoren, die sich auf geschlossene Gruppen – seien es Freimaurer-Logen, Professoren-Kränzchen oder Studentenverbindungen – fokussieren, verwenden eine relativ einheitliche Definition der Geselligkeit als Prozess der „Identitätsstiftung“, als Bildung eines „akademischen Habitus“ und analysieren vor allem die Aktivitäten der Mitglieder dieser Vereine (u. a. Politik, ritualisierter Alkoholkonsum, Duell, Ausschließung von Individuen oder Gruppen). Die Spannung zwischen formellen und informellen Geselligkeitsformen sowie der exklusive Charakter der einzelnen Assoziationen sind stets wichtige Fragen.

Der allgemeineren Reichweite zweier dieser Aufsätze gebührt besondere Beachtung. Es sind diejenigen Regina Meyers zum Spirituskreis von Professoren der philosophi-

schen Fakultät in Halle (1890–1958, wobei sie v. a. die Zeit vor 1914 thematisiert, d. h. die „Blütezeit“ des Kreises) und Sabrina Lausen zu den polnischen Studentenverbindungen. Mit der Erforschung des Spirituskreises ermöglicht Meyer einen konkreten Einblick in die Vertiefung des Bruchs zwischen den zwei Teilen der Philosophischen Fakultäten (Geistes- versus Naturwissenschaften) am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Diese Gruppe wurde von zwölf lutherisch-pietistischen Professoren der Geisteswissenschaften gebildet, deren Ziel auch darin bestand, gegen die wachsende Macht der Naturwissenschaften zu kämpfen. Das taten sie in Wort (Debatten über die Universitätspolitik) und Tat (sie versuchten Machtpositionen als Dekane oder Rektoren zu erwerben). Meyer zeigt dennoch, dass die Mitglieder oft „fortschrittlich[e]“ (S. 77) Positionen einnahmen, sich beispielsweise für die Gleichberechtigung der Technischen Hochschulen aussprachen.

Lausen liefert einen Beitrag zur Verflechtungsgeschichte (ohne vom Begriff selbst Gebrauch zu machen) der europäischen Studentenverbindungen. Sie zeigt, wie die polnischen Studenten am Anfang des 19. Jahrhunderts an der Gründungswelle von Verbindungen teilnahmen und wie sie die Geselligkeitsformen der deutschen Verbindungen für ihr politisches Programm der Gründung eines unabhängigen polnischen Staats adaptierten. Die Parallele zwischen den polnischen Verbindungen in der Zwischenkriegszeit im Rahmen des neuen polnischen Nationalstaats und den deutschen Burschenschaften nach 1871 ist auffallend: Aufgabe des Politiktreibens und Wende zum Konservatismus, wachsender Autoritarismus, Ausschließung der Juden. Polnische Verbindungen waren aber weit davon entfernt, reine Kopien deutscher Vorbilder zu sein. So spielten für sie nach 1918 eigene Theateraufführungen und gemeinsames

Musizieren sowie die Bildung der „Massen“ eine wichtige Rolle.

Daneben finden sich im Band auch Beiträge, deren Autoren zwar auch Simmels Geselligkeitsdefinition zitieren, in denen aber diese Erforschung der Geselligkeitsformen im engeren Sinn nicht den Kern des Textes bildet. In Christian Georges Aufsatz zu den Studentenkorporationen nach 1945 ist die Spannung zwischen Studenten, Alten Herren (Verbindungsmitgliedern, die ihr Studium absolviert haben), Militärregierungen und Justiz während des Kampfs um die Wiedererlaubnis der Verbindungen, des Farbentragens und der Mensur (des studentischen Duells) relevanter als die Praxis dieser Aktivitäten selbst. In den Aufsätzen Julia Gruhlichs/Birgit Riegrafs und Dietmar Klenkes wird Geselligkeit hingegen viel breiter verstanden und beschreibt die sozialen Verhältnisse zwischen Professoren und Studenten. Leider wird nicht auf empirische Studien (Interviews, ethnographische Beobachtungen) verwiesen, welche die Thesen der Autoren (z. B. dass Geselligkeit zwischen Professoren und Studenten von den Betroffenen gewünscht gewesen sei) erhärten könnten.

Wie bei so vielen anderen Sammelbänden fehlen auch diesem Sammelband eine allgemeine Bilanz der sehr unterschiedlichen Beiträge sowie weiterführende Perspektiven. Entweder als eigenständiges Schlusskapitel oder nach den Zusammenfassungen der einzelnen Kapitel im einleitenden Aufsatz Matthias Asches und Dietmar Klenkes hätte sich eine solche Zusammenführung gut angeboten, vor allem da die Autoren nicht immer explizit auf die allgemeinen Thesen des Bands eingehen. Folgt man der in dieser Sammlung vorgenommenen Gewichtung, so kann man nur davon ausgehen, dass die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1914 den Zenit akademischer Geselligkeit bildete. Doch muss das Fehlen von Studien zu gegenwärtigen Vereinen von Studenten (u. a. Verbindungen,

Fachschaften) oder Professoren (u. a. Fachverbände) nicht unbedingt zu der von den Herausgebern vertretenen Schlussfolgerung führen, dass die akademische Geselligkeit mit dem Anfang der Massenuniversität allmählich (fast) verschwunden wäre. Dazu bedarf es noch empirischen Forschungen im europäischen oder globalen Vergleich.

Paris/Heidelberg

Antonin Dubois

Das Habsburgerreich – ein Auslaufmodell?

Judson, Pieter M.: Habsburg. Geschichte eines Imperiums 1740–1918, 667 S., Beck, München 2017.

„The Habsburg Empire. A New History“ lautet der Originaltitel dieses Buches, mit dem der in Florenz lehrende Historiker Pieter M. Judson nun die Bilanz jahrzehntelangen Forschens und Nachdenkens über dieses eigenartig komplexe Gebilde vorlegt, das sich seit jeher einer präzisen Begrifflichkeit entzieht. Im Englischen funktioniert die Provokation besser als im Deutschen. Denn letzteres hält „Habsburgerreich“ und „Habsburgermonarchie“ für im Grunde austauschbare Bezeichnungen und überlässt die Feinheiten den Fachleuten. Aber Imperium? Das nun doch eher nicht, jedenfalls nicht in dem Sinne eines weltumspannenden Herrschaftsanspruchs mit starkem Zentrum, unscharfen Rändern und einer Reihe von Klientelstaaten jenseits expandierender Grenzen. In Herfried Münklers Strukturanalyse von Imperien spielt die Habsburgermonarchie folglich schon mangels räumlicher Ausdehnung kaum eine Rolle („Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten“, 2005). Am Vergleich von Imperien aber ist Judson nicht interessiert, auch die zeitgenössischen Nachbarimperien – das Osmanische Reich, das Zarenreich oder das wilhelminische Kaiser-

reich – kommen bei ihm kaum vor. Vielmehr zeigt er, dass der Gesamtzusammenhalt der Königreiche und Länder, verkörpert im Monarchen, seiner Armee und seinen sonstigen gemeinsamen Institutionen, für die Mehrzahl der Untertanen bis in den Ersten Weltkrieg hinein den selbstverständlichen Rahmen politischen Handelns sowie einen wichtigen Adressaten politischer Forderungen, Wünsche, Klagen und Projektionen darstellte. Zu Recht hat der C. H. Beck Verlag als Umschlagbild denn auch ein Foto gewählt, das Kaiser Franz Joseph bei der Abnahme einer Parade in Sarajevo zeigt. Ein Uniformierter salutiert, Zivilisten schwenken ihre Hüte, mancher mit eher skeptischem Blick, aber immerhin.

Das Militär war für den Zusammenhalt des Reiches in der Tat wichtig, jedoch auf andere Weise, als gemeinhin zu erwarten wäre. Judsons Darstellung beginnt chronologisch mit der Volkszählung unter Maria Theresia im Jahr 1770. Mit der Durchführung betraut war die Armee, denn was Gemeindepriester und örtliche Beamte jenseits der Taufregister über Häuserzahl, gewerbliche Verhältnisse, Bildungsgrad und Gesundheitszustand zu berichten hatten, war zu dürftig und zu vielfältig, um darauf effiziente Institutionen zu gründen. Landesweit begriffen die Bauern schnell, dass es sich diesmal nicht um die gefürchtete Rekrutenausbildung handelte, sondern um eine Chance, der Landesfürstin ihre Beschwerden über drückende Frondienste und Robotleistungen vorzutragen. Dies ist eine Schlüssel-szene des Buches. Denn in den folgenden anderthalb Jahrhunderten boten sich der Bevölkerung mehr und mehr solcher Gelegenheiten, sich direkt auf den Monarchen und seine Institutionen zu beziehen und so die Reichsbildung in den Köpfen der Untertanen voranzutreiben. Bei den napoleonischen Kriegen setzt Judson den Akzent nicht etwa bei der Proklamation eines österreichischen Kaiserstaates, sondern bei der patriotischen Institution der Landwehr und beim Allgemei-

nen Bürgerlichen Gesetzbuch von 1811, das Untertanen zu Staatsbürgern machte, mit weitreichenden Folgen. Denn hierauf konnten sich fortan verarmte Arbeiter und ihre Familien beziehen, um den drohenden „Schub“ in die Heimatgemeinde zu vermeiden.

Selbst die Revolution von 1848, nach gängiger Meinung die schwerste Krise der Habsburgermonarchie überhaupt, deutet Judson aus dieser Warte. Die Revolutionäre hätten für soziale Ideale und gesellschaftliche Teilhabe gestritten, für ein erneuertes, ideales Reich, und keineswegs für seinen Zerfall. Der Umstand, dass Tschechen und Slowenen ihre Nationsidee an die Sprache knüpften, führte zwar in ein unerwartetes Dilemma. Aber gleichzeitig lernten deutsche Liberale in der Frankfurter Paulskirche, sich politisch auf Wien zu konzentrieren und die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Nationalitäten zu suchen. Das Ergebnis war der wegweisende Verfassungsentwurf von Kremsier. Die Bauern wurden von der nationalen Rhetorik ohnehin kaum erreicht.

Dies ist eine provozierende Deutung der Revolution, aus ungarischer Perspektive ist sie kaum zu halten. Aber auch in Ungarn verliefen die Konfliktlinien wie in Österreich fortan zwischen Liberalen und Konservativen, erst recht dann, wenn es um die Rolle der katholischen Kirche ging. Das Kernproblem der späten Habsburgermonarchie sieht Judson denn auch nicht in der Nationalitätenfrage, und schon gar nicht in fortschreitender nationaler Mobilisierung immer breiterer Bevölkerungsschichten, sondern darin, dass die Verschränkung von Nationalismus und Reichsidee ein Gefüge politischer Institutionen hervorgebracht habe, die sich teilweise blockierten. Die Mehrheit der Bevölkerung projizierte ihre Visionen einer zukünftigen Moderne jedoch weiterhin auf die Gesamtheit des Reiches, auf das sie sich auch in ihrem politischen Handeln, etwa in Wahlen, selbst über tiefe politische Gräben hinweg bezog.

Auf dieser Grundlage ließen sich Spannungen und Blockaden kreativ lösen, und wo parlamentarische Institutionen versagten, hielten Kommunen, Bürokratie und Armee das Reich weiterhin zusammen. Politische Mobilisierung verlief ebenso sehr entlang ideologischer Ziele wie entlang situativen Handelns, und gerade an solchen konkreten Situationen lässt sich mit dialektisch geschultem Blick ablesen, dass die Habsburgermonarchie bis in den Weltkrieg hinein keineswegs am Abgrund stand. Noch im Sommer 1918 sah der größte Teil der Tschechen ihre politische Zukunft innerhalb des Reiches.

Das habsburgische Vielvölkerreich war also mitnichten ein historisches Auslaufmodell und den Nationalbewegungen auch nicht hoffnungslos unterlegen. Mit dieser Bewertung knüpft Judson an eine reichhaltige jüngere Forschung an, zu der er selbst maßgeblich beigetragen hat. In diesem Sinne ist sein Buch eine Art Schlussstein. Aber er erliegt nicht der Versuchung, nun seinerseits das Habsburgerreich nostalgisch zu verklären und gegen den Nationalstaat in Stellung zu bringen. Denn Judson zeigt auch, dass eine politische Organisation nur so lange Bestand hat, wie sie von ihren Untertanen und Bürgern akzeptiert und von ihren Eliten verteidigt wird. Dies war im Herbst 1918, nach langer Erosion und unter enormen Belastungen, schließlich nicht mehr der Fall.

Jena

Joachim von Puttkamer

Keeping Up with the Hucksters

Balleisen, Edward J.: *Fraud. An American History from Barnum to Madoff*, 496 pp., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2017.

This is a careful narrative of public and private sector efforts since the 1800s to combat fraud in U.S. commerce and finance. The author, a historian at Duke University,

confines himself mainly to “fraud committed by business firms against” their “suppliers, creditors, customers, and investors” (p. 10), a massive subject that nevertheless excludes myriad forms of theft through deception carried out by the public against business and government and by employees and employers against one another.

Fraud, the author explains, thrives on “the outer fringes of economic change”, corollary to Joseph Schumpeter-style entrepreneurial innovation (p. 152). In new industries, hope outruns knowledge. Investors have few reference points for distinguishing substance from swindle. Consumers do not understand goods and services offered to them. Uncertainties about the product, its production, and its marketing likewise weigh upon entrepreneurs. Intense, unpredictable competition pushes even well-intended operators toward hyperbole. Land, mining, and railroad frauds were a legendary byproduct of the rapid development of the American West. In the early years of mail-order, even Sears Roebuck became a target of well-founded accusations of deceit. In the 1950s–60s, hucksters gravitated toward home-improvement (an atmosphere evoked by the 1987 movie “Tin Men”), as in recent decades they have seemed everywhere on the internet.

While details mutate constantly, most frauds adhere to a small range of durable archetypes. Investment frauds take the form of ‘pump-and-dump’ swindles or pyramid, i.e. ‘Ponzi’ schemes, the latter epitomized recently by the infamous Bernard Madoff affair. Unscrupulous marketers use ‘bait-and-switch’ tactics to saddle consumers with goods and services of lower quality than initially promised on more onerous terms. Charlatans lure the ambitious with bogus business or educational opportunities, as evinced by recent scandals over for-profit universities. And managers misrepresent their firm’s financial condition while looting it. The poor

and the old, rural people, and other isolated or marginalized groups suffer most from the “asymmetries of information” that enhance vulnerability to fraud (p. 23). The author, however, draws upon behavioral economics to explain common strategies that swindlers use to retain the trust of well-connected people who should know better, a hard lesson of the Great Crash of 1929 tragically cast aside by the 1980s.

In the mainly localized economy of the early 1800s, a mix of common law principles and customary social pressures seemed sufficient to police dishonest businesses. The impresario P.T. Barnum built his brand of entertainment through hoax and humbug upon nostalgia for a supposedly safer era of harmless *caveat emptor*, in which small-town people practiced sharp bargaining and petty deception on one another with few consequences apart from ridicule and embarrassment. The urban environment and intertwined national markets, along with the increasingly convoluted character of finance and corporate structure, enabled scammers to evade traditional controls. By the late 1800s, the United States was lurching toward a characteristic mix of public and private remedies, ranging from state inspection of strategic products to credit reporting services and reviews of products and investments in trade journals and the popular press.

Balleisen devotes more than half his book to a close study of anti-fraud institutions created by government and business. Agencies such as the Post Office’s mail fraud unit or the Federal Trade Commission and associations such as the Better Business Bureau evolved in conformity with the overall trajectory of economic regulation in the United States. Progressive Era fraud-fighting aspired to forms of professionalism and expertise that invited accusations of irrelevant moralism, overreach, and unaccountable bureaucracy. As the Great Crash revealed, the

reaction in the 1920s toward self-regulation proved hopelessly tepid, dominated by established businesses who harassed marginal operators while overlooking the transgressions of insiders. The New Deal and World War II created a rough consensus in favor of public-sector oversight tempered by detailed procedures to ensure due process to accused businesses. But, also typically, even before consumer and civil rights movements added their voices during the 1960s–70s, state and federal agencies were becoming bogged down in lobbying and delay, with results that satisfied neither business nor its critics. Starting in the 1970s, a sporadic reaction back toward self-regulation emerged, driven by well-founded concerns over the stifling of innovation, but also by an ideological anti-statism that insisted that markets could police themselves. At the same time, the globalization in finance and the revolution in communications and digital technology created the precise conditions in which fraud mutates and thrives. Even before the 2008 crisis and the wild manipulation it exposed, disenchanted libertarians such as Federal Reserve chair Alan Greenspan were calling for “greatly stepping up enforcement of anti-fraud and anti-racketeering laws” (p. 361).

Balleisen’s book will be most useful to historians and other specialists in public policy, law, business, and finance. The author only occasionally uses the case files and press accounts he examined to re-create the perspective of accused swindlers, other business interests, cheated consumers, and the public. This limits the book as a study of fraud’s overall role in American thought and life. With a national administration now in power that emerges from and promotes a Barnumesque culture of bluster and humbug even as it relentlessly undermines new protections put in place after 2008, it is worth considering whether Americans truly want to

contain fraud if they also have to give up their tendency to romanticize hucksters.

Normal, IL

Alan Lessoff

Die Vernichtung der Indianer und die Ambiguität der Demokratie

Mattioli, Aram: Verlorene Welten. Eine Geschichte der Indianer Nordamerikas 1700–1910, 464 S., Klett-Cotta, Stuttgart 2017.

„Verlorene Welten“ beschreibt die Geschichte einer Zerstörung, die dunkle Seite der amerikanischen Geschichte, die nur zu oft als triumphale Erfolgsgeschichte der USA erzählt wird. Es ist die Geschichte der Verlierer, die ihr Land verloren und denen die Sieger am Ende noch die verbliebenen Reste ihrer Kultur durch eine staatlich verordnete Zwangsassimilierung nehmen wollten. In seinen einleitenden Bemerkungen verdeutlicht Aram Mattioli, Historiker an der Universität Luzern, dass es sich nicht um einen Völkermord gehandelt hat, da die von der UNO zugrunde gelegten Kriterien der Vorsätzlichkeit und Planmäßigkeit nicht zutreffen. Dies spricht die Regierungen der USA keineswegs von einer Schuld frei, da sie „sich selbst ermächtigende Siedler und ihre Milizen“ (S. 24) nicht in die Schranken zu weisen versuchten, deren Untaten im Nachhinein guthießen und aktenkundige Mörder nicht verfolgten. So konnte sich eine Kultur der Strafflosigkeit ausbreiten, die für die kontinentweite Katastrophe der Indianer mit verantwortlich ist.

Der Autor bezieht sich in seiner Darstellung auf eine breite Forschungsliteratur, deren Ergebnisse er in sechs Kapiteln verarbeitet hat. Er verzichtet darauf, eine Gesamtgeschichte der Indianer Nordamerikas zu schreiben, sondern wählt zentrale Entwicklungen. Dies ist der Überzeugungskraft und der Lesbarkeit des Buches sehr dienlich.

Im ersten Kapitel werden die imperialen Rivalitäten vor der Gründung der USA geschildert. Hier erweist es sich als entscheidend, dass sich in dieser Zeit der geradezu pathologische kollektive Indianerhass entwickelte, der von Generation zu Generation weitertradiert wurde und eine Kultur der Brutalität und Verantwortungslosigkeit begründete. Am Beispiel des Pontiac-Aufstands (S. 52ff.) unterstreicht Mattioli, dass er die Indianer keineswegs als hilflose Opfer der Siedler versteht, sondern als historische Akteure. Der Unabhängigkeitskrieg der USA war auch ein Krieg gegen die indigene Bevölkerung, in dem neben anderen auch die Irokesen aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben wurden und die meisten in Kanada Zuflucht suchten (S. 71ff.).

Das nächste Kapitel behandelt die frühere Geschichte der amerikanischen Republik, die Expansion über die Appalachen (S. 90ff.) und den vergeblichen Widerstand der von Tecumseh organisierten Indianer (S. 117ff.) sowie die große Forschungsexpedition von Lewis und Clarke, durch die der ferne Westen erschlossen wurde. Ein weiteres Kapitel ist der Politik von Präsident Andrew Jackson gewidmet, der wegen seiner anti-indianischen Haltung und seinem vulgären Verständnis von Demokratie äußerst erfolgreich war und die circa 100.000 Indianer des Südostens in die Region westlich des Mississippi zwangsumsiedelte. Die Gewalttätigkeit der Aktion und die Gefühllosigkeit der beteiligten US-Amerikaner hat sich in der Bezeichnung *Trail of Tears* niedergeschlagen (S. 165).

Die vielleicht schrecklichste Episode ist die weitgehende Vernichtung der kalifornischen Indianer, die nach der Entdeckung von Goldvorkommen von der Massenzuwanderung rücksichtsloser und schießwütiger Glücksritter verdrängt wurden (Kap. 5). Voraussetzung dafür war der Angriffskrieg, den die USA unter dem expansionistischen Präsidenten James Polk gegen Mexiko führten und der

ihnen nach einem raschen Sieg die großen Gebiete im heutigen Südwesten der USA einschließlich Kaliforniens einbrachte (S. 180ff.). Die weißen Siedler unterwarfen die Indianer gewaltsam, massakrierten viele unprovokiert und durften dabei immer auf einen höchst toleranten Staat vertrauen (S. 207ff.). Die Unterwerfung der Plains-Indianer war der nächste Schritt dieser Landnahme, wobei die neue Kultur der Lakota und anderer Indianer, die sich während des 18. Jahrhunderts in berittene Jäger verwandelt hatten, durch die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage, nämlich die Ausrottung der Bisons, gewaltsam beendet wurde. Diese Episode ist wahrscheinlich am häufigsten untersucht worden, da der heroische Widerstand indianischer Anführer wie Sitting Bull und Crazy Horse vielfach erzählt wurde (S. 260ff.). Weniger bekannt ist dagegen die fortgesetzte Geschichte gebrochener Versprechen und nicht eingehaltener Verträge seitens der USA.

Das abschließende Kapitel thematisiert die gnadenlose Zwangsassimilierung der Überlebenden, deren Kinder in weißen, christlichen Internaten umerzogen wurden (S. 294ff.). Gleichzeitig wurden von einer beginnenden Kulturindustrie die negativen Bilder von den „Wilden“ zementiert und die Geschichte der Vertragsbrüche, Betrügereien und Massaker in den amerikanischen Frontiermythos verwandelt (S. 321ff.).

Dieses Buch stellt nicht nur die dunkle Seite der US-amerikanischen Geschichte dar, sondern auch die finsternen Aspekte der modernen Demokratie. Gerade die amerikanische Demokratie, die in ihrer Hemdsärmlichkeit und Gewaltaffinität allzu häufig eine Tyrannei der Mehrheit war, erwies sich als tödlich für die indigene Bevölkerung und ihre Kultur. In der Mitleidlosigkeit, mit der die Indianer behandelt wurden, kommt die Ellbogenmentalität einer Gesellschaft zum Ausdruck, die sich seit dem 19. Jahrhundert als Inbegriff des Kapitalismus verstand.

Ein solches Buch war lange überfällig; nicht nur, weil es den Verlierern eines gewöhnlich positiv konnotierten Prozesses historische Gerechtigkeit widerfahren lässt, sondern gerade weil es die Ambiguität von Demokratisierungsprozessen aufzeigt, wie sie sich in anderen Siedlerkolonien ebenfalls abgespielt haben. Leider hat der Autor nicht den Vergleich mit Kanada gezogen, der seine Analyse hätte schärfen können. Das Buch kündigt zwar im Untertitel an, eine „Geschichte der Indianer Nordamerikas“ zu sein, doch bleibt Nordamerika – wie das leider weithin üblich ist – letztlich auf die USA begrenzt. Der Vergleich mit der Indianerpolitik in Kanada hätte die Möglichkeit eröffnet, die Besonderheiten der US-amerikanischen Entwicklung noch genauer herauszuarbeiten.

Dieses gut lesbare Buch, das keine distanzierte, sondern eine engagierte Darstellung ist, füllt eine wichtige Lücke in den Darstellungen zur Geschichte der USA, gerade weil deutlich wird, dass das ‚Land der Freiheit‘ für die indigene Bevölkerung zu einem Leviathan wurde, der ihnen nur Hoffnungslosigkeit ließ.

Essen

Christoph Marx

Anklage gegen den Rassismus

Kendi, Ibram X.: Gebrandmarkt. Die wahre Geschichte des Rassismus in Amerika, 604 S., Beck, München 2017 (engl. 2016).

Der Untertitel dieses Werkes – im englischen Original „The Definitive History of Racist Ideas in America“ – suggeriert, diese Geschichte sei bisher unvollständig oder gar manipulativ erzählt worden. Tatsächlich jedoch ist der Tenor des Buches, dass Sklaverei und Rassismus die Geschichte der USA von den kolonialen Anfängen bis in die Gegenwart fundamental geprägt haben, seit Langem Konsens in der US-Historiografie.

Die große öffentliche Aufmerksamkeit für „Gebrandmarkt“ beruht daher nicht auf neuen Erkenntnissen oder der respektablen Syntheseleistung des Autors, sondern darauf, dass es sich um ein „zorniges Buch“ (so der Klappentext des Verlags) handelt, das als historische Anklageschrift gegen den amerikanischen Rassismus des frühen 21. Jahrhunderts intendiert ist.

Den Einwand, er messe historische Akteure an den moralischen Maßstäben der Gegenwart, hat der Autor jüngst in einem „ZEIT“-Interview (52/2017) zurückgewiesen: „Zu glauben, jemand sei eben ein ‚Kind seiner Zeit‘ und damit für seinen Rassismus entschuldigt, ist eine ahistorische Annahme. Es gab immer auch ‚Kinder ihrer Zeit‘, die anders dachten und handelten“. Gewiss, aber auch die Dissidenten der Vergangenheit beurteilt Kendi durchweg nach präsentistischen Maßstäben. So charakterisiert er die „Germantown Petition Against Slavery“ von 1688 als Schrift von „Anti-Rassisten“, die „erkannten, dass der Erhalt der ethnischen Rangordnung immer auch den Erhalt der Rangordnung von Geschlechtern, Klassen, Altersgruppen und Religionen bedeutete“ (S. 63). Hier wird ein (post-)moderner Gleichheitsbegriff umstandslos ins 17. Jahrhundert zurückgelesen.

Dass sich der Autor explizit an den egalitären Normen der Gegenwart orientiert, macht er gleich im Prolog deutlich. Ethnische Ungleichheit bestehe darin, „dass ethnische Gruppen nicht gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerung repräsentiert sind“ (S. 9f.), was wiederum immer die Folge von Diskriminierung sei (S. 19). Ausdrücklich bekennt sich Kendi zu einer „einfachen Definition“ von Rassismus: „Es ist jegliche Vorstellung, die eine bestimmte ethnische Gruppe als einer anderen ethnischen Gruppe unterlegen oder überlegen betrachtet“ und die sich häufig mit „anderen Formen mehr oder weniger fanatischer Borniertheit wie Sexismus, Klassismus, Ethnozentrismus und Homophobie“

verbinde (S. 13f.). Rassismus entsteht nach Kendis Auffassung direkt aus diskriminierenden der Praxis und ist im Kern eine manipulative Legitimationsideologie: „Die Konsumenten dieser Ideologie wurden dazu gebracht zu glauben, dass etwas mit schwarzen Menschen nicht stimmt – nicht etwa eine Politik anzuzweifeln, die Schwarze versklavt, unterdrückt und einsperrt“ (S. 18f.).

Laut dem Verfasser waren es drei Denkschulen, die die Geschichte des Rassismus in Amerika geprägt haben: Segregationisten, die Schwarze als inhärent minderwertig betrachten; Anti-Rassisten, die Diskriminierung und Ungleichheit bekämpfen, und „Assimilationisten“, die Schwarze an die weiße Kultur anpassen wollen (S. 10). Zu den Assimilationisten zählt Kendi die meisten weißen Gegner der Sklaverei ebenso wie die Liberalen des 20. Jahrhunderts, aber auch alle Afroamerikaner, die Vorstellungen von Selbstverbesserung durch Anpassung verinnerlicht.

Im Mittelpunkt der fünf Hauptteile von „Gebrandmarkt“ stehen jeweils einzelne herausragende Protagonisten: der puritanische Prediger Cotton Mather (1663–1728), der die Seelen der schwarzen Sklaven retten wollte; der Aufklärer und dritte US-Präsident Thomas Jefferson (1743–1826), der die Sklaverei ablehnte, aber unbeirrbar die rassistische Minderwertigkeit von Afrikanern propagierte; der weiße Abolitionist William Lloyd Garrison (1805–1879), der dem Gedanken der Assimilation verhaftet blieb; der afroamerikanische Intellektuelle W.E.B. Du Bois (1868–1963), der in seinem langem Leben die Transformation vom Assimilationsismus zum antirassistischen Bewusstsein vollzog; und schließlich Angela Davis (geb. 1944), die vielleicht prominenteste antirassistische Aktivistin der Gegenwart.

Kendi erzählt die Geschichte der Entmenschlichung und Stigmatisierung der

Schwarzen in Amerika quellennah und mit erfrischender Polemik. Dass er Cotton Mather an den Pranger stellt, Jefferson der Heuchelei überführt und Abraham Lincoln vom Thron des Sklavenbefreiers stößt, ist dabei weniger bemerkenswert als seine scharfe Kritik an fast allen männlichen schwarzen Protagonisten seines Buches, weil diese sich dem weißen Rassismus andienten oder patriarchalische Geschlechterrollen einforderten (zum Beispiel S. 213f., 342, 374, 381). Von Frederick Douglass bis Barack Obama werden alle, die nicht das korrekte anti-rassistische Bewusstsein entwickelten, in schulmeisterlichem Ton abgekanzelt. Lediglich einige schwarze Frauen, etwa Angela Davis, bekommen gute Zensuren.

„Gebrandmarkt“ zeichnet ein zutiefst pessimistisches Bild, das keinen Fortschritt kennt. Der Rassismus mochte seine Erscheinungsformen ändern, doch behielt er seine zentrale Funktion als Legitimationsideologie und seine soziale Macht bei. In Kendis Sicht blieben die meisten Kritiker des Rassismus selbst Rassisten, weil sie dem Assimilationsgedanken huldigten und rassistische Stereotype über Schwarze reproduzierten. Die wahren Anti-Rassisten bildeten dagegen immer nur eine kleine avantgardistische Minderheit. Umso verblüffter ist der Leser freilich, wenn der Verfasser am Schluss des Buches erklärt, die Überwindung des Rassismus verlange bei den weißen Amerikanern lediglich die Einsicht, dass sie selbst gar nicht vom Rassismus profitieren und dieser allein im Interesse einer „kleinen Gruppe reicher, protestantischer, heterosexueller weißer angelsächsischer Männer“ (S. 540) liege. Wenn das so einfach ist, fragt man sich allerdings, warum der Rassismus als Integrationsideologie des weißen Amerika bis heute so erfolgreich ist und warum sich überhaupt die Beschäftigung mit ihm lohnt.

Heidelberg

Manfred Berg

Schwarz-Weiß

Hackenesch, Silke: *Chocolate and Blackness. A Cultural History*, 187 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2017.

In der sechsten oder siebten Klasse hatte ich einen dunkelhäutigen Mitschüler südasiatischer Herkunft, der ausgesprochen wütend auf Spott und Spitznamen mit Schokoladenbezug reagierte. Mir selbst war schon damals klar, dass er allen Grund hatte, zornig zu sein, wunderte mich aber doch, dass ausgerechnet die allseits beliebte Süßigkeit so provozierend wirkte, wenn Menschen mit dunkler Hautfarbe sonst in (prä)pubertären Plänkeleien meist mit eindeutig negativen Dingen wie Schmutz oder Fäkalien in Verbindung gebracht wurden. Fast 30 Jahre nach dieser beinahe vergessenen Episode hat die Kasseler Historikerin Silke Hackenesch der ambivalenten Beziehung zwischen Schokolade und schwarzer Hautfarbe (denn das scheint das Wort *blackness* aus dem Buchtitel primär zu meinen) eine kulturhistorische Untersuchung gewidmet.

In ihrem angenehmen knapp gehaltenen Buch geht Hackenesch der Frage nach, wie diese Verbindung in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts etabliert wurde, als Schokolade in den industrialisierten Ländern des Westens zu einem erfolgreichen Massenkonsumgut geworden war, welche Dimensionen diese Verbindung seitdem gewann und wie Schokolade als Metapher genutzt wurde. Dabei gilt die besondere Aufmerksamkeit der Autorin den USA. Dort war Schokolade nicht nur populär, sondern auch eine substantielle Bevölkerung afrikanischer Abstammung präsent, wenn auch meist als Bürger zweiter Klasse. Dadurch ging die Verflechtung zwischen Schokolade und schwarzer Haut in den Vereinigten Staaten über die Symbolik der Exotik hinaus, gewann eine soziale Komponente und ermöglichte

die positive Aneignung des Begriffs durch die afroamerikanische Bevölkerung.

Für Hackenesch ist Schokolade ein Mythos im Barthes'schen Sinne, ein Zeichensystem zweiter Ordnung, durch das Kultur natürlich, normal und selbstverständlich wirken soll, das aber zugleich Sinn und Realitäten produziert. Eines der Potenziale des Mythos Schokolade – und hier folgt Hackenesch Ernesto Laclau – ist die Fähigkeit, Differenz und Äquivalenz, Inklusion und Exklusion zu generieren. Dadurch konnte Schokolade zur Grundlage kollektiver Identitäten werden. Dabei blieb sowohl der Diskurs selbst als auch das Zeichen Schokolade ambivalent und fragil und somit stets offen für neue Deutungen und Zuschreibungen.

In der Folge untersucht die Autorin vier verschiedene „Diskursgenres“, innerhalb derer der Mythos Schokolade seit dem späten 19. Jahrhundert verhandelt wurde und die in jeweils einem Kapitel abgehandelt werden. Zunächst widmet sich Hackenesch der Produktion der Schokolade. Die Verlagerung des Anbaus von Kakao von Mittelamerika nach Ostafrika ermöglichte erst die enge diskursive Verbindung von Schokolade und schwarzer Haut, indem sie zum einen durch die resultierende Produktionssteigerung Schokolade als Massenkonsumgut erschwinglich machte. Zum anderen schuf die afrikanische Plantagenwirtschaft die Verbindung zwischen der Arbeit schwarzer Körper und dem dunklen Produkt, was positiv exotisierend oder als Resultat von Ausbeutung negativ konnotiert werden konnte.

Das zweite Diskursgenre behandelt den Bereich der Werbung und dabei insbesondere die bildliche Darstellung von schwarzen und weißen Menschen. Hackenesch betont hier die Herstellung von Differenz, zwischen Natur und Kultur, Primitivität und Zivilisation, Exotik und Gewohntem, zwischen den Sphären der Produktion und des Konsums. Drittens diskutiert die Autorin die Erotisie-

rung der Schokolade, der aphrodisierende Wirkung bereits seit dem 16. Jahrhundert zugeschrieben wurde, die aber durch die Verbindung mit dem Diskurs der unkontrollierten sexuellen Energie von schwarzen Afrikanern eine neue Qualität gewann. Die Assoziation zwischen schwarzer Haut, Schokolade und Erotik findet sich bis heute in der Popkultur und stellt die Brücke zum vierten Diskursgenre dar, dem (oftmals positiv konnotierten) Gebrauch von Schokolade als eine Metapher für dunkle Haut. Da sich die afroamerikanische Bevölkerung diesen Diskurs zu eigen gemacht hat, wurden Schwarze nicht nur zu seinem Gegenstand, sondern seinen Trägern. Sie nutzten Schokolade über ihre exponierte Rolle insbesondere im Showbusiness affirmativ, machten sie so zu einem Symbol für schwarze Identität und exkludierten mit der Zeit die weißen Amerikaner aus diesem Diskurs der Selbstbeschreibung.

Schokolade, das legt Hackenesch überzeugend dar, war und ist wesentlich mehr als ein Nahrungsmittel. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde sie ein Symbol für Menschen mit dunkler Haut und damit über die folgenden Jahrzehnte unvermeidlich Teil der zahlreichen widersprüchlichen und ambivalenten Diskurse über Rasse, Hautfarbe, Gleichberechtigung und das Selbstverständnis der Schwarzen in den USA und darüber hinaus. Dennoch hätte der Argumentation an manchen Stellen etwas mehr Klarheit und Struktur gut getan. Der räumliche Fokus auf die USA überzeugt, wird aber nicht konsequent verfolgt. Immer wieder tauchen unvermittelt europäische Beispiele auf, ohne ausreichend kontextualisiert worden zu sein. Auch die zeitliche Dimension bleibt schwammig. Durch die Nebeneinanderstellung der vier Diskursgenres werden Abläufe, Abhängigkeiten und zeitliche Bezüge untereinander vernachlässigt. Doch diese kleineren Probleme verblassen gegenüber einer eklatanten analytischen und argumentativen Ungenau-

igkeit. Hackenesch versäumt es, konsequent und systematisch zwischen den verschiedenen Kakaoprodukten zu unterscheiden: Die Kakaofrucht, Kakaopulver, Trinkschokolade, Milkschokolade und dunkle Schokolade sind (meist) eins und werden von ihr trotz der großen Unterschiede hinsichtlich der Produkteigenschaften, Herstellungsprozesse, Popularität und Konsumentenkreise unter *chocolate* subsummiert. Das erlaubt es der Autorin zwar, die gesuchten Differenzen zu identifizieren, verstellt aber den Blick auf eine wesentlich komplexere und ambivalenter Geschichte.

Trier

Michael Zeheter

Anatomie eines Unternehmers

Plumpe, Werner: Carl Duisberg. 1861–1935. Anatomie eines Industriellen, 992 S., Beck, München 2016.

Carl Duisberg wurde nach seinem Tod am 19. März 1935 in einem Park auf dem Werks Gelände von Bayer in Leverkusen beerdigt. Dieses ungewöhnliche Statement bringt seine enge Verbundenheit mit dem Unternehmen zum Ausdruck. In der vorliegenden Biographie zeichnet Werner Plumpe einen zwar nicht untypischen, aber doch bemerkenswerten Lebensweg nach, der im Heimarbeitermilieu des Wuppertals begann, im Kaiserreich einen steilen sozialen Aufstieg erfuhr und an der Spitze der deutschen Industrie endete.

Der begabte Duisberg entschied sich für ein Studium der Chemie, das er schnell mit einer Promotion abschließen wollte, um in die Industrie zu gehen. 1883 fand der chemische Tüftler Anstellung bei Bayer in Elberfeld und wurde dort bald Laborleiter. Im Sinne einer *industrialization of innovation* sah er chemisches Erfinden als Gemeinschaftsarbeit an. Das dafür benötigte Orga-

nisationstalent war eine der Stärken, die ihn auszeichnete. Das Geschick in Fragen der Organisation, Pragmatismus, der auf Leistung bezogen war, sowie sein Gespür für die wirtschaftlichen Dimensionen technischer Problemlösungen ermöglichten es ihm, sich in der Unternehmensleitung zu etablieren. Ab 1895 war er der entscheidende Mann in der Farbenfabrik. Duisburgs Lebensleistung war der Bau eines neuen chemischen Werks in Leverkusen. Der „Pionier moderner Unternehmensorganisation“ (S. 135) verband bei diesem Projekt seine infrastrukturelle Vision und seine technische Obsession.

Um dem Unternehmen den wirtschaftlichen Erfolg zu sichern, war Duisberg intensiv als Netzwerker in Verbänden tätig. Politisch hielt er sich zurück, seine nationalliberale Haltung war durch die Interessen der chemischen Industrie bestimmt. Ein Wendepunkt im politischen Denken stellte der Erste Weltkrieg dar, den er nicht begrüßte, weil er Schaden für die Farbenfabrik befürchtete. Dennoch erfolgte bald die Produktionsumstellung auf Sprengstoffe. Duisberg wurde durch den Generalstabsoffizier Max Bauer, der eine Mittlerposition zwischen Wirtschaft und Oberster Heeresleitung einnahm, radikalisiert. Plumpe kann plausibel machen, dass seine „Selbstmobilisierung“ im „Fahrwasser“ von Bauer geschah (S. 460). Duisberg wurde zu einem Verfechter eines Siegfriedens – jedoch ohne fanatischer Annexionist zu werden. Mit Blick auf die Verbindung zwischen Duisberg und Bauer konstatiert Plumpe ein Geben und Nehmen zwischen Wirtschaft und Militär (S. 461). Entgegen der Forschung sieht er jedoch keinen Beleg dafür, dass der Obersten Heeresleitung das Vorgehen vom Monopolkapital diktiert worden sei. Auch beurteilt er die Rolle Duisbergs im Gaskrieg differenziert: Bei der Entwicklung von Gaswaffen habe er nur eine geringe Bedeutung gehabt (S. 478); eine große Bedeutung habe Duisberg jedoch als Scharnier

zwischen Industrie und Militär besessen: Er habe sich aktiv bemüht, den Gaseinsatz an der Front zu testen und auszuweiten.

Nach der Revolution von 1918 arrangierte Duisberg sich ohne größere Probleme mit dem Weimarer System. Bereits vor dem Ende des Krieges bereitete er umsichtig den Übergang zur Friedensproduktion vor, sodass es zu fast keinem Produktionsausfall kam. Aufgrund wirtschaftlicher Bedenken lehnte er den Versailler Vertrag entschieden ab. In der Folge zielten seine wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Bestrebungen darauf ab, die Farbenfabrik wieder zum Erfolg zu führen. Seine Stellung in den Wirtschaftsverbänden nutzte er, um mit einer Politik der Sozialpartnerschaft die Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen und unternehmerischer Handlungsfreiheit zu erlangen. Die Wissenschaft, die er nach wie vor als Motor von Innovationen erachtete, fand in ihm einen großen Förderer. Duisberg hatte den Anspruch, als Sprecher der Industrie Vertrauensmann der Wissenschaft zu sein.

Den Zusammenschluss der deutschen chemischen Farbenhersteller zur I.G. Farben 1925 empfand Duisberg als Niederlage, da eine Vollfusion der Unternehmen erfolgte und nicht, wie er beabsichtigte, ein Schutzbündnis geschlossen wurde, welches als hybride Organisationsform größere Flexibilität geboten hätte. Von der langjährigen Führung der deutschen Farbenindustrie wurde er nun abgelöst. Mit dem Amt des Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), das er nun bekleiden durfte, war dieser Verlust jedoch kompensiert. Das prägende Thema seiner Präsidentschaft waren die Auseinandersetzungen um hohe Löhne und Sozialabgaben, die aus Sicht der Industrie der Wettbewerbsfähigkeit schaden. Die Nationalsozialisten betrachteten den Präsidenten des RDI als Teil des Weimarer Systems. Duisbergs Verhältnis zum NS-Regime changierte hingegen zwischen „Illusion und Igno-

ranz“, zwischen „Distanz und Kooperation“ (S. 787). Ohne Anhänger des NS zu sein, empfahl er nach der ‚Machtergreifung‘, zunächst Vertrauen in die Regierung Hitlers zu haben. Wie sich sein Verhältnis zum ‚Dritten Reich‘ entwickelt hätte, ist nicht mit Sicherheit zu sagen; Duisberg verstarb 1935 mit 73 Jahren am Ende eines bewegten Lebens.

Werner Plumpe gelingt nicht nur ein beeindruckendes biographisches Portrait eines kapitalistischen Managers, der die moderne chemische Industrie in Deutschland maßgeblich aufgebaut hat, sondern trägt mit dieser biographischen Perspektive zum Gesamtbild der Epoche bei, das auf diese Weise ein persönliches Gesicht bekommt. Die subjektive Sichtweise des Protagonisten wird in der Biographie gut deutlich, da häufig ausführlich aus den Quellen zitiert wird. Um diese Einblicke liefern zu können, hat Plumpe die enorme Masse von rund 25.000 von Duisberg hinterlassenen Briefen auswerten müssen. Die weitgehend chronologisch geordnete Biographie verbindet Kultur- und Wirtschaftsgeschichte und konturiert musterhaft die „Anatomie eines Unternehmers“ (S. 18). Gezielte und in ihrem Urteil abgewogene Einordnungen in übergreifende Forschungskontexte differenzieren die bisherigen Annahmen über Duisberg. Die hervorragend geschriebene Biographie ist eine anregende und sehr empfehlenswerte Lektüre.

Paderborn

Martin Dröge

Tentakeln des Kapitalismus

Damler, Daniel: Konzern und Moderne. Die verbundene juristische Person in der visuellen Kultur 1880–1980, 371 S., Klostermann, Frankfurt a. M. 2016.

In „Konzern und Moderne“ skizziert Daniel Damler die Entstehung der verbundenen juristischen Person seit dem Ende des

19. Jahrhunderts. Einen besonderen Fokus legt er auf Imagination, die wechselweise stabilisierend und destabilisierend auf den korporativen Kapitalismus einwirke und in Form von Bildern, Metaphern und Analogien nicht nur zur Vermittlung ökonomischer Interessen, sondern gleichermaßen als Kapitalismuskritik auftrete und juristischen und ökonomischen Prozessen mitunter vorausgehe. Mit Blick auf Visualisierungen dieses institutionellen Wandels von Kapitalgesellschaften möchte Damler ein Psychogramm der Hochmoderne erstellen. So sollen nicht nur Ängste und Visionen dokumentiert, sondern zugleich die Bedeutung verdeckter Leitbilder in Gesetzgebung und Wissenschaft beleuchtet werden.

Im ersten Kapitel widmet sich Damler dem Oktopus als verbreitete Metapher seit dem späten 19. Jahrhundert, die der Veranschaulichung von Unternehmenszusammenschlüssen dienen sollte. Als besonders einflussreich auf die öffentliche Meinung bewertet Damler die Visualisierung des Trusts als eigenständige Organismen innerhalb von Cartoons. Einerseits erfolge die Verkörperung der Trusts innerhalb der Comics als unverhältnismäßig große und dicke Wesen, andererseits als Kraken. Während die erste Variante Normverletzung und Unersättlichkeit ausstelle, spiele die zweite Variante auf basale Ängste und Korruption an.

Im zweiten Kapitel skizziert Damler die vor allem über Banknoten verbreitete unternehmerische Inszenierung des korporativen Ichs als junge, weibliche Wesen mit klassizistischen Schönheitsidealen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Außerdem dominant seien Familienmetaphern gewesen, deren Übertragung in juristische und ökonomische Disziplinen über Begriffe wie „Mutter“- und „Tochtergesellschaft“ bis heute wie selbstverständlich anhielten (S. 106).

Unternehmen wurden also in der Vorstellung vermenschlicht, sodass auch

Jurist_innen den auf natürliche Personen zugeschnittenen Normenbestand zunehmend auf korporative Sachverhalte anwendeten. Die Imagination von juristischen als leibhaftige Personen führte allerdings dazu, dass verbundene Unternehmen als amorphe Monster interpretiert wurden. Vorstellungen von „ungleichartigen“ geschlechtlichen Vereinigungen konnten in diesem Kontext schnell in Rassismus und Antisemitismus umschlagen (S. 147ff.).

Im dritten Kapitel beschreibt Damler Bemühungen in Europa, „eine kollektive Imagination der verbundenen Unternehmen als koloniale, ‚imperialistische‘ Mächte zu etablieren“ (S. 157). Ausgangspunkt ist die scheinbare Gleichsetzung von Kapitalismus und Imperialismus bei Lenin. Die Überzeugungskraft dieser Analogie bestimmt Damler in „der Ähnlichkeit der graphischen Repräsentation“ (S. 171). Ausgehend von der Netzmetapher als Visualisierung einer ‚Weltherrschaft‘, beschreibt Damler im vierten Kapitel, wie solche Darstellungen mit der diffusen Idee einer „jüdischen Weltherrschaft“ harmonierten. Konzernschaubilder wurden zunehmend „im Lichte der konspirativen Praktiken des ‚Rassenfeindes‘“ (S. 213) angelegt.

Im fünften Kapitel zeigt Damler, dass Denkfiguren des Anti-Urbanismus das Verständnis des korporativen Kapitalismus seit den 1920er Jahren bis in die Gegenwart prägten (S. 219). Neben Liniennetzplänen von urbanen Verkehrsgesellschaften nutzt Damler hier vor allem literarische Texte und nationalsozialistische Zeugnisse.

Parallelen zwischen ästhetischen Konzepten und politischen wie ökonomischen Prozessen seit den 1920er Jahren zeigt Damler im letzten Kapitel auf. So beschreibt er, wie die „Glaskultur“ ausgehend von der Architektur gesellschaftliche Diskurse in Form von Denkfiguren (der „transparente Staat“, der „gläserne Bürger“) beeinflusste (S. 253).

Ähnliche Beobachtungen stellt er für den Zusammenhang von Ordoliberalismus und neuer Sachlichkeit an. Schließlich analysiert Damler das Vokabular der Postmoderne, das „romantischer, weicher, fiktionaler“ (S. 299) wurde, zieht eine Verbindung zu den florierenden Unternehmensübernahmen in den 1980er Jahren und endet mit den Auswirkungen der von ihm beschriebenen Phänomene bis in die Gegenwart (S. 302).

Mit Rückgriff auf vielseitige Sekundärliteratur gelingt es Damler, seinem interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden und die Wechselwirkungen zwischen Ästhetik und Metaphern sowie ökonomischen und juristischen Konzepten eindrücklich darzustellen. Durch diese inhaltliche Breite schließt seine rechtshistorische Arbeit an Debatten der Literaturwissenschaft und Soziologie an, die die konstituierende Bedeutung von Metaphern auf unser Rechts- und Staatsverständnis fokussieren. Auch greift Damler auf einen breiten Quellenkorpus zurück, sodass sein Buch von einer beeindruckenden Belegstruktur geprägt ist, wobei eine Verlagerung der häufig sehr langen Zitate in die Fußnoten das Verständnis des Argumentationsstrangs für die Leser_innen zuweilen erleichtert hätte.

Die Breite der Quellen ist es allerdings auch, die so manche phänomenologische Aufzählung recht deskriptiv wirken lässt. Eine differenziertere Analyse hätte man sich so etwa an der Stelle gewünscht, an der die Auseinandersetzung mit Urbanität in „Emil und die Detektive“ einer solchen in „Mein Kampf“ vorangestellt wird (S. 236f.). Die vielen Abbildungen sind in den Text integriert und bieten somit eine gelungene Ergänzung zur Lektüre. Zuweilen wäre auch hier eine konkrete Analyse anhand der Bilder wünschenswert gewesen. So zeigt Damler zwar sehr überzeugend die Verkörperung der Trusts als „Missgestalten“ (S. 71), lässt aber den rassistischen Aspekt dieser Cartoons außer Acht.

Insgesamt ist Damler ein Buch gelungen, das nicht nur aufgrund seines interdisziplinären Ansatzes eine breite Leser_innenschaft interessieren dürfte. Sein souveräner Sprachstil verbindet eine Unsumme an Wissen zu einer äußerst erkenntnisreichen Erzählung, sodass sein Werk gleichermaßen für Kunst- wie Rechtshistoriker_innen, Ökonom_innen und Literaturwissenschaftler_innen neue Einsichten bergen dürfte.

Essen

Kyra Palberg

Postmoderne Moderne

Eley, Geoff/Jenkins, Jennifer L./Matysik, Tracie (Hrsg.): German Modernities from Wilhelm to Weimar. A Contest of Futures, 376 S., Bloomsbury, London/New York 2016.

Der vorliegende Sammelband vereinigt vierzehn Beiträge der neuen amerikanisch-kanadischen Forschung zur Geschichte des (späten) Kaiserreichs und der Weimarer Republik, die auf eine Reihe von Konferenzen zur Geschichte der Moderne in Deutschland zwischen Reichsgründung und Nationalsozialismus zurückgehen und bietet einen hervorragenden Einstieg in unterschiedliche Themen, die jeweils bevorzugten Methoden und Interpretationen.

Titel und Ursprung des Bandes zeigen seinen argumentativen Fluchtpunkt an: Die unterschiedlichen zeitgenössischen Zukunftsentwürfe befeuerten die Dynamik der deutschen Gesellschaft und verliehen ihr damit ihren ‚modernen‘ Charakter. Das hier vorgeschlagene Moderne-Konzept stellt die bedeutendste Leistung des Bandes dar und findet sich in der Einleitung der drei Herausgeber sowie in dem Beitrag von Geoff Eley selbst am deutlichsten ausformuliert. Als eine Art Epochenbegriff bezeichnet es einen um 1890 beginnenden, zukunfts-offenen, nicht abgeschlossenen, richtungslosen und

umkämpften Prozess – was den Nationalsozialismus ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt, daneben aber zum einen alternative wie ergänzende Untersuchungsperspektiven eröffnet, und zum anderen auf die Gestaltbarkeit der Zukunft durch die historischen Akteure hinweist. Diese Möglichkeit der Gestaltbarkeit der Zukunft und die Pluralität der Zukunftserwartungen und -entwürfe (und unausgesprochen auch ihre Unvereinbarkeit) ließen wiederum heftigste Kämpfe um die angemessene Interpretation der historischen Gegenwart wie um die Ausgestaltung der Zukunft entstehen. In diesem begrifflichen Horizont definieren Eley, Jenkins und Matysik die „Erfahrung der Moderne“ als eben jene Rivalität um die Durchsetzung konkurrierender Zukunftsentwürfe, die Deutschland vor allem während dessen „Formierungsphase“ zwischen 1880 und 1930 tief geprägt habe. Die dabei aufgetretenen Spannungen sehen sie folgerichtig weniger im Gegensatz zwischen spezifisch modernen Dynamiken und den vormodernen Traditionen begründet, als vielmehr in jener Konkurrenz- und Konfliktkonstellation. Aus diesen Ausgangsannahmen formulieren die Herausgeber das doppelte Ziel des Sammelbandes: die Schärfung des Moderne-Begriffs einerseits, das Ausloten der historischen Zeitdiagnosen und der Handlungsspielräume der Akteure in der Durchsetzungskonkurrenz ihrer Zukünfte andererseits. Allerdings trennen die Herausgeber begrifflich nicht strikt zwischen der „Moderne“ und dem bloß „Neuen“ – die Erforschung der „Erfahrung der Moderne“ verlangt vermutlich eine Präzisierung der erfahrungsgeschichtlichen Dimension. Das vielleicht größte Potenzial dieses Moderne-Begriffs liegt in seiner Qualität als Epochenbegriff; zum einen weil erst die Rivalität der Zukunftsentwürfe diese Epoche anbrechen lies. Zum anderen impliziert ein solcher Moderne-Begriff die Unabgeschlossenheit der Epoche, und die Post-Moderne dürfte

streng genommen nur als eine bestimmte Form der Moderne-Kritik verstanden werden.

Auf vier Themenfeldern, die offensichtlich den derzeitigen Vorlieben der amerikanischen Kaiserreich- und Weimarforschung entspringen, soll das Arbeitsziel des Bandes umgesetzt werden: „Empire/Transnationalität/Globalität“, „Subjektivität“, „Reform“ und „Politik“. Der postkoloniale Blick auf die Rückwirkungen kolonialer Erfahrungen findet dabei in den Beiträgen deutlich größere Aufmerksamkeit als die ‚realhistorischen‘ transnationalen ökonomischen und politischen Verflechtungen, die Deutschland in der fraglichen Epoche zweifellos tief geprägt haben. Überhaupt findet diese Moderne in einer weitgehend Ökonomie-freien Welt statt, und die globale Einbettung Deutschlands in den Kapitalismus und seine Dynamiken tauchen lediglich am Rande auf, als Gegenstand, über den die historischen Akteure debattierten (etwa die Ideologen des Alldeutschen Verbandes, über die Dennis Sweeney berichtet), oder aber als schwarze Eschatologie im manichäischen Kampf zwischen der „bürgerlichen“ und der „proletarischen“ Moderne (wie im Beitrag von Andrew Zimmermann).

Deutlich konziser erscheinen die Überlegungen zum zweiten Themenfeld, der „Subjektivität“, weil hier die Wechselwirkungen zwischen individuellen Autonomieansprüchen einerseits sowie den neuen (wohlfahrts-)staatlichen Ordnungs- und Disziplinierungsansprüchen konzeptionell in den Blick geraten, gefasst vor allem in den Michel Foucault, Michael Hardt und Antonio Negri entlehnten Begriffen der Bio-Macht und Bio-Politik. Vor allem die Beiträge über Sexualität (Kathleen Canning über Frauenrechte, Bevölkerungspolitik und Staatsbürgerschaft im Ersten Weltkrieg, Marti M. Lybeck über weibliche Homosexualität und Emanzipation in der Weimarer Republik), über Religion (Tracie Matysik über die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur), und über Wohlfahrtsproduk-

tion (Larry Frohman, der in seinem Beitrag über Tuberkuloseprävention und Säuglingshygiene den liberalen Charakter den Weimarer Wohlfahrtsstaats betont) bedienen sich dieser Perspektive. Young-sun Hong, die aus einer explizit postmodernen Perspektive der Modernität die Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland bis 1945 untersucht, ruft in ihrem Bemühen um einen postmodernen Gegendiskurs gegen die liberale Moderne ausdrücklich zur Konstruktion eines teleologischen und essenzialistischen Begriffs von Moderne und Emanzipation auf.

Originell erscheint vor allem das dritte Themenfeld „Reform“, gerade weil es nicht unmittelbar als ‚Reformpolitik‘ gedacht, sondern vom politischen Geschehen unterschieden wird. Gerade „bürgerliche“ Reformbewegungen, so die Herausgeber, standen häufig quer zu den etablierten politischen Konfliktlinien, und führten zu eigentümlichen Koalitionen zwischen staatlichen Gewalten und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Es stellt sich allerdings die Frage, ob derart systemverändernde Projekte wie die von Dennis Sweeney vorgestellten Pläne des Alldeutschen Verbandes zur Verwandlung der deutschen Gesellschaft in einen rassistischen Volkskörper durch Implementierung einer rassistischen Sozialpolitik, eine „Säuberung“ der nationalen Politik und eine „bürgerliche“ Sammlung gegen die SPD, deren Kehrseite ein integraler rassistischer Imperialismus bilden sollte, noch mit dem Reform-Begriff abgedeckt werden, suggeriert letzterer doch eher die Relevanz inkrementeller und systemkonformer Anpassungen und Verbesserungen.

Die Ausführungen zum vierten Themenfeld „Politik“ problematisieren in keiner Weise die staatliche Steuerungsfähigkeit des Kaiserlichen Deutschland und der Weimarer Republik. Stattdessen beschäftigen sich drei Beiträge mit dem nicht eben unerforschten Deutschen Werkbund (von Jennifer Jenkins,

John Maciuika und Manuela Achilles über den vom Werkbund inspirierten Reichskunstwart), dessen fortgesetzte Attraktivität für die Forschung wohl auf seiner Funktion als Schnittstelle zwischen Politik, Kunst und Wirtschaft beruht. In seinem eigenem Beitrag setzt Eley diese Überlegungen weiter fort, in dem er erstens eine „postmoderne“ Sicht auf die Moderne vorschlägt, und zweitens für die Idee einer „Genealogie des Nationalsozialismus“, also eine Einbettung desselben in die deutsche Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert sowie in die Geschichte der Moderne wirbt. Die Themenfelder der postmodernen Sichtweise sind dann die im Sammelband vertretenen: Identitäten und Differenzen zwischen Geschlechtern und „Rassen“, Diskurse über Staatsbürgerschaft, Nation, Imperialismus und Globalität, Massenkultur und Großstadtleben et cetera. Doch ihre Applikation auf die Genealogie des NS gerät nicht widerspruchsfrei: So führt Eley als Zeugen für die beginnenden Moderne Charles Baudelaire (und den von ihm ausgehenden ästhetischen Bruch in den schönen Künsten) sowie die Zeitdiagnosen Georg Simmels und Walter Benjamins (an anderer Stelle auch Proust und Freud) an. Weshalb nun aber die Anfänge der Moderne von Paris über Wien nach Berlin „wanderten“, wird nicht recht klar. Gerade in dieser Hinsicht schlägt der Verzicht auf den Vergleich gravierend zu Buche, denn was die Spezifik des deutschen „kulturellen Diskurses der Moderne“ ausgemacht hat, wie sich die zeitlich, räumlich und auch politisch voneinander getrennten Bestandteile zu einem „Diskurs“ verdichteten, und durch welche Bedingungen es ihm möglich wurde derart destruktive Dynamiken zu entfesseln, entzieht sich einer solchen Vorgehensweise. Eine Klassifizierung jener Bestandteile nach Kriterien der Relevanz wird damit wesentlich erschwert. Gerade der Diskurs-Begriff zielt dabei – wie auch in verschiedenen anderen Beiträgen des Bandes – im Wesentlichen

auf die unterstellte Verbindung disparater Phänomene und behauptet deren machtvolle Wirkung: „Powerful discourse“ scheint eine der beliebtesten Wendungen der Autoren zu sein. Eley selbst scheint die Wirkungsmacht dieser Diskurse so hoch einzuschätzen, dass er in den untersuchten Problemfeldern die deutsche Gesellschaft zwischen 1890 und 1930 als ganz unzweideutig „modern“ ansieht und keine Spannungsverhältnisse zwischen Tradiertem und Modernem annehmen möchte. In dieser Sichtweise auf die deutsche Gesellschaft zwischen 1890 und 1930 beziehungsweise 1945 scheint dem Rezensenten der derzeit wichtigste Unterschied zwischen der amerikanischen und der deutschen Kaiserreich- und Weimarforschung zu bestehen.

Trier

Morten Reitmayer

Anatomie eines autokratischen Regimes

Marx, Christoph: Mugabe. Ein afrikanischer Tyrann, 333 S., Beck, München 2017.

In der von Thomas Schlemmer, Andreas Wirsching und Hans Woller für das Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Reihe „Diktatoren des 20. Jahrhunderts“ widmet sich dieser Band dem Phänomen Robert Mugabe. Christoph Marx, Professor für Außer-europäische Geschichte an der Universität Duisburg-Essen präsentiert am Beispiel des seit der Unabhängigkeit Simbabwe 1980 an der politischen Macht befindlichen, mittlerweile 93-jährigen Autokraten, ein faszinierendes Fallbeispiel der Vernetzung persönlicher Machtambitionen mit der Etablierung eines ganzen Netzes einer korrupten, skrupellosen Elite.

Durch diese populärwissenschaftlich ausgerichtete, fundierte Analyse die von mehr als nur der Person Robert Mugabes handelt, wird in der deutschsprachigen Literatur eine Lücke geschlossen. Marx ergänzt die mehreren englischsprachigen einschlägigen Titel, auf die

er eingangs und abschließend zusammenfassend verweist, um eine wichtige neue (und völlig eigenständige) Analyse jenseits herkömmlicher Biographien. Sie ordnet den ersten Premierminister Simbabwe (1980–1987) und seitherigen Präsidenten jenseits der Person in den Kontext ein, der seinen Aufstieg, die Machtkämpfe und seine Machtfülle sowie deren fatalen Konsequenzen für das Land und dessen Menschen verständlich erklärt und dokumentiert. Dass die ‚Ära Mugabe‘ mit der Intervention durch das Militär im November 2017 ein abruptes, weniger glorreiches Ende fand, macht die Lektüre keinesfalls hinfällig.

So zeigt diese Studie auch die Grenzen der Unabhängigkeitsbestrebungen in der einstigen Siedlerkolonie Rhodesien unter einer Befreiungsbewegung an der Macht auf, deren Protagonisten mehr von der Selbstbereicherung und Kontrolle über die Bevölkerung als dem Gemeinwohl motiviert sind. In den detaillierten, allgemein verständlich und gut lesbaren Schilderungen mit vielfältigen anschaulichen Detailverweisen entfaltet sich die Anatomie eines Systems über die Leitfigur Mugabe hinaus. Wie der Autor selbst am Ende bilanziert, ist „das eigentlich interessante Phänomen weniger ein Mann, der hartnäckig und zielstrebig zur Macht drängt, sondern die politische Kultur, die einen Diktator wie ihn hervorbringen musste“ (S. 261).

Die Ursprünge eines solchen Systems und der Gewaltherrschaft unter dem Regime Mugabes, das die Menschenverachtung einer siedlerkolonialen Fremdherrschaft keinesfalls überwunden hat, reproduzieren koloniale Verhältnisse in neuer Form. Mugabe ist das Ergebnis einer Gewaltkultur, die im Zuge der antikolonialen Widerstandsbewegung „andere in den späten 1950er Jahren begründet hatten. Er musste sich ihr anpassen, wollte er politisch überleben“ (S. 9).

Marx weist dabei auch die diversen Interpretationen zurück, die in Mugabe einen Hoffnungsträger nachkolonialer Emanzipation

verkörpert sahen, der erst spät zum Verräter an der Sache mutierte. Wie er zeigt, gab es einen solchen Wandel nicht. Mugabe war sich stets treu in der ehrgeizigen und skrupellosen Verfolgung persönlicher Macht, die – mitunter durch paranoide Eliminierung vermeintlicher oder realer Konkurrenten in der eigenen Bewegung und Partei – weder Loyalität noch Solidarität kannten. Sein eiserner Griff über die Zimbabwe African National Union (ZANU) sowie die mit völkermordähnlicher Massengewalt und -vernichtung Anfang bis Mitte der 1980er Jahre betriebene Unterwerfung der Zimbabwe African Patriotic Front (ZAPU) in eine Zwangsvereinigung zur ZANU-PF (Patriotic Front) unter seiner alleinigen Führung konnte allen, die es sehen wollten, vor Augen führen, wie wenig der Weg Mugabes mit Menschenrechten und dem Kampf um Selbstbestimmung für die kolonisierte Mehrheit wirklich zu tun hatte. Sein ‚Ensemble‘ postkolonialer Machttechniken ist dabei, wie Marx feststellt, durchaus kennzeichnend auch für autoritäre Regime und Diktaturen andernorts: „Auch dort bauten kleine Cliquen, meist gemeinsamer regionaler und ethnischer Herkunft, Machtapparate auf, die erstaunlich stabil waren“ (S. 11).

Diese wurden für externe westliche Interessen als Massenverbrechen und fundamentale Verletzungen von Menschenrechten erst dann zur Sorge, wenn dabei die eigenen Belange – oder wie im Falle Simbabwe die der einstmals rhodesischen kommerziellen Farmer – gefährdet wurden. So verlieh die britische Königin dem Gewaltherrscher Mugabe noch in den 1990er Jahren einen Orden des Empires, ungeachtet der zehntausenden Toten, die seinen Weg pflasterten. Erst die gewaltsame Massenenteignung der noch immer ganz überwiegend weißen Farmer ab der Jahrtausendwende führte dazu, dass sich in den westlichen Regierungen das moralische Gewissen regte. Eine solche Doppelmoral aber kommt dem populistischen Diskurs des

Pseudo-Antiimperialisten Mugabe entgegen, der diese stets geschickt zur Legitimierung seiner Terrorherrschaft wenn schon nicht in der Mehrheit der eigenen Bevölkerung, so doch in der Außenwahrnehmung zu nutzen verstand. Wie die – wenn auch aufgrund der weltweiten Proteste nur einen Tag währende – Ernennung zum *good will ambassador* der World Health Organisation (WHO) im Oktober 2017 dokumentierte, genießt der Despot noch immer großes Ansehen – zumindest auf dem Kontinent und auch anderswo unter Gleichgesinnten.

Dabei erinnert Marx zu Recht an die Kontinuitäten, keinesfalls die Brüche, die sich anhand dieser persönlichen Karriere vom ‚Befreiungskämpfer‘ zum Despoten dokumentieren lassen: „Blickt man auf Mugabes Lebensweg, so wird darin die Geschichte des Kolonialismus sichtbar, seine Gewalt Herrschaft ist dessen unmittelbare Fortsetzung“ (S. 11). Dies ist eine ernüchternde, aber lehrreiche Bilanzierung eines Regimes, das nicht nur einem Tyrannen, sondern auch der Reproduktion solcher Verhältnisse durch einen internen Machtzirkel geschuldet ist und mit dessen Abgang nicht beendet wird.

Uppsala

Henning Melber

19. JAHRHUNDERT

Historischer Antijudaismus und Antisemitismus in Norwegen

Hoffmann, Christhard (Hrsg.): *The Exclusion of Jews in the Norwegian Constitution of 1814. Origins – Contexts – Consequences*, 198 S., Metropol, Berlin 2016.

Mit seiner Anthologie zur Entstehungsgeschichte und historischen Einbettung des Paragraphen 2 der norwegischen Verfassung von 1814, der Juden den Zutritt zum Reich untersagte, legt Christhard Hoffmann

die erste Studie vor, die das Thema in einen übergeordneten europäischen Kontext bettet und sich an ein internationales Publikum richtet. Hoffmann, Professor für Geschichte an der Universität Bergen und Seniorforscher am Holocaustzentrum in Oslo, sowie die Verfasser der weiteren Beiträge aus Norwegen, Schweden, Dänemark und Deutschland sind alle ausgewiesene Experten auf dem Gebiet der Antisemitismus- und Antijudaismusforschung. Anhand ihrer Artikel werden nicht nur verschiedenartige Teilaspekte des Paragraphen 2 in Norwegen beleuchtet, sondern es wird die Ausgrenzung und Emanzipierung des Judentums in den skandinavischen Nachbarländern und Deutschland analysiert. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass während sich in den meisten westeuropäischen Staaten eine schrittweise Emanzipierung des Judentums vollzog, die Verabschiedung des Paragraphen 2 in Norwegen, der zugleich Teil einer der liberalsten Verfassungen der Welt war, das Gegenteil manifestierte. Juden (und Jesuiten) durften weder nach Norwegen einreisen, noch das Land kurzfristig besuchen oder sich dort dauerhaft niederlassen.

Wie Guri Hjeltnes, Direktorin des Osloer Holocaustzentrums, im Vorwort hervorhebt, handelte es sich bei der Verabschiedung des Paragraphen 2 nicht um ein Missverständnis, sondern er war das Ergebnis wohlgedachter Überlegungen einer intellektuell gebildeten politischen Klasse. Die Wahrnehmung der verfassungsgebenden Versammlung von Eidsvoll als repräsentativ für ihre Zeit trage folglich, so Hjeltnes, zur Vermessung der intellektuellen und moralischen Landschaft sowie des Nationsbildungsprozesses im frühen 19. Jahrhunderts bei.

In seiner Einleitung nimmt Christhard Hoffmann eine historische und politische Einordnung der norwegischen Verfassung von 1814 vor. Als eine der ältesten Verfassungen der Welt, die nach wie vor in Kraft ist, war sie

ein wesentlicher Schritt in Richtung norwegischer Unabhängigkeit. Hoffmann gibt einen Überblick über die Wirkungsgeschichte des Paragraphen 2 bis über dessen Aufhebung 1851 hinaus und skizziert die Entwicklung jüdischen Lebens in Norwegen. So gelingt es ihm, zentrale Aspekte von Antijudaismus und Antisemitismus in Norwegen darzustellen.

Der Berliner Historiker Reinhard Rürup zeichnet in seinem Artikel die wesentlichen Schritte der jüdischen Emanzipation in Europa zu Beginn des 19. Jahrhunderts nach. In diesem Zusammenhang beleuchtet er Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den europäischen Staaten, Rückschritte in dieser Entwicklung sowie die Rolle der Juden selbst im Emanzipationsprozess. Auch wenn Rürup nicht explizit auf die Situation in Norwegen eingeht, legt er in seinem Artikel die Grundlagen zur Verortung der Thematik dieses Bandes.

Der norwegische Ideenhistoriker Håkon Harket fasst in seinem Artikel zum Paragraphen 2 die wesentlichen Erkenntnisse aus seinem Standardwerk zur gleichen Thematik zusammen. Seine Arbeit zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Paragraphen ist die bisher gründlichste Studie zu diesem Thema und verdeutlicht die Radikalität des Beschlusses von Eidsvoll. Dieser richtete sich nicht gegen praktizierende Juden, sondern gegen Juden als solche. Damit stand er diametral zum jüdischen Emanzipationsprozess in weiten Teilen Westeuropas.

Håkon Harket und der Potsdamer Historiker Iwan Michelangelo D'Aprile analysieren in ihrem gemeinsamen Beitrag die politische und intellektuelle Inspiration, die wesentlich zur Formulierung des Paragraphen 2 beigetragen hat. Sie zeigen, dass der Antijudaismus des preußischen, politischen Journalisten Friedrich Buchholz wesentliche Inspirationsquelle für den norwegischen Juristen Christian Magnus Falsen war. Somit spielte Buchholz eine entscheidende Rolle für die Entstehung des Paragraphen 2, der vor allem auf Falsen

als den wichtigsten Verfassungsvater zurückging. Damit legen sie wesentliche, neue Erkenntnisse zu dieser Thematik vor.

In seinem Beitrag zur „jüdischen Fehde“ in Dänemark 1813 skizziert der dänische Historiker Therkel Stræde den politischen Emanzipierungsprozess und die religiöse Gleichstellung des Judentums in Dänemark zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Zugleich zeigt er anhand „der literarischen jüdischen Fehde“ von 1813, dass die jüdische Bevölkerung massiven Anfeindungen ausgesetzt war. Der Reform- und Modernisierungsprozess war weder selbstverständlich noch wurde er ohne weiteres befürwortet. Der Artikel trägt somit zum Verständnis des geistigen Klimas in Skandinavien bei.

Der schwedische Historiker Henrik Edgren analysiert die Debatte zur jüdischen Existenz im Schweden des frühen 19. Jahrhunderts. Auch hier waren die wenigen im Land lebenden Juden den gängigen Vorurteilen und Anfeindungen ausgesetzt. Trotz des Emanzipationsprozesses, der sich in Schweden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verlangsamte – während in Norwegen nach 1851 den Juden mehr Rechte innerhalb kürzerer Zeit zugestanden wurden –, galten die Juden weiterhin als Bedrohung der schwedischen Nation.

In dem Beitrag des norwegischen Historikers Frode Ulvund wird die praktische Handhabung des Paragraphen 2 und dessen Konsequenzen erforscht. Ulvund präsentiert die wichtigsten Erkenntnisse aus seinem Buch zu dem Thema, wie in Norwegen Behörden, Verwaltung und Polizei den Paragraphen 2 auslegten und versuchten, in die Praxis umzusetzen. Anhand mehrerer Fallbeispiele zeigt er, dass die Handhabung in den ersten Jahren nach Verabschiedung der Verfassung äußerst strikt ausfiel, der Paragraph 2 ab den 1840er Jahren aufgrund der zunehmenden Liberalisierung jedoch nur noch selten praktiziert wurde.

Der norwegische Historiker Bjarte Bruland thematisiert in seinem Beitrag die Wiedereinführung des Paragraphen 2 durch die Kollaborationsregierung der Nasjonal Samling während der deutschen Besatzungszeit. Er zeigt, dass der Paragraph für die Verfolgung und Deportation der norwegischen Juden nur von geringfügiger Bedeutung war. Dahingegen waren seine symbolische Signifikanz und Propagandawirkung groß und verdeutlichen die Nähe des Quisling-Regimes zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.

Der vorliegende Band analysiert nicht nur die Entstehungsgeschichte und das geistige Umfeld der verfassungsgebenden Versammlung von Eidsvoll, sondern zeigt die praktischen Konsequenzen des jüdenfeindlichen Paragraphen 2 auf. Durch die vergleichende Darstellung der geistigen und politischen Wechselwirkung zwischen Norwegen, den skandinavischen Nachbarländern und Deutschland trägt er wesentlich zur historischen Verortung des Paragraphen 2 in Europa bei und liefert somit neue Erkenntnisse.

Oslo

Nicola Kristin Karcher

„Erfindung“ und „Erfinder“ des Terrorismus

Dietze, Carola: Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858–1866, 750 S., Hamburger Edition, Hamburg 2016.

Die Terrorismusforschung, die vor allem nach dem 11. September 2001 an Umfang schlagartig zunahm, nähert sich der Erklärung der Gewalttaten auf drei verschiedenen Wegen. Der erste konzentriert sich auf die Akteure, ihre soziale und politische Herkunft, ihre Motive und Zielsetzungen. Diese Arbeiten, die für die Terrorismusbekämpfung zentral waren und sind, haben auch in der historischen Forschung Wirkung gezeigt. Der zweite Ansatz privilegiert die Untersuchung des Terrorismus als soziale und

politische Bewegung, die unter bestimmten Bedingungen und in Konkurrenz zu anderen Bewegungen die Staatsgewalt provoziert und spezifische politische und soziale Ziele durchzusetzen sucht. Entsprechend dieser Ziele wird in der Forschung zwischen einer revolutionären, einer konterrevolutionären, einer ethnisch-nationalistischen und einer religiösen Prägung von terroristischen Bewegungen unterschieden. Der dritte Ansatz konzentriert sich auf die Reaktionen auf terroristische Gewalttaten und fragt nach den gesellschaftlichen und staatlichen Strategien, diese abzuwehren und zu verhindern. Damit ist auch die Frage verbunden, ob und inwiefern diese häufig repressiven Aktionen mit den Grundprinzipien liberaler Verfassung und demokratischer Strukturen vereinbar sind und ob die Repression gewaltsame Formen der Interessenartikulation verhindert.

Die vorliegende 750 Seiten starke Gießener Habilitation von Carola Dietze berührt alle drei Ansätze, konzentriert sich jedoch auf die Akteure. Dies ist eine zwangsläufige Folge der zentralen Frage nach der Erfindung und den Erfindern des Terrorismus, die weniger in spezifischen Konstellationen als in individuellen Handlungsstrategien gesucht wird. So wird der Biographie der beiden „Erfinder“ des Terrorismus – Felice Orsini, der 1858 ein Attentat auf Napoleon III. verübte und John Brown, der 1859 ein Arsenal der US-Armee angriff – ein erstaunlich breiter Raum eingeräumt, und die Darstellung entgeht nicht immer der Gefahr, diese Lebensgeschichten von dem terroristischen Akt aus zu schreiben oder im konventionellen biographischen Genre zu schwelgen. So liest man auf Seite 467 mit Gewinn, dass die preußische Königsfamilie vor dem Attentat von Oskar Wilhelm Becker im Jahr 1861 im Garten des „Gasthofes zum Bären“ gefrühstückt habe! Die biographischen Skizzen werden insofern gerechtfertigt, als sie mit beziehungsgeschichtlichen Fragen verbunden

sind und die Vorbild- oder Anleiterfunktion der Attentate nachweisen sollen. Dies gelingt aber nicht immer. Es ist ungewiss, ob Brown von Orsinis Attentat gewusst hatte – so auch Dietze S. 290 – und auch das Ausmaß der Kenntnisse, die die drei von Carola Dietze als Nachahmer bezeichneten Attentäter – Becker, John Wilkes Booth und Dmitrij Vladimirovič Karakozov – von ihren Vorbildern hatten und inwiefern sie handlungsleitend waren, lässt sich nicht zweifelfrei belegen.

Mit der Konzentration auf die fünf Gewalttäter rückt Dietze das Ende der 1850er und die 1860er Jahre in den Mittelpunkt. In ihnen sieht sie den Terrorismus als eine Bewegung entstehen, in der Akteure mit ihren Gewalttaten die Staatsgewalt herausfordern, ja provozieren und einen kommunikativen Akt vollziehen. In der Verbindung von Peter Waldmann und Rainer Paris entwickelt Dietze einen systematischen Terrorismusbegriff, den sie aus einer beeindruckenden Auseinandersetzung mit der sozialwissenschaftlichen Diskussion gewinnt und an die historische Wirklichkeit anlegt. Sowohl die Ursachen, Handlungslogiken und Wirkungen des Terrorismus haben darin ihren Platz. Mit der Frage nach den Ideologien, die die Akteure leiteten, geraten Freiheitsvorstellungen und Nationalismus in das Blickfeld und werden die terroristischen Aktionen in einer globalen Emanzipations- und Modernisierungsgeschichte verortet. Die Konzentration auf diese Ziele ist für die Mitte des 19. Jahrhunderts sehr plausibel, muss aber dann ergänzt werden, wenn die Gewaltaktionen der Anarchisten ab 1880 einbezogen werden, in denen dem Ziel der Gleichheit größere Bedeutung zukommt. In dieser Zeit würde man auch eher als in den 1860er Jahren eine Strategie der Provokation mithilfe der Massenpresse ansetzen.

Während die Passagen über die beiden „Erfinder“ des Terrorismus trotz breit benutzter Quellen und exzellenter Literaturkenntnis viele Fragen offenlassen, sind die 180 Seiten,

die dem Vergleich von drei Attentaten und Attentätern in Deutschland, den USA und Russland gewidmet sind, überzeugender. Hier werden die oben genannten drei Ansätze der Terrorismusforschung verbunden, operationalisiert und zugespitzt, sodass Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Becker, Booth und Karakozov deutlich werden. Allein die Einbeziehung von drei Vergleichseinheiten – Deutsches Reich, USA und zaristisches Russland – und deren Spezifika ist eindrucksvoll. Und in dem Vergleich bewähren sich Einzelaspekte der kritischen Diskussion des Terrorismus aus dem Anfang der Arbeit. Ob mit Bekennerschreiben allerdings in diesem Kontext das Arsenal des Terrorismus weiterentwickelt wurde oder ob nicht andere mediale und kommunikative Mittel an deren Stelle treten können, bleibt zu diskutieren. Gleichwohl bietet dieser Vergleich ein Vorbild für Gewaltstudien, die sowohl die Akteure als auch deren Bewegungen und gesellschaftlichen Bedingungen umfassen, sich an der sozialwissenschaftlichen Literatur orientieren und diese kritisch diskutieren. Ob dabei der Begriff der Erfindung besonders hilfreich ist, bleibt zweifelhaft.

Bielefeld

Heinz-Gerhard Haupt

20. JAHRHUNDERT

Im Rückblick nicht viel Neues

Sabrow, Martin/Weiß, Peter Ulrich (Hrsg.): Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters, 333 S., Wallstein, Göttingen 2017.

Rückblicke auf das 20. Jahrhundert erscheinen im Halbjahresrhythmus, obwohl es im Grunde nur zwei Varianten gibt: Während Sammelbände sich die Wahl ganz unterschiedlicher Themen erlauben können, pfl-

gen Einzelautoren von hinten nach vorne zu erzählen und dann zumeist bei der politischen Geschichte zu landen. Eric Hobsbawms „Age of Extremes“ von 1994 machte nicht nur dieses Genre frühzeitig populär, sondern prägt mit seinem Titel bis heute zugleich das Bild des vergangenen Jahrhunderts. Auch der hier anzuzeigende Band, dem eine Ringvorlesung von 2014/15 zugrunde liegt, kann sich ihm nicht entziehen, denn sechs von 14 Beiträgen sind dem Thema Gewalt und den Reaktionen darauf gewidmet. Es fehlen andererseits viele Bereiche von großer Alltagsrelevanz (etwa Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Religion, Kunst). Andere Gründe hat die nahezu vollständige Ausblendung der globalen Perspektive und schon Europa bildet nur selten den Rahmen. Unwillkürlich liefert der Band darum den Beweis von der anhaltenden Bedeutung der Nation, aber das ist natürlich für den Blick aufs 20. Jahrhundert alles andere als falsch.

Dass auch bei diesem Thema bislang unbekannte Perspektiven eröffnet werden können, belegt der Beitrag von Lutz Raphael; es ist überhaupt der einzige Beitrag, der wirklich Neuland betritt, denn alle anderen Autoren liefern Ausschnitte aus ihrem Arbeitsfeld. Raphael dagegen bietet einen noch nie gesehenen Blick auf Frankreich: Aus der Perspektive der Moderne (als geschichtlicher Kategorie) fragt er, wie sich das im 19. Jahrhundert entfaltete französische Konzept liberaler Modernität unter den Herausforderungen des 20. Jahrhunderts verändert hat. Jörg Baberowskis Überblick über „die Sowjetunion im Zeitalter der Moderne“ lässt dagegen eine Auseinandersetzung mit dem von ihm im Titel angesprochenen Interpretament vermissen und beschränkt sich auf die von ihm häufig zu lesende, ganz auf Lenin und Stalin zugeschnittene Gewaltgeschichte. Weil das halbe Jahrhundert seit der Entstalinisierung nach diesem Muster nicht erzählt werden kann, bleibt die Darstellung

manche Erklärung schuldig – auch mit Blick auf manches aus der Zeit davor.

Gabriele Metzler widmet sich der Gewalt und ihrer Einhegung und führt letztere auf den Rückgang der Gewalt innerhalb der Gesellschaften zurück. So ergibt sich quasi ganz von selbst der Fokus auf Westeuropa. Die „Zeit der Zäune“ nach 1945 präsentiert Peter Ulrich Weiß, dessen Text etwas darunter leidet, dass er nicht mehr die ‚Flüchtlingskrise‘ von 2015/16 einbezogen hat, was seiner von Charles Maier übernommenen These vom allmählichen Verschwinden der Territorialität nicht bekommen ist. Jochen Oltmer stellt „das ‚lange Jahrhundert‘ der Gewaltmigration“ vor, das vor Dekolonisation und Ende des Kalten Krieges vor allem Europa betraf und auf das die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 eine Antwort suchte. Auf die ganz andere Dimensionen einnehmenden Flüchtlings- und Vertriebenen Zahlen in der ‚Dritten Welt‘ geht Oltmer abschließend ein – mit der Bemerkung, dass weder die Politik noch die Forschung in Europa davon ernsthaft Kenntnis nehmen wolle.

Sybille Steinbacher schildert, wie es zum Stockholmer Beschluss von 2000 kam, der den Holocaust zur Jahrhundertssignatur erklärt hat. Letztlich sei es um den Wunsch gegangen, Europa als Hort von Demokratie, Zivilisation, Recht und Fortschritt erscheinen zu lassen und dies auch geschichtspolitisch abzusichern. Steinbacher findet das problematisch. Besser hätte man mit Dan Diner den Holocaust als „Zivilisationsbruch“ von weltgeschichtlicher Bedeutung, vergleichbar der Französischen Revolution, in unserem Geschichtsbild verankert. Jan Eckel bezeichnet es als eine Verkürzung, die gegenwärtige Menschenrechtspolitik allein auf die völkerrechtliche Anerkennung der Menschenrechte 1948 zurückzuführen. Für die politische Praxis jedenfalls seien die beiden „globalen Schubphasen“ (S. 293) der 1970er und 1990er Jahre viel wichtiger

gewesen, die eine menschenrechtliche Fundamentalsensibilisierung zuwege gebracht haben. Eine wesentliche Rolle habe dabei Amnesty International gespielt, der es gelungen sei, das Menschenrechtsengagement mit der Popkultur zu verbinden.

Dass das 20. Jahrhundert selbst in Deutschland nicht nur ein dunkles Gesicht hatte, machen die übrigen Beiträge klar. Besonders originell ist der von Ute Frevert über Rationalität und Emotionalität mit seiner Einsicht, dass die seit der Antike bestehende Trennung zwischen Vernunft und Gefühl erst das 20. Jahrhundert durchbrochen und Rationalisierung, ein vordem unbekannter Begriff, zu einem Fortschritts- und Bewegungsbegriff erhoben habe, „der alle Lebensbereiche umfasst und selbst vor dem sog. Irrationalen nicht Halt machte“ (S. 139). Die Rolle von „Krise“ als epochemachendem Begriff untersucht Rüdiger Graf. Unabhängig von der generellen Eignung von „Krise“ als Erzählperspektive habe dieser Begriff seine in den 1920ern erlangte positive Konnotation in den Krisen der 1970er Jahre wieder verloren. Frank Bösch rekapituliert mit gewohnter Souveränität die Geschichte der Massenmedien im 20. Jahrhundert, die trotz aller Umbrüche eine Einheit bilde, bis in den 1990er Jahren das Internet etwas völlig Neues in die Welt gebracht habe. Bodo Mrozek bietet „Streiflichter“ (S. 215) zur Jugend. Biologisch sei das 20. kein „Jahrhundert der Jugend“ gewesen, umso mehr stand sie im Fokus von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

Vom „Siegeszug der Konsumgesellschaft“ möchte Heinz-Gerhard Haupt nur für Europa (plus Nordamerika und Japan) sprechen und unterlegt das mit einer Fülle von Beispielen aus vielen Ländern, nachdem ihre Bewohner zu Massenwohlstand gekommen sind. Insofern sieht Haupt zu Recht ‚viele Siegeszüge‘ (vgl. S. 220). Die nationalen Konsummuster blieben jedoch unterschiedlich, auch wenn sie vor den 1970er Jahren insgesamt eher

zur Vereinheitlichung tendierten, danach allerdings der Pluralität von Lebensentwürfen zum Erfolg verholfen hätten. Ähnliches gilt laut Winfried Süß für den Sozialstaat. Er war im 20. Jahrhundert „Prägefaktor moderner Gesellschaften“ (S. 243) bei national sehr unterschiedlichen und nirgendwo linearen Verlaufskurven, die immer wieder auch Rückbau enthielten, besonders natürlich seit den Herausforderungen durch die neue kapitalistische Ordnung im Zeichen der Globalisierung. Gleichwohl will Süß nicht von Krise sprechen, sondern von der dem Sozialstaat eigenen „Dauerspannung“ (S. 264).

Martin Sabrow versucht in seinem Schlussbeitrag keine Gesamtbilanz, sondern rekapituliert das sich in Deutschland unter dem Druck der Ereignisse enorm verändernde „Gedächtnis“. Kurz gesagt, wurde das heroische vom selbstanklagenden Geschichtsbild abgelöst und dies erklärt, weshalb Hobsbawms Rede vom ‚extremen‘ Jahrhundert hierzulande intensiv rezipiert worden ist und darum auch die Mehrzahl der Beiträge dieses Bandes in der einen oder anderen Weise prägt: Wir Deutsche waren die ganz Schlimmen, da hilft alles Klagen über die ‚Moralkeule‘ nicht. Aber gerade weil (und solange) wir uns dazu inzwischen bekennen, müssen wir von den ‚anderen‘ keine Vorwürfe mehr gewärtigen – im Gegenteil.

Darmstadt

Christof Dipper

Weltkriege und Europa

Kershaw, Ian: Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, 764 S., DVA, München 2016 (engl. 2015).

Gerwarth, Robert: Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs, 478 S., Siedler, München 2017 (engl. 2016).

Die beiden zu besprechenden Bücher sind Übersetzungen englischer Originaltexte aus

den Jahren 2015 und 2016. Sie wenden sich an eine breitere Leserschaft und machen sie mit den Turbulenzen der Geschichte Europas im Zeitalter der Weltkriege vertraut. Ian Kershaws breite erzählerische Synthese ist Teil einer zweibändigen Geschichte Europas im 20. Jahrhundert und führt den Leser in zehn Kapiteln durch die Abgründe kriegerischer und ideologischer ‚Selbsterstörung‘, die Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchlief. Robert Gerwarths Buch ist einem Ausschnitt dieser selbstzerstörerischen Dynamik gewidmet: den Umbrüchen, Bürgerkriegen und Revolutionen in weiten Teilen Kontinentaleuropas zwischen 1917 und 1923. „Die Besiegten“ – das meint in diesem Fall zum einen die besiegten Achsenmächte, das zusammenbrechende russische Zarenreich, aber auch den Aufstieg des Faschismus in Italien und die Nachwehen des Ersten Weltkrieges im Nahen Osten und Südosteuropa.

Beide Arbeiten fassen in ihrer Zusammenschau souverän den Ertrag der neueren internationalen Forschung zusammen und vermitteln diese Einsichten in anschaulich quellennahen Darstellungen, die immer wieder in Zitaten und Detailschilderungen Dramatik und Tragödie dieser Katastrophenjahrzehnte Europas nachvollziehbar werden lassen. Besonders zu loben ist, dass beide Autoren den Anspruch ernstnehmen, eine europäische Geschichte zu schreiben und die Aufmerksamkeit des Lesers auf die lange Zeit eher vernachlässigten Regionen im Süden und Osten Europas lenken. Bei Gerwarth ist dies Ausgangspunkt und Kompass der gesamten Darstellung. Sie präsentiert eine Geschichte vom vielfach verzögerten Ende des Ersten Weltkrieges, wie sie jenseits von London oder Paris in Moskau, Thessaloniki, Budapest, Berlin oder Istanbul erlebt und erlitten wurde. Gerwarths Studie wirft damit ein scharfes Licht auf die Schwächen und Lücken der Pariser Friedensverträge, zeigt

deutlich die Grenzen alliierter Friedensdiplomatie und Machtansprüche auf. Diese Darstellung der Jahre 1917 bis 1923 betont die Zerbrechlichkeit und die Gefährdungen einer Friedensordnung, der es nicht gelang, Rahmenbedingungen für eine innere Befriedung der meisten Regionen und Staaten Europas zu schaffen, die in den Ersten Weltkrieg verwickelt worden sind. Der Zweite Weltkrieg erscheint so nicht als unvermeidlicher, aber ‚folgerichtiger‘ Ausgang dieses Erbes des Ersten Weltkrieges.

Auch Kershaw argumentiert in diese Richtung, auch für ihn ist der Erste Weltkrieg der Schlüssel zum Verständnis des Zweiten Weltkrieges und der nochmaligen Steigerungen von Zerstörung und Massensterben in Europa. Ganz ähnlich wie Gerwarth betont er die Bedeutung des ethnisch-rassistischen Nationalismus, die unerbittliche Logik des territorialen Revisionismus, der den Aufstieg des Nationalstaatsprinzips in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begleitete und die Explosion der Klassengegensätze und -kämpfe infolge des Ersten Weltkrieges und der Russischen Revolution. Wie die meisten Historiographen Europas vor ihm fügt auch Kershaw die Krise des Kapitalismus als weiteren Faktor in sein Tableau der fatalen Verkettungen ein. Wie Gerwarth vermeidet auch Kershaw deterministische Sichtweisen, zeigt begrenzte Handlungsspielräume auf und benennt politische Verantwortliche.

Beide Autoren verstehen es, ihr Thema dem Leser nahezubringen. Beide Bücher vertrauen der Überzeugungskraft einer klassischen Erzählprosa, wie sie seit dem 19. Jahrhundert zum Standard der Historiographie geworden ist. Die hervorragende Lesbarkeit geht nie zu Lasten der Information und der Leser erhält so ebenso plausibel wie facettenreich eine Deutung der Katastrophengeschichte Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie fußt auf dem ak-

tuellen Stand der Forschung. Was will man mehr?

Trier

Lutz Raphael

Spanische Identitätsdebatten

Moreno-Luzón, Javier/Núñez Seixas, Xosé M. (Hrsg.): Metaphors of Spain. Representations of Spanish National Identity in the Twentieth Century, 296 S., Berghahn, Oxford/New York 2017.

Die beiden Herausgeber des Sammelbandes „Metaphors of Spain“, Javier Moreno-Luzón und Xosé M. Núñez-Seixas, sind ausgewiesene Spezialisten zu den Themen Nationalismus und Identitätsproblematik in Spanien, zu denen beide etliche Monographien und eine große Zahl weiterer Beiträge vorgelegt haben. Für diesen Band ist es ihnen gelungen, sehr gute Historiker zu gewinnen, die eine Reihe von Artikeln beisteuerten, die sich aus je spezifischen – primär kulturellen – Blickwinkeln mit Problemen der spanischen Nation, des Nationalismus und der spanischen Identität beschäftigen.

Unter Rückgriff auf Benedict Andersons „Imagined Communities“, auf Pierre Noras „Lieux de Mémoire“ und auf Michael Billigs „Banal Nationalism“ betonen Herausgeber und Autoren die kulturellen Aspekte von Nation und analysieren daher primär Symbole und symbolische Praktiken, da die Bedeutung von Symbolen als Repräsentationen und Projektionen von „imaginierten Gemeinschaften“ (Nationen) unbestritten ist. Der Band untersucht, aus Sicht der Herausgeber, „the vicissitudes of the Spanish national identity and its core of symbols and symbolic practices“ (S. 3). Und weiter: „We search for what it meant to be Spanish in the past century, as a constructed identity“ (ebd.). Als relevant für die spanische Nationsvorstellung erachten die Autoren historische Mythen, offizielle Embleme (Flaggen, Hymnen), die Staats-

formen Republik und Monarchie, Religion, Sprache und Geschlecht sowie die symbolische Dimension des früheren Kolonialreichs. Der Massenkultur im 20. Jahrhundert kommt dabei – exemplifiziert an Sport und Musik, Tourismus und Stierkampf – besondere Bedeutung zu. Der Schwerpunkt des Bandes liegt somit auf kulturgeschichtlichen Aspekten von Identitätspolitik.

Im Einzelnen analysieren die Autoren die nationalen „Metaphern“ in ihren Kontexten und interaktiven Dynamiken, sie heben deren politischen und gesellschaftlichen Gebrauch ebenso wie ihre konfliktive und veränderliche Bedeutungen hervor. Obwohl der Band sich ausdrücklich gegen das Narrativ eines spanischen „Sonderwegs“ ausspricht, räumt er ein, dass Staat und Nation sich mit einem Spezifikum auseinanderzusetzen hatten (und haben), das sich in dieser Form nur selten in anderen Ländern ergab: der ständigen Konfrontation mit substaatlichen Nationalismen, vor allem dem katalanischen, dem baskischen und dem galicischen. Der Verlust der letzten überseeischen Kolonien 1898 stellte einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte der spanischen Identitäten dar und provozierte mehrere Jahrzehnte lang Debatten über Nation und Identität. Neue Formen des spanischen Nationalismus versuchten, die kollektive Depression zu bekämpfen, das Land zu regenerieren und die substaatlichen Nationalismen unter Kontrolle zu halten. Im ersten Beitrag des Bandes („History and National Myth“) beschreibt José Álvarez Junco die andauernde Suche spanischer Intellektueller nach dem essenzialistischen „Volksgeist“, um endlich die Gründe für das „Problem Spanien“ aufzudecken; Inmaculada Blasco Herranz geht es in ihrem Beitrag „Gender and the Spanish Nation“ um die Bedeutung, die Regenerationisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts dem „Verlust an Männlichkeit“ zusprachen. Und Javier Moreno-Luzón beschreibt die

nation-building-Initiativen durch den Staat – Militär und Monarchie –, wobei der König (Alfons XIII.) letztlich seine konstitutionellen Grenzen überschritten habe und nicht als nationaler Erneuerer erhalten konnte.

Die „Re-Nationalisierung“ des Landes übernahm in den 1920er Jahren der Diktator Miguel Primo de Rivera, dessen repressive Politik sich allerdings an den reaktionär-katholischen Nationalismus anlehnte, um im Land einen autoritären Nationalismus und den Katholizismus als nationale Identität durchzusetzen – mit diesem Versuch allerdings scheiterte er, das Land wurde vielmehr weiter polarisiert, wie Mary Vincent darlegt. Besonders interessant ist auch der Beitrag über „The Americas and the Celebration of 12 October“, den als *Día de la Raza* („Tag der [hispanischen] Rasse“) begangenen spanischen Nationalfeiertag; die Autoren dieses Artikels heben den Druck hervor, den die amerikanistischen Vereine landesweit und jahrzehntelang propagandistisch ausübten, um endlich das Imperium im kollektiven Imaginarium der Spanier fest zu verankern. Der Mythos hielt sowohl in seiner katholisch-traditionalistischen als auch in der liberal-demokratischen Version bis Ende des 20. Jahrhunderts an. Wie umstritten schon früh auch Fußball und Stierkampf als Nationalsymbole waren, unterstreichen Alejandro Quiroga und Rafael Núñez Florencio.

Mit der Ausrufung der Zweiten Republik (1931) begann eine neue Phase der Identitätsdiskurse. Das monarchische Bekenntnis zu religiösen und imperialen Traditionen wurde – so Angel Duarte – durch eine Identifizierung des Republikanismus mit spanischem Nationalismus ersetzt. Die Republik wurde mit Spanien gleichgesetzt und die Nation mit dem „Volk“; die neue patriotische Symbologie hatte jedoch keine Zeit, sich zu konsolidieren, bevor der Militärputsch sie 1936 wieder zerstörte. Diktator Franco griff nach dem Bürgerkrieg (1936–1939) auf viele der

Re-Nationalisierungsinitiativen Primo de Riveras zurück, die jedoch radikalisiert und in faschistischem Sinne als Neuanfang gedeutet wurden. Mehr noch als zuvor wurde die kastilisch-spanische Sprache zum entscheidenden Identitätsmerkmal für alle Spanier deklariert. Mit diesem Thema beschäftigt sich Xosé M. Núñez Seixas, der seit Jahrzehnten darüber forscht.

Nach Francos Tod im Jahr 1975 kam die jahrzehntelange nationalistische Rhetorik allmählich an ihr Ende. Der neue, demokratische Staat veränderte seine Symbole, die Krone sollte wieder nationale Erneuerung für sich reklamieren, die Flagge wurde zur „Verfassungsflagge“. Zum ersten Mal – so schien es einige Jahre – konnten nationale Symbole tatsächlich für sich reklamieren, „national“ zu sein. Klerikalismus und Anti-Klerikalismus standen sich nicht mehr – auch dies ein durch rapide Säkularisierung erreichtes Novum – unversöhnlich gegenüber. Nach der Institutionalisierung des „Staates der Autonomien“ schien auch das altüberlieferte nationale Identitätsproblem gelöst zu sein – ein gewaltiger Irrtum, wie die massiven Sezessionsbestrebungen zuerst im Baskenland und danach in Katalonien zeigen. Die Identitätsdebatte in Spanien ist noch lange nicht beendet.

Der ausgesprochen anregende Sammelband spricht viele Aspekte an, die mit der alten und stets neuen Frage nach der spanischen Identität zusammenhängen; die Beiträge zeigen aus verschiedenen Perspektiven die Bedeutung national(istisch)er Diskurse und ihrer Symbole. Die Entwicklung in Katalonien während der letzten Jahre lässt deutlich werden, dass noch lange kein Schlussstrich unter die weiterhin leidenschaftlich geführte Debatte gezogen werden kann.

Erlangen-Nürnberg

Walther L. Bernecker

Barcelona zwischen Gewerkschaftern und Pistoleros

Taibo II, Paco Ignacio: Que sean fuego las estrellas. Barcelona (1917–1923), 552 S., Planeta Mexico, Mexiko-Stadt 2016.

Der in Spanien geborene, seit 1959 in Mexiko lebende Paco Ignacio Taibo II ist zweifellos ein (nicht nur) literarisches Multitalent. Am bekanntesten als Autor populärer Kriminalromane, verfasste er auch historische Arbeiten zur spanischen und lateinamerikanischen Linken, wovon seine Biographie Che Guevaras die bekannteste ist. Wissenschaftlich fundiert – er selbst lehrte auch an der wichtigsten Universität des Landes –, wenden sie sich an ein breiteres, politisch interessiertes Publikum. Zudem ist er nicht ganz unbeteiligt an der jüngsten Geschichte der mexikanischen Linken. Nur ein kleiner Teil seines Schaffens wurde auch ins Deutsche übertragen.

Hier liegt nun eine weitere historische Arbeit vor, diesmal zum Anarchismus in Barcelona in den sechs Schlüsseljahren von 1917 bis 1923. Es war die Zeit parallel zu den durch die Russische Revolution ausgelösten weltweiten Erschütterungen, auch wenn die sozialen Zusammenstöße in der katalanischen Metropole (und ganz Spanien) ihre eigentlichen Ursachen in den bereits lange schwelenden inneren Problemen Spaniens hatten. Charakteristisch war der Aufstieg der anarchistischen Gewerkschaftsbewegung, verkörpert in der 1910/11 gegründeten Confederación Nacional del Trabajo (CNT/ Nationaler Bund der Arbeit), Ausdruck einer besonderen Präsenz des Anarchismus in Spanien seit der I. Internationale, über deren Ursachen seit Langem eine Diskussion geführt wird, ohne dass sich eine einfache Erklärung herauskristallisiert hat.

Zwar erlebte Spanien aufgrund seiner Neutralität im Ersten Weltkrieg eine Hochkonjunktur durch die Belieferung vor allem

der Entente, ohne zugleich die Kosten eines Krieges tragen zu müssen. Doch die Folge war ein großer Inflationsschub. Der Lebensstandard der Arbeiterschaft sank, während die enormen Kriegsgewinne nicht reinvestiert, sondern konsumiert wurden. Es kam zu einer Reihe großer Streiks, in denen sich zugleich die politische Krise der spanischen Monarchie ausdrückte. Wahlen wurden traditionell zwischen den beiden Hauptparteien der Monarchie ausgehandelt; viele soziale Probleme waren nicht gelöst und in Katalonien regte sich seit einigen Jahrzehnten eine im Wesentlichen von der katalanischen Großbourgeoisie geführte Bewegung für mehr Eigenständigkeit. Diese allgemeine Krise verschärfte die ökonomischen Kämpfe und erklärt die Härte, mit der die Auseinandersetzungen geführt wurden.

Die militanten Streikkämpfe der CNT gewannen eine besondere Dynamik durch ihre Umorganisation, indem sie sich auf industriegewerkschaftliche Zusammenschlüsse – die sogenannten „Einheitsgewerkschaften“ (*sindicatos únicos*) – anstelle der früheren Berufsgewerkschaften umstellte und damit „betriebliche Disziplin“ durchsetzen konnte. Sie stellten das Nächste dar, das an die Rätebewegung Mitteleuropas herankam.

Doch die Unternehmer Barcelonas im Verbund mit dem Staatsapparat schlugen gegen diese gewerkschaftliche Herausforderung mit terroristischen Mitteln zurück. Es wurden eine Reihe von Attentaten gegen führende Gewerkschafter organisiert, wobei man auf „beschäftigungslos“ gewordene Spione der Mittelmächte, auf Figuren der Unterwelt oder sogar auf gekaufte ehemalige Gewerkschafter zurückgriff und schließlich auch einer „gelben“ Gewerkschaft entsprechende Aufträge gab. Ein anderes Mittel war das „Auf-der-Flucht-Erschießen“ durch die Polizei. So erlebte Barcelona nach zwei Jahren eines großen Aufschwungs der CNT bis Mitte 1919 eine Zeit des latenten Bürgerkrieges

in den Straßen mit Dutzenden von Toten, da nun auch anarchistische Gruppen am Rande der Gewerkschaften, für die eine Tradition der Gewalt und der „direkten Aktion“ nicht fremd war, zurückschossen – trotz gegenläufiger Bemühungen der CNT-Führung. Die CNT wurde in die Illegalität gedrängt, nachdem die Regierung in Madrid nach ersten Zugeständnissen (u. a. gesetzlicher Acht-Stunden-Tag) 1920 grünes Licht für eine umfassende Repression gegeben hatte. Trotz Weiterlebens in der Illegalität war ihre große Kraft gebrochen. Auch als nach einem Regierungswechsel im Jahre 1922 die Repression deutlich nachließ, konnte sie ihren Einfluss nicht wiederherstellen. Im September 1923 putschte sich der General Primo de Rivera fast ohne Gegenwehr an die Macht.

Taibo hat diese Geschichte mit der geübten Feder eines erfahrenen Schriftstellers anschaulich und gleichsam wie in einem spannenden Krimi dargestellt. Nicht umsonst spricht er von einer „narrativen Geschichte“ und auch von „proletarischer Epik“, zumal sie ganz auf den Konflikt Gewerkschafter gegen Unternehmer fokussiert ist und vieles vom Kontext, zum Beispiel das katalanische Problem, allenfalls angedeutet wird. Das führt auch zu einer in einem historischen Werk – was es ja ist – eher ungewöhnlichen Struktur von 84 Kleinkapiteln, in denen auf wenigen Seiten jeweils bestimmte Elemente, wie ein bedeutsamer Arbeitskampf, eine Entwicklung in der Gewerkschaftsorganisation, ein Ereignis aus der Politik oder nicht zuletzt die verschiedenen Protagonisten, dargestellt werden, unter anderem die beiden zentralen Führungsfiguren der CNT, Ángel Pestaña und Salvador Seguí und deren zwei Hauptanwälte Lluís Companys und Francesc Layret, dazu aber auch die Hauptakteure der Gegenseite. Eingeflochten ist darin als Nebenerzählung die Begegnung der CNT mit der Russischen Revolution durch die

Entsendung von Vertretern nach Moskau 1920 und 1921, was aber letztlich, bis auf eine Minderheit, nicht zur Zusammenarbeit, sondern schließlich zur Konfrontation führte.

Da es sich nicht um eine akademische Monographie handelt, wobei der Autor durchaus die nicht unbeträchtliche wissenschaftliche Literatur zum Thema ausgewertet hat und sich ansonsten auf die zeitgenössischen Zeitungen sowie einige Archivsammlungen stützt, finden sich die Nachweise nicht in Fußnoten, sondern kapitelweise im Anhang und leider ohne Einzelnummerierung. Für die mexikanische Erstausgabe ist dieser Anhang wie auch das Quellen- und Literaturverzeichnis allerdings nur im Internet zu finden, jedoch in der inzwischen vorliegenden spanischen Ausgabe enthalten. Leider verfügt aber keine der beiden Ausgaben über einen Personenindex und so muss man sich, was in der kleingliedrigen Erzählstruktur noch geht, darauf verlassen, dass der Autor im Wesentlichen der Chronologie folgt, will man etwas herausuchen. Insgesamt handelt es sich um einen durchaus empfehlenswerten, spannend geschriebenen Überblick über diese Schlüsselperiode in der modernen spanischen Geschichte und insbesondere über die in den letzten Jahren speziell in den Blick gerückte Nachkriegssituation in Barcelona, wofür in der Belletristik der auch hier bekannte Erstlingsroman von Eduardo Mendoza „Der Fall Savolta“ (1975) steht.

Frankfurt a. M.

Reiner Tosstorff

Friedensziele – Max Webers Ideen von 1918

Bruhns, Hinnerk: Max Weber und der Erste Weltkrieg, 221 S., Mohr Siebeck, Tübingen 2017.

Kriegsziele zu postulieren ist ungleich einfacher als Friedensordnungen zu entwerfen. Diese Lehre erteilte der Erste Weltkrieg

den Politikern, welche ihre Nationen aus der ersten Weltkatastrophe des 20. Jahrhunderts herauszuführen hatten in gleicher Weise wie den Wissenschaftlern, die bereits im Krieg Friedensziele öffentlich debattierten. In jeder Geschichte des Ersten Weltkrieges werden die bellizistischen „Ideen von 1914“ beschrieben, die „deutsche Idee von der Freiheit“, in harmonischem Einklang aus autoritärem Staat und organischer Volksgemeinschaft und mit einer Lizenz zur Annexion fremder Territorien. Bekannt ist seit Wolfgang J. Mommsen, wie leidenschaftlich Max Weber diesem Denken in Reden und Schriften widersprach.

Der in Paris wirkende Historiker Hinnerk Bruhns hat seine akribische Lektüre von allem, was die Max Weber-Gesamtausgabe an politischer Publizistik, staatssoziologischer Analytik und persönlichen Briefen bereitstellt, auf folgenden Punkt konzentriert: auf Webers Friedensziele unter dem Primat einer grundlegenden innenpolitischen Neuordnung. Im August 1916, an der „Schwelle des dritten Kriegsjahres“, nannte Weber sie die „Ideen von 1917“. Und als er feststellen musste, dass 1917 keinen Frieden bringen wird, verlängerte er sie zu den „Ideen von 1918“. Auf den Kerngehalt dieser „Ideen von 1918“ richtet sich Bruhns' Studie – schlüssig, bündig und packend geschrieben.

Bruhns gliedert seine Darstellung in drei Teile. Der erste und biographische Hauptteil entfaltet Webers enorme publizistische Produktion zwischen Herbst 1916 und Frühjahr 1919 in ihren vielfachen Abschattierungen und Übergängen zwischen politischen Kampfschriften und soziologischen Analysen. Bruhns sieht drei Ideenbündel, die sich zu Webers dominanten Friedenszielen herauskristallisieren: den Kampf gegen die preußische Plutokratie der „Daheimgebliebenen“, die demokratische Partizipation der „heimkehrenden Krieger“ an den nationalen Ressourcen und die Gestaltung einer bür-

gerlichen Kultur der Zukunft, in deren Zentrum eine „Erziehung zur Sachlichkeit“ steht. Man stutzt nur, wenn Bruhns diese „Ideen“ absondert von Webers Postulaten zu ihrer institutionellen Verstetigung und Webers Insistieren auf Wahlrechtsreform und Parlamentarisierung für „nicht das Wesentliche“ (S. 53) hält. Zumal er den für Weber typischen Zusammenhang von Ideen und Institutionen dort besonders betont, wo Weber seine Friedensziele im Winter 1918/19 immer klarer konturiert und auf direkte Verfassungsvorschläge zulaufen lässt. Nicht zufällig war er der einzige Teilnehmer in nicht amtlicher Funktion, der von Hugo Preuß im Dezember 1918 zu den Beratungen eines Entwurfs der Weimarer Reichsverfassung eingeladen wurde. Für diese entscheidende Neuordnungsphase, in der Weber einerseits einen engagierten Wahlkampf für die DDP betrieb und andererseits mit herrschaftssoziologischen Beobachtungen Distanz zur Alltagspolitik wahrte, identifiziert Bruhns vier Zielsetzungen: Absage an Imperialismus und koloniale Bestrebungen; Unterordnung des Militärs unter eine bürgerlich und demokratisch verfasste politische Ordnung; ein föderatives Deutschland unter Einschluss Österreichs; und als *ceterum censeo* die Beseitigung der preußischen Hegemonie.

Der zweite Teil, „Krieg und Wissenschaft“, verortet Weber im Feld der sozialökonomischen Kriegsproduktion unter der Frage, inwieweit der Krieg ein Motor sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Aktivität gewesen sei. In der Tat lässt sich das entlang von Weber gut verfolgen. Die Debatte um den transnationalen Wirtschaftsraum „Mitteleuropa“ wurde durch Experten wie Weber auf eine solidere Grundlage gestellt. Das von Weber mit herausgegebene „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, das in seinen Kriegsheften in internationalen Vergleichen die Wirtschaftsressourcen der kämpfenden Nationen

untersuchte, zwang auch Kriegsgegnern wie John Maynard Keynes hohen Respekt ab. Weber selbst hielt sich stark zurück, da Hauptherausgeber Edgar Jaffé die Kriegswirtschaft zum Modell einer postkapitalistischen „Gemeinwirtschaft“ in künftigen Friedenszeiten hochstilisierte. Nichts hasste der Kapitalismusforscher in Weber so wie totalisierende Entwürfe organischer Staatsordnungen, gleich ob von links oder rechts. Hierzu bringt Bruhns eine Eigenart gut zum Vorschein: Weber verstand sich in der Regel als kritischer Berater einer gemäßigten Regierungspolitik. Er registrierte die Aufwertung des organisierten Staates durch den Krieg, wollte aber ähnlich wie Joseph Schumpeter eine freiheitliche Übergangswirtschaft auf das bürgerlich-kapitalistische Erwerbsethos und auf Handlungsspielräume für freies Unternehmertum gründen. Als ihn seine Partei 1920 in die zweite Sozialisierungskommission delegieren wollte, sah sich Weber vor die Wahl gestellt: „Wissenschaft oder Politik“, und trat aus der DDP aus. Die „Zuschiebung einer Pflicht an einen Parteigenossen“ hielt er für „voll berechtigt“. Als wissenschaftlich geschulter Zeitdiagnostiker könne er jedoch den „Unsinn“ einer Sozialisierung nicht mittragen: „Der Politiker muss Kompromisse machen – der Gelehrte darf sie nicht decken“ (Brief von Max Weber an Clara Mommsen 14. April 1920, in: „Max Weber-Gesamtausgabe, Bd. II/10“, 2012, S. 982).

Jeder kennt Webers rigoristische, zuweilen ausfallende Rhetorik („lackierte Plebejer“). Im dritten Teil liefert Bruhns im Abschnitt „Max Webers Sprache“ treffliche Beispiele zu dessen ständigem Pendeln zwischen provozierender Sachlichkeit und nicht minder provokanten Dramatisierungen („eine Horde Irrsinniger“). Dieser abschließende Teil ist überschrieben „Ehre, Schicksal und Geschichte“ und hätte auch „nationale Selbstbestimmung und machtsstaatliches

Handeln“ heißen können, denn darum geht es. Der Schlussteil führt ins Zentrum von Webers politischen Antrieben. In all seinen Friedenszielen opfert Weber dem „Wertgott“ der machtsstaatlich verfassten Nation (Ernst Troeltsch). Warum? Weber wusste um die Globalisierungsschübe des frühen 20. Jahrhunderts. In dieser Phase galt und im Grunde gilt bis heute der Nationalstaat als oberste politische Einheit, um internationale Wettbewerbsfähigkeit garantieren und um weltpolitisch agieren zu können. Deshalb hielt es Weber für historisch existenziell, Deutschland nach 1918 rasch wieder gleichberechtigt unter die „europäischen Weltmächte“ aufzunehmen.

Die heutigen Tendenzen, weltpolitische Dynamiken unter die rivalitätspolitische Devise des „nation first“ zu stellen, verschaffen Bruhns' problemgeschichtlicher Weltkriegsstudie eine zusätzliche Aktualität.

Frankfurt a. d. O.

Gangolf Hübinger

Krankheitsmetaphorik der Weimarer Republik

Langewand, Knut: Die kranke Republik. Körper- und Krankheitsmetaphern in politischen Diskursen der Weimarer Republik, 321 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2016.

„Krebsgeschwüre“, „Parasiten“, ein kranker „Staats-“ beziehungsweise „Volkskörper“ – der politische Diskurs der Weimarer Republik ist durchsetzt von Krankheitsmetaphern. Hinzu kommt die hohe Zahl an politischen Akteuren, deren Gesundheitszustand ebenso krisengeplagt zu sein scheint wie der der Republik. Hier setzt Knut Langewands Untersuchung an. Während die „Krise“ der Weimarer Republik bereits recht ausgiebig untersucht wurde, gilt das weniger für ihre Krankheitsmetaphorik, obwohl, wie Langewand herausstreicht, beide häufig miteinander verbunden werden und nach ähnlichen Prin-

zipien funktionieren. Sowohl Krise als auch Krankheit setzen eine Situation voraus, in der eine unmittelbare Handlungsnotwendigkeit besteht weil eine Katastrophe droht, gleichzeitig aber auch noch die Möglichkeit besteht, die Lage wieder zum Besseren zu wenden. Nach der Verordnung des Themas in den Forschungsdiskurs der Weimar-, Krisen- und Diskurs- beziehungsweise Körpergeschichte teilt sich die Studie in zwei große Bereiche. Der erste, „Metaphorik gegen die Republik“, behandelt zunächst verschiedene Facetten der Krankheitsmetaphorik, wie beispielsweise das Konzept des „Volkskörpers“ und die wechselseitige Beeinflussung von naturwissenschaftlich-medizinischen und politischen Diskursen. Als Basis der Krankheitsmetapher diagnostiziert Langewand eine Gleichzeitigkeit von Krisen- und Fragmentierungserfahrung mit einem starken Wunsch nach der Wiederherstellung von Balance und Homogenität durch die Zeitgenossen, verbunden mit einer nach 1918 zunehmenden Tendenz zu „organischen“ Beschreibungen von Volk und Nation. Dies führe zum Konzept des „Volkskörpers“, der neben der metaphorischen auch eine ganz konkret körperliche Dimension aufweist und daher eben nicht nur im übertragenen Sinne, sondern auch tatsächlich physisch erkranken kann. Neben dem Volkskörper tritt vor allem die Figur des Arztes – in Gestalt von Naturwissenschaftlern oder auch Politikern – in den Vordergrund, der die Krankheit des Volkskörpers diagnostizieren und therapieren kann. Dabei lässt sich beobachten, dass politisch-militärische Begriffe und Metaphern ebenso in medizinische Schriften aufgenommen werden, wie medizinisch-naturwissenschaftliche Krankheitsbilder im politischen Diskurs Einzug halten und Volk beziehungsweise Staat als erkrankte Körper begriffen werden. So wird die Weimarer Republik als von Krankheit – insbesondere der Demokratie – und Zerfall heimgesuchter Körper beschrieben, dessen Zustand zwar kritisch aber gerade noch

heilbar ist. Im der zweiten Hälfte beleuchtet Langewand dann den politischen Diskurs, zunächst in der Verwendung von Krankheitsmetaphern durch eine Reihe von mehrheitlich rechtskonservativen Autoren und Journalisten. Hier zeigt sich, dass Krankheitsmetaphern vor allem der Kritik an Liberalismus, Republik und Demokratie dienen sowie – in Form der Dichotomie von „Arzt“ und „Quacksalber“ – der Zuschreibung positiv-erfolgreicher versus negativ-schädlicher Akteurspositionen. Häufig finden sie sich auch in antisemitischen Diskursen, in denen Juden beispielsweise als „Parasiten“ am „Volkskörper“ beschrieben werden. Die Verwendung von Krankheitsmetaphern in republikanischen Publikationen stellt dagegen nach Langewand eher eine Ausnahme dar. Der zweite Hauptteil des Buches, „Die kranken Männer Weimars“, nimmt statt der metaphorischen die realen physischen Erkrankungen von Weimars politischen Akteuren in den Fokus und untersucht das Wechselspiel zwischen Erkrankung, Selbst- und Außenwahrnehmung sowie der Auswirkungen von erkrankten Politikern in politischen Krisensituationen. An den Beispielen Gustav Stresemann, Friedrich Ebert, Otto Braun, Hermann Müller und Heinrich Brüning, sowie einigen kleineren Exkursen spürt Langewand typischen Konstellationen nach und kommt zu dem Schluss, dass in den Weimarer Fällen physisch und psychisch vorbelastete Akteure auf besonders problematische Konstellationen treffen, die dann durch die krankheitsbedingten Ausfälle und Einschränkungen der Politiker weiter verschärft werden. Im Umgang mit der Krankheit mischen sich Pflichtrhetorik und Durchhalteversuche mit psychischen und physischen Fluchten (in den Alkohol, nach Ascona) der Erkrankten während im politischen Diskurs die körperliche Krankheit auch als Zeichen einer politischen gedeutet wird. Die Republik macht also nicht unbedingt krank, trägt aber auch keineswegs zur Verbesserung des Gesundheitszustandes ihrer

Politiker bei. Den „kranken Männer“ Weimars stellt Langewand Andrew Bonar Law und David Lloyd George als Beispiele britischer Politiker gegenüber, bei denen sich vergleichbare Muster von Krankheit, psychischer Belastung und politischen Krisensituationen erkennen lassen. Langewands Buch bietet eine Fülle von Aspekten und Zugängen zu Krankheit, Krankheitsmetaphern und Krankheitsdiskursen in der Weimarer Republik und trägt damit sicherlich zur Schließung einer Forschungslücke bei. Auf der Ebene der Diskurse hat der Autor sich bemüht, ein möglichst breites Spektrum an Stimmen aus verschiedenen Bereichen von Wissenschaft und Politik sowie die wechselseitige Beeinflussung und Übernahme von Metaphern zwischen beiden abzubilden. Gerade in diesem Teil führt allerdings die zum Teil sehr kleinteilige Aneinanderreihung von ähnlichen aber eben nicht identischen Positionen, verbunden mit einer entsprechenden Unterkapitelstruktur, manchmal dazu, dass der narrative Gesamtzusammenhang verloren zu gehen droht. Auf der Ebene der „kranken Männer“ Weimars liefert vor allem die über Einzelbiographien hinausgehende Analyse der Selbst- und Außenwahrnehmung der politischen Akteure vor dem Hintergrund bestehender Krankheits- und Krisendiskurses interessante Erkenntnisse an die sich anzuknüpfen lohnen würde, gerade auch im von Langewand anzitierten internationalen Vergleich.

Frankfurt a. M.

Annika Klein

Neuer Beitrag zur Täterforschung

Schmidt, Daniel/Sturm, Michael/Livi, Massimiliano (Hrsg.): *Wegbereiter des Nationalsozialismus. Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933*, 290 S., Klartext, Essen 2015.

Der vorliegende Sammelband „Wegbereiter des Nationalsozialismus“ operiert mit

einer weit gefassten Definition des Begriffs „Wegbereiter“. Für die Herausgeber sind dies „Personen, Organisationen und Netzwerke, die zwischen 1919 und 1939 [...] den Aufstieg des Nationalsozialismus organisierten oder ihm Vorschub leisteten, auch wenn sie selbst nicht unbedingt Teil der NS-Bewegung waren oder wurden“ (S. 8). Auf diese Weise will der Band einen neuen Beitrag zur Täterforschung leisten, indem er sich auf die Jahre von 1918 bis 1933 konzentriert und diese für sich betrachtet. Das Ziel der hier versammelten Autoren ist somit die Erfassung weiter Teile des heterogenen Spektrums sowie der sehr amorphen Erscheinungsformen extrem rechter Aktivitäten zur Zeit der Weimarer Republik. Ihnen geht es darum, durch biographische sowie sozial- und organisationsgeschichtliche Ansätze die Parallelen im Handeln von Akteuren herauszustellen, die sie zu aktiven oder auch passiven Wegbereitern des NS machten. Zu diesem Zweck gliedert sich der Band in vier thematische Blöcke: Völkische Formation, Paramilitärische Wurzeln, Regionale Netzwerke und Wegbereiterinnen.

Ein früher Wegbereiter war beispielsweise der Gründer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Alfred Roth, der seinen Verband als rechter Spitzenfunktionär und zentraler Publizist zu einer der wirkmächtigsten Organisationen des völkischen Antisemitismus der Weimarer Republik ausbaute. Die Grenzen zwischen DvSTB und NSDAP waren mitunter fließend, die ideologischen und personellen Verbindungen auch zu den Freikorps oder zur Organisation Consul offensichtlich. Daher wurde der Bund in Folge des Rathenau-Attentats 1922 in den meisten deutschen Staaten verboten (Uwe Lohalm/Martin Ulmer). Eine weitere zentrale Persönlichkeit war der thüringische Landespolitiker und völkische Schriftsteller Max Robert Gerstenhauer. Frühe Kontakte zum Alldeutschen Verband führten ihn zum Deutschbund. Nach

dem Ersten Weltkrieg begründete Gerstenhauer den Deutschbund neu und beschritt mit ihm den Weg der offenen völkischen Agitation im Sinne der NS-Ideologie. Parallel strebte Gerstenhauer eine politische Karriere an, die ihn an die bildungs- und wissenschaftspolitische Spitze der thüringischen Landespolitik trug (Alexandra Esche).

Auch die 1922 gegründete Deutschvölkische Freiheitspartei war ein früher Bündnispartner der NSDAP. Die Partei avancierte zum politischen Sammelbecken rechter Gruppierungen und war bis 1928 in vielen norddeutschen Landesparlamenten vertreten. Nachdem jedoch die Verschmelzung mit der NSDAP zu einer politischen Interessengemeinschaft scheiterte, versank die Partei nach 1928 in der Bedeutungslosigkeit (Stefanie Schrader). Hiervon abgesehen sind weitere Organisationen und Verbände zu identifizieren, die der NS-Bewegung auf ihre Art Vorschub leisteten. In diesem Zusammenhang gelten insbesondere die Freikorps oft als personelle Keimzellen des NS. Diese Annahme kann nach sozialgeschichtlichen Untersuchungen allerdings nicht aufrechterhalten werden. Aus den südwestdeutschen Freikorpsverbänden beispielsweise wechselten nach der Auflösung derselben nur rund 20 Prozent der Mitglieder in NSDAP-Parteioorganisationen (Jan-Philipp Pomplun).

Im Gegensatz hierzu engagierte sich die deutsche Studentenschaft in Form des Nationalsozialistischen Deutschen Studentebundes in einem viel stärkeren Maße für den NS. Zwischen 1926 und 1931 erlangte er die Vormachtstellung unter den deutschen Studentenbünden. Dies gelang ihm insbesondere durch die Integration von aus dem Krieg heimgekehrten Kommilitonen, mit denen sie ihre Zukunftsängste, die prekäre finanzielle Lage sowie die antisemitische Weltanschauung teilten (Alexander Graf). Aber auch in Österreich existierten aktive Wegbereiter des NS. Der Steirische Heimatschutz etwa diente

hier als bewaffneter Arm und politischer Interessenvertreter der NSDAP vor dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich. Durch seine paramilitärische Agitation und seine ideologischen Übereinstimmungen bereitete er maßgeblich den Boden für die NSDAP in Österreich (Martin Moll). Ferner engagierten sich auch ehemalige Offiziere für den Aufstieg des NS. Die Gesellschaft zum Studium des Faschismus rekrutierte sich aus einflussreichen Eliten und war Bindeglied zwischen national-konservativen Parteien, völkischer Bewegung, rechten Ideologen sowie Wirtschafts- und Medienvertretern. Ihr führender Kopf, Waldemar Papst, strebte die Gründung einer ‚Weißen Internationale‘, einer international agierenden, faschistischen Dachorganisation, an und fungierte für die Nationalsozialisten so als Türöffner zu elitären Zirkeln (Manfred Wichmann).

Solche Handlungsketten von Personen, die sich aus elitären Kreisen rekrutierten und die sich in Organisationsgründungen sowie -überführungen manifestierten, waren indes kein Einzelfall. Viele der angesprochenen Organisationen hatten ihren Ursprungsort innerhalb regionaler gesellschaftlicher Eliten und profitierten in einem hohen Maße von den Verschränkungen von (kultur-)politischem und paramilitärischem Personal (Brigitte Zuber). Solche regionalen Netzwerke sind auch für das heutige Niedersachsen zu beobachten. Die Gaue Süd-Hannover-Braunschweig und Ost-Hannover wurden als zentraler Gegenstand nationalsozialistischer Agrarpolitik mittels konstruierter historischer Kontinuitätslinien zum „völkischen Kernland“ (S. 162) stilisiert (Detlef Schmiechen-Ackermann).

Neben diesen Kontinuitätslinien waren religiöse Vorstellungen und Bilder für die völkische Bewegung konstitutiv. Im Schnittpunkt von völkischer Ideologie und protestantischem Milieu agierte der Flensburger Hauptpastor Friedrich Andersen mit seinem Bund für Deutsche Kirche. Der Bund rekrutierte

tierte Mitglieder der Waffen-SS und spielte eine zentrale Rolle bei der Implementierung rassistischer sowie antisemitischer Vorstellungen innerhalb der protestantischen Kirche (Hansjörg Buss). Die ideologische Ebnung des Weges des NS war allerdings bei weitem keine rein männliche Domäne. Publizistinnen wie etwa Edith Gräfin Salburg schrieben in ihren völkischen Publikationen gegen Modernisierung, Demokratisierung, Liberalisierung oder gesellschaftliche Durchlässigkeit an und verliehen so ihrer Sehnsucht nach einer vergangenen, strikt hierarchisch strukturierten Gesellschaft massenwirksam Ausdruck (Heidrun Zettelbauer). Letztlich bewegten sich in solchen Kreisen auch einflussreiche Frauen wie Mathilde Ludendorff, die mit ihrem spiritistisch-völkischen Zirkel des ‚Tannenbergbundes‘ auch weit über den Tod ihres Mannes hinaus eine große Anhängerschaft um sich scharen konnte (Annika Spilker).

Durch die Vielfalt der versammelten Aufsätze und Ansätze leistet der vorliegende Band zweifelsohne einen wichtigen Beitrag zur Täterforschung in den 1920er und 1930er Jahren. Er zeigt, dass der Begriff „Wegbereiter“ in Bezug auf den NS und seinen Aufstieg facettenreicher ist, als dies vordergründig den Anschein hat. Durch diese weite Interpretation des Begriffs wird ein umfangreiches sowie heterogenes Bild jener Akteure und Institutionen gezeichnet, die sich den Sturz der Weimarer Republik auf die Fahnen geschrieben hatten und diesen mit allen Mitteln forcierten, wenngleich sie den NS mal mehr, mal weniger direkt unterstützten. Die hier dargestellte Liste ließe sich sicherlich noch sinnvoll um weitere Einträge ergänzen, was das Verdienst und den positiven Gesamteindruck des Sammelbandes jedoch keineswegs schmälern soll.

Köln

Benjamin Schulte

Zur Rolle des Hochadels im frühen 20. Jahrhundert

Urbach, Karina: Hitlers heimliche Helfer. Der Adel im Dienst der Macht, 464 S., Theiss, Darmstadt 2016 (engl. 2015).

Karina Urbachs Arbeit über die Rolle des europäischen Hochadels in der Geheimdiplomatie des Zeitalters der Weltkriege ist an der Schnittstelle mehrerer Forschungszweige, vor allem der Adelsforschung und der Diplomatiegeschichte, angesiedelt. Nachdem sie lange als Rückzugsräume unverbesserlicher Späthistoristen und postwilhelminischer Sentimentalisten galten, blicken beide Forschungsbereiche seit einigen Jahren auf eine gewisse Renaissance innerhalb einer sich wandelnden Geschichtswissenschaft. Hierzu hat insbesondere die Erneuerung und kulturhistorische Öffnung der Politikgeschichte beigetragen, in deren Fahrwasser sich eine neue Diplomatiegeschichte ebenso etabliert hat wie die maßgeblich auf die Impulse Heinz Reifs und Eckart Conzes zurückgehende Modernisierung der Adelsforschung. Urbachs Studie, in der englischen Ursprungsfassung unter dem Titel „Go-Betweens for Hitler“ 2015 bei Oxford University Press erschienen, ist sicherlich auch in diesem Kontext zu verorten, weitaus mehr aber zu werten als das Ergebnis des anhaltenden und in dieser Arbeit beeindruckend vertieften Interesses der Verfasserin an der Adelsgesellschaft und ihren Funktionsweisen und Verhaltensformen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert.

„Hitlers heimliche Helfer“ lotet anhand einer Reihe von biographisch orientierten Studien das Verhältnis von europäischem Hochadel – und hier in erster Linie von Adeligen aus dem deutsch-britischen Kontext – und politischer Macht aus. Urbachs Ansatz macht sich in dieser Hinsicht die ältere Interpretation Arno Mayers vom Beharrungsvermögen der alten, feudal-aristokratischen Eliten bis weit in das 20. Jahrhundert hinein zu eigen

(„Persistence of the Old Regime“, 1981). Im fortwirkenden Einfluss des Adels auf die internationale Politik erkennt sie ein Indiz für das „Obenbleiben“ (Werner Sombart) der Hocharistokratie auch nach der existentiellen Krise des monarchisch-imperialen Systems im Gefolge des Ersten Weltkrieges. Gerade in der Nische der Geheimdiplomatie habe sich der Adel, so Urbachs Kernthese, auf Grundlage seines „organisch über mehrere Generationen gewachsenen“ (S. 17) internationalen Netzwerks vergleichsweise lange halten können. Das Anpassungs- und Beharrungsvermögen des Hochadels mag dabei vor allem erstaunen, weil keine Gesellschaftsgruppe sich in ihrer kollektiven Verfasstheit ähnlich elementar durch die Zwillingstriebkräfte von Moderne und Nation herausgefordert sah wie die im dynastischen Kosmos der Vormoderne verhaftete Adelselite Europas.

Die beinahe strategisch anmutenden Reaktionen des Adels auf Krise und Erneuerung veranschaulicht die Autorin anhand einer Reihe stark biographisch entwickelter Beispiele, die durch ihre Einbettung in die aristokratischen Netzwerke und Strukturen der Zeit freilich auch als Versuch eines umfassenden Eliten-Panoramas gelten kann. Im Kern konzentriert sich die Verfasserin dabei auf das geheimdiplomatische Wirken von erstens Max Egon II. zu Fürstenberg, dem insbesondere in der Julikrise und im Ersten Weltkrieg eine durchaus zentrale Mittlerfunktion zwischen Berlin und Wien zukam; zweitens von Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha, einem frühen hochadeligen „Konvertiten“ zur NS-Bewegung (S. 214), dessen breit kontextualisierte Biographie das intellektuelle Rückgrat der vorliegenden Studie bildet; drittens von Stephanie von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, einer ursprünglich aus kleinbürgerlichen Wiener Verhältnissen entstammenden Arrivierte, die als netzwerkende Prinzessin dauerhaft unter alliierter Spionageverdacht stand und sowohl für Hitler als auch für Horthy und den britischen

Zeitungsmagnaten Lord Rothermere geheimdiplomatische Mittlerdienste übernahm; und schließlich viertens Max Egon zu Hohenlohe-Langenburg, der sich in der Sudetenkrise 1938 und nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wiederholt im britisch-deutschen Kontext um die Bewahrung beziehungsweise Wiederherstellung des Friedens bemühte, mal im Auftrag des geheimdiplomatisch ohnehin vergleichsweise umtriebigen Göring, mal für Himmler.

Sämtliche dieser Erzählstränge, die stellenweise an sprachlich gelungene Charakterstudien erinnern, gründen sich auf eine ungeheure Fülle an Archivmaterial, das häufig erst durch die Verfasserin erschlossen wurde. Urbach verweist in diesem Zusammenhang mit durchaus gerechtem Zorn auf die noch immer im Familienbesitz verwaltete, in einigen Fällen gravierend bereinigte oder auch heute noch unzugängliche Privatüberlieferung vieler der hier skizzierten aristokratischen „Go-Betweens“, angefangen bei der britischen Königsfamilie, deren Royal Archives das eigentlich politische Material der Zeit nach 1918 weiterhin unter Verschluss halten. Das Verdienst Urbachs, aus dem vorhandenen und nichtsdestoweniger beeindruckend breit gefächerten Quellenmaterial ein lebhaftes, zumeist auch interpretatorisch überzeugendes Narrativ entwickelt zu haben, ist angesichts dessen gar nicht hoch genug zu veranschlagen.

Der Umgang mit der zeitgenössischen Überlieferung ist zugleich indessen auch eine der auffälligen Schwächen der vorliegenden Arbeit. Aus dem Bedürfnis, die beinahe kollektive und zweifelsohne desavouierend opportunistische Nachkriegsinszenierung des europäischen Hochadels aufzubrechen, unterliegt Urbachs Urteilsbildung ab und an dem, was Marcus Funck und Stephan Malinowski einmal treffend als „quellenkritischen Reflex“ des Biographen bezeichnet haben, der nicht selten der Versuchung erliege, dem Biographierten zu erzählen, wie sein Leben

eigentlich gewesen sei. Auch der vergleichsweise selbstbewusste Gestus, mit dem die Verfasserin den vermeintlich originären Gehalt ihrer Studie gegen den Forschungsstand zu behaupten versucht, erscheint stellenweise problematisch. In der Konzentration auf die von ihr erschlossene Ebene hochadliger Geheimdiplomatie unterschätzt Urbach dabei nicht nur den fortgesetzten Einfluss der offiziellen – und häufig ebenfalls aristokratisch geprägten – Diplomatie bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein. Die leicht ablesbare Absicht, den bahnbrechenden Charakter der vorliegenden Arbeit besonders pointiert und auf Kosten der existierenden Forschung herauszuheben, dürfte dabei primär den Erwägungen des britischen Verlegers geschuldet sein. Gleiches gilt auch für die im Titel künstlich vorgenommene Reduktion der Arbeit auf Hitler und den Nationalsozialismus, die dem wesentlich umfassenderen Charakter des Buches nur bedingt gerecht wird. Dass sich Hitler insbesondere in Großbritannien ungebrochen gut verkauft, scheint eine Binsenweisheit zu sein. Bedauerlich wirkt in diesem Zusammenhang freilich, dass der Bezug auf den NS-Kontext die Gesamtanlage des Buches auch stilistisch prägt. Wiederholt versucht sich Urbach an der wenig eleganten „futuristischen Vorwegnahme des später Gewesenen“, wie es Reinhard Wittram formuliert hat. Statt ihre durchaus ergiebige Analyse adliger Geheimdiplomatie im und nach dem Ersten Weltkrieg – im Übrigen gut ein Drittel des gesamten Buches – als historisch eigenständiges Phänomen zu behandeln, verweist sie ein ums andere Mal auf die vermeintlich bereits antizipierbare Verbindung des Gegebenen zu einer späteren, in der Regel nationalsozialistisch überformten Vergangenheit, die den Gegenstand ihrer Analyse zumindest tendenziell eben dieser Eigenständigkeit beraubt.

Von diesen weniger ins Gewicht fallenden Monita einmal abgesehen, handelt es sich bei der vom Althistoriker Cornelius

Hartz souverän ins Deutsche übertragenen Studie um einen substanziellen Beitrag zu einer ganzen Reihe von Forschungsfeldern, der vor allem zweierlei deutlich macht: die einigen intellektuellen Ertrag abwerfende Wiederbelebung der Politik als Gegenstand historischer Analyse und die Notwendigkeit weiterer Forschung in eben jenen Grauzonen der Macht, die Karina Urbach in ihrer Arbeit vielversprechend zu kartieren begonnen hat.

Hamburg

Michael Jonas

Faschismus als grenzüberschreitender Prozess

Roberts, David D.: Fascist Interactions. Proposals for a New Approach to Fascism and Its Era, 1919–1945, 330 S., Berghahn, Oxford/New York 2016.

Seit der Jahrtausendwende haben Historiker wie Sven Reichardt, Mark Antliff, Wolfgang Schieder und Federico Finchelstein den Faschismus als transnationale Bewegung untersucht. Damit sind jenseits der diplomatischen Beziehungen zwischen den Diktatoren – vor allem Hitler und Mussolini – auch die grenzüberschreitenden Kontakte, Kooperationen und Transfers erforscht worden, deren Träger nicht Regierungen angehörten. Zugleich hat die Geschichtsschreibung die klare Abgrenzung zwischen dem Faschismus und autoritären Ideologien und Herrschaftsformen überwunden, die vor allem der spanisch-amerikanische Politikwissenschaftler Juan José Linz in den 1970er Jahren als – grundsätzlich durchaus hilfreiche – typologische Unterscheidung vorgeschlagen hatte. In neueren Studien sind demgegenüber besonders die fließenden inhaltlich-programmatischen und personalen Übergänge zwischen autoritären und faschistischen Diktaturen herausgearbeitet worden.

Diese Forschungsdiskussion aufnehmend, betont der amerikanische Historiker Da-

vid D. Roberts, der besonders mit Studien zum italienischen Faschismus hervorgetreten ist, aber auch zur methodologisch-theoretischen Diskussion beigetragen hat, die Offenheit und Ambiguität faschistischer Bewegungen und Regimes. Deshalb waren die wechselseitigen Wahrnehmungen zwischen ihnen oft nicht nur überaus selektiv oder sogar konträr, sondern auch von Wunschdenken bestimmt. Da sie sich in unterschiedlichen Stadien der jeweiligen nationalen Entwicklungswege vollzogen, stellt der Verfasser darüber hinaus Missverständnisse und „cognitive dissonance“ (S. 48, 55) fest. Trotz des extremen Nationalismus der Faschisten schlug sich ihr Zusammengehörigkeitsgefühl in grenzüberschreitenden Interaktionen und in einem Austausch nieder, der von 1919 bis 1945 nicht nur die jeweiligen „Führer“ einbezog, sondern auch mittlere Funktionäre und einfache Parteimitglieder. Alles in allem plädiert Roberts für einen „more flexible, fluid, open-ended framework for understanding transnational interaction during the period“ (S. 49).

Damit stellt sich aber das Problem der Abgrenzung faschistischer Bewegungen und Regimes von den autoritär-konservativen Gruppen, welche die bestehende Ordnung im Wesentlichen verteidigten und die überkommene Oberschicht repräsentierten. Der Verfasser tritt für eine empirisch fundierte Analyse der Übergänge und Interaktionen ein, die er als offen, kontingent und hochdynamisch kennzeichnet. In der Tat war das Verhältnis zwischen faschistischen und autoritären Gruppen, Parteien und Politikern besonders in Ungarn, Spanien und Rumänien von mehrfachen Verschiebungen gekennzeichnet. So gewannen auf der iberischen Halbinsel nach dem Sieg Francisco Francos im Bürgerkrieg (Frühjahr 1939) zunächst die faschistischen Kräfte um Ramón Serrano Suñer, der 1941 Innen- und Außenminister sowie Generalsekretär der Falange wurde, die Oberhand. Die Absetzung Suñers durch

Franco 1942 spiegelte aber die erneute Machtverlagerung zu den autoritären Kräften im Regime des spanischen Caudillo wider. Zweifellos war der „contingent, step-by-step trajectory“ (S. 75) grundsätzlich offen, und er führte gleichermaßen zu einem Wandel der jeweiligen Regimes und der beteiligten Gruppen. Diese Entwicklungen können aber nur eindeutig erfasst werden, wenn die jeweiligen autoritären beziehungsweise faschistischen Kräfte klar gekennzeichnet und voneinander unterschieden werden. Dies gilt auch für das Verhältnis zwischen Faschisten und den Politikern der „neuen Rechten“, die sich nach dem Ersten Weltkrieg herausgebildet hatte und oft einen korporativen Zusammenschluss forderte. Diese Differenzen werden von Roberts aber nicht systematisch diskutiert, auch wenn er für einen reflektierten Gebrauch eingeführter Kategorien plädiert, ein dichotomisches Verständnis zu Recht ablehnt und eine genaue Kenntnis der einzelnen „Fälle“ als Voraussetzung einer sachgerechten Interpretation verlangt.

Wie vor allem Kiran Patel in seinen Studien zum Reichsarbeitsdienst und dem 1933 in den USA gegründeten (freiwilligen) Civilian Conservation Corps gezeigt hat, strahlten faschistische Regimes sogar auf Demokratien aus, so dass es auch hier zu partiellen und selektiven Aneignungen kam. Im Anschluss daran untersucht David D. Roberts, inwieweit und wie sich Faschisten und liberale Parteien respektive Regierungen miteinander auseinandersetzten. Wie in den vorangegangenen Kapiteln hebt er die Asymmetrie der Beziehungen ebenso hervor wie den Stellenwert von wechselseitigen Abgrenzungen. Im Gegensatz zu den Beziehungen zwischen den Faschisten einerseits und den autoritär-konservativen Kräften und der „neuen Rechten“ andererseits blieb das Verhältnis zwischen faschistischen und demokratischen Parteien und Regierungen weitgehend auf wechselseitige Perzeptionen begrenzt. Dagegen waren (selektive) Über-

nahmen selten. Wenn man aber – wie Roberts – zwischen „positiven“ und „negativen“ Interaktionen (Transfers bzw. Verflechtungen und Abgrenzungen) unterscheidet, öffnet sich auch der Blick auf das Verhältnis zwischen Faschisten und Kommunisten, das der Verfasser aber nicht ausführlich behandelt. Vielmehr belässt er es mit Bemerkungen zur Diskussion über den „Totalitarismus“ und an sich nützlichen Hinweisen auf Untersuchungsansätze, mit denen die „Left-Right-Divide“ (S. 202) überwunden werden kann.

Trotz dieser Einwände im Einzelnen überzeugt das Buch durch die kritische, aber konstruktive und ausgewogene Auseinandersetzung mit der veröffentlichten Literatur und die enge Verbindung von konzeptioneller Reflexion und detaillierter empirischer Analyse. Dabei demonstriert David D. Roberts seine umfassende und genaue Kenntnis der Geschichte des Faschismus in den Jahren von 1919 bis 1945. Über die bereits dargelegten Befunde und Einsichten hinaus zeigt der Verfasser, dass sich Interaktionen zwischen Faschisten vielfach auch multilateral vollzogen. Darüber hinaus belegt er – vor allem anhand der Entmachtung der „Eisernen Garde“ durch den Militärdiktator Ion Antonescu im Januar 1941 –, dass die Auswirkungen des Austausches grundsätzlich offen und letztlich an Kontexte gebunden waren, in denen sich innenpolitische (nationale) und grenzüberschreitende Prozesse miteinander verschränkten. Letztlich entstanden damit Synergien und Hybridformen, da indigene Traditionen mit äußeren Einflüssen verschmolzen. Insgesamt ist ein Konzept, das den Faschismus als grenzüberschreitenden Prozess fasst, damit zweifellos erkenntnisfördernd. Der Gegenstand muss aber bei aller Fluidität noch eindeutig identifiziert und analytisch gefasst werden.

Berlin

Arnd Bauerkämper

Kirche: Bedingt wandelbereit

Große Kracht, Klaus: Die Stunde der Laien? Katholische Aktion in Deutschland im europäischen Kontext 1920–1960, 451 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2016.

Mit der überarbeiteten Fassung der Habilitationsschrift des am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ an der Universität Münster lehrenden Neuzeit-Historikers Klaus Große Kracht liegt nun endlich eine neuere Arbeit zur Geschichte katholischer Laien im 20. Jahrhundert vor. Das in der ‚blauen Reihe‘ der Kommission für Zeitgeschichte erschienene Werk über die kirchliche Laienbewegung der ‚Katholischen Aktion‘ in Deutschland und Europa zwischen 1920 und 1960 geht ein wichtiges Desiderat an und präsentiert sich als kompakte, äußerst kenntnisreiche und außergewöhnlich reflektierte Studie. Ihre Argumentation entfaltet sie im Sinne aktueller Forschungstrends entlang eines Modernisierungsparadigmas: Die *Actio Catholica* sei seit der Jahrhundertwende im Umfeld von Säkularisierungs- und Pluralisierungstendenzen ein „Erfahrungs- und Reflexionsraum“ (S. 24) von Kirche und Katholizismus gewesen. Die Kirche habe die Moderne als ‚Provokation der Religion‘ (Niklas Luhmann) verstanden und mit der ‚Katholischen Aktion‘ als „Strategie zur Eindämmung der Säkularisierung“ reagiert; sie war der „päpstlich initiierte Versuch, mit Hilfe der katholischen Laien die voranschreitende Entkirchlichung der modernen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts aufzuhalten“ (S. 395).

Dem (den Zeitgenossen wie der Literatur gleichermaßen) bekannten Problem der näheren Beschreibung seines Themas begegnet der Autor methodisch geschickt als „Dispositiv“ (S. 27), also in der Betrachtung miteinander verbundener Institutionen, Diskurse, Praktiken und Selbstbilder. Auf eine begriffs- und ereignisgeschichtliche Einordnung des Laienapostolates im 20. Jahrhun-

dert (Kap. I) folgen chronologisch verfasste Betrachtungen der italienischen (Kap. II), der französischen (Kap. III) sowie der sehr klug in Unterkapitel gegliederten Umsetzung der deutschen (Kap. IV–X) ‚Katholischen Aktion‘ von der Weimarer Zeit bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil. Dieses Vorgehen schreibt weder eine Verflechtungs-, noch eine Institutionengeschichte; der europäische Betrachtungsrahmen kontextualisiert die deutsche Perspektive mit Bedacht auf die zentrale Stellung Roms und den prägenden Einflüssen der französischen Liturgiebewegung nicht nur in dieser Hinsicht gewinnbringend.

Bereits an der überzeugenden, vielleicht etwas zu defensiv vorgebrachten Einführung wird deutlich, dass Große Kracht historisches wie theologisches Material auch über den Bearbeitungszeitraum seiner Studie hinaus kennt und einträglich verwenden kann. Der Ansatz, seinen Untersuchungsgegenstand sowohl in größeren Zusammenhängen als auch in lokalen Fallbeispielen zu betrachten, überzeugt deshalb, da er neben einer genauen Kenntnis der Literatur zudem von einer prägnanten Quellenauswahl begleitet wird; diese ist insbesondere in Bezug auf Deutschland vollständig. Durch den Rückgriff auf personenbezogene Überlieferung, der Perspektive auf innerkirchliche Vorgänge, lehramtliche Verlautbarungen und lokale Entwicklungen in prominenten Standorten wie Frankfurt am Main und Köln wird beispielhaft und weitreichend deutlich, wie die ‚Katholische Aktion‘ zwischen „Sendungsbewusstsein in Eigeninitiative“ (S. 300) und „Fundamentalpolitik im Auftrag des Bischofs“ (S. 311) im Klerus wie unter Laien unterschiedlich ausgedeutet worden ist. Mit Blick auf die kirchlichen Transformationsprozesse um das katholische Partei- und Vereinswesen, als dessen weltweite Alternative die ‚Katholische Aktion‘ durchaus gedacht gewesen war, gewinnt die deutsche Perspektive in ihrer besonderen historischen Situation um

Kulturkampftradition und den Erfahrungen der Verbotszeit im Nationalsozialismus noch einmal gesondertes Gewicht.

Rückblickend und unter Betrachtung der Zeit des Konzils in den ‚langen 1960er Jahren‘ resümiert Große Kracht in der ‚Katholischen Aktion‘ letztendlich das Scheitern ihrer ursprünglichen Planung: Nicht „die erhoffte Verchristlichung der Gesellschaft, sondern vielmehr eine Art Vergesellschaftung der Christen“ (S. 25) stand am Ende einer Entwicklung, welche die Laien unter Aufsicht der Bischöfe im Engagement für ihre Kirche zwar mobilisierte, sie in Emanzipations- und Egalisierungsbestrebungen gegenüber der kirchlichen Hierarchie aber ebenso bestärkte. Über politische Systemwechsel und historische Brüche der deutschen Geschichte hinweg hatte die ‚Katholische Aktion‘ – trotz mitunter nur rudimentär errichteter Strukturen – in Deutschland für eine Generation so unterschiedlicher katholischer Persönlichkeiten wie Walter Dirks, Rainer Barzel oder Anton Roesen (aber auch für Bernhard Hanssler und Oswald von Nell-Breuning) gerade in der Diskussion zwischen Klerus und Laien um deren angemessene Umsetzung prägend gewirkt. In Deutschland fungierte sie hierbei jedoch nicht als ‚Klammer‘ eines im Widerstreit zwischen Geschlossenheit und Pluralismus erodierenden katholischen Milieus, sondern schien vor allem deren Ränder zu stärken. Frauen hatten (wie der Autor weiß, aber dieser Frage nicht tiefgreifender nachspürt) offenbar deutlich weniger Anteil an diesen Entwicklungen.

Summa summarum: Eine methodisch und handwerklich gelungene Studie, die auf hohem Niveau und durchgängig angenehm lesbar geschrieben ist. Ihr großes Verdienst liegt in der Konkretisierung des Begriffes und der ihn umgebenden Ideenkreise der ‚Katholischen Aktion‘. Sie dokumentiert dabei auch, wie fruchtbar Fragestellungen der kirchlichen und der allgemeinen Zeitgeschichte

sein können, wenn sie zusammengeführt werden. Weitere Forschungen an dieser Schnittstelle der Disziplinen kündigen sich bereits an: Welche Rolle die Prägung durch die ‚Katholische Aktion‘ bei der Formulierung eines katholischen Selbstverständnisses der prominenten Protagonistinnen und Protagonisten des deutschen Laienkatholizismus gegenüber Einflüssen aus katholischem Vereinswesen, Parteien, sozialen Bewegungen oder der Amtskirche tatsächlich gespielt hat, wäre ausgehend von Große Krachts Erkenntnissen anhand biographischer Einzelstudien noch genauer zu untersuchen.

Bonn

Gabriel Rolfes

Verfassungsgerichtsbarkeit zwischen Politik und Recht

Kutscher, Hauke-Hendrik: Politisierung oder Verrechtlichung? Der Streit um die Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland (1921–1958), 266 S., Campus, Frankfurt a.M./New York 2016.

Seit seinem ersten Arbeitstag am 7. September 1951 bis Ende 2016 hat das Bundesverfassungsgericht insgesamt 222.922 Verfahren erledigt, darunter 215.360 (96,61 %) Verfassungsbeschwerden, 3.736 (1,67 %) abstrakte und konkrete Normenkontrollverfahren und acht (0,01 %) Parteiverbotsverfahren. Insbesondere das im Grundgesetz zunächst nicht vorgesehene, dann aber durch das Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) vom 12. März 1951 eingeführte Instrument der individuellen Verfassungsbeschwerde hat dieses Gericht in kürzester Zeit zu dem populärsten und am höchsten angesehenen deutschen Verfassungsorgan werden lassen. Der „Gang nach Karlsruhe“, so ein Buchtitel von Uwe Wesel, ist sprichwörtlich geworden, auch wenn die Erfolgsquote der Verfassungsbeschwerde ernüchternd gering ist: Nur 4.989 Beschwerden (2,3 %) waren erfolgreich.

Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kann heutzutage ohne die Berücksichtigung der wichtigsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht geschrieben werden – zu prägend sind deren Auswirkungen auf weite Bereiche von Politik, Gesellschaft und Kultur. Dementsprechend laut waren und sind auch von Anfang an die kritischen Stimmen an einer zu großen Macht des Karlsruher Gerichts. Das Bundesverfassungsgericht arbeitet an der Schnittstelle von Politik und Recht – seine Kritiker befürchten entweder eine zu starke Politisierung des Rechts oder eine zu weitgehende Verrechtlichung der Politik. Diesem Spannungsfeld widmet sich Hauke-Hendrik Kutscher mittels eines historischen Rückblicks in seiner vom Staatsrechtler Christoph Gusy betreuten Bielefelder Dissertation zum „Streit um die Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland (1921–1958)“, die im Rahmen des Sonderforschungsbereichs 584 „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ 2014 fertiggestellt wurde.

Kutscher hat seine Studie in drei größere Teile gegliedert: In den Kapiteln II und III geht er auf die historische Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit und die staatsrechtliche Debatte in der Weimarer Republik ein; es folgen die Kapitel IV und V, in denen er ausführlich die Debatten 1948/49 auf dem Verfassungskonvent in Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat sowie die Entstehungsgeschichte des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes analysiert; im letzten Teil (Kap. VI und VII) fasst Kutscher die Diskussionen in der bundesdeutschen Staatsrechtslehre über die „Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit“ zusammen und untersucht die Praxis der frühen Verfassungsgerichtsbarkeit in den 1950er Jahren. Das Bundesverfassungsgericht entschied die grundlegende Frage nach dem „Hüter der Verfassung“, als es seinen Status als ein „allen übrigen Verfassungsorganen gegenüber selbständiger und unabhängiger

ger Gerichtshof des Bundes“ (BVerfGG § 1) erfolgreich gegenüber den Angriffen seitens der Adenauer-Regierung behaupten konnte. In den von Kutscher prägnant vorgestellten grundlegenden Entscheidungen (insbesondere durch das Lüth-Urteil 1958) setzten die Karlsruher Verfassungsrichter außerdem durch, dass die Grundrechtsbestimmungen des Grundgesetzes nicht mehr nur als Abwehrrechte des Bürgers gegenüber dem Staat verstanden werden, sondern darüber hinaus als eine „objektive Wertordnung“ für alle Bereiche des öffentlichen und privaten Rechts Geltung beanspruchen.

Der Autor legt seiner Studie ein „konstruktivistisches Politikverständnis“ zugrunde und definiert das Politische „als einen historisch wandelbaren Kommunikationsraum, dessen Grenzen, Zugangsberechtigungen und interne Regeln stets neu ausgehandelt werden“ (S. 10). Dadurch kommt er zu seiner These, das Verfassungsrecht wirke „entpolitisierend“, da es fundamentale Grundsätze des politischen Gemeinwesens dem politischen Streit entziehe und die politische Kommunikation begrenze. Kutscher interessiert sich speziell für den zeitgenössischen verfassungsrechtlichen Diskurs während der Weimarer Republik und in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, den er anhand der Veröffentlichungen der „Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer“ rekonstruiert, wobei er seinen Quellenkorpus auch „situativ erweitert“ (S. 31). Die seit dem Kaiserreich bei den deutschen Staatsrechtlern vorherrschende Geringschätzung „des Politischen“ in Gestalt von politischen Parteien und Parlamenten spielte auch in der Weimarer Republik eine große Rolle und wirkte noch lange in der Bundesrepublik Deutschland nach, während die Weimarer Debatte über die Legitimität eines „richterlichen Prüfungsrecht“ über politische Akte durch das Grundgesetz entschieden wurde.

Kutschers Studie stellt zum einen eine sinnvolle Ergänzung des Forschungsstandes zur Zeitgeschichte der deutschen Verfassungsgerichtsbarkeit dar, bei dem man aufgrund der allgemeinen sträflichen Vernachlässigung ‚des Rechts‘ durch die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft immer noch vor allem auf das Werk des Juristen und Carl Schmitt-Schülers Ernst Rudolf Huber (Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bde. 1–7 und Reg. Bd. Stuttgart 1957–1991) angewiesen ist; auch von Seiten der juristischen Zeitgeschichte ist bislang noch keine Monografie zum höchsten Weimarer Gericht, dem Reichsgericht, erschienen. Daher ist der Leser dankbar zum Beispiel für die Hinweise zum „Aufwertungsurteil“ des Reichsgerichts von 1925, in dem sich dieses erstmals ein Prüfungsrecht über staatliche Akte anmaßte; enttäuschend allerdings die nur marginale Behandlung des Urteils des Staatsgerichtshofs zum Preußenschlag 1932. Auch für die Frühgeschichte des Bundesverfassungsgerichts existieren bislang nur sehr wenige historische Abhandlungen, während die zeitgenössisch rechtswissenschaftliche Literatur in den 1950er Jahren bereits beträchtliche Ausmaße annahm.

Zum anderen muss sich der Leser jedoch fragen, inwieweit die begriffliche Engführung „des Politischen“ auf das Kommunikative sowie die Konzentration auf die Diskussion der Staatsrechtslehrer, ohne die parlamentarischen Debatten im Weimarer Reichstag und im Bonner Bundestag ausführlicher einzubeziehen, dem Thema gerecht werden; zur „Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland“ liegt zudem seit Jahren das mehrbändige, äußerst informative Handbuch von Michael Stolleis (1988–2012) vor. Angesichts der aufgrund einzelner, aufsehenerregender Entscheidungen (zu erinnern sei hier an das Kruzifixurteil von 1995 und die anschließende Gerichtsschelte durch die bayerische Landesregierung), immer wieder

aufflammenden Diskussion über die politische Dimension der Karlsruher Verfassungsgerichtsbarkeit kann Kutschers These von der „entpolitisierenden“ Wirkung des Verfassungsrechts letztlich nicht überzeugen. Den beiden Senaten des Bundesverfassungsgerichts ist es gerade wegen ihrer Tätigkeit an der Nahtstelle von Recht und Politik gelungen, sich breites öffentliches Ansehen als „Herzkammern der Republik“ (Stolleis 2011) zu erwerben. Für den zeithistorisch interessierten Leser stellt Kutschers Studie einen gut lesbaren Einstieg in diese Erfolgsgeschichte dar.

Saarbrücken

Rainer Möhler

Zwischen Polen und Palästina

Wrobel Bloom, Magdalena M.: Social Networks and the Jewish Migration Between Poland and Palestine, 1924–1928, 274 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2016.

Die Studie von Magdalena Wrobel Bloom ist im Kontext neuerer Forschungszugänge zur Geschichte der jüdischen Migration und der jüdischen Einwanderungsbewegungen nach Palästina zu verorten. Im Mittelpunkt der Studie steht die etwa 32.000 Personen umfassende Gruppe polnischer Jüdinnen und Juden die zwischen 1924 und 1928 nach Palästina migrierte und die im zionistischen Narrativ auch als Vierte Aliyah bezeichnet wird.

Ausgehend von der in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus gerückten Bedeutung sozialer Netzwerke für die Migrationsentscheidung wie den Verlauf des Migrationsprozesses untersucht Wrobel Bloom „the experience of migrants during the process of moving to Palestine from the perspective of their international social networks“ (S. 21). Mit der Erschließung persönlicher Quellen wie Briefe und Tagebuchaufzeichnungen gelingt es ihr, ein vielfältiges und differenziertes Bild der polnisch-jüdischen Migrations-

bewegung nach Palästina zu zeichnen, das die in älteren Darstellungen zu findende Beschreibung dieser Migrantengruppe als Angehörige des Mittelstands, der sogenannten „Kapitalisten“, die vor allem aus wirtschaftlichen und weniger aus zionistischer Überzeugung nach Palästina migrierten, aufbricht. Eine weitere Stärke des Buches ist die umfassende Erforschung des Migrationsprozesses, der die Phase der Entscheidung und Vorbereitung ebenso mit einbezieht wie die Phase der Rück- und Weiterwanderung. Gleichwohl – und damit ist bereits die Schwäche der Untersuchung benannt – bleibt die Analyse individueller Migrationsprozesse und persönlicher Netzwerke in Teilen kursorisch. Dies mag zum einen am fehlenden Überblick über den ausgewerteten Quellenkorpus liegen, zum anderen an der mangelnden Rückbindung individueller Erfahrungen mit soziostrukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen.

In fünf Kapiteln analysiert Wrobel Bloom die Migration als einen nichtlinearen, sich häufig über Monate und Jahre erstreckenden Prozess, an dessen Ende nicht allein das mehr oder weniger erfolgreiche Ankommen in Palästina, sondern auch die Weiter- oder Rückwanderung stehen konnte. Im ersten Kapitel skizziert Wrobel Bloom zunächst die gesellschaftliche Situation in Polen und Palästina zu Anfang der 1920er Jahre. Dabei verweist sie unter anderem auf die hohe Migrationsbereitschaft unter den in Polen lebenden Jüdinnen und Juden, die sich nach der Quotierung der Einwanderung in die USA um alternative Emigrationsziele bemühten. Polnische Zionisten wie Izchak Grünbaum sahen in den Ausreisewilligen großes Potenzial. Auch wenn diese keine romantischen zionistischen Vorstellungen vom Aufbau Erez Israels hätten, kämen sie doch aus allen Gesellschaftsschichten und seien fest verwurzelt, „both in the economic and spiritual life of Polish Jewry“ (S. 68). Im folgenden Kapitel untersucht

Wrobel Bloom den Effekt der zionistischen Informationskampagnen auf potenzielle Migrant_innen. Sie kommt zu dem Schluss, dass sich die Migrant_innen nicht allein auf die Informationen der zionistischen Büros verließen, sondern eine Vielzahl an Informationsquellen nutzten, um ihre persönlichen Chancen und Risiken einschätzen zu können. Von großer Bedeutung waren auch hier persönliche Netzwerke und Erfahrungsberichte anderer Migrant_innen und Rückkehrer_innen. Die Entscheidung, Polen zu verlassen – das zeigt auch das dritte Kapitel „Between Here and There“ – war in den seltensten Fällen eine spontane, sondern eine sorgfältig geplante und überlegte Entscheidung, die innerhalb der Familien ausgehandelt wurde und die zudem von allerlei administrativen Hürden gekennzeichnet war. Bezieht man die Phase der Entscheidung und Vorbereitung in den Migrationsprozess mit ein, sollte nach Wrobel Bloom der Beginn der vierten Emigrationswelle um einige Monate vorverlegt werden, auf den Herbst 1923 (S. 156).

Die Phase des Ankommens und die Herausforderungen beim Aufbau eines neuen Lebens in Palästina steht im Mittelpunkt des vierten Kapitels. Neben der Analyse einzelner Integrations- und Akkulturationsprozesse ist hier besonders die Darstellung der 1925 gegründeten Vereinigung polnischer Juden in Erez Israel hervorzuheben, die spannende Einblicke in die Organisation und das Selbstverständnis der jüdischen Migrant_innen aus Polen eröffnet. Anders als die Landsmannschaften, die in den großen Emigrationszentren in Europa und den Vereinigten Staaten der gegenseitigen sozialen und wirtschaftlichen Unterstützung dienten, betätigte sich die Vereinigung auch politisch und wurde 1926 bei den städtischen Wahlen in Tel Aviv unter dem Namen Vierte Aliyah zweitstärkste Kraft. Um die Charakteristik dieser Vereinigung stärker spezifizieren zu können, wären – auch mit Blick auf weitere Forschungsarbeiten – ver-

gleichende Analysen mit anderen migrantischen Organisationen polnischer Juden, wie beispielsweise dem 1919 gegründeten Verband der Ostjuden in Deutschland lohnenswert. Im letzten Kapitel, das der Frage der Rück- und Weiterwanderung gewidmet ist, kann Wrobel Bloom anhand statistischer Daten des Einwanderungs-Departments zeigen, dass Arbeiter_innen und nicht Angehörige des Mittelstandes, die größte Gruppe der Rück- und Weiterwanderer bildeten.

Das Verdienst der Studie Wrobel Blooms ist es, den Migrationsprozess polnischer Jüdinnen und Juden nach Palästina Mitte der 1920er Jahre aus der Perspektive der Migrant_innen analysiert zu haben und insbesondere die Phase des Ankommens in Palästina als „normalen“ Migrationsprozess des Ankommens und Vertrautwerdens in einer fremden Gesellschaft zu beschreiben. Die Integration der jüdischen Wanderungsbewegungen nach Palästina in die allgemeine Migrationsforschung ist jedoch nur ein erster Schritt, um der Komplexität dieser Migrationsbewegung gerecht zu werden. In einem weiteren Schritt müssten insbesondere im Vergleich mit anderen jüdischen Emigrationszentren die Gemeinsamkeiten wie die besonderen Charakteristika der Einwanderung nach Palästina herausgearbeitet werden, die sich aus der besonderen Bedeutung Erez Israels ergeben.

Berlin

Anne-Christin Saß

Das Reichsbanner als regionale Republikstütze

Böhles, Marcel: Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Südwesten, 1924 bis 1933, 340 S., Klartext, Essen 2016.

Die Dissertation von Marcel Böhles befasst sich mit einer bislang stark unterrepräsentierten Organisation der deutschen

Demokratiegeschichte, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Arbeit ist nicht nur als Regionalstudie zur Situation in Baden und Württemberg der Weimarer Jahre zu sehen, sondern steht in einer sehr aktuellen Reihe von Untersuchungen zum Reichsbanner mit regional- und kulturwissenschaftlichen Schwerpunkten. Der Grund für dieses neu erwachte Forschungsinteresse mag vor allem daran liegen, dass das seinerzeit millionenstarke Reichsbanner als überparteilicher Verein zum Schutz der Weimarer Republik bereits durch seine Existenz das nach wie vor gängige „Schlagwort der „Republik ohne Republikaner“ eindrucksvoll widerlegt“ (S. 9). Das 1924 gegründete Reichsbanner übertraf mit schätzungsweise einer bis anderthalb Millionen Mitgliedern bis zuletzt die Feinde der Republik deutlich an Organisationsmacht. Von Beginn an gehörte es zum Selbstverständnis des Reichsbanners die Republik gegen Angriffe von Rechts und Links zu verteidigen und dies gegebenenfalls auch mit Gewalt.

Im ersten von insgesamt vier Hauptteilen bietet Böhles zunächst einen Überblick über die Organisationsgeschichte des Reichsbanners in Baden und Württemberg. Die Symbolpolitik und Erinnerungskultur, das Verhältnis zu den republikanischen Trägerparteien SPD, DDP und Zentrum und den antirepublikanischen Gegnern sowie das paramilitärische Engagement des Reichsbanners werden in den folgenden Hauptteilen thematisiert. Die klare Kapiteleinteilung verbunden mit dem regionalen Schwerpunkt macht es leicht, Böhles Ergebnisse auch für andere Forschungsthemen auszuwerten. So bietet Böhles neue Erkenntnisse zur südwestdeutschen NS-Sturmabteilung, dem dortigen Stahlhelm und Rotfrontkämpferbund (S. 220–254).

Regionale Studien stellen aufgrund der Quellenlage fast die einzige Möglichkeit dar, um Kenntnisse über das Innenleben des

Bundes zu sammeln und so stützt sich der Autor im Wesentlichen auf regionale Archive (S. 21ff.). Diese regionale Ausrichtung bietet Vor- und Nachteile, wobei zu berücksichtigen ist, dass Baden und Württemberg trotz mancher gesellschaftlichen Ähnlichkeiten politisch gesehen in der Weimarer Zeit höchst verschieden waren.

Das Reichsbanner war trotz seines überparteilichen Anspruches Gegenstand heftiger parteipolitischer Kontroversen, die sich auch in der regionalen Verbreitung des Bundes ausdrückten. So war der badische Reichsbannergau um ein Vielfaches größer als der Gau Württemberg, der insgesamt kleiner war als manche Ortsgruppe nördlich des Mains. Württemberg war für das Reichsbanner somit ein schwieriges Umfeld, in dem es von staatlicher Seite mit Ablehnung und sogar Polizeischikanen bedacht wurde, während die badischen Regierungen durchaus die Kooperation suchten (S. 39ff.). Die Studie gewinnt aus diesem Vergleich zweier recht unterschiedlicher Reichsbannergaue an Reiz, da Chancen und Probleme des Bundes gleichermaßen einbezogen werden.

Zu den Vorteilen des regionalen Ansatzes gehört, dass das Land Baden anerkanntermaßen das ‚Stammland‘ der liberaldemokratischen Revolution von 1848 bildete, in deren Tradition sich die Reichsbannermitglieder in den 1920er Jahren setzten. Das Gedenken an die Märzrevolution wurde im Reichsbanner dazu eingesetzt, die Mitglieder unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit mittels Festen und anderen kulturellen Aktivitäten zu integrieren. Das badische Reichsbanner verwandte viel Mühe darauf, den Akteuren und Ereignissen von 1848 mehr Ansehen zu verschaffen und pflegte insbesondere das Gedenken an die mitunter namenlosen Märzgefallenen, die in eine parteiübergreifende Traditionslinie mit den ebenfalls badischstämmigen „Märtyrern“ der Weimarer Republikaner Matthias Erzberger, Friedrich

Ebert und Ludwig Frank gesetzt wurden (S. 149ff., 167ff.). Mit Joseph Wirth und Berthold von Deimling stammten zudem zwei der reichsweit prominentesten Versammlungsredner des Reichsbanners aus Baden (S. 129ff.). Württemberg wird hingegen im Hauptteil zur Fest- und Erinnerungskultur kaum besprochen (lediglich S. 140ff.).

Sehr erkenntnisfördernd ist der Länder- und Gauvergleich im Hinblick auf das Verhältnis des Reichsbanners zu seinen Trägerparteien. Die Liberaldemokraten waren in Baden vergleichsweise stark und konnten auf eine lange Tradition zurückblicken, während das badische Zentrum ebenfalls eher dem linken Parteiflügel zugerechnet wurde. In Württemberg hingegen neigte das Zentrum eindeutig nach rechts. Böhles stellt überzeugend fest, dass diese unterschiedliche Haltung des Zentrums ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des Reichsbanners darstellte. Während das Verhältnis zur DDP sowohl in Baden als auch in Württemberg weitgehend problemlos war (S. 216ff.) und die SPD als wichtigste Trägerpartei das Reichsbanner ebenfalls nach Kräften unterstützte, entfremdete sich das Zentrum mit der Zeit vom Republikanerbund – wobei der Autor auch auf die 1932 gegründete Badenwacht eingeht –, der als zentrumsexklusive, republikanische Konkurrenzorganisation zum Reichsbanner konzipiert war (S. 213ff.). In Württemberg war das Verhältnis von Beginn an belastet, woran unter anderen der Zentrumsführer Eugen Bolz Anteil hatte. So führte der sogenannte Ulmer-Reichsbannerprozess bereits 1927 zu einer Zerreißprobe (S. 62ff.). Diese und andere Belastungen konnten in Württemberg auch in den folgenden Jahren nicht ausgeglichen werden.

Die Mitglieder des Reichsbanners kämpften jedoch alltäglich mit Worten und Taten für den Erhalt und die Vertiefung der Republik, was in allen Kapiteln der Arbeit deutlich wird. Auch in Baden und Württemberg nahmen

Tausende an den republikanischen Veranstaltungen des Reichsbanners teil, welches bis zuletzt eine zivilgesellschaftliche Stütze der Republik blieb. Wenn also über die Erfolge und Misserfolge der Arbeit des Reichsbanners weiterhin gestritten werden kann und sollte, so wurde dank Böhles ein weiterer weißer Fleck in der Geschichte des Reichsbanners und der ersten deutschen Republik erschlossen.

Jena

Sebastian Elsbach

Subventionen und Luftfahrtmythen

Budraß, Lutz: Adler und Kranich. Die Lufthansa und ihre Geschichte, 1926–1955, 703 S., Blessing, München 2016.

Im Jahr 2001 hat die Lufthansa ihr 75-jähriges Firmenjubiläum kurzerhand abgesagt, weil das traditionsbewusste Unternehmen offenbar tief in die Geschichte der NS-Zwangsarbeit verstrickt war. Die nun vorgelegte Grundlagenstudie ist jedoch mehr als nur eine Aufarbeitung der lange verdrängten Rolle der Lufthansa im Zwangsarbeiterregime. Da die Gründung der Luftverkehrsgesellschaft eng mit der staatlichen Luftfahrtpolitik verknüpft ist, schreibt Budraß zugleich ein wichtiges Kapitel deutscher Luftfahrtgeschichte der Jahre 1926 bis 1955. Der Autor wählt einen erweiterten unternehmenshistorischen Ansatz, der die staatlichen Subventionen und vor allem die quälende Frage der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens in den Fokus rückt. Auf der Basis einer sehr dichten und gut fundierten Quellenlage gelingt es dem Autor, die luftfahrtpolitische Rolle des eigenartigen Gebildes zwischen Politik, Wirtschaft und Militär herauszuarbeiten. Damit entwirft Budraß eine neue, historisch-kritische Narrationslinie, deren argumentativer Kern in der These begründet liegt, dass das Selbstbild des Unternehmens sich an der nationalistischen Idee

einer deutschen Luftgeltung orientierte, das sich in der Weimarer Republik ausprägte und bis zum Neuanfang in die 1950er Jahre fort schrieb.

Im ersten Kapitel geht es um die Gründungsgeschichte deutscher Luftfahrtgesellschaften in den Jahren 1919 bis 1925. Hier zeigt Budraß den entscheidenden Einfluss August Eulers, der sich als Staatssekretär im neu geschaffenen Luftverkehrsamt für eine dezidiert internationale und friedliche Ausrichtung der deutschen Luftfahrtspolitik einsetzte und sich an unternehmerischen Gesichtspunkten orientierte. Prägend war in der Folgezeit das ideologische, spezifisch deutsche Konstrukt aus Luftfahrteuphorie, Revanchismus, Großmachtgeltung und Verkehrspolitik. Luftgeltung ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einer Militarisierung der Luftfahrt. Zwar hatte die Lufthansa eine militärische Funktion; diese lag jedoch vor allem in der Förderung und Abnahme von Flugzeugmustern deutscher Flugzeugproduzenten. Führend in dieser Anfangsphase war die Junkers AG, die den internationalen Luftverkehr ausbaute und von ihren modernen, marktführenden Ganzmetallflugzeugen profitierte.

Das zweite Kapitel befasst sich mit der Gründungsgeschichte der Lufthansa. Die neue Einheits-Fluggesellschaft entstand Ende 1925, als sich eine Lockerung der Beschränkungen und eine Öffnung des Flugverkehrs für deutsche Flugzeuge abzeichneten. In dieser Phase geriet der Junkers-Konzern in eine finanzielle Krise und musste staatlich gestützt werden. Die Deutsche Bank drängte auf Zusammenschluss der beiden letzten verblieben deutschen Luftfahrtgesellschaften der Junkers-Luftverkehrs AG mit der Deutsche Aero Lloyd AG, um Subventionen zu sparen und das Flugnetz effektiver zu gestalten. Allein in den Jahren 1924 bis 1928 flossen über 162 Millionen Reichsmark an Subventionsgeldern, darunter auch verdeckte militärische Mittel, an die Lufthansa.

Großen Einfluss auf die zukünftige Ausrichtung der Lufthansa hatte Ernst Brandenburg. Der ehemalige Bomberpilot war im Reichsverkehrsministerium für die zivile Luftfahrt zuständig und wandte sich gegen eine unmittelbare militärische Vereinnahmung der Lufthansa. Als eine Art Geburtsfehler stellte sich jedoch heraus, dass diese als Erprobungsstätte der Luftfahrtindustrie dienen sollte. Dies reduzierte die Wettbewerbsfähigkeit und verminderte zudem die Aufstellung eines modernen und schlanken Flugzeugparks.

Die neugegründete Fluggesellschaft verfolgte ehrgeizige Projekte des Ausbaus internationaler Fernstrecken (Kap. 3). Allerdings war zu diesem Zeitpunkt der Fernflugverkehr, insbesondere über den Nordatlantik, riskant und eher Angelegenheit einer längerfristig orientierten Zukunftsstrategie. Eine erste tragbare Idee bestand in der Kooperation mit mächtigen Reedereien, um Inlandsfluglinien an den Transatlantikschißverkehr anzubinden. Noch war der Luftverkehr ein unrentables Unternehmen mit hohen Preisen, wenigen Kunden aus einer zahlungskräftigen, aber kleinen Oberschicht. Die Lufthansa war durch die nationalen militärischen und industriepolitischen Aufgaben überfrachtet und geriet im Zuge der Weltwirtschaftskrise in eine existenzielle Krise.

Mit der Weltwirtschaftskrise und den damit einhergehenden notwendigen starken Kürzungen der Subventionen änderte sich die Ausrichtung der Lufthansa, die nun stärker an parlamentarische Legitimität und Wirtschaftlichkeitskriterien gebunden wurde (Kap. 4). Unrentable Strecken sollten abgeschafft, Entwicklungs- und Prüfaufgaben an die Industrie abgegeben und die Wartung und Reparatur vereinheitlicht und effizienter gestaltet werden. Insgesamt sanken die Subventionen, aber verblieben weiterhin auf einem hohen Level. Bereits vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten war die Lufthansa existentiell bedroht. Durch die sich abzeichnende

internationale Anerkennung einer deutschen Luftrüstung würde ihre verdeckte Rüstungsaufgabe offiziell an die Reichswehr fallen. Zudem erwuchs der immer noch unrentablen Flugverkehrsgesellschaft enorme internationale Konkurrenz, insbesondere aus den USA, die den technischen Vorsprung der deutschen Flugzeugproduzenten längst aufgeholt hatten und auf modernere, ökonomischere Flugzeugmuster setzten. So war nach Budraß der deutsche Luftverkehr „bei seiner unsanften Landung 1932 jedoch keinen Schritt weiter gekommen“ (S. 304).

Kapitel 5 behandelt die wechselnden Aufgaben der Lufthansa in den Jahren 1933 bis 1939. Im Grunde stand diese als in sich widersprüchliches, unrentables und verdeckt militärisches Konstrukt bereits vor der Machtergreifung vor dem Aus. Der massive Ausbau der Luftfahrt insgesamt rettete das Unternehmen finanziell. Hermann Göring baute bereits vor 1933 enge Kontakte zur Lufthansa auf und holte Erhard Milch dann als Staatssekretär ins neugegründete Reichsluftfahrtministerium. In dieser Zeit profitierte die zivile, aber insbesondere militärische Luftfahrt von der Aufrüstung der Luftwaffe und dem massiven Luftfahrtinfrastrukturprogramm, zum Beispiel 200 Fliegerhorste mit zahlreichen Fliegerstädten zu errichten. Der Kranich wurde nun zum Adler, als die sogenannten „Lufthansa Staffeln“ verdeckt zum Aufbau von Bombengeschwadern beitrugen. Diese für das Unternehmen in finanzieller Hinsicht eher positiven Entwicklungen wurden jedoch überschattet von der Vertreibung jüdischer Mitarbeiter. Juden in hoher Funktion wurden entlassen oder in den Auslandsdienst versetzt. Ein prominenter Fall war Erhard Milch selbst, der seine jüdische Herkunft leugnete, indem er sich als uneheliches Kind eines arischen Vaters ausgab.

Propagandistisch sollte die Lufthansa als ziviles Luftverkehrsunternehmen die Aufrüstung und Militarisierung der Luftfahrt

überspielen, war aber im Vergleich mit amerikanischen Fluglinien kaum wettbewerbsfähig. Budraß attestiert den verantwortlichen Managern einen gewissen Realitätsverlust, in einer Zeit der Vertreibung jüdischer Bürger internationale Luftfahrtabkommen mit den USA abzuschließen zu wollen. Auch das Dilemma ihrer mangelnden Wirtschaftlichkeit und drohenden Marginalisierung konnte nicht behoben werden. Das Unternehmen avancierte zur Reparaturwerkstatt der Luftwaffe, übernahm diese Aufgabe aber nur halbherzig, so dass zu Kriegsbeginn tausende reparaturbedürftige Flugzeuge der Luftwaffe im Wartestand blieben.

Der Zweite Weltkrieg stand dann im Zeichen der Industrialisierung der Lufthansa (Kap. 6). Wichtigstes industrielles Projekt war die Montage des Würzburg Radargerätes in Berlin Tempelhof. Dies rettete das Unternehmen über den Krieg und hatte aufgrund der Bedeutung der Radartechnik auch Potenzial für den zukünftigen zivilen Luftverkehr. Allerdings machte der enorme Arbeitskräftemangel während des Krieges dem Unternehmen zunehmend zu schaffen. Die Lufthansa ging dazu über, Handwerker als Subunternehmer im Reparaturdienst zu beschäftigen und auch Opfer der NS-Rassenpolitik, arbeitslose Juden und Menschen mit Berufsverbot einzustellen. Die Kolonnen jüdischer Arbeiter waren scharf getrennt von der übrigen Belegschaft und vorwiegend für Erd-, und Straßenarbeiten, und später auch in der Produktion beschäftigt. Budraß zeigt, trotz der schwierigen Quellenlage, die Einbindung der Lufthansa ins System der Zwangsarbeit. So wurden ausländische Arbeiter aus den besetzten Gebieten, insbesondere aus den Niederlanden (900) und Polen (600) angeworben, wobei hier der Übergang zum Zwangsarbeitereinsatz fließend war. Durch die Vermietung der Barackenunterkünfte machte das Unternehmen Gewinn und kann

in finanzieller Hinsicht als „Gewinner des Krieges“ bezeichnet werden (S. 429).

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg weist große Kontinuitätslinien bis in die Anfangsphase der Ersten Lufthansa auf (Kap. 7). Der Neuanfang war allerdings erheblich belastet durch die Einschränkungen des Besatzungsstatuts und die bestehenden Vorbehalte gegen eine deutsche Luftfahrt. Diese konnte nur durch den Verzicht auf eine eigene Luftfahrtindustrie und den Kauf ausländischer Flugzeuge ausgeräumt werden. Die neue Lufthansa war erneut zu großen Teilen in staatlicher Hand und profitierte mittelfristig von der hervorragenden Perspektive eines sich intensivierenden Weltluftverkehrs. Trotz der personellen, generationellen und ideologischen Kontinuitätslinien war die neugegründete Lufthansa jedoch kein Testfeld mehr für eine nationale Luftfahrtindustrie und fungierte auch nicht mehr als Feigenblatt der militärischen Rüstung. Insofern sind nach 1945 auch deutliche Unterschiede und Zäsuren festzustellen.

Mit „Adler und Kranich“ ist Lutz Budraß eine gut recherchierte und überzeugend argumentierende Firmengeschichte der Lufthansa in den Jahren 1926 bis 1955 und damit erneut ein längst überfälliges Standardwerk zur deutschen Luftfahrtgeschichte gelungen. Das Buch wird ergänzt durch informative Exkurse zur technischen Entwicklung der Flugzeugtechnik und Luftverkehrsinfrastruktur.

Braunschweig

Christian Kehrt

Staatsstreichpläne innerhalb der Vizekanzlei Papens

Orth, Rainer: „Der Amtssitz der Opposition“? Politik und Staatsumbaupläne im Büro des Stellvertreters des Reichskanzlers in den Jahren 1933–1934, 1.118 S., Böhlau, Köln u.a. 2016.

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 war für viele konservative und nationalistische Kreise der „alten“ Rechten eine Einlösung lange ersehnter autoritärer Staatsvorstellungen und Diktaturhoffnungen. Die Zerschlagung der Weimarer Parteiendemokratie und die Etablierung einer autoritären Führerherrschaft waren politische und weltanschauliche Kernelemente der völkischen Bewegung und der Jungkonservativen über den Alldeutschen Verband, den Stahlhelm, den Deutschnationalen bis hin zur Rechten der Zentrums- und der Deutschen Volkspartei. Die Bildung des Hitler-Kabinetts mit dem Wirtschaftsminister Alfred Hugenberg und dem Vizekanzler Franz von Papen schien die Hoffnungen auf eine autoritäre Staatsführung mit einer bürgerlichen „Einrahmung“ Adolf Hitlers und seines Machtanspruchs zunächst zu ermöglichen. Diese Hoffnungen blieben jedoch Illusion.

Rainer Orth geht in seiner umfangreichen und quellendichten Dissertation den politischen Bemühungen des engsten Mitarbeiterstabes Papens in der Vizekanzlei zwischen 1933 und 1934 nach, mit einem „Staatsstreich von oben“ (S. 14) eine ständisch-konservative Alternative zum NS-Regime durchzusetzen. Papens Netzwerk von „Rechtskatholiken“ (S. 43) aus Unternehmern, Militär, Adel und Landwirtschaft mit Verbindungen zum Herrenklub (dessen Direktoriumsmitglied er ab 1927 war), erwies sich bereits seit Mitte der 1920er Jahre als förderlich. Der Ruhrindustrielle Paul Reusch und der schlesische Magnat Nikolaus von Ballestrem stellten Papen früh Personal an die Seite, das nach der Machtübernahme 1933 in führende Positionen bei Papen als Stellvertreter des Reichskanzlers gelangte. Den „Kern der Kanzlei-Gruppe“ (S. 243) bildeten der Chef der Presseabteilung des Papen-Büros und ehemalige Leiter der Informationsstelle der DNVP, Herbert von

Bose, der einflussreiche „Jungkonservative“ und Redenschreiber Papens, Edgar Jung, der Gutsbesitzer und kurzzeitige Leiter des Stahlhelm-Nachrichtendienstes, Fritz Günther von Tschirschky, der als Adjutant Papens fungierte, und einer der wichtigsten Mitarbeiter in der Presseabteilung, Wilhelm Freiherr von Ketteler. Zusätzlich gehörten zu Papens Netzwerk auch der Journalist Hans von Bochow, der Referent im Büro von Papen im Preußischen Staatsministerium, Friedrich Carl von Savigny, der zweite Adjutant Papens, Hans Graf von Kageneck, und der inoffizielle Mitarbeiter Kurt Josten.

Die Vizekanzlei, die zuvor im jeweiligen Fachministerium des in Personalunion geführten Ministeriums des Vizekanzlers angesiedelt war, entwickelte sich unter Papen, der kein Fachressort im Kabinett übernommen hatte, zu einer eigenständigen Institution im Regierungsgefüge. Der Funktionsverlust von Papens Amt, auch im Zuge der Reichstagswahlen vom 5. März 1933, wurde offensichtlich, als Entscheidungen zunehmend nicht mehr am Kabinettsstisch der Reichskanzlei, sondern von Hitler getroffen wurden. Die Gewalt der als Staatskrise wahrgenommenen ‚Machtergreifungsphase‘ der NS-Bewegung verstärkte die Ablehnung zentraler Elemente der Mobilisierungspolitik Hitlers, sodass die Vizekanzlei allmählich zur „Reichsbeschwerdestelle“ (S. 371) gegen zahlreiche politische Inhaftierungen wurde. Ein forcierter Umschwung zur grundsätzlichen Opposition gegen Hitler und die NSDAP-Organisationen sei nach Orth seit Ende März 1933 zu beobachten gewesen, als Verbindungen zu Vertretern aus der katholischen Kirche, Industrie, Beamtenschaft, Gewerkschaften und Militär verstärkt und ein eigener Nachrichtendienst mit zahlreichen Informanten bis hin zur Leitung der Gestapo und den Adjutanten Ernst Röhm und Joseph Goebbels’ eingerichtet wurde.

Eine zentrale Rolle bei den Verschwörern um Papen spielte Edgar Jung, der bereits in seinem Buch „Herrschaft der Minderwertigen“ von 1927 einen antidemokratischen und antiliberalen Ständestaat mit einem „neuen Adel“ als Alternative zur Massenmobilisierung Weimars forderte. Am 17. Juni 1934 hielt Papen vor Studenten eine Rede zur 14. Jahresversammlung des Marburger Universitätsbundes, deren Hauptautor Jung war und in der Papen gegen Terror, Überwachung, Anbetung der Gewalt, Abschaffung von Pressefreiheit, Kampf gegen die Religion und der Erhebung des Blutes als rassistischer Maßstab der Politik Stellung nahm. Die Rede Papens lenkte die Säuberungsplanungen im Zuge der forcierten Aktionen um den inszenierten „Röhm-Putsch“ vom 30. Juni 1934 auch auf die Vizekanzlei. Franz von Papen kam kurzzeitig unter Hausarrest. Jedoch wurde Jung auf Hitlers Befehl verhaftet und schließlich ermordet. Auch Bose wurde im Zuge der Besetzung der Vizekanzlei durch die SS erschossen. Tschirschky und Savigny wurden festgenommen und am 6. Juni 1934 aus dem Konzentrationslager entlassen.

Um die Staatsstreichpläne innerhalb der Vizekanzlei ranken sich bis heute viele Spekulationen, deren wesentliche Fragen Orth umfassend klären kann. Die Planungen für einen Staatsstreich gründeten auf der Annahme, dass Hindenburg durch Papen dazu gebracht werden könnte, den militärischen Belagerungszustand auszurufen, um die SA und SS zu entwaffnen und den Nationalsozialisten die Regierungsgewalt zu entziehen und zunächst auf die Reichswehr zu übertragen. Ein Reichsdirektorium aus konservativen Politikern und Angehörigen des Militärs sollte die Staatsgeschäfte übernehmen, um eine neue autoritär-ständische Staatsordnung auszuarbeiten.

Bei all diesen Planungen, bei der es nur eine bedingt koordinierte Zusammenarbeit zwischen den Verschwörern gab, bleibt

Franz von Papen die mysteriöseste Figur, der von den konkreten Umsturzbemühungen nur wenig oder gar nichts – zumindest bis zum April 1934 – wusste, so Orth. Der Autor nimmt die gängige Forschungsliteratur zu Papen kritisch in den Blick, verschließt sich aber auch den Einschätzungen von Joachim Petzold beispielsweise nicht, der in seiner Biographie von 1995 von Papen als „deutsches Verhängnis“ sprach. Auch Orth spricht von „grotesken und furchtbaren Fehleinschätzungen, Verblendungen und Vorurteilen“ (S. 279). Viel gewichtiger ist aber, dass Orth bei Papen auch nach dem 30. Januar 1933 kein „eigenständiges politisches Profil“ (S. 281) erkennen kann. Orth bescheinigt ihm zwar eine eigene Variante des Konservatismus als Alternative zum Nationalsozialismus, die jedoch „lediglich reaktionäre Instinkte und Gemeinplätze, aber kein durchdachtes Überzeugungsgefüge“ (S. 84) war.

Orth benennt auch kritisch das ständische Elitebewusstsein der Verschwörer, die Ablehnung der Massen, das Diktatur- und Monarchieideal sowie die antidemokratische Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts. Letztlich, so Orth, verfolgten zu Beginn des Jahres 1933 Konservative und Nationalsozialisten „die exakt gleichen Ziele“ (S. 282). Zu würdigen blieben aber die christlich-konservativen Überzeugungen der Verschwörer, die Oppositionshaltung gegenüber den Nationalsozialisten, eine Ablehnung der Rassenideologie sowie ein Eintreten für Rechtsstaatlichkeit. Die Umsturzpläne der Vizekanzlei müssten daher zumindest in ihrer Symbolik von der Historiographie als „große bleibende Leistung“ (S. 531) bewertet werden.

Die generationellen und soziographischen Merkmale der Verschwörergruppe von 1934 (mit einem Durchschnittsalter von 33 Jahren) verweisen für Orth auf spezifische Milieu- und Netzwerkbindungen, die in den Adel hineinreichen, oftmals katholische Prägungen auf-

zeigen (Papen, Ketteler, Savigny), juristische oder militärische Berufsausbildungen mit sich brachten und vor allem tiefe Verankerungen im Netzwerk sowohl der militärischen Freikorps und Veteranenverbände (Jung, Bochow, Bose, Tschirschky, Savigny) als auch in völkischen Zirkeln wie dem „Deutschen Bund zum Schutz der abendländischen Kultur“ (Tschirschky) oder dem „Deutschen Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“ (Jung) erkennen lassen. Auch reichte das politische Spektrum der Papen-Unterstützer vom Zentrum, über die DVP und DNVP bis hin zur Volkskonservativen Vereinigung.

Für die Widerstandsforschung hat Orth die Perspektive auf konservative und antidemokratische Eliten um Papens Vizekanzlei erweitert und eine wichtige Studie über die Anfangsjahre des NS-Regimes vorgelegt, die einen weiteren Bogen der Analyse von 1934 bis zu den Plänen des 20. Juli 1944 ermöglicht. Larry E. Jones hatte schon darauf hingewiesen, dass die Verschwörer vom 20. Juli 1944 zumindest auch in die Denktradition der konservativen Opfer des „Röhm-Putsches“ von 1934 einzuordnen sind.

Berlin

Björn Hofmeister

Buchzensur im NS-Staat

Lewy, Guenter: Harmful and Undesirable. Book Censorship in Nazi Germany, 280 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2016.

Der US-amerikanische, in Breslau geborene Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Guenter Lewy befasst sich in seiner neuesten Studie mit der Buchzensur unter dem Nationalsozialismus. Er setzt sich dabei zugleich mit dem in Deutschland von 1933 an verbliebenen geistig-kulturellen Leben auseinander.

Nach einer Einführung schildert der Verfasser die 1933 durchgeführten Bü-

cherverbrennungen, wobei auch einige Schauplätze außerhalb Berlins zur Sprache kommen (Bonn, Braunschweig, Breslau, Göttingen) – und sogar solche, die nicht von organisierten Studenten, sondern vom Kampfbund für deutsche Kultur, vom NS-Lehrerbund und von der NS-Betriebszellenorganisation veranstaltet wurden. Insgesamt kam es im entstehenden NS-Staat zu 93 solch barbarischer Taten in 70 Orten. Der Verfasser erkennt darin den Auftakt zum Holocaust (S. 15).

Der Hauptteil ist in drei große Abschnitte gegliedert, in denen zum einen die verschiedenen Kontrolleinrichtungen der Buchzensur, zum anderen die Zensurpraktiken und schließlich die Auswirkungen der Zensur im Mittelpunkt stehen. Somit geht es um das Propagandaministerium, die Reichsschrifttumskammer, die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutz des nationalsozialistischen Schrifttums und um das Amt Rosenberg; für die Beschlagnahmung verbotener Bücher waren zudem Gestapo und Sicherheitsdienst verantwortlich. Die Verfolger beriefen sich auf die damals vorhandenen denunziatorischen Hetzschriften, nicht zuletzt des Antisemiten Adolf Bartels (1862–1945).

Das Vorgehen war anfangs erstaunlich inkonsequent und uneinheitlich. Erst am 25. April 1935 kam es aufgrund der Vorarbeiten des Germanisten Dr. Heinz Wismann (1897–1945), eines Untergebenen von Goebbels, zur Anordnung über das im Titel genannte „schädliche und unerwünschte“ Schrifttum. Danach sollte Zensur nicht mehr stattfinden, ehe die Reichsschrifttumskammer das in Rede stehende Buch begutachtet hatte (S. 25). Von 1936 an galten die laufend aktualisierten Verbotslisten als verpflichtend. Freilich ließ sich auch dadurch das eigenmächtige Handeln von NS-Funktionären und (Polizei-)Behörden nicht gänzlich abstellen. Vereinzelt war ein und dasselbe Buch sowohl

auf Empfehlungs- als auch auf Indexlisten zu finden (S. 117f.).

Unterdessen betrieb der SS-Offizier Hans Hinkel (1901–1960) seit 1935 als Sonderbeauftragter im Propagandaministerium die rasche Verdrängung jüdischer Deutscher aus dem organisierten Kulturleben des ‚Dritten Reichs‘. Im November 1939 warnte eine Denkschrift des Propagandaministeriums, dass die zunehmende parteiamtliche Zensurbeflissenheit die Forschung ernstlich behindere. Lewy bezweifelt, dass es tatsächlich zu einem Rückgang der Publikationen kam, fühlten sich doch führende deutsche und österreichische Wissenschaftler – und nicht zuletzt die Historiker – dem eigenen Auftrag verpflichtet, den Krieg an der Heimatfront nach Kräften zu unterstützen und den Vormachtanspruch Hitler-Deutschlands in Europa verbal zu untermauern (S. 67f.). Im Abschnitt über die Zensurpraxis legt der Autor die unterschiedlichen Gründe dar, warum Bücher verboten wurden. Ein eigenes Kapitel gilt dem Umgang mit ‚jüdischen Büchern‘.

Im folgenden Kapitel geht es um die Ausrichtung der öffentlichen Leihbibliotheken, in denen der Aderlass am größten war, sodass teils bis zur Hälfte des Buchbestands ausgesondert wurde, in Sachsen noch weit darüber hinaus (S. 119). In Lewys Schlussbetrachtung heißt es, dass im ‚Dritten Reich‘ bis 1938 die Exemplare von rund 4.200 und bis 1945 von rund 5.500 Buchtiteln aus dem Verkehr gezogen wurden.

Im elften Kapitel greift der Autor die Praxis der Vorzensur während des Krieges auf. All das, was (vermeintlich) kriegswichtige Informationen enthielt – wie Karten, Luftaufnahmen, statistische Angaben – unterlag nun verschärfter Kontrolle. Das folgende Kapitel erkundet im Nachgang zur traditionellen Polykrafieforschung das Kompetenzgerangel bei der Durchsetzung der Verbote.

In Hauptteil III über die Auswirkungen der Zensur geht Lewy auf die innere Emigration

ein. Er thematisiert Biogramme verschiedener Publizist(inn)en, die im Land blieben, darunter Ricarda Huch, Werner Bergengruen, Gerhart Hauptmann, Ernst Jünger, Hans Carossa, Gottfried Benn und Erich Kästner. Welche Kompromisse sie einzugehen gezwungen waren und inwieweit sie den Vorgaben des NS-Staats selber bereitwillig folgten, ist hier jeweils individuell abzuwägen.

Interessanterweise wurden die Listen der indizierten Bücher gegenüber Verlegern und Buchhändlern lange Zeit geheim gehalten. Dies geschah, wie Lewy vermutet, um sie im Unklaren zu lassen und zur Selbstzensur anzuhalten. Überdies drückte sich darin die Sorge um Reaktionen im Ausland aus, wo die Presse die Kulturpolitik des ‚Dritten Reichs‘ wiederholt entlarvte. Offen durften Verbotslisten erst nach Kriegsbeginn kursieren, als das NS-Regime auf solche Empfindlichkeiten keine Rücksichten mehr nahm. Seit April 1940 waren die Bücher all derjenigen verboten, die als ‚nichtarische‘ Autoren galten. Selbst aus der Zitierpraxis in der wissenschaftlichen Literatur sollten sie verschwinden. Hier ist hinzuzufügen, dass solch weitergehende Forderungen nicht (immer) umgesetzt wurden, so dass im Schrifttumsverzeichnis der damals erscheinenden Werke oft keine separate Liste der ‚jüdischen Autoren‘ angelegt wurde.

Was geschah mit den beschlagnahmten Büchern? Die meisten wurden eingestampft und den Druckereien zugeführt, damit sie Publikationen herstellten, die im NS-Staat als nützlich erachtet wurden. Bis Mitte der 1930er Jahre verkauften die Nationalsozialisten manche Buchbestände noch ins Ausland (S. 52), doch von 1940 an raubten sie zahllose Bibliotheken in den besetzten Ländern. Nicht anschließen mag sich der Rezensent der Kritik an Publikationsverboten am Ende der Weimarer Demokratie (S. 9), denn sie richtete sich ja nicht zuletzt gegen die unerträgliche Nazi-Hetze.

Lewy bietet eine klar gegliederte und brillant geschriebene Gesamtdarstellung der NS-Buchzensur. Sie ist auch darum verdienstvoll, weil ihr Fotos, Abbildungen von Dokumenten und ein Register der Personen, Orte und Institutionen beigegeben sind. Wünschenswert wäre nun eine ähnlich angelegte Untersuchung auch über den Umgang der Nationalsozialisten mit Zeitungen, Zeitschriften und deren Autoren, sind doch der Journalismus im ‚Dritten Reich‘, die Arbeitsbedingungen der Artikelschreiber wie auch deren Nachkriegsschicksale in Ost- und Westdeutschland bislang allzu wenig erforscht.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Katholisch-faschistische Netzwerke

Ostermann, Patrick: Zwischen Hitler und Mussolini. Guido Manacorda und die faschistischen Katholiken, 423 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2017.

Die sogenannte ‚Achse Berlin-Rom‘, durch die Mussolini und Hitler seit 1936 verbunden sein wollten, findet neuerdings verstärkt historisches Interesse. Dabei wird auch sichtbar, dass die beiden faschistischen Diktatoren nicht nur auf diplomatische Weise politisch miteinander kommunizierten, sondern auch auf einer unkonventionellen personalen Ebene. Damit sollte ein neuer faschistischer Stil in der Außenpolitik geschaffen werden. Eine wichtige Rolle spielten dabei meist selbsternannte Mittelsmänner, die zwischen den beiden Diktatoren informelle Kontakte herstellten.

Einer dieser faschistischen Zwischenträger war der Florentiner Germanistikprofessor Guido Manacorda. Ihm gilt die vorliegende Habilitationsschrift an der Universität Leipzig, die weitgehend auf einem bemerkenswerten Fund im Archiv der römischen Universität Sapienza aufbaut, nämlich dem umfang-

reichen Nachlass von Manacorda. Wie aus der Darstellung von Patrick Ostermann hervorgeht, war der Professor allerdings nur zwischen September 1935 und März 1937 für die Kommunikation zwischen Hitler und Mussolini von gewisser Bedeutung. Er wurde in dieser Zeit nur vier Mal von Hitler empfangen. Zum Vergleich: Der ungleich wichtigere deutsch-italienische Mittelsmann Giuseppe Renzetti führte zuvor zwischen 1929 und 1935 mindestens 39 Mal politische Gespräche mit Hitler. Auch war Manacorda keineswegs der Einzige, der bei Hitler vorsprechen konnte. Zur gleichen Zeit betätigte sich auch der Genueser Anwalt Cesare Vernarecci di Frossombrone, der adelige Verwandte in Deutschland hatte, als politischer Zwischenträger. Er wurde von Hitler auf dem Berghof empfangen – eine gezielte Auszeichnung, die Manacorda nie zuteilgeworden ist. Ostermann vergleicht weder die historische Rolle der faschistischen Mittelsmänner noch untersucht er, was die nationalsozialistische Führungselite von Manacorda wirklich gehalten hat. Hier fehlt es an einem historisch-theoretischen Zugriff.

Wie der Verfasser ausführlich darstellt, gehörte Manacorda zu der „Teilelite“ (S. 376) faschistischer Katholiken, deren politisches Zentralanliegen die Versöhnung von Faschismus und Katholizismus war. Ihm habe deshalb in der Hauptsache daran gelegen, Hitler von seiner kirchenfeindlichen Politik abzubringen, um auf diese Weise der Achse entgegenzuarbeiten. Entgegen der Behauptung des Autors stand die Kirchenfrage jedoch keineswegs „ganz oben auf der innenpolitischen Prioritätenliste des Reiches“ (S. 154). Hitler wurde der Germanistikprofessor deshalb rasch lästig. Als Hitler im Mai 1938 zum Staatsbesuch nach Italien kam, spielte das Thema nur insofern noch eine Rolle, als sich Papst Pius XI. einer Begegnung mit Hitler entzog. Da Manacorda als Mann der Kirche galt, musste er deshalb

geradezu darum betteln, in Florenz wenigstens bei einem größeren Empfang für Hitler dabei sein zu dürfen. Ostermann überschätzt deshalb die historische Rolle von Manacorda erheblich, wenn er behauptet, Manacorda sei „maßgeblich an der Zuwendung Mussolinis zu Deutschland beteiligt“ (S. 377) gewesen.

Die im Grunde marginale politische Rolle Manacordas wird auch dadurch nicht aufgewertet, dass der Autor ihn in die kleine Gruppe intellektueller faschistischer Katholiken Italiens einordnet, die im faschistischen Regime kollektiv agierten. Dazu betreibt er einen erheblichen theoretischen Aufwand, um einen „Denkstil“ (S. 27) herauszuarbeiten, den Manacorda neben anderen katholischen Faschisten, vor allem Giovanni Papini, geprägt habe. Das ist alles nicht uninteressant. Ostermann sieht diese Faschisten auch durchaus kritisch. Seit den bahnbrechenden Forschungen von Louisa Mangoni über die Zeitschriften „Frontespizio“ und „Primato“ ist das jedoch weitgehend bekannt. Letzten Endes muss Ostermann die „Marginalität der Gruppe“ (S. 379) der katholischen Faschisten einräumen. Doch liefert er einen Beitrag zu der lange Zeit umstrittenen Frage, welche Bedeutung der Katholizismus für die Existenz des faschistischen Regimes Mussolinis in Italien hatte.

Köln/Göttingen

Wolfgang Schieder

Yekatit 12

Campbell, Ian: The Addis Ababa Massacre. Italy's National Shame, 440 S., Hurst, London 2017.

Am Sidist Kilo Square, mitten in Addis Abeba, erhebt sich ein imposanter Obelisk, der den „Märtyrern“ des schwersten Kriegsverbrechens gewidmet ist, welches das faschistische Italien während seiner fünf Jahre währenden Besatzungszeit (1936–1941) in Äthiopien verübte. Dort findet jedes Jahr an

Yekatit 12, wie der 19. Februar nach äthiopischem Kalender heisst, eine Gedenkfeier für das 1937 von Italienern verübte Massaker statt, dem fast 20.000 Menschen zum Opfer fielen. Außerhalb des ostafrikanischen Landes ist dieser faschistische Gewaltexzess nicht so bekannt, wie er aufgrund seiner schieren Dimension und menschenverachtenden Brutalität eigentlich sein müsste. In den letzten 20 Jahren hat die Forschung zwar aufgezeigt, dass Benito Mussolini am Horn von Afrika 1935/36 den ersten faschistischen Vernichtungskrieg der Geschichte führen ließ. Doch dass Rom nach der Einnahme von Addis Abeba am 5. Mai 1936 eine blutige Besatzungsherrschaft in Äthiopien errichtete, ist im Geschichtsbild vieler Europäer noch längst nicht angekommen. Es ist das große Verdienst des britischen Historikers Ian Campbell, mit der minutiösen Rekonstruktion des Massakers von Addis Abeba dieses fürchterliche Besatzungsverbrechen auch in unseren Breiten endlich zum Thema gemacht zu haben.

Campbell befasst sich seit einem Vierteljahrhundert mit der Schreckensherrschaft unter Vizekönig Rodolfo Graziani. Graziani war ein faschistischer Vorzeigegeneral, der wenige Jahre zuvor bereits dem libyschen Widerstand mit einem Übermaß an Gewalt, deren Hauptopfer die zivile Bevölkerung wurde, das Genick gebrochen hatte. Wie schon für seine früheren Studien „The Plot to Kill Graziani“ (2010) und „The Massacre of Debre Libanos“ (2014) nutzt Campbell neben der internationalen Presse, Berichten von Diplomaten und Tagebüchern auch für dieses Buch die Augenzeugenberichte äthiopischer Überlebender, die er seit 1991 interviewen konnte. Durch die konsequent stark gemachte Opferperspektive werden Innenansichten in das mörderische Geschehen möglich wie niemals zuvor.

Am 19. Februar 1937 fand vor dem Gennete Li'ul-Palast, dem Sitz des Gover-

no Generale von Italienisch-Ostafrika, eine öffentliche Almosenabgabe statt, um die Geburt des ersten Sohns von Thronfolger Umberto von Savoyen zu feiern. Neben Vizekönig Rodolfo Graziani, hohen Offizieren, faschistischen Würdenträgern und einer Reihe von Kollaborateuren hatten 3.000 einfache Äthiopier und Äthiopierinnen in das militärisch schwer gesicherte Gelände Einlass gefunden. Kurz vor Mittag, als die Zeremonie in vollem Gange war, warfen zwei aus Eritrea stammende Attentäter neun Handgranaten in Richtung der höchsten Vertreter der Besatzungsmacht. Sie hofften, durch die Ermordung des Vizekönigs das Signal zu einem Volksaufstand gegen die ungeliebte Fremdherrschaft geben zu können. Kurz nachdem die Granaten explodiert waren, liefen Menschen in Panik durcheinander.

Im ausbrechenden Chaos begannen die anwesenden italienischen Sicherheitskräfte mit Maschinengewehren mitten in die Menge zu feuern. Bald lagen 3.000 Tote rund um den Palast, der nach den ersten Schüssen von Sicherheitskräften abgeriegelt worden war, so dass sich niemand mehr nach draußen retten konnte. Das war der Auftakt zu einem drei Tage dauernden Blutbad, in dem 16.000 weitere Menschen als Vergeltung für den versuchten Anschlag ermordet wurden – und dies, obwohl sich herausstellte, dass dem Attentat kein einziger Italiener erlag. Offenbar wollten die Besatzer allen Äthiopiern eine unvergessliche Lektion erteilen. Wie Jahre zuvor in Libyen sollte ihre Herrschaft, die militärisch auch Monate nach der Ausrufung des „Impero“ auf wackligen Füßen stand, mit einer Politik des systematischen Terrors und der „zehnfachen Wiedergeltung“ auf Dauer gestellt werden. Mussolini hatte Graziani schon im Sommer 1936 entsprechend instruiert und nicht zufällig diesen erprobten Konterguerilla-Spezialisten zum Vizekönig ernannt.

Campbell zeichnet die Orgie von Brandstiftung, Massenmord und Plünderungen,

welche die Bewohner der Hauptstadt bis zum 21. Februar erlitten, akribisch nach. Um das Grauen Stunde um Stunde vollständig zu dokumentieren, reiht er Gräueltat an Gräueltat und nimmt dafür auch Wiederholungen in Kauf. Gleichzeitig flicht er die Erlebnisse seiner Gewährsleute mehr oder minder geschickt in die Erzählung ein. Am erkenntnisreichsten ist seine Studie da, wo er allgemeine Einsichten zum unfassbaren Geschehen formuliert. Von Anfang an gehörte es zum Muster der Repression, dass die Italiener die Bewohner von Addis Abeba *kollektiv* für den Attentatsversuch verantwortlich machten. Sie töteten im Prinzip unterschiedslos. Besonders von der Repression betroffen waren die von den Armen bewohnten Quartiere, in denen die losgelassenen Banden die Menschen oft in ihren Tukuln verbrannten, nachdem sie diese zum Teil mit Flammenwerfern in Brand gesteckt hatten. Ein systematischer Vernichtungswille richtete sich allerdings von Anfang an gegen den amharischen Adel und die *intelligentsia*.

Klar herausgearbeitet wird, dass die vom lokalen Parteichef Guido Cortese angeführten „Schwarzhemden“ die treibende Kraft im entsetzlichen Geschehen gewesen seien. Cortese hatte den faschistischen Milizionären der 6. Tevere Division für drei Tage „carta bianca“ erteilt. Sie erschlugen ihre Opfer mit Schaufeln und Hämmern, warfen Kinder in brennende Häuser und schleiften an Lastwagen gebundene Gefangene zu Tode. Den Opfern wurden Geld und Wertgegenstände gestohlen. Am großen Morden beteiligten sich auch Militärarbeiter, italienische Zivilisten, Carabinieri, einzelne Soldaten und Askaris. Um die Abrechnung zu erleichtern, zog die Armee einen Belagerungsring um Addis Abeba, sodass niemand aus der Stadt fliehen konnte. Fälschlicherweise an einen Großangriff von „Rebellen“ glaubend, warfen Flugzeuge der „Regia Aeronautica“ ihre tödliche Last auf Außenquartiere ab. Das mi-

litärische Oberkommando war es auch, dass am frühen Nachmittag des 19. Februar eine Ausgangssperre verhängte. Überdies patrouillierten Tanks und gepanzerte Fahrzeuge in der Stadt, so dass man von einer klaren Mitbeteiligung der Armee sprechen muss.

Ian Campbell legt eine wichtige, aber aufgrund der darin geschilderten Gräueltaten oft nur schwer zu lesende Fallstudie zur italienischen Besetzungsherrschaft in Äthiopien vor. In einer globalhistorischen Perspektive ist diese auch für eine Geschichte der Massengewalt im Zweiten Weltkrieg von einiger Bedeutung.

Luzern

Aram Mattioli

Antijüdische Politiken: Deutsche, tschechische und jüdische Akteure

Gruner, Wolf: Die Judenverfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren. Lokale Initiativen, zentrale Entscheidungen, jüdische Antworten 1939–1945, 430 S., Wallstein, Göttingen 2016.

Von über 118.000 jüdischen Tschech_innen gelang nur 25.000 die Emigration, 80.000 wurden Opfer des Holocaust (S. 7f.). Mit diesen Zahlen wird die Dramatik von Entrechtung und Ermordung deutlich, die Wolf Gruner in seiner Arbeit nachzeichnet. Er schließt mit diesem Band eine bedeutende Lücke in der Erforschung tschechisch-deutsch-jüdischer Geschichte und nimmt erstmals sämtliche Akteure in den Blick, die an der Judenverfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren beteiligt waren. Er kann damit das immer noch weit verbreitete Narrativ einer ausschließlich von deutschen Stellen in Berlin gestalteten anti-jüdischen Politik eindeutig widerlegen.

Das Primat deutscher Politiken hinsichtlich der Ermordung der jüdischen Bevölkerung des Protektorats ist nicht von der Hand zu weisen, allerdings hat bereits Helena Krejčová in mehreren Studien auch auf tschechische

antijüdische Politiken hingewiesen (z. B. in Hoensch „Judenemanzipation“, 1998). Während die entsprechenden Maßnahmen der Regierungen von Rudolf Beran vor sowie von Alois Eliáš nach der Errichtung des Protektorats ebenso wie diejenigen des Reichsprotektors in der Forschung bereits ihre Bearbeitung gefunden haben, gelingt es Gruner in seiner Studie, die verschiedenen Machtebenen und ihre gegenseitige Verzahnung, zum Teil aber auch Autonomie, zu zeigen. Er setzt in der Zeit der Tschechoslowakischen Republik an, die von einem relativ geringen offenen Antisemitismus geprägt war, an deren Ende aber bereits die ersten antijüdischen Maßnahmen seitens der Regierung standen. Diese Politiken verschärften sich nach der Errichtung des deutschen Protektorats im März 1939. Beispielhaft ist der Schritt des Finanzministers der Protektoratsregierung, schon am 25. März 1939 alle Bankguthaben jüdischer Tschech_innen einzufrieren – eine Maßnahme, die das Reichswirtschaftsministerium im August 1939 übernahm (S. 56). Die von Adolf Eichmann geleitete Prager Zentralstelle für jüdische Auswanderung forcierte ab Juli 1939 die Emigration jüdischer Tschech_innen und machte der Prager jüdischen Gemeinde entsprechende zahlenmäßige Vorgaben, die angesichts der Visaproblematik kaum erfüllbar waren. Trotzdem konnten dank des Engagements der Gemeinde in den wenigen Monaten bis zum Überfall auf Polen tausende Menschen emigrieren und selbst danach gelang es bis 1941 noch vielen, das Land zu verlassen. Im August 1939 erließ das tschechische Innenministerium eine Anordnung, die „die Separierung der jüdischen Bevölkerung im Protektorat einleitete“ (S. 79). Anfang 1941 folgte der Zwangseinsatz, zunächst dezentral und schließlich gemäß einer Regierungsverordnung für das gesamte Protektorat und „für alle Juden im Alter von 18 bis 50 Jahren“ (S. 169). Zur gleichen Zeit trat die deutsche Protektoratsverwaltung mit einem Vorschlag

an das Reichsinnenministerium, die jüdische Bevölkerung deutlich zu kennzeichnen – eine Idee, die in Berlin aufgegriffen und im September 1941 auf das gesamte ‚Großdeutsche Reich‘ ausgeweitet wurde. Mit dieser Maßnahme begann das dramatischste Kapitel der jüdischen Tschech_innen, die zwischen Oktober 1941 und März 1943 in ihrer Mehrheit deportiert und ermordet wurde. Angesichts des von Helena Krejčová konstatierten „Antisemitismus des schlechten Gewissens“ empfingen ihre nichtjüdischen Nachbar_innen die wenigen Überlebenden nach 1945 häufig nicht mit offenen Armen (in Tomaszewski „Židé v české a polské občanské společnosti, 1999).

Summa summarum ist diese Arbeit zweifellos eine wichtige Überblicksdarstellung, der weitere Untersuchungen mit einem stärkeren Fokus auf tschechischsprachige Quellen folgen sollten. Das weitgehende Fehlen derartigen Materials ist denn auch das einzige wesentliche Manko des Bandes. Etwas störend sind auch die nicht in allen Fällen korrekt wiedergegebenen tschechischen Ortsnamen/Literaturtitel, von denen „Terezín“ für Theresienstadt (und nicht „Terezin“ wie durchgehend im Buch) der markanteste ist. Nicht hilfreich ist auch, dass Gruner die Unterscheidung zwischen tschechoslowakisch und tschechisch nicht immer konsequent vornimmt, wenn er zum Beispiel konstatiert, dass „sich die meisten Juden äußerst loyal zum tschechischen Staat“ (S. 26) verhielten. Ohne Not suggeriert der Klappentext eine Revolution in der Betrachtungsweise der tschechischen Beteiligung am Holocaust, die der Band so nicht ist. Auch die Schlussfolgerung einer „eigenständige[n] Radikalisierung“ (S. 305) der antijüdischen Politik ist angesichts der politischen und militärischen Machtverhältnisse im Protektorat und angesichts der vom Reichsprotektor beklagten „mehrheitlich ‚judenfreundlichen‘ Bevölkerung“ (S. 185) sowie der von Gruner erwähnten Solidaritätsbekundungen nichtjüdischer Tschech_innen

gegenüber ihren jüdischen Mitbürger_innen nicht ganz überzeugend. So war die geplante „Regierungsverordnung über die Judenfrage“ (S. 62) mit einer sich an der Religion und nicht an „rassischen“ Kriterien orientierenden Definition von Juden dem Reichsprotektor nicht weitgehend genug, weshalb er eine sich an den Nürnberger Rassegesetzen orientierende Definition wählte und damit die vermeintliche Autonomie der Protektoratsregierung aushebelte (S. 62ff.).

Beeindruckend sind hingegen die Verweise auf lokale antijüdische Verordnungen, die von einem latenten Antisemitismus in Teilen der Gesellschaft zeugen und die gepaart mit dem Vermögensentzug allmählich zu einer völligen Entrechtung und Verarmung der jüdischen Tschech_innen führte. Gruners Verdienst ist es auch, einem weiteren Akteur durchgehend Gehör zu verschaffen, nämlich den jüdischen Tschech_innen selbst. Durch die Verwendung von Tagebucheinträgen und Interviews bringt er die Opfer der Verfolgung zum Sprechen, zeigt aber auch, in welcher Weise sie sich widerständig verhalten haben, zum Beispiel durch Flucht, Beteiligung am Widerstand oder aber durch Selbstmord.

Frankfurt a. d. O.

Jan Musekamp

Nationalsozialistische Islampolitik

Motadel, David: Für Prophet und Führer. Die islamische Welt und das Dritte Reich, 568 S., Klett-Cotta, Stuttgart 2017 (engl. 2014).

David Motadels „Islam and Nazi Germany's War“ von 2014 liegt nun auch auf Deutsch vor. Seine Studie zeigt, wie Nationalsozialisten den Islam im Zweiten Weltkrieg instrumentalisierten. Allerdings ist der Band laut Autor weder eine Sozialgeschichte von Muslimen in Kriegsgebieten noch ein Spiegel ihrer Reaktionen. Das innovative Potenzial der Studie liegt darin, dass erstmals ein weder

national noch regional begrenztes Gesamtbild der Berliner Islampolitik gegeben werde.

Der Band gliedert sich in drei Teile: strategisch-ideologische Debatten über den Islam in Berlin, Politik und Propaganda in Islamräumen und Mobilisierung von Muslimen in besetzten Gebieten durch Wehrmacht und SS seit 1941. Prinzipiell, so die These des Autors, habe Berlin im Zweiten Weltkrieg oft sehr koordiniert Muslime als Verbündete und den Islam instrumentalisiert.

Der zweite Buchteil über Muslime in Kriegsgebieten ist speziell ergiebig und lotet aus, wie die deutsche Besatzung der muslimischen Bevölkerung weitreichende Geständnisse machte. Motadel wertet Archivalien aus, die das Wissen in Nordafrika und Nahost – Regionalbegriffe wären zu definieren – an der Ostfront und auf dem Balkan erweitern. Insbesondere Text- und Bildbeispiele, darunter Propaganda und Flugblätter, vom Afrikakorps sowie von Soldaten und der Bevölkerung des Balkans tragen zur Darstellung bei. Durch eine gezielte Islampolitik und -propaganda wurde versucht die dortigen Einwohner zu beeinflussen. Deutsche hätten sich geschickt auf politische und religiöse Besonderheiten eingestellt, um in häufig instabilen rückwärtigen Gebieten Kontrolle und Mobilisierung samt Gewalt hinter den Frontlinien zu schüren. Schließlich zeigt der dritte Teil, wie hunderttausende Muslime durch Wehrmacht und SS rekrutiert wurden und welche Rolle der Islam hierbei spielte. Ab Ende 1943 habe sich vor allem die SS bemüht, alle verfügbaren Muslime zu rekrutieren. Diese Islampolitik zielte darauf ab, in den Einheiten Disziplin und Kampfmoral zu stärken. Insgesamt seien die deutschen Bemühungen sehr konsistent gewesen. Verschiedene Stellen vertraten in etwa dieselben Ansichten über diesen Islam und seine politische Rolle im Zweiten Weltkrieg. Der Epilog birgt sein eigenes Fazit (S. 367): Der Autor verfolgte die Berliner Islampolitik bis

zur Kolonialpolitik mit ihrer Jihad-Kampagne zurück. Ab 1941 erreichte der Krieg die Islamräume und Muslime erfuhren eine politische und militärische Rolle. Im Auswärtigen Amt habe man zuerst eine umfassende Islampolitik erörtert und initiiert. Dem folgten die Wehrmacht, das Ostministerium und die SS, letztere vor allem ab 1943. Die Muslime wurden meist nicht als Bedrohung oder Feinde gesehen, sondern als wertvolle Verbündete. Obwohl Berlin islamische Mittelsmänner – Imame und Mullahs – einsetzte, verfehlten sie Aufstände hinter der Front. Architekten der deutschen Islampolitik hätten den Krieg meist unbeschadet überstanden. Wichtige islamische Kollaborateure entkamen. Motadel deutet am Ende noch an, dass diese oft ihre Karriere im Kalten Krieg fortsetzten.

Einige Methoden und Begriffe wären genauer zu fassen. Wer die „Instrumentalisierung des Islam“ durch Berlin oder Großmächte zu eng angeht, legt sich einseitig fest: Die eine Seite ist aktiv, auf der anderen Seiten stehen „passive Opfer“. Dies hemmt es, interaktiv kompatible Ideologen aufzuzeigen mit Islamisten, die oft stärker ihre Islampolitik entfalteten als die Nationalsozialisten – und umgekehrt diese nach ihren Interessen maßgebend mit beeinflussen konnten.

David Motadel mag Termini zur „Islampolitik“ überprüfen, die Carl Heinrich Becker und Gerhard Höpp lieferten. Er benutzt oft „Pan-Islam“, wohingegen Abd al-Aziz Jawish (جاویش, nicht Schawisch) 1917 seine „Theorie des Islamismus“ vorlegte und diesen vom Islam trennte. Pan-Islam ist Islamismus inhärent, der ersteren als islamistische Selbstdefinition ablöste. Die deutsch-osmanische (S. 37) Jihadisierung des Islamismus zeitigte das koalitionäre Jihad-Dogma, Revolten-Konzept, Muftis/Mullahs als Berliner Sprecher mit Jihad-Fatwas und Islamistischen Bruderschaften, wo seit 1914 und 1941 beiderseits oft dieselben Männer agiert haben. Dafür steht der Jerusalemer Groß-

mufti Amin al-Husaini. Sein Gespräch mit Hitler am 28. November 1941 beschreibt Motadel zu ausweichend: Es habe sich auf den Austausch von Höflichkeiten und der Versicherung der gemeinsamen Feinde begrenzt (S. 23). Aber es war doch erstmalig, dass Hitler einem Mittelostler Genozidpläne angab: Juden in Europa, Mittelost und global zu vernichten.

Eine nächste Auflage mag italienische Aspekte der Berliner Islampolitik in Europa und Mittelost einflechten sowie al-Husainis Wirken mit einem Dutzend führenden Nationalsozialisten; die SS-Islampolitik seit Ende 1941 (S. 234) samt Arbeitsgruppe Revolutionierung. „Großmufti“ war schon al-Husainis Bruder (S. 55). Amin drängte sich 1927, 1930, 1933, 1937, 1941 und 1943 ins Herz der Berliner Islampolitik und kein anderer konnte seine einflussreiche Stellung erreichen.

David Motadel legte ein solides, facettenreiches Buch zur nationalsozialistischen Islampolitik vor. Es ist zuweilen lückenhaft und begrifflich etwas unscharf. Da er fremdsprachlich und regional kompetent forscht, darf man auf seine Vertiefungen hoffen, die auch Perioden davor und danach sowie Vergleiche ausloten. Dieses profunde Werk gibt Impulse für transregionale und multiple Beziehungsgeschichten zwischen Europa und Islamräumen im Weltkrieg.

New Jersey

Wolfgang G. Schwanitz

Europa im Bürgerkrieg

Deák, István: Kollaboration, Widerstand und Vergeltung im Europa des Zweiten Weltkrieges, 367 S., Böhlau, Köln u.a. 2017 (engl. 2015).

Die galizische Stadt Lwiw, in Deutschland eher bekannt unter dem Namen Lemberg, geriet in der ersten Hälfte des 20. Jahrhun-

derts mehrfach unter fremde Besatzung. Bis 1918 Teil des Habsburgerreiches wurden ihre mehrheitlich jüdisch-ukrainischen Bewohner nach Ende des Ersten Weltkrieges Untertanen des polnischen Staates. 1939 bis 1941 herrschte der Kreml über Lemberg, das im geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes der sowjetischen Einflussphäre zugeschlagen worden war, bevor die Stadt im Sommer 1941 im Zuge des nationalsozialistischen ‚Lebensraum‘-Krieges gegen die Sowjetunion unter deutsche Besatzung geriet und fast die gesamte jüdische Bevölkerung ermordet wurde. 1944 von der Roten Armee befreit (oder besser: erneut besetzt), lieferten sich ukrainische Partisaneneinheiten in der Gegend auch noch einige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges Scharmützel mit den sowjetischen Truppen um die Unabhängigkeit ihres Landes, während die sowjetische Verwaltung mit aller Härte gegen tatsächliche und auch vermeintliche Kollaborateure vorging.

Lemberg ist ein äußerst beredtes, aber keineswegs ungewöhnliches Beispiel für das Schicksal vieler europäischer Städte, Landstriche, Staaten und Gesellschaften, die im Vorfeld, während und auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg mit wechselnden Loyalitäten, mit der Anpassung an beziehungsweise dem Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse, mit ethnischen Konflikten und mit Bürgerkrieg sowie mit den komplexen Rache und Vergeltung konfrontiert waren. Die ambivalenten Zwischentöne dieser Konflikte abseits des „großen“ Kriegsgeschehens herauszuarbeiten, darauf liegt das Hauptaugenmerk von István Deáks Studie „Kollaboration, Widerstand und Vergeltung im Europa des Zweiten Weltkrieges“.

Das Buch überrascht den Leser zunächst mit einem ungewöhnlichen Vorsatzblatt. Eine Kurzbiographie und das Porträt einer älteren Dame verleihen der auf dem Cover abgebildeten jungen litauischen Partisanin einen

Namen und einen über das Kriegsende hinausreichenden Lebenslauf. Damit ist ein erster wesentlicher programmatischer Eckpunkt der Arbeit definiert: Sie verfügt über einen ungewöhnlichen zeitlichen Horizont, da sie die Themenfelder Kollaboration und Widerstand sowie die Reaktion darauf (nämlich die deutsche ‚Vergeltung‘, aber auch die juristische Aufarbeitung nach dem Krieg – vgl. den Originaltitel „Europe on Trial“) als gesamteuropäischen, über den 8. Mai 1945 hinausgreifenden Erfahrungsraum beschreibt. Das ist zwar im Ansatz nicht ganz neu, man denke an Arno Surminskis Darstellung „Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948“ (2004) oder an Marek Jan Chodakiewicz’ Arbeit zur deutsch-sowjetischen Besatzungspolitik in Polen („Between Nazis and Soviets. Occupation Politics in Poland, 1939–1947“, 2004); allerdings ist diese Ausdehnung für die zentralen Anliegen der Arbeit durchaus einleuchtend.

Erstens möchte der in Budapest während des Zweiten Weltkrieges aufgewachsene, nun in den USA lehrende und forschende Historiker die teils massiven Auseinandersetzungen innerhalb der europäischen Okkupationsgesellschaften jenseits des großen Weltgeschehens, also des politisch-militärischen Kriegsverlaufs, vergleichend untersuchen. Diese Binnenkonflikte, die insbesondere in Osteuropa auch mit aggressiven Nationalismen und ethnischen „Säuberungen“ einhergingen, die nur bedingt auf deutsche Initiativen zurückzuführen sind, dauerten über den Mai 1945 hinaus an. Dabei stellt Deák nicht ganz überraschend fest, dass der Zweite Weltkrieg insbesondere ein ideologischer Konflikt war, und zwar nicht nur zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland, den westlichen Demokratien und der sozialistischen Sowjetunion, sondern auch zwischen faschistischen, sozialistischen und demokratischen Gruppierungen innerhalb der betroffenen Länder – Ernst

Noltes Diktum vom „europäischen Bürgerkrieg“ lässt hier grüßen.

Und zum zweiten kommt es ihm darauf an, die verschiedenen Formen von Kollaboration und Widerstand, ihre Bedingungen, Ausprägungen und ihre Aufarbeitung von Frankreich bis in die Sowjetunion und von Norwegen bis Griechenland in den Blick zu nehmen. Eine gewinnbringende thematische Weiterung ergibt sich hier dadurch, dass Deák auch die deutschen Verbündeten von Finnland über die Slowakei, Ungarn und Kroatien bis hin zu Rumänien und Italien als quasi „staatliche Kollaborateure“ der Deutschen in seine Studie miteinbezieht.

Dass eine solch umfassende Gesamtdarstellung im Detail, etwa wenn es um die Ziele und Ausgestaltung der deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion geht, nicht immer treffend ist, ist bedauerlich, vielleicht aber verständlich. Und natürlich kann eine solche Überblicksdarstellung, mit rund 300 Seiten Text für die doch recht ausgreifenden Fragestellungen eher schmal gehalten, kaum auf einer breiten Quellenbasis stehen, sondern muss sich an der Forschungsliteratur orientieren beziehungsweise dort spekulieren, wo noch Forschungslücken bestehen – beispielsweise bei der Frage nach dem Verhalten der mit Deutschland verbündeten Armeen in den von ihnen okkupierten Territorien.

Zweifelloos interessant, aber etwas rätselhaft ist die Filmografie im Anhang, da die Darstellung selbst nicht auf Spielfilme als Quellen zurückgreift. Deák zufolge hätten diese unser Bild vom Zweiten Weltkrieg entscheidend geprägt. Mit gleichem Recht hätte man aber auch eine Bibliografie der belletristischen Literatur zum Thema des Buches zusammenstellen müssen, eine solche fehlt jedoch.

An manchen Stellen wäre auch ein gründlicheres Lektorat hilfreich gewesen. So ist die Übersetzung nicht in allen Formulierungen

glücklich, etwa bei der Übernahme sprachlicher Vergröberungen, die im ungarischen Original lässig sein mögen, im Deutschen aber, zumal in einer wissenschaftlichen Arbeit, seltsam boulevardesk erscheinen – zum Beispiel wenn von „Nazis“ und deren „böser“ Ideologie die Rede ist oder vom „Gefühl der perfekten persönlichen Freiheit“ – was immer damit gemeint sein soll.

Dennoch bietet István Deáks Studie immer wieder erhellende Differenzierungen und Einsichten; sie schärft den Blick zum Beispiel auf die Ambivalenzen der Kollaboration, auf die Heterogenität der Kollaborateure und Widerstandsgruppen, auf die Handlungsspielräume von einfachen Bürgern, des Verwaltungsapparats oder der politischen Führer. Sie ist daher jedem, der sich dem Themenkomplex nähert, als Einstiegslektüre und Überblicksdarstellung zu empfehlen.

Augsburg

Andreas Zellhuber

Und nach der Abolition?

König, Malte: Der Staat als Zuhälter. Die Abschaffung der reglementierten Prostitution in Deutschland, Frankreich und Italien im 20. Jahrhundert, 496 S., De Gruyter, Berlin u.a. 2016.

„Der Staat als Zuhälter“ geht aus Malte Königs Habilitationsschrift hervor und bietet eine vergleichende Untersuchung der Abschaffung der staatlich reglementierten Prostitution in Deutschland, Frankreich und Italien jeweils in den Jahren 1927, 1946/1960 und 1958. Dreh- und Angelpunkt sind die parlamentarischen Debatten, die zu den entsprechenden Gesetzesreformen führten.

Als „staatliche Reglementierung der Prostitution“ ist jene für das 19. Jahrhundert spezifische Form der Prostitutionsregulierung beziehungsweise „sittenpolizeiliche

Sonderbehandlung“ (S. 7) gemeint, wonach Prostituierte bei der Sittenpolizei als solche registriert wurden, sich (auch erzwungenen) gynäkologischen Untersuchungen unterziehen und, je nach Kontext, in staatlich gebilligten oder konzessionierten Bordellen arbeiten mussten. Begründet wurde die Reglementierung mit einer Kombination aus gesundheits- und ordnungspolitischen sowie sexualitätsbezogenen Argumenten, die gleichzeitig die Notwendigkeit der Prostitution beziehungsweise der Prostituierten und ihre sittliche wie gesundheitliche Gefahr für die Gesellschaft betonten. Diese Form der Reglementierung wurde seit Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend aus unterschiedlichen Perspektiven kritisiert, um letztendlich im 20. Jahrhundert nach und nach fast weltweit abgeschafft zu werden.

Die Struktur der Arbeit kombiniert eine thematisch-systematische Analyse mit einem „verschränkten Vergleich“ (S. 5), der sowohl synchron als auch diachron erfolgt. Anhand eines Vergleichs will König Analysen vermeiden, die „Prozesse von ihrem Ergebnis her deuten“ (ebd.), obwohl die Absicht nicht immer konsequent eingelöst wird. So verweist schon der Titel „Der Staat als Zuhälter“ auf die Rolle des Staates in der Aufrechterhaltung der Prostitution, ist aber, streng genommen, ein Quellenbegriff, der für die Bestrebungen der abolitionistischen Bewegung steht, die Reglementierung weltweit abzuschaffen. Entsprechend mutet der Untersuchung eine gewisse Teleologie in Richtung Abschaffung der reglementierten Prostitution an. Diese schlägt sich auf die vergleichende Fragestellung nieder. Erklärt werden soll die Ungleichzeitigkeit beziehungsweise zeitliche „Diskrepanz“ (S. 410) der Abschaffung der Prostitutionsreglementierung in den drei Ländern und nicht ihre Konvergenz auch über die drei Länder hinaus.

Die Untersuchung ist in zwei Großkapitel strukturiert. Das erste, kürzere Kapitel liefert

einen Überblick der reglementierten Prostitution und einer allgemeinen Verlaufsskizze der Gesetzesinitiativen und Gesetzgebung in den drei Ländern. Auf der Grundlage bestehender Forschungsliteratur sowie publizierter Quellen fasst König den sittenpolizeilichen Umgang mit Prostituierten zusammen. Im thematisch und verschränkt vergleichenden zweiten Kapitel und Hauptteil analysiert König die parlamentarischen und öffentlichen Debatten in den drei Ländern anhand ihres jeweiligen nationalen sowie historischen Kontexts. Im Vordergrund stehen dabei die Gesundheitspolitik, die „Sozialpolitik: Prostitution und Gesellschaft“, „Geschlechterhierarchie und Emanzipation“ und „Nationalgefühl, Identität und internationale Einflüsse“. Durch die Kontextualisierung der jeweiligen Debatten in breitere, teilweise von der Prostitution unabhängige gesellschaftliche Debatten zeigt der Autor, dass zwar alle Themen in den drei Ländern zu einem Zeitpunkt thematisiert wurden, jedoch aufgrund unterschiedlicher nationaler Begebenheiten eine je unterschiedliche, teilweise gegensätzliche Bedeutung für die politische Debatte hatten.

Aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für die Rechtfertigung der Reglementierung stellt König zuerst die Frage nach den gesundheitspolitischen Diskursen und ihrem Einfluss auf die Abschaffung der Reglementierung. Dabei rekonstruiert er den Inhalt und die Bedeutung medizinischer Forschung über Geschlechtskrankheiten, insbesondere der Syphilis, sowie die Debatten über die Effektivität der Sonderregelungen für Prostituierte sowie ihre Konzentration in Bordellen für die Rechtfertigung der Abschaffung der Reglementierung. Eine zentrale Fragestellung ist, inwiefern neue medizinische und statistische Erkenntnisse sowie die Verfügbarkeit neuer Medikamente, wie beispielsweise Salvarsan und Penicillin, sich auf die politische Debatte niederschlugen. Letztendlich konnte in allen

drei Ländern die Reglementierung abgeschafft werden, indem die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf die ganze Bevölkerung ausgeweitet wurde.

Im Kapitel „Sozialpolitik“ widmet sich König einer Reihe von teilweise kakophonisch nebeneinander bestehenden Diskursen in den drei Ländern: jene über den männlichen Sexualtrieb und die Frage der gesundheitlichen Folgen (oder ihrer Abwesenheit) von Abstinenz; die sozialistischen Argumente der Prostitution als Ausdruck einer kapitalistischen Klassengesellschaft; die Bedeutung von Cesare Lombrosos kriminalanthropologischer These der „geborenen Prostituierten“ in der Rechtfertigung der Sonderbehandlung von Prostituierten; die mit Blick auf die öffentliche Ordnung und dem Schutz der Jugend mobilisierten Argumente für oder gegen die Reglementierung als Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Moral; die Bedeutung von sogenannten Zuhältervereinen oder der Zusammenschlüsse der Bordellbetreiber und -inhaber für die Debatten – in der Regel kurz vor Verabschiedung der Gesetze.

Das Kapitel „Geschlechterhierarchie und Emanzipation“ geht der Frage nach der Bedeutung der Einführung des Frauenwahlrechts und der Verschiebung der rechtlichen wie verfassungsrechtlichen Stellung von Frauen (beispielsweise in Berufen des Rechts, der Polizei und in der Ehe) für die Abschaffung der Reglementierung. König schreibt der „Verschiebung der Geschlechterhierarchie“ und vor allem dem Frauenwahlrecht eine zentrale Bedeutung zu, da erst Frauen die Thematik wirksam und beständig in die Parlamente einbrachten. Gesellschaftliche Debatten über die Sexualität von Frauen greift König weder in diesem noch im vorhergehenden Kapitel auf.

Im letzten Kapitel untersucht der Autor die noch verbleibenden, aber weniger bedeutsamen Themenstränge des „Nationalgefühls“, der internationalen Politik und des aufkom-

menden Menschenrechtsdiskurs sowie der Kirchen und Religion, die ihre „Wirkung im Hintergrund“ entfalteten (S. 339). Deshalb bietet dieses Kapitel wenige Verweise auf die parlamentarische Debatte sondern viel Hintergrund zu den wenigen Äußerungen, die diesbezüglich gemacht wurden.

Die Arbeit weist klare, oft (aber nicht immer) explizit angekündigte Grenzen auf. So zielt sie eher auf den Diskurs als auf die „reale Situation“ der Prostitution und Prostituierten (S. 11) ab, die allenfalls aus der Perspektive der in der politischen Debatte involvierten Akteure Tage tritt. Darüber hinaus erscheint die Tiefe der Quellenkritik teilweise asymmetrisch. Einer kritischen Auseinandersetzung mit der medizinischen Wissensproduktion, in der für eine Reglementierung geworben wurde, steht ein eher unkritischer Blick auf die hochpolitische Wissensproduktion der Aktivisten und des Völkerbundes gegenüber. Ferner schränkt der enge Fokus auf die Gesetze zur Abschaffung der Reglementierung den Wert der Studie für eine politische Geschichte der Prostitution im 20. Jahrhundert ein, da weitere für die Prostitution relevante Gesetze sowie die Umsetzung der Abolition unbeachtet blieben – für Deutschland ist das immerhin mehr als zwei Drittel des 20. Jahrhunderts.

Malte König leistet mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag zur deutschsprachigen Historiographie rund um Prostitution und stößt dabei die Forschung in einem marginalisierten Bereich an. Gleichzeitig bleibt eine sozial- und kulturhistorisch historisch fundierte politische Geschichte der Prostitution weiterhin ein Forschungsdesideratum. Eine solche Arbeit könnte mit der Kritik der französischen Prostituierten, die 1975 in Lyon die Kirche von St. Nizier besetzten, um gegen die als willkürlich empfundenen Strafen und Verhaftungen der Polizei zu protestieren, beginnen. Denn auch sie sahen den „Staat als Zuhälter“, obwohl – folgt man König – gera-

de der französische Staat diese Rolle doch schon spätestens 15 Jahre zuvor abgelegt haben sollte.

Erfurt

Sonja Dolinsek

Die Utopie einer ‚Welt ohne Krankheit‘

Zimmer, Thomas: Welt ohne Krankheit. Geschichte der internationalen Gesundheitspolitik 1940–1970, 438 S., Wallstein, Göttingen 2017.

In der hier zu besprechenden Publikation wird erstmals die Geschichte des weltweiten Kampfes gegen Krankheiten im 20. Jahrhundert dargestellt, der eng mit der Neuordnung der internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg verknüpft war und wesentlich von der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) geführt wurde. Dabei handelt es sich um die überarbeitete Fassung der von Ulrich Herbert betreuten Dissertation von Thomas Zimmer, die für ihre Qualität sprechend mit dem Gerhard-Ritter-Preis als beste historische Qualifikationsarbeit der Jahre 2014/15 durch die Universität Freiburg und dem Dissertationspreis des Verbandes der Historikerinnen und Historiker Deutschlands im Bereich Internationale Geschichte 2015/16 ausgezeichnet wurde. Für die Erarbeitung der quellengesättigten Studie wertete der Autor Unterlagen zahlreicher Archive in Großbritannien, Indien, der Schweiz und den USA sowie umfangreiche zeitgenössische Veröffentlichungen einschließlich „Grauer Literatur“ aus.

Die Arbeit ist in fünf Hauptkapitel unterteilt. Am Beginn steht ein Rückblick auf die Vorgeschichte der internationalen Gesundheitspolitik ab 1851, dem Jahr der Ersten Internationalen Gesundheitskonferenz in Paris. In diesen Konferenzen ging es, in zeittypisch eurozentristischer Sichtweise, in erster Linie

um die Verhinderung des Einschleppens von Krankheiten aus Asien und Afrika nach Europa. Diesen Konferenzen folgten zu Beginn des 20. Jahrhunderts erste permanente Gesundheitsorganisationen, wie die International Health Division der Rockefeller Foundation, die mit ihren überregional wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung von Parasiten und Infektionskrankheiten ein Repertoire an Maßnahmen entwickelte, auf das spätere Organisationen zurückgreifen konnten. Alle bisherigen Anstrengungen dienten überwiegend dem Schutz der eigenen Bevölkerung und blieben auf einzelne Regionen beschränkt. Erst die mit dem Zweiten Weltkrieg verbundenen Umbrüche führten ab 1940 zur Entstehung einer „Weltgesundheitspolitik“, mit der sich das zweite Kapitel beschäftigt. Parallel zur Entstehung der UNO bereiteten insbesondere die USA und Großbritannien die Gründung einer Weltorganisation vor, die sich Fragen der Verhinderung von Epidemien, der Förderung öffentlicher Gesundheitsmaßnahmen, der Verbesserung der Ernährungslage und dem Kampf gegen den illegalen Handel mit Medikamenten widmen sollte. Insbesondere die schnellen Reismöglichkeiten, die die Luftfahrt nun bot, ließen ein Schreckensszenario von sich rasch ausbreitenden Epidemien und Pandemien entstehen, denen durch eine neue internationale Zusammenarbeit begegnet werden musste. Die „schrumpfende Welt“ war das alles beherrschende Schlagwort dieser Periode, die die Ausrottung von Krankheiten an ihrem Entstehungsort zur Notwendigkeit machte. Sogar von einem kommenden „Weltkrieg gegen Krankheiten“ war die Rede, der mit der Utopie einer besseren Welt ohne Krankheiten korrespondierte. Die Verfassung der Weltgesundheitsorganisation wurde am 22. Juli 1946 auf der Internationalen Gesundheitskonferenz in New York verabschiedet und trat satzungsgemäß nach

ihrer Ratifizierung durch 26 der anwesenden 61 Staaten im April 1948 in Kraft.

Die WHO ist bis heute eine Sonderorganisation der UNO. Sie setzte sich das Ziel, „allen Völkern zur Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu verhelfen“ und erhob den „bestmöglichen Gesundheitszustand“ zu einem Menschenrecht (S. 107f.). Gänzlich neue Kompetenzen und Befugnisse auf den Gebieten des internationalen Rechts und der Normsetzung sollten zum Erreichen dieses Zieles beitragen. Auch wenn dies kaum praktische Auswirkungen hatte, griff die WHO in der Folge doch deutlicher als jede andere Organisation in das Leben von Millionen Menschen ein, was der Autor anhand der Malariaprogramme in Indien und Afrika sowie der erfolgreichen Pockenbekämpfung in den 1950er und 1960er Jahren in den Kapiteln IV und V deutlich macht. Hier verdient besonders die Darstellung der Rolle der WHO als Mittlerin zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern Erwähnung. Das III. Kapitel widmet sich den Problemen der internationalen Beziehungen in der Gesundheitspolitik und dabei insbesondere den Konflikten im Kalten Krieg, die bereits 1949 zum Austritt einiger Ostblockstaaten aus der WHO geführt hatten. Eine neue Dimension erhielt die von der WHO vertretene „Politik des Unpolitischen“, die es nichtselbständigen Kolonien ermöglichte, als assoziierte Mitglieder mit eigenen indigenen Vertretern in den zentralen Gremien in Genf vertreten zu sein. Die globale Gesundheitspolitik wurde von der WHO nicht als ausschließliches Projekt der westlichen Welt, sondern als „punktuelle Kongruenz der Interessen von politischen Eliten in den Entwicklungsländern, einer einflussreichen Gruppe internationaler Gesundheitsexperten [...] und den USA“ (S. 363) begriffen, was ihre Wirkungsmächtigkeit deutlich erhöhte. Die Arbeit endet mit einem Blick auf die internationale Gesundheits-

politik seit den 1970er Jahren und die bis heute virulente Angst vor der Wiederkehr der als „globale Killer“ bezeichneten Infektionskrankheiten.

Dem Autor der gut lesbaren Studie gelang eine umfangreiche, mitunter etwas zu detaillierte Darstellung und Analyse der Hintergründe und Brüche der nationenübergreifenden Bemühungen um die „Weltgesundheit“ in ihren verschiedenen Phasen von deren Anfängen im 19. Jahrhundert bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, die auch deren begrenzte Möglichkeiten aufzeigt. Hervorzuheben sind die ausgewogene Beurteilung der Akteure und ihrer Intentionen sowie der Blick auf die ambivalenten Folgen in den von gesundheitspolitischen Maßnahmen betroffenen Ländern, was die Studie zu einem Standardwerk machen dürfte. Der Publikation ist eine baldige Übersetzung ins Englische zu wünschen, um sie einem internationalen Publikum zugänglich zu machen.

Düsseldorf

Annett Büttner

Männer mit feinen Makeln?

Gotto, Bernhard/Seefried, Elke (Hrsg.): Männer mit „Makel“. Männlichkeiten und gesellschaftlicher Wandel in der frühen Bundesrepublik, 156 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2016.

Die Geschichte der Männlichkeiten ist längst ein etabliertes Feld der Geschichtswissenschaft, aber die Zeitgeschichte tut sich mit dessen Perspektiven nach wie vor schwer. Auch in Studien zur frühen Bundesrepublik dominieren Akteure männlichen Geschlechts, vermeintlich „große Männer“ inklusive, während Männlichkeit als eine historisch gewachsene soziokulturelle Konstruktion und Männer als soziale Gruppe erstaunlich unterbelichtet bleiben. Diesem Defizit tritt nun dankenswerterweise ein von Bernhard Gotto und Elke Seefried herausge-

gebener schmaler Sammelband entgegen, in dessen Zentrum Männer der frühen Bundesrepublik stehen, denen aus zeitgenössischer Sicht ein ‚Makel‘ anhaftete, die also – so die Herausgeber_innen in der Einleitung – „unter Konformitätsdruck standen, weil ihre vergeschlechtlichten Praxen den gesellschaftlich vorherrschenden Erwartungen nicht entsprachen, etwa hinsichtlich ihrer Sexualität, ihrer Leistungskraft oder -bereitschaft, ihrer körperlichen Erscheinung oder ihrer Sozialität“ (S. 8).

Die zehn anschließenden empirischen Einzelbeiträge werden methodisch-theoretisch durch den gemeinsamen Bezug auf Raeywin Connell geeint. Männlichkeit wird dementsprechend als eine mehrfach relationale Kategorie gefasst: konstituiert in Abgrenzung zu Weiblichkeit und gleichzeitig intern aufgefächert sowie hierarchisiert. Das Interesse des Bandes liegt dabei auf der Beziehung zwischen der in diesem Rahmen an der Spitze stehenden ‚hegemonialen‘ sowie anderen, davon in zeitgenössischer Sicht defizitär abweichenden Männlichkeiten, die nach Connell marginalisiert sind, aber von einer relativen Nähe zur hegemonialen Männlichkeit mitunter auch Komplizenhaft profitieren.

Auf dieser Grundlage soll der Band die These einer Remaskulinisierung der westdeutschen Gesellschaft der 1950er Jahre, also der gezielten Restauration einer zwischenzeitlich in die Krise geratenen männlichen Autorität, ebenso überprüfen wie das Argument, Tendenzen der Demokratisierung, Liberalisierung und Pluralisierung von Lebensstilen hätten in den 1960er Jahren das starre Klima der vorherigen Dekade aufgebrochen. Freilich sind diese Narrative in der Forschung bereits überzeugend differenziert worden und so verwundern die diesbezüglich übergeordneten Ergebnisse des Bandes nicht. Das Interpretament der Remaskulinisierung wird erneut relativiert. Zwar habe

es in der frühen Bundesrepublik Merkmale hegemonialer Männlichkeit gegeben, zu denen Erwerbstätigkeit, Heterosexualität, Soziabilität und patriarchale Autorität in der Familie gehörten, und es gab explizite Versuche, die darauf fußende hierarchische Geschlechterordnung zu stabilisieren. So sollte Kriegsversehrten die Rolle des Familienernährers ermöglicht werden, sei es mithilfe von staatlichen Leistungen (Sabine Schleiermacher) oder durch Prothesen, welche die Rückeroberung körperlicher Autonomie versprachen (Noyan Dinçkal). Und im Umgang mit jungen Wehrpflichtigen, die als besonders aggressiv oder aus anderen Gründen als ‚schwierig‘ wahrgenommen wurden, setzte die Bundeswehr auf das Vorbild des fürsorglichen und zugleich leistungsstarken Familienvaters (Friederike Brühöfener). Aber parallel existierten durchgehend Räume, in denen die dominante Männlichkeitsvorstellung von konkurrierenden Entwürfen herausgefordert wurde. Während die Gammler ostentatives Nichtstun kultivierten und sich optisch durch lange Haare feminisierten, wenngleich sie ihren weiblichen Gefährtinnen gegenüber eine patriarchalische Beschützerrolle in Anspruch nahmen (Nadine Recktenwald), begriffen sich einige Gäste eines Hamburger Obdachlosenheims trotz fehlender Erwerbsarbeit als vollgültige Männer, weil sie sich frei im öffentlichen Raum bewegen konnten (Britta-Marie Schenk). Dabei wird zweitens deutlich, dass Demokratisierungs- und Liberalisierungstendenzen bereits in den 1950er Jahren einsetzten. In dieser Dekade avancierte etwa die Figur des sanften Vaters sowohl unter Familienexperten als auch in Spielfilmen zum neuen – demokratischen – Helden (Till van Rahden). Und während der Druck auf Homosexuelle in westdeutschen Großstädten seit den frühen 1950er Jahren tatsächlich stieg, entwickelte sich das geteilte Berlin zu einem Zufluchtsort

mit ungleich größeren Lebenschancen (Michael Schwartz).

Die Einzelbeiträge sind von unterschiedlicher analytischer Kraft und empirischer Dichte; zudem argumentieren einige Autor_innen auf einer noch sehr vorläufigen Grundlage, während andere ihre Forschungsergebnisse bereits mehrfach veröffentlicht haben. Die Zusammenstellung entwickelt gleichwohl einen Reiz, weil sie die enorme Mannigfaltigkeit von Männlichkeitsvorstellungen demonstriert, die in höchst dynamische Rang- und Statuskämpfe eingebunden waren, wobei an der Spitze keineswegs notwendig das von Connell skizzierte Modell hegemonialer Männlichkeit stand. Wie Sebastian Schlund zeigt, gelang es Kriegsversehrten im Versehrtenport, sich im Vergleich zu den Zivilbehinderten als ‚Edelversehrte‘ in Szene zu setzen und ihre von außen als Makel gedeutete körperliche Einschränkung in ein ‚Ehrenmal‘ umzudeuten, das somit – so Schlund – eine sehr spezifische Form hegemonialer Männlichkeit in einem separierten homosozialen Raum anzeigte. Stefanie Coché argumentiert anhand der Selbstbeschreibungen von Psychiatriepatienten im Ost-West-Vergleich, in der DDR sei Arbeit – in Differenz zur Gewalt – kein zentrales Element von Vorstellungen gesunder Männlichkeit gewesen, während sich in der alten Bundesrepublik Männer ebenso wie Frauen bei mangelnder Arbeitsfähigkeit als krank begriffen. Außerdem ruft der Band die *agency* von Akteuren in Erinnerung, die mitunter auch der Forschung vorschnell als passive Opfer erscheinen. So setzt Benno Gammerl mit Blick auf Männer, die homosexuellen Geschlechtsverkehr hatten, Küsse unter Männern aber als ekelhaft empfanden und ihr eigenes Gefühlsleben für heterosexuelle Beziehungen reservierten, der konventionellen Interpretation einer ‚internalisierten Homophobie‘ die These intelligenter Gefühle entgegen, welche es den Akteuren

ermöglichten, unter den Bedingungen der Verfolgung ein eingeschränkt homosexuelles Leben zu führen.

Letztlich lädt der aufgrund solcher Denkanstöße lesenswerte Band dazu ein, auch die Kategorie der ‚hegemonialen Männlichkeit‘ selbst zu überdenken. Denn wenn gleich die Herausgeber_innen diese Formel weiterhin im Singular nutzen, entsteht der Eindruck, dass sowohl marginalisierte als auch hegemoniale Männlichkeiten im Plural koexistierten und konkurrierten. Und es wäre vorschnell, hierin ein Spezifikum der frühen Bundesrepublik zu sehen.

Köln

Nina Verheyen

Der Contergan-Fall und das Land Nordrhein-Westfalen

Lenhard-Schramm, Niklas: Das Land Nordrhein-Westfalen und der Contergan-Skandal. Gesundheitsaufsicht und Strafjustiz in den „langen sechziger Jahren“, 944 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016.

Der Contergan-Fall ist ein Skandal der Bundesrepublik, der bisher nur in wenigen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten analysiert worden ist. Niklas Lenhard-Schramm legt nun eine Studie vor, die sich dem Contergan-Skandal widmet und zugleich eine politikgeschichtliche Studie über die nordrhein-westfälische Gesundheitsaufsicht sowie Strafjustiz in den langen 1960er Jahren ist.

In seiner an der Universität Münster eingereichten Dissertation untersucht Lenhard-Schramm den Contergan-Fall aus einer landespolitischen Perspektive. Sie geht aus dem Forschungsprojekt „Die Haltung des Landes Nordrhein-Westfalen zum Contergan-Skandal und seinen Folgen (1956–1972)“ hervor, welches das nordrhein-westfälische Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter (MGEPA) in Auftrag ge-

geben hatte. Vor diesem Hintergrund interpretiert Lenhard-Schramm die Bundesländer in den 1960er Jahren als „Mittelpunkt des deutschen Verwaltungsgefüges“ (S. 15) und begründet so seine Untersuchungsperspektive.

Der Autor folgt dem Ansatz, den Contergan-Skandal in „grundlegende soziale Wandlungsprozesse in den 1960er Jahren“ (S. 14) einzubinden und eine Verflechtung der Akteure und ihrer Handlungen nachzuzeichnen. Mit seiner „Verflechtungsthese“ (ebd.) deckt Lenhard-Schramm Handlungsmuster auf, die sich nicht nur gegenseitig beeinflussten, sondern zu weitreichenden Wandlungsprozessen führten – so in dem Verständnis von Politik und Demokratie, in der gesetzlichen Regelung des Arzneimittelwesens, in dem Informationsaustausch zwischen Politik und Öffentlichkeit. Der Contergan-Fall wird in dem historischen Kontext der langen 1960er Jahre und sein Verlauf als Teil eines konfliktreichen Umbruchs dargestellt (S. 859).

In seinem ersten Kapitel nähert sich Lenhard-Schramm zunächst der Arzneimittelaufsicht in Nordrhein-Westfalen. Er bettet seine Analyse in eine weitreichende Beschreibung der gesellschaftlichen und arzneimittelrechtlichen Bedingungen in den 1950/60er Jahren ein. Vor diesem Hintergrund erläutert er die behördlichen Vorgänge der Arzneimittelzulassung und Handlungsspielräume der Industrie. Er zeichnet ein enges Geflecht aus wissenschaftlichen, industriellen und politischen Akteuren, die in einem von Vertrauen in die Industrie geprägten Raum agierten (S. 14). Vor diesem Hintergrund ist zu erklären, wie das Medikament Contergan vermarktet wurde und wie es möglich war, lange Zeit die Behörden in Unkenntnis über die Nebenwirkungen zu lassen.

Im zweiten Kapitel betreibt Lenhard-Schramm eine intensive Forschung nach

der Beurteilung des Contergan-Skandals, nachdem die Nebenwirkungen des Medikaments bekannt geworden waren. Die landespolitischen Akteure verblieben in ihren vertrauten Kommunikationsstrukturen: Intern sollte der Contergan-Skandal verhandelt und mithilfe medizinischer Experten gelöst werden. Außerhalb dieses Kreises erhielten Personen nur beschränkt Zugang zu Wissen. Die landespolitischen Akteure entschieden über die Verteilung neuer Informationen. Das Gefälle zwischen Wissen und Nichtwissen sowie eine unzureichende Kommunikation mit der Öffentlichkeit führte zu einer krisenhaften Überlagerung und unterstützte die Skandalisierung des Falles.

Im letzten Kapitel widmet sich der Autor der strafrechtlichen Untersuchung und Klärung des Contergan-Falles. Im Zentrum stehen das Ermittlungsverfahren sowie der Gerichtsprozess. Beide offenbaren „komplexe [...] Detailprobleme“ (S. 25), die das „Charakteristikum“ (ebd.) des Contergan-Verfahrens ausmachten. Die Akteure des Gerichtsverfahrens – Staatsanwaltschaft, Nebenkläger, Verteidiger und Richter – standen vor einer kaum fassbaren Materialfülle und diffizilen rechtlichen Fragen, die dem nichtjuristischen Beobachter im und außerhalb des Gerichtssaal nur schwer zugänglich waren.

Lenhard-Schramms Dissertation beeindruckt auf mehreren Ebenen: Seine Analyse bleibt nicht in einer Beschreibung politischer Vorgänge stehen, sondern löst den Anspruch ein, eine Verflechtungsgeschichte zu erzählen. Die behördlichen Strukturen werden eingehend analysiert, die zahlreichen Personalien aufgeschlüsselt. Der Autor arbeitet eine enge Anbindung an wissenschaftliche Experten, die politische Bedeutung einzelner Akteure und die Kommunikationswege der Behörden eindrücklich heraus. Sie zeigen das landespolitische Beharren auf „autoritäre[n] Denk- und Handlungsstrukturen“

(S. 897). Diese Strukturen wurden jedoch, wie Lenhard-Schramm nachweisen kann, von einer zunehmend politisierten Öffentlichkeit unterwandert.

Der Autor bringt neue Kenntnisse im Contergan-Fall ans Licht, insbesondere in den behördlichen Abläufen nach Bekanntwerden der Nebenwirkungen und in Bezug auf den Contergan-Prozess. Auch wenn die Studie sich auf das nordrhein-westfälische Landesinnenministerium konzentriert, dringt sie doch auch in bundespolitische Debatten vor. Zugleich beeindruckt die Präzision, mit der Lenhard-Schramm das äußerst sensible Thema darlegt und neues Quellenmaterial erschließt.

Kleinigkeiten lassen sich anmerken: Eine Zusammenfassung jedes Kapitels wäre wünschenswert gewesen, um den Überblick über die umfangreiche Studie zu erleichtern. Zwischenüberschriften wären an manchen Stellen hilfreich, um Personen und Informationen besser im Blick zu behalten. Diese Anmerkung trüben jedoch nicht den positiven Eindruck, denn es kann ohne Zweifel von einer grundlegenden Arbeit zum Contergan-Skandal gesprochen werden.

Köln

Anne Crumbach

Die Politik des Psychoboom

Tändler, Maik: Das therapeutische Jahrzehnt. Der Psychoboom in den siebziger Jahren, 504 S., Wallstein, Göttingen 2016.

Psychotherapeutisches und psychologisches Wissen hat im 20. Jahrhundert eine rasante Ausbreitung erfahren. Dabei wurde dieses Wissen gerade in der zweiten Jahrhunderthälfte nicht nur immer zentraler für das persönliche Selbstverhältnis vieler Menschen, sondern auch für gesellschaftliche Praktiken und politische Gestaltungsvisionen. Mit solchen Psychologisierungsbewegungen be-

schäftigen sich einige historische Studien, die sich aber weitgehend auf den angloamerikanischen Raum konzentrieren. Für den deutschsprachigen (insbesondere den westdeutschen) Raum sind jüngst einige Sammelbände erschienen, deren Beiträge aber nur einzelne und selektive Entwicklungsverläufe thematisieren. Dagegen beschäftigt sich Maik Tändler in seiner geschichtswissenschaftlichen Analyse mit dem generellen Aufstieg von „Psychowissen“ in der BRD, wobei er gerade die 1970er Jahre als weichenstellende Konstitutionszeit fokussiert (S. 30).

Die 1970er Jahre bildeten als „therapeutisches Jahrzehnt“ den Rahmen für den schon damals diagnostizierten Psychoboom. Als charakteristisch für diesen massiven Verbreitungsprozess psychologischer Diskurse und Praktiken nennt der Autor dessen zeitlich dicht gedrängten Vollzug, die enge Verwobenheit von Fach- und Laienwissen sowie die zeitgenössische Verbindung mit politischen Emanzipationsidealen. Als wichtigste Impulsgeber, so eine zentrale These der Studie, fungierten damals einerseits die Verwissenschaftlichung der Menschenführung und die generelle Zunahme humanwissenschaftlicher Expertise sowie andererseits der Bedeutungsgewinn der politischen Linken unter der Chiffre ‚1968‘. Trotz des postulierten und gut begründeten Untersuchungszeitraumes reicht Tändlers Studie allerdings mitunter weit über die (so wieso schon ‚langen‘) 1970er Jahre hinaus. Denn der Autor zeichnet teilweise einige psychowissenschaftliche und kulturelle Entwicklungen nach 1945 detailreich nach und greift bereits auf Prozesse der 1980er und 1990er Jahre vor, etwa das Psychotherapeutengesetz von 1999 oder dem Aufstieg von Coaching und Wellness.

In der Einleitung des Buches ordnet Tändler zunächst sein Konzept des Psychowissens, das sowohl populäre als auch akademische Wissensformen umfasst, fundiert

in einen theoretischen Rahmen ein. Dabei verweist er gerade auf die subjektkonstituierenden Effekte solchen Wissens. Hier geht er unter anderem auf Ian Hackings Konzept der ‚Looping Effects‘ oder auf Michel Foucaults ‚Selbsttechnologien‘ ein. Einen besonderen Stellenwert erhalten jedoch Andreas Reckwitz’ Arbeiten zu Subjektkulturen. Tändler sieht das von Reckwitz ab den 1970er Jahren identifizierte „konsumtorische Kreativsubjekt der permanenten Selbstwahl und Selbstentfaltung“ (S. 38) eng mit seinem Untersuchungsgegenstand verwoben und betrachtet es als Resultat des Psychobooms. In Einklang mit der theoretischen Weichenstellung basiert die historische Analyse auf einem beeindruckend breiten Korpus an Quellen – von Fachpublikationen wie der „Psychologischen Rundschau“ und dem populären Magazin „Psychologie heute“ über linke Publikationen wie „Das Argument“ und „Konkret“ bis hin zu Tagebüchern und Protokollen gruppenspezifischer Sitzungen. Auf dieser Grundlage zeichnet Tändler den Psychologisierungsprozess der 1970er Jahre anhand von drei Blickwinkeln nach, die zugleich als drei getrennte Teile die Struktur des Buches vorgeben.

Der erste Teil „Verwissenschaftlichung des Selbst“ behandelt die professionelle und disziplinäre Geschichte der Psychotherapie und der Psychowissenschaften, deren Entwicklung hier bereits ab 1900 geschildert wird. Dabei liegt ein starker Fokus auf dem Anwendungsbezug des Psychowissens und auf der Entwicklung der klinischen Psychologie. Während Psychotherapie lange in ärztlicher Hand war, wurde sie gerade ab den 1970er Jahren zunehmend zur Domäne der Psychologie, die sich zuvor kaum mit klinischen Fragen beschäftigt hatte. Anschaulich und faktenreich nennt Tändler dafür zwei Prozesse als prägend. Zum einen die Nachfrage der klinisch-therapeutisch interessierten Studierendenschaft, die sich

zwischen 1960 und 1980 fast verzehnfachte, sich meist politisch links verortete und von der statistisch-empirischen Ausrichtung des Studiums enttäuscht war. Das studentische Interesse an Psychotherapie schildert der Autor als wichtigen Faktor, da sich deswegen psychologische Institute gezwungen gesehen hätten, das Fach klinische Psychologie einzurichten. Zum anderen hebt Tändler das in den 1970er Jahren anwachsende Feld von Beratungsangeboten hervor, das ein zentrales Berufsfeld für die ersten klinisch ausgerichteten Psychologen darstellte. Trotz dieser durchaus plausiblen Argumentation erscheint Tändlers daraus folgende These der „Therapeutisierung der Psychologie ‚von unten‘“ (S. 441) dennoch etwas zu pauschal – werden damals ebenfalls vorhandene institutionelle Prozesse, etwa die Rolle der 1968 gegründeten „Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie“, die zumindest eine ergänzende ‚Therapeutisierung von oben‘ nahelegen, doch weitgehend ausgeklammert.

Im zweiten und längsten Teil „Befreiung des Selbst“ steht die Geschichte der linken politischen Bewegung der 1968er und ihre Bezugnahme auf Psychowissen im Vordergrund. Hier beschreibt Tändler detailliert, wie und in welcher Form ‚die 1968er‘ psychoanalytische Theorien als Mittel der Gesellschaftsanalyse und -kritik (wieder-) entdeckten und versuchten, daraus abgeleitete psychotherapeutische Praktiken als Instrumente der Selbst- und Gesellschaftsveränderung fruchtbar zu machen. Durch Bezugnahme auf die Kritische Theorie oder die Rezeptionsgeschichte von Werken wie Alexander Mitscherlichs „Die Unfähigkeit zu Trauern“ (1967) kann gezeigt werden, auf welche Weise die Psychoanalyse gerade durch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als politisch relevante Theorie und Emanzipationsmittel verstanden wurde. Zudem werden etwa Gruppen-

prozesse in der Kommune 1 und 2 nachgezeichnet oder Ideal und Praxis der frühen Kinderladenbewegung beschrieben, die zunächst von radikaleren, freudomarxistischen Ideen geprägt waren. Durch diese verschiedenen Schauplätze entsteht ein Panorama der westdeutschen Linken, deren zentraler Beitrag zur Etablierung eines therapeutisch geprägten Subjektideals in Tändlers Darstellung so plausibel wie plastisch wird.

Der dritte Teil „Demokratisierung des Selbst“ ist der Verbreitung der Gruppendynamik in der Bundesrepublik gewidmet. Hierbei geht Tändler unter anderem in einer mikrohistorischen Fallstudie auf die gruppendynamischen Seminare der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung ein, an denen ab 1971/72 regelmäßig Lehrer und Lehramtsstudierende teilnahmen. Interessant ist hierbei vor allem der Wandel der Gruppenprozesse im Verlauf des Jahrzehnts. In den Sitzungen standen politische Ambitionen und demokratische Werte immer weniger im Vordergrund, wohingegen – von vielen Teilnehmer_innen zunehmend aktiv gefordert – Selbstentfaltung, Emotionen und Authentizität stärker thematisiert wurden. Der auch in anderen Teilen des Buches beschriebene Einfluss der Humanistischen Psychologie wird hier besonders deutlich. Schließlich verdrängte diese psychologische Strömung, die sich stark auf Gefühle und die Entwicklung des Selbst konzentrierte, zunehmend psychoanalytische Vorstellungen und war mit ein Grund für die graduelle Entpolitisierung der Psychotherapie.

Gerahmt wird die Fülle an Material und Perspektiven durch zwei Narrative, deren Paradoxien Tändler immer wieder herausarbeitet. Nämlich erstens, dass die Kritik am Psychoboom bereits von Anfang an zum Phänomen des Psychobooms gehörte. Entsprechend stand die Ablehnung der Autorität der Experten durch die ‚1968er‘ gerade im Bereich des Psychowissens in einem ambi-

valenten Verhältnis zu eben jenen Experten – denn die Beschäftigung mit dem Selbst war ja gerade auf dieses Expertenwissen angewiesen. Zweitens führten die neuen, radikalen Subjektentwürfe der ‚1968er‘ letztlich teilweise zu den flexiblen und anpassungsbereiten Subjektentwürfen, die heute oft dominieren. Die zunächst politisch und links geprägten Werte der Selbstverwirklichung gingen – von ihrem politischen Gehalt und Solidaritätsideal bereinigt – später in neoliberale Zielvorgaben der Selbstoptimierung über. Diese These ist zwar keineswegs neu – Tändler selbst beschreibt etwa anschaulich die Ironie, dass auf solche Entwicklungen in kritischen Teilen der Linken durchaus von Beginn der Therapeutisierung an hingewiesen wurde. Neu ist aber durchaus die Präzision, mit der dieser Prozess an verschiedensten Orten von Tändler nachgezeichnet und in seinen Ambivalenzen beleuchtet wird.

Tändler stellt den Prozess des Psychobooms in all seinen Dynamiken und Verzweigungen ausführlich, ideenreich und in oft brillantem sprachlichen Stil dar. Gerade der Reichtum an Perspektiven und historischen Kontexten sowie die Exkurse, die mitunter auch sehr spezifische politische Entwicklungen abdecken und weit über den Untersuchungsfokus der 1970er Jahre hinausreichen, führen aber manchmal dazu, dass die Arbeit als Ganzes schwer greifbar ist. Zugleich bietet die Vielzahl der untersuchten Schauplätze ein umfassendes Bild und es ergeben sich immer wieder faszinierende Details, beispielsweise dass ausgerechnet die populäre „Psychologie heute“ 1977 exklusiv Auszüge aus der deutschen Ausgabe Foucaults „Sexualität und Wahrheit“ noch vor der Buchveröffentlichung druckte. Insgesamt handelt es sich um eine hervorragende Analyse, die für die Politik-, Kultur- und Wissenschaftsgeschichte gleichermaßen zu empfehlen sei. Maik Tändler hat ein faktenreiches, fundiertes und theoretisch informiertes

Werk geschrieben, das voll an subtilen Beobachtungen ist und einen geradezu enzyklopädischen Charakter besitzt.

Lübeck

Lisa Malich

Amerikanische Gesellschaftspolitik

Kohler-Hausmann, *Julilly: Getting Tough. Welfare and Imprisonment in 1970s America*, 328 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2017.

Sicherlich, weder die restriktiven Reformen des Wohlfahrtsregimes noch die des Strafrechts sind historiografisches Neuland, gleichwohl verdient das Buch von Julilly Kohler-Hausmann große Beachtung und viel Anerkennung. Denn es gelingt ihr in eindrucksvoller Weise, den Transformationsprozess zu analysieren, der seit den 1970er Jahren diese beiden Politikfelder im Zeichen des Neoliberalismus und eines in beiden Parteien angewachsenen *Law-and-Order*-Denkens – unter dem Slogan *getting tough* – stark verändert hat. Dabei zeigt die Autorin im Unterschied zur gängigen Literatur überzeugend, wie eng diese zwei Gebiete miteinander verwoben waren. Sie baut ihr gut gegliedertes Narrativ auf der Analyse von drei national beachteten Einschnitten auf: Im Jahr 1973 erließ der republikanische Gouverneur von New York, Nelson Rockefeller, das strengste Gesetz gegen Drogen-Dealer, insofern er hohe Mindeststrafen (*minimum penalty*) festlegte. Und Kalifornien bekam 1976 ein Gesetz gegen Drogen, das ebenfalls hohe Mindeststrafen für einzelne Delikte beinhaltete. Zuvor, im Jahr 1971, hatte der kalifornische Gouverneur Ronald Reagan gegen die Stimmen der Demokraten ein restriktives *welfare*-Gesetz erlassen (ähnlich wie in Illinois), was insofern nicht verwundert, als er das bestehende Wohlfahrtssystem als Schlamassel (*mess*) und Krebsgeschwür

(*cancer*) deutete. Wohlfahrtspolitik galt immer häufiger als *soft* und effeminiert (*effeminate*), während der Alternativ-Slogan *getting tough* einen Staat imaginierte, der sich am Leitbild starker Männlichkeit orientierte.

Das neue Gesetz reduzierte die Ausgaben bestimmter Wohlfahrtsprogramme und weitete die behördlichen Überprüfungen der Lebensführung von Wohlfahrtsempfängern aus. So mussten Mütter auch dann erwerbstätig sein, wenn sie kleine Kinder hatten. Die Annahme auch schlecht bezahlter Jobs sollte erzwungen und die Sozialhilfen auf die wirklich Bedürftigen beschränkt werden. Diese offiziell als *color-blind* ausgewiesene Restriktionspolitik war rassistisch geprägt, wie die Autorin immer wieder herausarbeitet. Allerdings verzichtet sie auf eine konzise Darstellung der sich oftmals durch die De-Industrialisierung und infolge der kommunalen Finanzschwächen rasant verschlechternden Lebensumstände in den Ghettos. Dies ist bedauerlich, handelte es sich doch dabei um die Hauptrekrutierungsfelder afroamerikanischer Drogendealer und -konsumenten, von denen sehr viele früher oder später in Haftanstalten landeten. So waren um 2000 in den Gefängnissen im Staat New York rund 90 Prozent der wegen Drogendelikte verurteilten Personen *african americans* oder Latinos, obwohl die Mehrheit der Drogenkonsumenten und -verkäufer Weiße waren (S. 117f.).

Die gut lesbare Studie besticht insbesondere durch die Rekonstruktion nicht nur der politischen Willensbildung „von oben“ und der Meinungsvermittlung durch Medien (Presse, Filme), sondern auch durch die Berücksichtigung der Wahrnehmungsweisen „von unten“. Die an den jeweiligen Gouverneur gerichteten Briefe enthüllen, dass der Slogan *getting tough* die Stimmung vor allem in dem aufblühenden neokonservativen Milieu gut erfasst. Auf staatliche Unterstützung angewiesene Arme wurden in der

Öffentlichkeit mehr und mehr als *underdogs* pathologisiert, diskriminiert (faule Leute) und kriminalisiert (Betrüger). Behörden ermunterten sogar zu Denunziationen, und tatsächlich gingen zahlreiche Tipps ein. Die Denunzianten orientierten sich bei ihren Angaben vor allem an unangemessen erscheinendem Besitz und Konsum der Verdächtigen sowie an der Vermutung, dass trotz Sozialhilfe einer Erwerbstätigkeit nachgegangen werde.

Auch jene, die gegen diese Art von Transformation opponierten, kommen in dem Buch ausführlich zu Wort. So wandten sich die Gefangenenorganisationen unter anderem gegen die gängige Verurteilung von Drogen-Straftätern zu unbefristetem Gefängnisarrest (*indeterminate sentences*). Zwar sahen die hierbei periodisch vorgesehenen offiziellen Anhörungen (*parole boards*) eines jeden Gefangenen die Möglichkeit vor, diesen auf Bewährung freizulassen (*parole release*), aber das führte in ihren Augen zu behördlicher Willkür. Die schließlich erreichte Reform beendete diese alte Rechtspraxis. Dadurch eröffnete sich allerdings ein Machtzuwachs für den Gesetzgeber, weil er nun die Möglichkeit erhielt, die Mindeststrafen zu erhöhen. Da dies tatsächlich in den folgenden Jahren im beträchtlichen Ausmaß geschah, verlängerte sich schließlich die Dauer der Gefängnisarrest im Durchschnitt beträchtlich, wobei gleichzeitig immer mehr Menschen in den Haftanstalten landeten. Rehabilitationsprogramme wurden außerdem dezimiert oder ganz gestrichen und die häufig privat betriebenen Gefängniskomplexe massiv ausgebaut. Selbst nach der Verbüßung einer Strafe blieben die Freigelassenen Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Im Rahmen einer solchen auf Dauer abgestellten Exklusionspolitik wurden sie überwacht, ihre Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten beschnitten und ihnen ihr Wahlrecht entzogen. Im Jahr 2013 durften

deswegen 5,85 Millionen Menschen in den USA nicht wählen.

Die perspektivenreiche und auch theoretisch fundierte Studie weist viele Passagen auf, in denen die Autorin die 1960er Jahre einblendet, um die tiefen Einschnitte der seit den 1970er Jahren einsetzenden Transformation zu verdeutlichen. So lenkt sie die Blicke auf die damaligen Gefängnisreformbemühungen samt Resozialisierungsambitionen, ferner auf die Ausweitung der Sozialprogramme (Präsident Johnsons *war on poverty*) sowie auf die *civil rights*-Gesetze und sozialen Bewegungen. In ihren Rückblicken thematisiert die Autorin zudem die damalige Zunahme des bis in die weißen Vororte reichenden Drogenkonsums, welche die Öffentlichkeit enorm aufschreckte.

Die insgesamt sehr gelungene und einprägsame Analyse dieses gesellschaftlich tiefgreifenden Wandels amerikanischer Gesellschaftspolitik regt nicht zuletzt dazu an, den transatlantischen „get-tough“-Einflüssen auf die deutsche Gesellschaft und deren Sozialpolitik genauer nachzugehen, dabei jedoch auch in „offenen“ Vergleichen die Eigenheiten der jeweiligen Rechts- und Sozialsysteme herauszustellen.

Hannover

Adelheid von Saldern

Das ARPANET als kybernetisches System

Schmitt, Martin: Internet im Kalten Krieg. Eine Vorgeschichte des globalen Kommunikationsnetzes, 248 S., transcript, Bielefeld 2016.

Die Diskussionen um die Möglichkeiten und Auswirkungen der digitalen Vernetzung, beispielsweise in Form des Internets, bestimmen gegenwärtig wie kaum eine zweite technologische Entwicklung den gesellschaftlichen Diskurs um die Frage nach dem Umgang mit Technik. Gleichzeitig entdeckt die geschichtswissenschaftliche Forschung nur

sehr zögerlich ihr Interesse an diesen aktuellen Fragestellungen. So steht am Anfang der Monographie auch der Befund, dass die vorhandenen Standardwerke zur Geschichte des Internets und seinen Vorläuferinstitutionen fast ausnahmslos in den späten 1990er Jahren verfasst wurden. Diese „Zeit des informationstechnologischen Aufbruchs“ (S. 11) äußerte sich in einer optimistischen Grundüberzeugung bezüglich der sozialen Folgen sowie dem auf die 1960er Jahre zurückprojizierten Ideal der vernetzten Kleinstcomputer, welche der Autor passend als „Kleinrechnereuphorie“ (S. 13) bezeichnet.

Martin Schmitt darf mit seinem aktuellen Forschungsschwerpunkt und bisherigen Publikationen als ein Protagonist der noch jungen deutschsprachigen Digitalgeschichte bezeichnet werden. In seiner Geschichte des Internets möchte er die klassische Narration „vom Speicher zum Verteiler“ – wie sie beispielsweise Mercedes Bunz schrieb – aufbrechen, in Teilen dekonstruieren und mit neuen Perspektiven anreichern. Hierzu zählen, spätestens mit den Enthüllungen von Edward Snowden, auch und vor allem die Einbeziehung von Kontroll- und Überwachungsaspekten. Schmitt möchte zeigen, dass die Voraussetzungen für eine zweiseitige Nutzung, wie wir sie heute wahrnehmen – das Internet als „Technologie der Freiheit und Vergemeinschaftung genauso wie der Überwachung und Kontrolle“ (S. 17) – bereits in den 1970er Jahren angelegt wurden.

Einige Einschränkungen müssen jedoch zu Beginn genannt werden. Der Titel des Buches suggeriert dem Leser eine umfassende Geschichte des Internets in der Zeit des Ost-West-Konflikts. Bereits der Klappentext stellt jedoch klar, dass sich die Untersuchung auf die USA der Jahre 1967 bis 1975 beschränkt. Diese starke zeitliche wie räumliche Eingrenzung wird im ausführlichen Methodenkapitel plausibel begründet und schmälert keinesfalls

den Erkenntnisgewinn, aber es bleibt die Frage, ob der gewählte Titel wirklich zutreffend ist; zumal Schmitt die Schlagworte „Internet“ und „Kalter Krieg“ selbst kritisch reflektiert und differenziert verwendet. So konstatiert er beispielsweise, dass Internet und ARPANET eben nicht das gleiche seien und der Begriff des Internets als Fachterminus für den Zusammenschluss mehrerer Netzwerke erst in den 1980er Jahren und damit außerhalb des Untersuchungszeitraumes Verwendung fand. Der Verlag scheint hier mit seiner Titelwahl doch deutlich über das Ziel hinausgeschossen zu sein.

Ein großer Erkenntnisgewinn von Schmitts Studie liegt bereits in seiner Ausgangsthese begründet: Das ARPANET wird als ein kybernetisches System verstanden und analysiert. Die Kybernetik bildete dabei die gemeinsame Sprache der verschiedenen Akteure, welche im untersuchten Zeitraum Einfluss auf die technischen Entwicklungen nahmen. Der Autor identifiziert drei soziale Gruppen: „das Militär“ als Auftrag- und Geldgeber, „die Computerwissenschaftler“ als Entwickler und Nutzer sowie „die Gegenkulturellen“, welche sich die Technik aneigneten und damit eigene weltanschauliche Überlegungen speisten. Schmitt setzt hierbei den Fokus besonders auf die „New Communalists“, welche sich in den 1960er Jahren in den USA in Kommunen aufs Land zurückzogen, Technologie dabei aber nicht grundlegend ablehnten, sondern als ein Werkzeug ihrer Weltsicht begriffen – die digitale Vernetzung diene ihnen dabei „als ein egalitäres, freiheitliches, horizontal strukturiertes Gegenmodell zur ausweglosen Realität der rationalen Moderne“ (S. 93).

In der zweiten Hälfte des Buches, welche den Kern der empirischen Analyse bildet, wird entlang der technologischen Entwicklungsschritte der Einfluss der vorgestellten Gruppen verdeutlicht sowie ihre Motivationen und konkreten Handlungen auf kybernetische

Modelle hin hinterfragt. Die vereinzelt Exkurse in den Programmiercode erweisen sich dabei als besonders erkenntnisgewinnend; beispielsweise, wenn Schmitt darlegen kann, dass die Programmiersprache LISP mit ihren rekursiven Verschachtelungen als ein kybernetisches Problemlösungsmodell gelesen werden kann. Dabei werden die freiheitlichen und basisdemokratischen Aspekte des Netzwerks genauso herausgearbeitet wie die zentralistischen und hierarchischen Elemente. Diese waren dabei keineswegs nur technisch-funktional begründet, sondern konstituierten sich immer auch sozial.

Schmitt legt insgesamt überzeugend dar, dass der Einfluss von Kybernetik und gegenkulturellen Strömungen in einer sehr frühen Phase der technischen Entwicklung der Computervernetzung einen wesentlichen Anteil daran hatte, die strukturellen Grundlagen für ein ambivalentes Internet zu schaffen, sodass sich dieses gleichsam freiheitlich-demokratisch wie hierarchisch-geschlossen ausformen konnte. Damit leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der immanenten Ambivalenz von digitaler Vernetzung und wird hoffentlich zahlreichen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten als Anregung dienen.

Dresden

Hagen Schönrich

Glasgow zwischen Deindustrialisierung und Dienstleistungszentrum

Gerstung, Tobias: Stapellauf für ein neues Zeitalter. Die Industriemetropole Glasgow im revolutionären Wandel nach dem Boom (1960–2000), 439 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016.

Der sozioökonomische Strukturwandel, der die westeuropäischen Gesellschaften im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts erfasste, veränderte das Gesicht der altindustriellen Städte grundlegend. Auf den Wegfall von

Industriebetrieben und -arbeitsplätzen folgten vielerorts Anstrengungen, die Städte zu Dienstleistungs- und Kulturzentren umzubauen. Dieser Transformationsprozess ist Gegenstand der vorliegenden Veröffentlichung von Tobias Gerstung, die auf seiner 2015 an der Universität Tübingen vorgelegten Dissertationsschrift basiert. Darin zeichnet Gerstung zunächst Ursachen und Verlauf des industriellen Niedergangs nach und untersucht im Anschluss den Umgang mit dessen Folgen und das Entstehen neuer Strategien der Umnutzung und Umgestaltung. Das Fallbeispiel, die schottische Metropole Glasgow, ist für die Untersuchung eine denkbar gute Wahl. Glasgow war seit dem 19. Jahrhundert stark durch die Hafen- und Schwerindustrie geprägt, deren Niedergang sich aber bereits ausgesprochen früh abzeichnete. Ebenso früh entstanden in Glasgow Strategien, den Wegfall der Industrie zu kompensieren und eine neue Wirtschaftsgrundlage zu schaffen. Die Stadt wird daher von Gerstung zu Recht als Vorreiter der Transformation präsentiert.

Das Buch ordnet sich in die neuere Forschung zu den 1970er Jahren als Dekade eines gesellschaftlichen Strukturbruchs ein, wobei Gerstung die Grundannahme einer tiefgreifenden Zäsur um 1970 gleich in mehrfacher Hinsicht relativiert. Zum einen beginnen seine Erklärungen für die in Glasgow zu beobachtende Transformation bereits in der Zwischenkriegszeit, spätestens jedoch mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges (Die Periodisierung im Titel des Buches, 1960–2000, ist in dieser Hinsicht irreführend). Zum anderen betont Gerstung, dass es sich bei genauerer Betrachtung des Strukturbruchs und den Umgang mit dessen Folgen um ein „Geflecht [...] aus Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten“ (S. 19) handele und mithin nicht von einer linearen Entwicklung gesprochen werden könne. Folglich beschreibt das Buch einen

allmählichen Wandel, der mit der Krise der Zwischenkriegszeit begann und sich in den 1960er Jahren beschleunigte, ehe sich dann ab den 1970er Jahren ein grundsätzlich neuer ‚Umgang‘ mit der Deindustrialisierung herausbildete, die zu diesem Zeitpunkt in Glasgow schon weit vorangeschritten war.

Der erste Teil des Buches beginnt dann auch mit dem Clyde Valley Regional Plan von 1949, der als Schlüsseldokument der Deindustrialisierung Glasgows präsentiert wird. Gerstung zeigt, wie die Problematisierung der Industrialisierungs- und Urbanisierungsfolgen zu einer gezielten Politik der Dezentralisierung und Diversifizierung führte. Diesem Ziel entsprechend wurden in den 1950er und 1960er Jahren Gewerbe aus Glasgow ausgelagert und Betriebe des Technologiesektors und anderer „Zukunftsbranchen“ im Umland angesiedelt, in der Hoffnung damit die Wirtschaftsentwicklung beleben zu können. Was aus regionaler Logik folgerichtig erschien, ging zu Lasten der Kernstadt und ihrer industriellen Basis, deren Niedergang dadurch beschleunigt wurde. Allerdings erwies sich diese Politik nicht als sonderlich erfolgreich und es stellte sich die Frage nach einem anderen Umgang mit den inzwischen klar erkennbaren Folgen des Niedergangs der Produktion in Hafen- und Schwerindustrie.

Erst in den 1970er Jahren, als die Politik der Dezentralisierung und Diversifizierung nicht die erwarteten Resultate brachte und die allgemeine Planungseuphorie verfliegen war, richtete sich die Aufmerksamkeit wieder auf die Kernstadt. Von dieser Neuausrichtung der städtischen Planung handelt der zweite Teil des Buches. Im Umfeld der inzwischen weitgehend verlassenen Hafen- und Industrieanlagen galt es einerseits, die Stadt baulich neu zu gestalten und auf Dienstleistungen und kulturelle Nutzungen auszurichten. Andererseits wurde versucht, ein neues Image der Stadt Glasgow zu etablieren.

Dabei griffen die bauliche Umgestaltung und die Entfaltung neuer Repräsentationen der Stadt ineinander: Sie bildeten „zwei interdependente[...] Ebenen“ (S. 165) der Neuausrichtung. Gerstung präsentiert diese Reorientierung der Planung im Wesentlichen als eine Erfolgsgeschichte. Zwar kommen auch Kritiker zu Wort, aber letztlich scheinen sich die Pläne von Politikern, Experten und Investoren durchgesetzt zu haben, die in der Umgestaltung der industriellen Stadt ein hervorragendes Feld für die Umsetzung „neoliberaler“ Leitbilder entdeckten.

Die Einteilung der Studie in zwei gleichgewichtige Teile ist auch ein Hinweis auf die Schwächen des Buches. Es fehlt eine übergeordnete Fragestellung, die beide Teile zusammenbindet und das Buch als Ganzes strukturiert. Die Fragen, die explizit formuliert werden („Gefragt wird, wie sich die Stadtlandschaft am Fluss im Untersuchungszeitraum veränderte“, S. 22), lassen erahnen, dass das Buch über weite Teile auf einer deskriptiven Ebene bleibt. Auch gelegentlich eingestreute theoretische Versatzstücke, wie zum Beispiel die Diskussion von David Harveys Interpretation postmoderner Stadtplanung (S. 284), bleiben ohne Zusammenhang zu einer übergeordneten Argumentation. Das ist bedauerlich, weil das Buch durchaus mit einigen anregenden Thesen und Einsichten aufwarten kann, die man allerdings nicht in der Einleitung wiederfinden wird. (Auf ein Fazit, in dem zentrale Fragen und Befunde zusammengefasst werden, hat Gerstung bezeichnenderweise ganz verzichtet). Was bleibt, ist eine gut lesbare Darstellung wichtiger Meilensteine der Glasgower Stadtgeschichte, in der man viel Interessantes und durchaus Neues erfährt.

Insgesamt bietet das Buch reichlich empirisches Material zu einem stadt- und wirtschaftsgeschichtlich hoch relevanten Thema. Die eigentlichen Forschungsfragen nach den Ursachen und Ambivalenzen des hier

beschriebenen Transformationsprozesses bleiben aber weiterhin offen.

Darmstadt/Jena

Sebastian Haumann

Neue Soziale Bewegungen – eine Herausforderung für die Gewerkschaftsarbeit?

Andresen, Knud: Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er Jahre, 640 S., Wallstein, Göttingen 2016.

In der publizierten Fassung seiner Habilitationsschrift wird die Absicht von Knud Andresen, an die Kulturgeschichte des Politischen anzuknüpfen und dabei einen Beitrag für die Erneuerung der Politikgeschichte beizutragen, deutlich. Der Autor dieses Werkes widmet seine Aufmerksamkeit den Debatten sowie den sozialen und militanten Praktiken innerhalb der Gewerkschaftsjugend der IG Metall von 1968 und bis zur Mitte der 1980er Jahre. Der Untersuchungszeitraum ist für die Geschichte der Arbeiterbewegung essenziell, da er die letzte Hochphase im Organisationsgrad der Arbeiterschaft und der Arbeiterkultur abdeckt.

Als Sozialhistoriker hat Knud Andresen in seinen bisherigen Arbeiten der Jugend bereits viel Aufmerksamkeit gewidmet. Erneut verfolgt er den Ansatz, die Thematiken der Jugendkultur und die der Arbeiterbewegung fruchtbar zu vermengen. Für die „lange“ Dekade der 1970er Jahre ist dieser Ansatz besonders vielversprechend, weil das Aufkommen von linken Gruppierungen, die diesen Zeitraum mitprägten, vor allem von Jugendlichen geprägt wurde. Das Aufblühen gesellschaftlicher Alternativen im linken Teil des politischen Spektrums, von den Maoisten bis zu den Spontis, stellte eine Herausforderung für die traditionellen Organisationsformen der Arbeiterbewegung dar. Diese Entwicklung konnte keineswegs un-

bemerkt an der gewerkschaftlichen Jugend vorbeigehen; allein schon deshalb, weil die Entstehung des Neuen, verkörpert durch die „Neuen Sozialen Bewegungen“, eine Abgrenzung vom Traditionellen implizierte.

Knud Andresen demonstriert jedoch sehr überzeugend, dass die Gewerkschaften und die „Neuen Sozialen Bewegungen“ nicht nur von Gegensätzen geprägt waren. Er stellt fest, dass die Gewerkschaftsjugend eine besondere Stellung bei der Interaktion zwischen dem Establishment der Arbeiterbewegung und den alternativen gesellschaftlichen Milieus einnahm. Wichtige Verbindungen in Form von Finanzierungen, logistischer Hilfe oder reinem Interesse seitens der Gewerkschaftler waren auch vorhanden, trotz der Skepsis und der Ablehnung mancher Gewerkschaftsführer, die „die neue“ Jugendkultur meistens misstrauisch beäugten. Obwohl der DGB, und dabei besonders die Spitze der IG Metall, anstrebte, diese linke Agitation Dank der Jugendarbeit zu zähmen, drangen neues Gedankengut und neue Praktiken in die Gewerkschaftsbewegung hinein. Dies konnte jedoch nicht den fortschreitenden Trend aufhalten, wonach sich das politische Engagement fernab der Betriebe entwickelte (S. 578).

Eine Stärke des Buches ist die detailreiche Wiedergabe der Debatten und Auseinandersetzungen innerhalb der Jugendorganisation, zum Beispiel bei der Berufsausbildung. Das Werk orientiert sich somit stark auf die Spannungen, die jugendliche Gewerkschaftler bewegten, und weniger auf das Verhältnis zwischen Jugend und dem übrigen Gewerkschaftsapparat. Besonders manche innenpolitischen und außenpolitischen Fragen, wie die Erweiterung oder Gestaltung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, werden nicht oder zumindest nicht systematisch behandelt.

Andresen unterscheidet drei Phasen, die – nach einer sehr guten Überblicksdarstel-

lung der Jugendorganisation der IG Metall in der vorhergehenden Zeit – seine Arbeit strukturieren. Die Zäsuren, die diese Zeitabschnitte, die im Schnitt fünf Jahre dauern („Politisierung zwischen 1968 und 1973“; „Resignationsphase von 1974 bis 1979“; „erneute Politisierung zwischen 1980 und 1984“, S. 39), bilden, sind jedoch in Anbetracht des Themas schwer nachvollziehbar. Klare Trennlinien sowie kurze Zeitabschnitte erscheinen als wenig geeignet, um gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht zu werden. Es war Andresen offensichtlich selbst bewusst, dass „gesellschaftliche Wandlungen für die Zeitgenossen oft nur schwer zu erkennen“ (S. 304) sind. Vielleicht war sich der Autor selbst etwas unsicher über die Periodisierung, weil er in seiner Einleitung das vierte Kapitel mit den Jahreszahlen 1980 und 1985 angibt (S. 40), obwohl das Kapitel die Zeit von 1979 bis 1984 abdeckt (S. 463). Somit leuchtet dem Leser der Umbruchcharakter der Jahre 1973, 1979/1980 und 1984 nicht wirklich ein. Infolgedessen sind die Entwicklungen innerhalb der Jugendorganisation der IG Metall und die Leitlinien des Autors durch die etwas künstlich wirkende Aufteilung schwerer zu erkennen. Dies ist besonders bedauernswert, weil das Werk bereits ohne Quellenverzeichnis, Literaturliste und Namensverzeichnisse 589 Seiten umfasst.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass das Werk hilfreicher für die Geschichte der Jugendkultur sein wird als für die der Gewerkschaften. Nichtsdestoweniger eignet sich dieses Buch als wichtiges Nachschlagewerk für die Untersuchung der „Neuen Sozialen Bewegungen“; gerade auch, wenn es darum geht, die deutsche Gesellschaft in einer transnationalen Perspektive zu verorten.

Straßburg/Berlin

Alexandre Bibert

Von der wirtschaftlichen Überlegenheit staatlicher Netze

Dyczewski, Adam: Öffentliches versus privates Eigentum an gesamtwirtschaftlich bedeutenden Infrastrukturen. Eine wirtschaftshistorische Analyse am Beispiel der deutschen Höchstspannungsnetze während ihrer Anfänge in der Weimarer Republik und nach der Liberalisierung des Energiemarktes in Deutschland im Jahr 1998, 325 S., Steiner, Stuttgart 2017.

Die Diskussion über das staatliche oder private Eigentum an großen Infrastrukturnetzen sowie über deren Betrieb ist so alt wie unterschiedliche Infrastrukturen selbst. Organisierte der Staat im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert allmählich den Betrieb von Eisenbahn-, Telekommunikations- und Energienetzen in eigener Hand, so setzte in den 1980er Jahren die Gegenbewegung ein. Neoliberale Reformer wetterten gegen den Staat als Garanten von Ineffizienz und erhoben die Privatisierung staatlicher Monopole und Monopolunternehmen zu einer ihrer Kernforderungen. Dies galt auch für Höchstspannungsnetze, die in der Bundesrepublik mit der Liberalisierung des Energiemarkts im Jahr 1998 in privaten Besitz überführt und mit der zweiten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes im Jahr 2005 einem regulierten Netzzugang unterworfen wurden, woraufhin die integrierten Stromkonzerne ihr Eigentum am Netz veräußerten. Mittlerweile – und da knüpft auch das hier zu besprechende Werk an – nimmt die Skepsis an neoliberalen Paradigmen zu und es wird kontrovers über die Verstaatlichung von Netzinfrastrukturen diskutiert. Es geht um die Frage, ob der Staat die Netze im öffentlichen Eigentum betreiben sollte, weil private Netzbetreiber Rendite erzielen möchten und deshalb nicht in die Infrastruktur investieren. Oder, ob private Unternehmen die Netze betreiben sollten, weil diese effizienter wirtschaften. Einzelne

Staaten wie Dänemark haben hier bereits Position für das öffentliche Eigentum bezogen und das Höchstspannungsnetz in die Hände des Staatsunternehmens ‚Energiel. dk‘ gelegt.

Dem Grundproblem der effizienten Organisation von Höchstspannungsnetzen widmet sich die vorliegende Studie, indem sie einen Vergleich der Errichtung des deutschen Höchstspannungsnetzes in der Weimarer Republik mit der Liberalisierung des deutschen Netzes nach 1998 vornimmt. Der aktuellen Debatte möchte sich Adam Dyczewski durch eine wirtschaftshistorische Perspektive annähern. Dabei wird von der Kernthese ausgegangen, in der Marktwirtschaft sei öffentliches Eigentum an Höchstspannungsnetzen aus ökonomischer Sicht gegenüber dem privaten Eigentum vorteilhaft.

Die Dissertationsschrift besitzt eine klare Struktur. Nach der Einleitung, die deutlich den Charakter einer wissenschaftlichen Qualifikationsarbeit aufweist, wird im zweiten Teil die theoretische Basis der Untersuchung im Hinblick auf die Vorteilhaftigkeit des öffentlichen Eigentums gelegt. Aus theoretischen Versatzstücken, etwa der Neuen Institutionenökonomik (Verfügungsrechtstheorie, Prinzipal-Agent-Modelle und Transaktionskostentheorie) sowie dem Eigentumsmodell nach Jean-Jacques Rosa, entwickelt der Autor einen theoretischen Untersuchungsleitfaden sowie einen Kriterienkatalog, um die (angenommene) Vorteilhaftigkeit des öffentlichen Eigentums an beiden Untersuchungsfällen messen zu können. Im dritten Teil wird dieser Leitfaden dann an der Errichtung des deutschen Höchstspannungsnetzes in der Weimarer Republik und die Liberalisierung des Netzes nach 1998 angelegt. Im eher knapp gehaltenen vergleichenden vierten Teil kommt der Verfasser zu dem (wenig überraschenden) Ergebnis, dass öffentliches Eigentum an

Höchstspannungsnetzen „nach ökonomischen Kriterien eine überlegene Alternative aus dem gesamtwirtschaftlichen Blickwinkel“ (S. 299) darstellt. Es wird argumentiert, dass die Profitorientierung privater Netzbetreiber nach 1998 einer gesamtwirtschaftlichen Verbesserung im Energiesektor, vor allem niedriger Verbraucherpreise, im Weg stand. Mit Blick auf die geplante Energiewende fällt der Verfasser deshalb auch ein eher nüchternes Urteil: Da die derzeitigen Eigentümer den kostenintensiven Ausbau mit möglichst niedrigem Kapitaleinsatz zu verwirklichen versuchen, um eine gute Rendite zu erzielen, sei ein effizienter Netzausbau nicht zu erwarten. Insofern sieht der Verfasser auch eine verpasste Chance darin, dass der Bund das Netz 2009 nicht von Energieunternehmen wie E.ON und Vattenfall zurückerworben hat. Insgesamt spiegelt die Arbeit damit einen Zeitgeist wider, der staatlichen Besitz an infrastrukturellen Netzen wieder positiver bewertet.

Abschließend bleibt zu konstatieren, dass Adam Dyczewski eine inhaltlich sehr dicht geschriebene Arbeit vorgelegt hat, die der Rezensent mit viel Gewinn gelesen hat. Nichtsdestotrotz sollten einige kritische Punkte nicht unerwähnt bleiben: So betrachtet die Arbeit ausschließlich die deutschen Entwicklungen und blickt kaum über den deutschen Tellerrand hinaus. Dies ist umso bemerkenswerter, weil der EU-Energiemarkt längst zu einer Verschmelzung der einzelnen nationalen Märkte geführt hat. Die Arbeit hätte von einer stärkeren Berücksichtigung der Forschung zum europäischen Energiemarkt respektive anderen nationalen Märkten in Europa sicherlich profitiert. Störend wirken zudem die sich wiederholenden methodischen Hinweise und Erklärungen des Vorgehens, die sich in einer Qualifikationsschrift rechtfertigen lassen, für die Drucklegung jedoch hätten gestrichen werden können. Dies soll

aber den positiven Gesamteindruck nicht schmälern.

Siegen

Christian Henrich-Franke

Die deutsche Vereinigungsgesellschaft

Großbölting, Thomas/Lorke, Christoph (Hrsg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, 354 S., Steiner, Stuttgart 2017.

Gut ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Vereinigung wird man kaum sagen können, dass diese jüngste Zeitgeschichte noch zu wenig beachtet ist. Dieser Band, hervorgegangen aus einer Tagung der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft 2015, gruppiert sich im Kern um Thomas Großböltings im weitesten Sinne Münsteraner Kreis, ergänzt durch einige weitere Autoren. Es ist immer eine genuine Herausforderung zu jeder Historisierung einer Epoche, über die Perspektive der Mitlebenden hinaus neue Begriffe zu entwickeln; aber auch hier ist zuvor schon Etliches versucht worden. In der Einleitung nennen die beiden Herausgeber die wissenschaftliche Jubiläumsliteratur zu den je fünfjährigen Jubiläen von Mauerfall/Vereinigung, die mehrere Seiten Anmerkungen umfasst; Angela Siebold liefert ferner einen umfassenden Literaturbericht.

Die „Vereinigungskrise“ (Jürgen Kocka, 1995) oder die „asymmetrisch verflochtene Parallelgesellschaft“, von Christoph Kleßmann 1993 auf die DDR gemünzt, aber auch für die Jahre danach fruchtbar gemacht, ziehen sich neben vielen anderen Epitheta wie ein Roter Faden durch den Band. Der von Großbölting gebrauchte Begriff der „Vereinigungsgesellschaft“ umreißt ohne besondere analytische Schärfe den zu historisierenden Gegenstand. Dazu sollen die einzelnen Beiträge dieses Bandes jeweils exemplarische Blicke in „Arenen des Über-

gangs“ (S. 25) lenken. Es geht demnach „schwerpunktmäßig [um] politische, soziale, kulturelle und diskursive Entwicklungen Ostdeutschlands, [...] diese aber unter dem Aspekt der Bedeutung für das frisch vereinigte Deutschland“ (S. 27). Gerade der gesamtdeutsche Anspruch wird aber nur in wenigen Beiträgen eingelöst, wenn man nicht die banale Tatsache meint, dass viele westdeutsche Personen und Institutionen an dem – hier durchweg als alternativlos angesehenen – Vereinigungsprozess beteiligt waren.

Am überzeugendsten geschieht das bei Nina Leonhard zum Militär (ihr Buch dazu von 2016), wenn sie die Formel „Armee der Einheit“ behutsam differenziert, sodann bei Christoph Lörke, der den subjektiv sich wandelnden Begriff der Armut in den Blick nimmt und besonders eindrucksvoll bei Teresa Tammer, die die Wechselwirkungen west- und ostdeutscher Schwulenpolitik umreißt.

Den Anfang machen geglückt zwei Beiträge eines Historikers und einer Ethnologin. Ralph Jessen umreißt, essayistisch brillant ins 19. Jahrhundert zurückgreifend, die vielen Facetten des Volksbegriffs – eben als „Praxis, Projektion und Erinnerungsort“ – und schildert den schnellen Wandel. Er sieht 1989 als eine „kurzzeitige Verschmelzung plebiszitärer und nationaler Homogenitätsvisionen“ (S. 50). Irene Götz, Autorin einer entsprechenden Monographie von 2011 (!) entfaltet dagegen den Nationenbegriff bis hin zum gezielten Branding. Ob das jedoch eine „Wiederentdeckung“ war, lässt sich bezweifeln; „das Nationale bleibt vielschichtig“ (S. 72).

Gewiss waren die Umbruchzeit um 1989/90 und das folgende Jahrzehnt besonders wichtig. Aber überraschend viele Beiträge beziehen sich nur darauf: Runder Tisch, Treuhand (dazu wird gerade ein IfZ-Großprojekt gestartet), zwei Aufsätze über die vielgestaltige Debatte über den Zugang

zu Stasi-Akten. Wenige Autoren gehen über die Mitte der 1990er Jahre hinaus. Drei Aufsätze bedienen sich der *oral history* mit lebensgeschichtlichen Erfahrungen durch Auswertung von Alltagssprache und Erzählstrukturen. Die US-Ethnologin Ursula Dalinghaus hat 2010 Interviews geführt, mit denen sie belegen will, dass Geld und die Währungsunion Themen für die Nach-1989-Identität bildeten. Dem Rezensenten ist unklar, ob sie damit die Vereinigung selbst meinte oder eine Momentaufnahme im Jahr der Interviews anspricht. Überraschend ist das nicht: Die Beispiele – bis hin zu einer ihr treffend erscheinenden Fernseh-Talkshow – passen zur These. Ähnliches machen Sabine Kittel mit der erinnerten Stasi-Vergangenheit von Protagonisten oder Nina Leonhard mit NVA-Soldaten.

Weiter zurück geht in einem der spannendsten Beiträge Kerstin Brückweh, welche die Eigentums- und Besitzrechte durch die ganze DDR-Geschichte hindurch verfolgt und damit klar macht, dass die „Enteignungsdiskussion“ der Wende auf einer recht problematischen Dichotomie von Rechtsverständnissen beruhte. Hier wird innovativ historisiert. Auch alle anderen Beiträge liefern quellengesättigte, gelegentlich begrifflich ein wenig hochgestochene Erkenntnisse, die aber vielfach kaum neu sind, nur genauer kleinere oder mittlere Zusammenhänge für Sektoren oder Sachfragen („Arenen“) der Post-DDR-Gesellschaft abbilden. Das liest sich gut.

Der Band liefert somit insgesamt einen bunten Strauß, der lesenswert ist, aber nicht so innovativ einen Beitrag zu einer schon – auch anderswo – voll im Gang befindlichen Historisierung abgibt, der mehr ist als eine Ausbreitung sauber recherchierter Archivalien unter Verwendung sozialwissenschaftlicher Terminologie und Nennung vorausgegangener Forschungen.

Köln

Jost Dülffer

21. JAHRHUNDERT

Weimarer Republik als Erinnerungsort deutscher Geschichte

Dreyer, Michael/Braune, Andreas (Hrsg.): Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert, 310 S., Steiner, Stuttgart 2016.

Selbstverständlich ist die Weimarer Republik ein bedeutender Erinnerungsort der deutschen Geschichte, auch wenn er in der einschlägigen Sammlung von Étienne François und Hagen Schulze keine Berücksichtigung gefunden hat und die Herausgeber des vorliegenden Bandes dies für richtig erachten (S. XI). Das macht gleich zu Beginn kein Geringerer als der bundesdeutsche Justizminister Heiko Maas klar, wenn er die Weimarer Republik (WR) als einen (unverzichtbaren) demokratischen Erinnerungsort thematisiert, und in der Einleitung moniert wird, dass die WR in der politischen Bildung und der (historischen) Wissenschaft nicht hinreichend repräsentiert sei, während die Politik die Zeichen der Zeit erkannt habe und den Verein „Weimarer Republik e.V.“ in seinem Bestreben unterstützt, diesen Zustand günstiger zu gestalten. Ob die Herausgeber mit ihrer Einschätzung den Ist-Zustand zutreffend beschreiben, erscheint angesichts des durchaus opulenten Angebot, das etwa die Bundeszentrale für politische Bildung zu dieser Epoche im Angebot hat, und der großen Fülle an geschichtswissenschaftlicher Literatur zu diesem Themenbereich durchaus anfechtbar. Geht man allerdings von einem Gegenstandsbereich und seiner (gegenwärtigen) Bedeutung aus, münden Zustandsanalysen zumeist in Defizitanalysen.

Darauf allerdings beschränkt sich der vorliegende Band keineswegs, weil schon im ersten thematischen Aufsatz Alexander Gallus deutlich macht, dass es nicht die WR

als Ganzes ist, sondern die revolutionäre Anfangsphase, die in der Erinnerungskultur als unterbelichtet betrachtet wird. In seinem Bericht skizziert er die Etappen der Forschung und konstatiert nicht nur deren hohe politische Konnotation, sondern vor allem einen Abbruch in den 1980er Jahren, den er maßgeblich auf die politische Konsolidierung der BRD und das Ende des Kalten Krieges zurückführt, die das Desinteresse an der Entscheidungsphase 1918/19 erzeugt hätten. Er plädiert für eine Wiederbelebung der Forschung im Zeichen einer Erfahrungsgeschichte, in der die offene Situation als eine solche der (politischen) Orientierung aus Sicht der Akteure thematisiert werde. Das erklärt womöglich das dritte Kapitel des Bandes, in dem Biographien solcher (herausragender) Akteure „für das 21. Jahrhundert“ Aufnahme gefunden haben. Das macht die Absicht deutlich, die dem Band als Ganzen inhäriert: Er versucht konsequent die Bedeutung der WR für die (politische) Gegenwart zu erweisen und weiß sich dabei ganz im Bugwasser des 2019 anstehenden Jubiläums.

Besondere Aufmerksamkeit sei deshalb an dieser Stelle dem abschließenden Kapitel gewidmet, das Möglichkeiten der musealen Präsentation und der politischen Bildung ausleuchtet und damit daran erinnert, dass die Tagung, aus welcher der vorliegende Band hervorgegangen ist, nicht zuletzt zur Koordination von Ausstellung und Projekten diene, die im Umfeld des Jubiläums von 2019 stattfinden, um durch die Vernetzung die WR als demokratischen Erinnerungsort ins Licht einer breiteren Öffentlichkeit zu rücken.

In der bundesdeutschen Museumslandschaft „weimart“ es schon sehr (Thomas Schleper). Allenthalben wird die dabei zentrale Problematik erörtert, wie die politischen und sozialen Errungenschaften der WR sich publikums- und bildungswirksam in Szene

setzen lassen. Das DHM will dabei – ganz im Sinne einer Erfahrungsgeschichte – zeigen, „dass Demokratie und Parlamentarismus, Verfassung und Grundrechte eben nichts Abstraktes sind, sondern dass dahinter immer Menschen stehen“ (S. 208). Das Städtische Museum in Weimar hat in Bezug auf das anstehende Jubiläum einen deutlichen Vorteil, nicht nur weil es am Ort des Geschehens ansässig ist, sondern weil es bereits seit 2014 aus Anlass der 95sten Wiederkehr des Zusammentretens der Nationalversammlung eine Ausstellung „Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919“ beherbergt. Einen gänzlich anderen Zugang wählt der Landschaftsverband Rheinland, der zunächst wenig mit der Weimarer Anfangsphase zu tun zu haben scheint. In einem vom ihm koordinierten Verbundprojekt sollen sowohl gesellschaftspolitische als auch kulturgeschichtliche Aspekte zum Vorschein gebracht werden, in dem verschiedene Ausstellungen und Projekte an unterschiedlichen Orten dem Zentralnarrativ „einer kulturgeschichtlichen Dialektik von Aggression und Avantgarde“ (S. 237) in der Zeit zwischen 1900–1919 untergeordnet werden. Auf diese Weise entsteht ein Netzwerk, welches seit 2013 bereits einige Ausstellungen hervorgebracht hat, das die Präsenz Weimars im Westen zeigen soll – und zwar nicht in erster Linie die der politischen Kultur, sondern vor allem die kulturelle. Sie wird durch die Darstellungen der Auswirkungen des Bauhauses im Westen repräsentiert, dessen Gründung sich 2019 ebenfalls zum hundertsten Male jährt. Wie vielfältig inzwischen die Möglichkeiten der Exposition historischer Inhalte sind, zeigt eine 2015 entstandene multimediale Wanderausstellung, die vom „Weimarer Republik e. V.“ konzipiert wurde und betrieben wird. Sie ist zum Einsatz an öffentlichen Orten, nicht zuletzt in Einkaufszentren, vorgesehen und besteht aus vier begehbaren Containern, die von

außen durch bunt gestaltete Sprechblasen auf die Thematik aufmerksam machen und durch Sehschlitze erste Einblicke gewähren. Im Innern stößt der (Zufalls-)Besucher auf mediale Angebote, die den Gewohnheiten des erwarteten Publikums gemäß über Touchscreens zu bedienen sind, und in elektronischer Form Filme mit Quellen sowie Interviews mit Experten und Prominenten als auch eine Fülle an dokumentarischen Bildern und (Text-)Quellen aufzurufen erlauben. Wenn dabei auf längere Texte und Exponate bewusst verzichtet wird, zeigt sich eine völlig neue Art von Ausstellung, die den Kuratoren notwendig erscheint, um breite Kreise – vor allem Nicht-Museumsbesucher – anzusprechen und auf die Bedeutung der WR für die Demokratienentwicklung in Deutschland hinzuweisen. Die politische Überzeugung, dass der Einsatz für die Demokratie ein lohnendes Unterfangen ist, soll auf populäre Weise vermittelt werden. Die Geschichte der WR gerät dabei leicht in die Gefahr, zum Vehikel der politischen Bildung zu werden.

Das entspricht dem Anliegen des vorliegenden Bandes, der die WR als Erinnerungsort des Masternarratives der freiheitlich-demokratischen Entwicklung in Deutschland zu befestigen sucht. Unisono monieren die zu Wort kommenden Autoren, dass die Geschichte der WR allzu oft von ihrem Scheitern aus betrachtet wird (vor allem in der historisch-politischen Bildung). Deshalb wird deren Anfangsphase in den Fokus gerückt, um das Ringen um die rechte Form der Demokratie und damit die Notwendigkeit demokratischen Engagements zu zeigen. Das ist ohne jeden Zweifel ein ebenso notwendiges wie hehres Anliegen. Dennoch werden Historiker – die nur in begrenztem Maße an der vorliegenden Publikation beteiligt waren – ob der unverhohlenen (politischen) Funktionalisierung Vorbehalte anmelden müssen. Eine differenziertere Betrachtungsweise und Bewertung schie-

nen am Platze, was indes der politischen Bildungsarbeit den Umweg über das historische Lernen aufbürden würde. Schließlich sollten auch Erinnerungsorte kritisch hinterfragt werden. Entsprechende Analysen anzustellen und anzuleiten, ist Aufgabe der Wissenschaft, die tunlichst ihre kritische Distanz zur Kulturpolitik zu wahren hat, damit „Geschichtsarbeit“ nicht zum bloßen „Teil der Kulturpolitik“ (vgl. Maas, S. 6) wird. Kritische Distanz sollte deshalb auch die Lektüre des vorliegenden Sammelbandes leiten.

Köln

Wolfgang Hasberg

Linker Antisemitismus in den USA

Arnold, Sina: Das unsichtbare Vorurteil. Antisemitismuskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11, 487 S., Hamburger Edition, Hamburg 2016.

In den letzten Jahren ist es wiederholt zu Berichten über Antisemitismus in der US-Linken gekommen. Antisemitische Äußerungen im Umfeld der *Occupy Wall Street*-Bewegung oder der radikale Antizionismus unter Linken, der häufig mit der Delegitimierung und Dämonisierung des Staates Israels sowie mit der Verharmlosung islamistischer Organisationen wie der Hamas einhergeht, haben mehrfach für Schlagzeilen gesorgt. Linke Antisemitismuskurse und deren Rezeption stellen somit einen bedeutsamen Gegenstand in gesellschaftlichen Konflikten und Aushandlungsprozessen in den USA dar und entwickeln darüber hinaus – wie beispielsweise im Fall der Philosophin und Befürworterin der antiisraelischen Bewegung *Boycott, Divestment and Sanctions* (BDS) Judith Butler – Strahlkraft auf linke Bewegungen in anderen Nationalstaaten. Dennoch hat das Themenfeld ‚Antisemitismus in der heutigen US-Linken‘ bisher nur wenig akademische Aufmerksamkeit auf sich ziehen können.

An dieser Leerstelle hakt das gut lesbare und äußerst aufschlussreiche Buch „Das unsichtbare Vorurteil. Antisemitismuskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11“ von Sina Arnold ein. In diesem nähert sich die Ethnologin ihrem Untersuchungsgegenstand auf drei miteinander verwobenen Ebenen: erstens, der Makroebene, also den „Bedingungen, die sich gesamtgesellschaftlich für die Artikulation antisemitischer Äußerungen stell[t]en“ (S. 16); zweitens, der Mesoebene, auf der Arnold gegenwärtige linke Theoriebildungen und Weltansichten auf deren antisemitischen Gehalt untersucht; drittens, der Mikroebene, auf der die Wechselwirkungen zwischen linken, jüdischen sowie nicht-jüdischen Identitätsvorstellungen und Antisemitismuskursen in den Blick genommen werden. Dabei stützt sich die Autorin auf vier Quellentypen: Expert_inneninterviews, teilnehmende Beobachtungen, Publikationen aus dem Umfeld linker Bewegungen und – das ist die Hauptquelle – qualitative Interviews mit 30 jüdischen und nicht-jüdischen Linken. Diese anspruchsvolle methodologische Konzeptualisierung und Perspektivierung schlägt sich in einer klugen Gliederung der Arbeit nieder, die jedoch mitunter auch leichte inhaltliche Redundanzen mit sich bringt. Dabei sind die insgesamt neun Kapitel zwei größeren Blöcken zugeordnet.

In dem ersten, der zu dem Block „Theoretische und historische Hintergründe“ gehörenden vier Kapitel, stellt Arnold zunächst das theoretische Rüstzeug ihrer Studie vor, das sich wesentlich aus Theoriebildungen der Antisemitismus- und der Bewegungsforschung speist. Um die spezifische gesellschaftliche Kontextualität und damit die Ermöglichungsbedingungen linker Antisemitismuskurse in den USA fassen zu können, stützt sich Arnolds Untersuchung wesentlich auf die Konzepte der *collective*

action frames sowie der politisch-kulturellen Gelegenheitsstrukturen.

Zur historischen Einbettung gegenwärtiger linker Einstellungen zu Antisemitismus skizziert sie in den folgenden zwei Kapiteln die Geschichte des Antisemitismus in den USA und in der US-Linken. Dadurch bietet Arnold den Leser_innen einen hilfreichen Überblick über historische Traditionslinien und Anknüpfungspunkte heutiger linker Antisemitismuskurse wie beispielsweise den nach 1967 in einen „manichäischen Antimperialismus“ (S. 140) eingebetteten Antizionismus der *New Left*. Zum Abschluss des ersten Blocks schlägt sie wiederum den Bogen zur gegenwärtigen Linken und stellt die unterschiedlichen Akteur_innen sowie die in linken Bewegungen seit 9/11 dominanten Themen und Perspektiven vor.

Die interviewgeleitete Untersuchung der Facetten zeitgenössischer linker Antisemitismuskurse bildet den Gegenstand des ebenfalls aus vier Kapiteln bestehenden zweiten Hauptteils. Ihre Interviewpartner_innen rekrutierte die Autorin dafür sinnvollerweise aus unterschiedlichen Gruppen der linken Strömungen, denen in den letzten Jahren wiederholt Antisemitismus vorgeworfen wurde: der Antikriegsbewegung, der pro-palästinensischen Bewegung, *Occupy Wall Street* und der „israelkritischen Diaspora-Bewegung“ (S. 177). Auf diesem Weg gelingt es Arnold überzeugend die spezifische Funktionsweise der Antisemitismuskurse zu analysieren und diesen als ein „doppelt unsichtbares Vorurteil“ (S. 410) zu fassen. Da offener Antisemitismus mit zentralen Grundsätzen linken Selbstverständnisses kollidiert, fungieren Anschlussdiskurse, in denen über thematische Umwege antisemitische Sichtweisen ausgedrückt werden, als eine aufschlussreiche Sonde in den Diskurskomplex ‚linker Antisemitismus‘ und tragen somit zum grundlegenden Verständnis eines in der US-Linken weitverbreiteten Phäno-

mens bei, das Arnold als „antisemitische Trivialisierung“ (S. 223) bezeichnet. Das in den Feldern „Antirassismus“, „Nahostkonflikt“, „Holocaust und Holocaustgedenken“, „Die USA und ihre politische Strukturen“ und „Kapitalismuskritik“ unter Linken zirkulierende Wissen sowie die vorgenommene Verortung von Juden und Jüdinnen innerhalb dieser Felder – zum Beispiel die Identifizierung von Juden und Jüdinnen als ‚weiß‘ und deshalb gesellschaftlich privilegiert – bewirkt dabei nicht nur, dass Antisemitismus nicht als ein relevantes gesellschaftliches Problem anerkannt wird. Vielmehr werden diese Wissensbestände auch insofern produktiv, als dass sie dazu beitragen, Antisemitismus zu bagatellisieren, antisemitische Akteur_innen aufzuwerten sowie diskursive Schnittstellen mit antisemitischen Weltansichten herzustellen und damit zumindest potenziell Einfallstore für Antisemitismus zu bilden. An diesen Prozessen der „antisemitischen Trivialisierung“ sind auch jüdische Linke beteiligt. So entwickeln die heftigen Deutungskämpfe um jüdische Identität, die sich innerhalb der jüdischen Gemeinschaft ereignen, Einfluss auf die mehrheitsgesellschaftlichen Antisemitismuskurse; unter anderem werden die Grenzen des Sagbaren verschoben, wenn jüdische Linke antizionistische Akteur_innen pauschal von Antisemitismus freisprechen.

„Das unsichtbare Vorurteil“ von Sina Arnold ist ein äußerst lesenswertes Buch, das wesentlich zum Verständnis gegenwärtiger Antisemitismuskurse in der US-Linken beiträgt. Die komplexe methodologische Konzeptualisierung sowie die fundierte (historische) Einbettung in den spezifischen US-Kontext ermöglichen dabei eine differenzierte Betrachtung linker Antisemitismuskurse in den USA. Ein kleiner Kritikpunkt betrifft die Nichtbeachtung der Kategorie Geschlecht in der Untersuchung. Gerade vor dem Hintergrund der enormen Bedeutung der Krisenkurse angloamerikanischer Männlichkeit bei

der Genese einer kohärenten antisemitischen Weltansicht in den USA gespielt haben, wäre es interessant gewesen zu erfahren, inwieweit Geschlecht Einfluss auf gegenwärtige linke Antisemitismuskurse ausübt. Trotz dieses kleinen Monitums stellt „Das unsichtbare Vorurteil“ einen bedeutenden Beitrag zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus in den USA dar, dem eine große Leserschaft zu wünschen ist.

Köln

Kristoff Kerl

POLITIKWISSENSCHAFT

Die Verwaltung – die vierte Staatsgewalt?

Hegewisch, Niels: Verwaltung und Gewaltenteilung im Vormärz. Ein ideengeschichtlicher Beitrag zu einer aktuellen politikwissenschaftlichen Problematik, 357 S., Nomos, Baden-Baden 2016.

In den Mittelpunkt seiner ideengeschichtlichen Studie, die im Frühjahr 2017 mit dem Wissenschaftspreis Bürokratie des Instituts der deutschen Wirtschaft ausgezeichnet wurde, rückt Niels Hegewisch das Spannungsverhältnis von Gewaltenteilungstheorie und Verwaltungspraxis, eben weil sich „das klassische Dreierschema von legislativem Parlament, exekutiver Regierung und judikativen Gerichten [...] mit der umfangreichen Beteiligung der Verwaltung an der Formulierung und ihrer weitreichenden Selbstständigkeit bei der Durchführung von Politik, wie sie heute gang und gäbe ist, nicht vereinbaren“ (S. 16) lasse. Die Folge sei eine „grundlegende Irritation der Gewaltenteilungstheorie durch den tatsächlichen Beitrag der Verwaltung zum politischen Prozess“ (ebd.). Neben der Analyse sowohl der aktuellen Situation als auch der gegenwärtigen Debatte um die „andauernde Konfusion“ über

den Stellenwert der öffentlichen Verwaltung im politischen Prozess, allen voran der Ministerialverwaltung, überprüft der Verfasser „durch einen Rückgriff auf die politische Ideengeschichte [...], ob die unklare Stellung der Verfassung der Gewaltenteilungstheorie notwendig eingeschrieben ist oder ob es zu einem früheren Zeitpunkt erfolgreichere Bemühungen um eine Integration der Verwaltung in die Gewaltenteilung gegeben hat“ (S. 18). Sein Vorgehen begründet er damit, dass sich das politische Denken im Vormärz, vor allem die Theorien der Gewaltenteilung, parallel zum „Aufstieg der modernen Verwaltung in der Praxis staatlicher Herrschaftsausübung“ (S. 19) entwickelt habe.

Einer umfangreichen Einleitung (S. 13–74), in welcher der Verfasser seine Methode, die Quellenlage, den Stand der Forschung sowie den Aufbau seiner Untersuchung *en détail* referiert, folgen Ausführungen zur aktuellen Problematik und zu den gegenwärtigen Forschungsdiskussionen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Montesquieu selbst nur „eine Trennung der Judikative von der Legislative und Exekutive forderte, weil er eine Machtkonzentration bei Richtern und Gerichten fürchtete“ (S. 60) und seine Theorie überdies zu einer Zeit formulierte, da es eine moderne Verwaltung noch nicht gab (S. 77), ist es laut Hegewisch nicht verwunderlich, dass jene bei Montesquieu noch keinerlei Rolle spielte. Allerdings sei die Gewaltenteilungstheorie von Anfang an geprägt gewesen durch die grundsätzliche Ambivalenz der staatlichen Herrschaftsausübung: „Staatliche Machtausübung soll nicht nur gemäßigt, sondern zugleich ermöglicht werden“ (S. 83). In dem Maße indes, in dem Staatsbeamte die Regierungsgewalt übernahmen und in dem sie immer unabhängiger von Regierung und Parlament wurden, sei die grundsätzliche Ambivalenz zu einem Problem der Verwaltung geworden. Wenngleich in der Theorie (Woodrow

Wilson, Max Weber) das Idealbild einer rein instrumentellen Verwaltung bis ins 20. Jahrhundert hinein vorherrschend gewesen sei, habe sich die Praxis seit dem Vormärz immer weiter davon entfernt, dass die „[v]on der Parlamentsmehrheit beschlossenen Gesetze [...] von der Verwaltung unter Anleitung der Regierung intentionsgetreu vollzogen“ (S. 87) wurden. Gerade die Professionalisierung der Beamten habe sich positiv auf das Gemeinwohl ausgewirkt und die Beamten zu immer wichtigeren politischen Akteuren, die zunehmend auch an der Vorbereitung von Gesetzen mitwirkten, werden lassen. Das daraus resultierende Dilemma, dass es einerseits gelte, den Einfluss der Verwaltung auf die Politikformulierung zu schützen, um die Effizienz der Problemlösung zu steigern, andererseits aber die Politikformulierung vor der Verwaltung zu schützen, um vor allem einer schleichenden „Entparlamentarisierung“ zu entgehen, analysiert der Verfasser nach einer kurzen Analyse der aktuellen Situation in zwei historisch ausgreifenden Kapiteln. Dem Abschnitt über „Gewaltenteilung zum Schutz der Verwaltung“ (S. 137–240) folgt der über „Gewaltenteilung zum Schutz vor der Verwaltung“ (S. 241–318). In beiden Kapiteln analysiert er anhand einer Vielzahl zeitgenössischer Quellen das politische Denken der Vormärzepoche, um zu konstatieren, dass man in der Frage der Einbindung der Verwaltung in die Theorie der Gewaltenteilung kaum Unterschiede feststellen kann. Zwar habe es damals wie heute zahlreiche Problembeschreibungen, aber kaum Lösungsansätze gegeben, und selbst die Bürokratiekritik habe 1848 bereits so geklungen wie 2017. Auf der einen Seite hätten viele Autoren die Verwaltung aufgrund ihrer „[a]dministrative[n] Professionalität sowie [ihrer] Staatszweck- und Gemeinwohlorientierung als schutzwürdig“ (S. 237) eingeschätzt, auf der anderen aber vor „Herrschaft, Machtgier, Unterwürfig-

keit, Faulheit oder Egoismus“ (S. 316) der Amtswalter gewarnt und das Ideal einer rein instrumentellen Administration propagiert (S. 321), ohne dabei freilich auf die Lehre von der Gewaltenteilung zu rekurrieren.

Dass das Fazit des Verfassers sich nicht in der Wiederholung der wohlfeilen Forderung nach einer „Einhegung“ der Bürokratie erschöpft, liegt auf der Hand: Wer dies wolle, müsse sie in den „Rang einer eigenständigen Staatsgewalt“ erheben, um den politischen Einfluss, den die Verwaltung in der Praxis ohnehin ausübt, in der Theorie sichtbar zu machen. Mit dieser Forderung, in der Gewaltenteilungslehre die öffentliche Verwaltung als „vierte Gewalt“ zu berücksichtigen, schließt diese ebenso fakten- wie thesenreiche Studie, deren differenzierte Argumentation zum Nachdenken anregt.

Mannheim

Wilhelm Kreutz

Im Lichte Hegels

Pippin, Robert B.: Die Aktualität des Deutschen Idealismus, 441 S., Suhrkamp, Berlin 2016.

Unter dem programmatischen Titel „Die Aktualität des Deutschen Idealismus“ liegt eine umfängliche Sammlung von Aufsätzen des amerikanischen Philosophen und Hegel-Experten Robert B. Pippin vor. Sie umfasst, neben einer systematischen und sehr dichten Einleitung durch den Autor, 15 Aufsätze, die – von Ausnahmen abgesehen, die im Einzelfall bis zum Anfang der 1990er Jahre zurückgehen (Kap. 14) – wesentlich jüngeren Datums sind und allesamt für diese gemeinsame Veröffentlichung überarbeitet wurden. Der Band trägt nicht allein einen programmatischen Titel, sondern er erscheint zudem in einer Reihe, die sich selbst, wie das Vorwort von Andrea Kern und James Conant deutlich macht (S. 7–10), weitreichende programma-

tische Ziele gesteckt hat. Es geht im Grunde um nichts Geringeres als um die Revision der beliebten, aber aus Sicht der Herausgeber_innen irreführenden Entgegensetzung von kontinentaler und analytischer Philosophie. Die Reihe verfolgt dieses Ziel schlicht durch die Veröffentlichung von Texten, die zeigen, dass sich die Fragestellungen von analytischer Philosophie und Deutschem Idealismus nicht nur an entscheidenden Punkten überschneiden, sondern dass die heutige Bearbeitung dieser Fragestellungen wesentlich von den Einsichten und begrifflichen Mitteln des Deutschen Idealismus zu profitieren vermag. Der Aktualitätsbezug im Titel dieses dritten Bandes, nach Büchern von Robert B. Brandom und John McDowell (denen Pippin übrigens jeweils einen Aufsatz widmet, vgl. Kap. 10 und 11), kennzeichnet daher auch die ganze Reihe „Analytischer Deutscher Idealismus“.

Der Aktualitätshinweis bezieht sich im vorliegenden Fall freilich wesentlich auf jenen Autor, dem Pippin einen großen Teil seines bisherigen Gelehrtenlebens gewidmet hat: G.W.F. Hegel. Nun ist es zwar so, dass Hegels Aktualität gegenwärtig weder diesseits noch jenseits des Atlantiks angesichts einer Vielzahl bedeutender neuerer Arbeiten, die sich entweder primär mit Hegel beschäftigen oder aus seinen Schriften als wesentlicher Inspirationsquelle schöpfen, ernsthaft in Zweifel zu ziehen ist – zu denken ist hier für den nordamerikanischen Raum, neben den schon genannten Brandom und McDowell, etwa auch an Frederick Neuhouser und vor allem an den eng mit Pippin verbundenen Hegel-Kenner Terry Pinkard; für den deutschsprachigen Raum sei hier nur auf die Arbeiten Axel Honneths oder Christoph Menkes verwiesen. Dennoch ist der entscheidende Hinweis auf Hegels anhaltende Aktualität, der die vorliegenden Aufsätze leitmotivisch durchzieht, gerade heute aus systematischen Gründen nach meinem Dafürhalten von

größter Bedeutung, ist er doch geeignet, in aller Schärfe eine dramatische disziplinäre Fehlentwicklung aufzuweisen, die dringend revisionsbedürftig ist. Was uns Pippins Auseinandersetzung mit Hegel mit größtem Nachdruck zeigt, ohne dass der Autor diese disziplinen- und wissenschaftstheoretischen Konsequenzen selbst ausdrücklich zieht, ist, dass das Auseinanderdriften von Philosophie und Sozialwissenschaften höchst fatal, da erkenntnis- und verständnisverstellend ist. Pippin präsentiert Hegel ganz entschieden als einen Autor, dessen Philosophie des Geistes insofern von vornherein auf eine sozialwissenschaftliche Perspektive verweise, weil er den Begriff des Geistes selbst sozial fasse und damit, ebenso wie die ihn kennzeichnenden Rationalitätsstrukturen und normativen Kontexte, auch als historisch wandelbar begreife (diese These wird umfänglich in den Kap. 3 und 6 entwickelt). Entgegen des Programms der Schriftenreihe, deren Teil dieser Band ist, abstrahieren viele gegenwärtige Arbeiten analytischen Zuschnitts Philosophie noch immer von der sozialen Wirklichkeit (man denke nur an die weitläufigen abstrakten Normendiskussionen, die die anhaltende Diskussion um ideale Theorie im Anschluss an Rawls kennzeichnen). Dadurch wird exakt jenes Anregungspotenzial verschenkt, aus dem sich Hegels wirklichkeitsgesättigtes Philosophieren wesentlich speist.

Pippin zeigt dies zunächst systematisch in den Aufsätzen des ersten und zweiten Teils, die er thematisch unter den Überschriften „Vernunft und Subjektivität“ (Teil I) beziehungsweise „Logik und Subjektivität“ (Teil II) versammelt, indem er dort mit großer Beharrlichkeit den Nachweis führt, dass Hegel nicht allein die soziale Genese von Subjektivität und deren Eingelassensein in intersubjektive und institutionelle Kontexte vor Augen führt, sondern vor allem auch dadurch, dass er mit Hegel vehement gegen ein überzeitliches und abstraktes Verständnis

von Vernunft und Logik argumentiert. Dass Vernunft als soziales Phänomen zu begreifen ist, jedenfalls auf soziale Räume konstitutiv verwiesen bleibt, wie Pippin mit Pinkard argumentiert, scheint ihm eine der wesentlichen Thesen Hegels zu sein, die jegliche Versuche, Vernunft abstrakt aus diesen Bezügen herauszulösen, zum Scheitern verurteilt. Das trifft aber zumal auf die Logik zu, von der es ja nicht nur auf den ersten Blick, sondern auch zufolge einer philosophiegeschichtlich langen und anhaltenden Tradition scheinen könnte, sie sei das Überzeitliche, weil Formale schlechthin. Hegel bestreitet dies bekanntlich in der „Wissenschaft der Logik“ (1986, S. 46) nachdrücklich, wenn er dort feststellt, dass der Hinweis, die Logik habe seit Aristoteles keine Veränderung erfahren, gerade nicht ein Nachweis ihrer Überzeitlichkeit sei, sondern eine Anzeige ihres Überarbeitungsbedarfs. Und Pippin folgt ihm hierin ganz entschieden. Das zeigt sich in der vorliegenden Textsammlung beispielsweise sehr deutlich in dem in Kapitel 9 entfalteten Vorschlag, Hegels „Phänomenologie des Geistes“ als Propädeutik zu einer Logik der Erfahrung zu verstehen, die zu der Einsicht gelange, dass der Erkenntnismodus des Geistes „ein historischer sein muss, *dass der Geist nur das ist, wozu er sich in Wirklichkeit gemacht hat*“ (S. 230, Hervorhebung im Original). Hier ist es wiederum wesentlich, sich vor Augen zu halten, dass Pippin allen metaphysischen Lesarten von Hegels Geistbegriff eine Absage erteilt und diesen als kollektive und soziale Kategorie – als „gemeinsame[...] Geistigkeit“ (S. 141) – zu deuten vorschlägt.

Entscheidend bleibt aber meines Erachtens, dass Hegel, wie Pippin unterstreicht, nun gerade nicht dazu auffordert, dass alle Erkenntnis historiographisch oder soziologisch werden muss (S. 240), sondern, ganz im Gegenteil, dass sie philosophisch bleiben oder vielmehr werden muss, aber gerade indem sie nicht abstrahiert, sondern

sich in das, was Hegel die Erscheinungsformen oder Entäußerungen des Geistes nennt, versenkt, ohne dadurch die kritisch-reflektierende Distanz zu verlieren. Aus einer solchen Perspektive erscheint dann nicht nur eine abstrakte Philosophie verfehlt, die sich in idealthoretischen Normanalysen verliert, sondern auch eine sich selbst positivistisch missverstehende Sozialwissenschaft, die ihr kritisches Erkenntnisvermögen durch die Beschränkung auf bloße Deskription preisgibt – wie gesagt, dies ist eine wissenschaftstheoretische Konsequenz aus diesen Auseinandersetzungen mit Hegel, die Pippin selbst zwar nicht explizit programmatisch ausformuliert, die er aber nahelegt, wenn er sich mit Hegel von bloß soziologischen ebenso wie von bloß abstrakten philosophischen Zugängen distanziert. Besonders interessant sind aus dieser Perspektive dann noch einmal die Aufsätze des dritten und letzten Teils, die Pippin unter die Überschrift „Moderne und Subjektivität“ stellt. In diesen nämlich werden gewissermaßen Erscheinungsformen des Geistes untersucht, indem sich Pippin hier unter anderem zunächst Hegels Deutung von Literatur (Kap. 12) und Ästhetik (Kap. 13) sowie anschließend Hegels Theorie der Moderne zuwendet, die erstaunliche Parallelen, aber nach Pippins Eindruck auch markante Unterschiede zu Nietzsche aufweist (Kap. 14).

In diesem Aufsatz zeigt sich vielleicht am deutlichsten eine Schwierigkeit von Pippins Zugang zu Hegel, die trotz der großen Verdienste dieser Arbeiten nicht unerwähnt bleiben kann: Pippin unterschlägt zwar keineswegs die Entzweigungsdimension in Hegels Philosophie im Allgemeinen und in seiner Theorie der Moderne im Besonderen. Er hält aber unbeirrbar an einer auf begriffliche, institutionelle und normative Integration bedachten Lesart Hegels fest, die bei diesem fraglos auch angelegt ist, vermutlich aber gerade nicht dessen stärkste Seite dar-

stellt. Hegel wird so gewissermaßen ein rationalistisches Korsett angelegt, dass Pippins Hegel-Interpretation von vornherein auf die Übernahme kantianischer Grundbegriffe, wie etwa den der Autonomie, festlegt. Wenn er in dem Hegel und Nietzsche gewidmeten Aufsatz so Nietzsche zum Vorwurf macht, dass es dieser verfehle, eine angemessene begriffliche Grundlage für eine moderne Autonomieidee bereitzustellen (S. 401), dann kommt er ganz offensichtlich nicht auf den Gedanken, dass Nietzsche post-autonomietheoretisch argumentiert und dass es spannend sein könnte, auch Hegel stärker in der Entzweigungsdiagnose verharrend zu lesen. Davon weitgehend unbenommen tritt uns in Pippins Aufsätzen dennoch insgesamt eine fulminante und faszinierende Aufforderung entgegen, die philosophischen sowie sozial- und kulturwissenschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit im Lichte Hegels zu untersuchen. Das setzt natürlich etwas voraus, was Theodor W. Adorno eine insistente Beschäftigung mit Hegel nannte – und wie fruchtbar eine solche ist, davon zeugen Pippins Aufsätze eindrucksvoll.

Bielefeld

Oliver Flügel-Martinsen

Edmund Burkes Rezeption in Europa

Fitzpatrick, Martin/Jones, Peter (Hrsg.): Reception of Edmund Burke in Europe, 432 S., Bloomsbury, London/New York 2017.

Edmund Burke gilt als Säulenheiliger des Konservatismus. Bekanntlich ist dies eine nachträgliche Zuschreibung, der Burke wohl widersprochen hätte. Deutlich wird hieran, dass Denker_innen je nach Kontext unterschiedlich aufgegriffen und gedeutet werden. Solche Deutungen zu dechiffrieren, macht sich die von Martin Fitzpatrick und Peter Jones herausgegebene Studie zur Rezeption Burkes in Europa zur Aufgabe. Der

bei Bloomsbury erschienene Sammelband ist Bestandteil einer Reihe zur Rezeptionsgeschichte englischer und irischer Denker_innen und möchte der oft eingehend erforschten Rezeption im eigenen Land eine verstärkt (kontinental-)europäische Perspektive zur Seite stellen.

Im ersten Beitrag untersucht Martyn J. Powell die Rezeption Burkes in Irland anhand der zeitgenössischen Presse. Auffällig ist hier das Umschlagen der häufig wohlwollenden Grundhaltung gegenüber Burke in komplette Ablehnung nach Erscheinen der „Reflections on the Revolution in France“ (1790). Eine besonders intensive Rezeption erfuhren diese auch jenseits des Atlantiks in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wie Mark Spencer in seinem Artikel (Kap. 2) anmerkt, überdeckte die rege Auseinandersetzung mit Burkes bekanntester Schrift jedoch die Tatsache, dass er auch zuvor ein vieldiskutierter Denker war. Seine exponierte Stellung im öffentlichen Diskurs erhielt Burke aber erst als Selbstvergewisserungsinstanz der Amerikaner im Zuge der Sezession vom Mutterland England. Burke bot der noch recht unsicheren jungen Nation durch die Betonung der geteilten Geschichte und Verfassung mit England ein willkommenes Deutungsmuster für die Rechtmäßigkeit der Revolution an. Martin Fitzpatrick und Anthony Page untersuchen im dritten Beitrag die Wirkung Burkes auf die *rational dissenters*. Ähnlich wie in Irland wurde Burke auch in diesem Zusammenhang lange Zeit sehr geschätzt. Besonders sein Eintreten für Amerika und die konstitutionellen Reformen zu Beginn der 1780er Jahre wurden goutiert. Die Wertschätzung fand mit der Veröffentlichung der „Reflections“ ein abruptes Ende, da sie als Abkehr von den vormaligen Prinzipien gewertet wurden. Gregory Claeys skizziert in Kapitel 4 den relativen Bedeutungsverlust Burkes als politischen Orientierungspunkt im Viktorianischen Zeitalter. Für die Whigs war

Burkes anti-demokratische Gesinnung nicht zeitgemäß, den Tories hingegen schien die Vorstellung, einen erklärten Whig zur eigenen Gallionsfigur zu erheben, vollkommen unmöglich. Überdies wurde die Französische Revolution im England des 19. Jahrhunderts positiver bewertet.

Eine interessante Perspektive nimmt Jeremy Jennings im fünften Beitrag zur französischen Rezeption Burkes ein, wobei er zunächst Burkes Wirkung auf konterrevolutionäre Kräfte darstellt. Neben der Betonung der exzeptionellen Rolle der englischen Geschichte sorgte seine Bewertung der Revolution als eruptives Ereignis für eine weitgehende Isolierung in den historischen Diskursen des 19. und 20. Jahrhunderts in Frankreich. Die hierin befindliche Kontingenz wurde von Denkern wie Alexis de Tocqueville und François Guizot abgelehnt. Für sie stellte die Revolution den Kulminationspunkt lang andauernder und sich überlagernder Entwicklungen dar. Erst mit der Neubewertung der Französischen Revolution im Licht der totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, etwa durch François Furet, wurde Burke wiederentdeckt. Der sechste Beitrag von Cecil Patrick Courtney thematisiert die Wirkung Burkes auf Benjamin Constant, dessen Verriss der „Reflections“ nur oberflächlich die These unterstützt, bei beiden handele es sich um Antipoden. Wie Courtney herausstellt, eint beide der Rekurs auf Montesquieu, die Hervorhebung des Stellenwerts der *manners* und die Präferenz für graduelle Veränderung. Norbert Col erkennt in Kapitel sieben bei der Analyse der französischen Rezeption ein allzu starkes Bestreben, Burke in den Modi „konservativ“ oder „liberal“ zu begreifen. Solche Anachronismen würden dazu verleiten, die relevanten kontextuellen Determinanten in Burkes Leben zu unterschätzen, etwa seine Parteilugehörigkeit zu den Whigs oder seine irische Herkunft. Kapitel acht beleuchtet die marginale Rolle,

die Burke in den politischen Diskursen der Niederlande zwischen 1770–1870 zuteil wurde. Wessel Krul begründet dies unter anderem mit der überwiegenden Sympathie der Niederländer für Frankreich, und dem Umstand, dass Burke verstärkt durch seine Gegner rezipiert wurde. Letztlich verteidige Burke eine „lost world“ (S. 170), so darf nicht vergessen werden, dass die politischen und individuellen Rechte, die im Zuge der Französischen Revolution in Frankreich erst erstritten wurden, in den Niederlanden bereits politische Realität waren.

Sunil Agnani's origineller Beitrag (Kap. 9) versucht Edmund Burke global für eine breitere Leserschaft zu öffnen. Ausgerechnet der konservative Burke eigne sich zum Beispiel für postkoloniale Theoriebildung, denn Burke gehe bekanntlich von der immer bereits vorherrschenden Saturiertheit des Individuums in einer Gemeinschaft aus. Dieser Blick erlaube es, bereits vorhandene Gemeinschaftsformen als für sich wertvoll zu erachten. Der von Uday Singh Mehtas' origineller Neubewertung Burkes in den 1990ern inspirierten Sichtweise stellt Agnani eine verstärkt kritische Perspektive auf Burke zur Seite. Demnach sei die bedenkenlose Gleichsetzung von „Klasse“ und „Kaste“ ein unzulässiger Kulturexport. Im anschließenden Artikel geht Peter Jones (Kap. 10) auf die Vernachlässigung Burkes in den ästhetischen Diskursen Schottlands seiner Zeit ein, wobei er resümiert: „They were not primarily interested in the sublime, however, but in the topic of taste and the nature of human responses to, and judgements about, works of art, which Burke addressed only briefly in his prefatory ‚Introduction on taste‘ in the second edition of 1759“ (S. 192). Auch die folgenden Kapitel eruieren die Verbreitung von Burkes Ästhetik: zum einen in interdisziplinären Zirkeln aus Kunst, Medizin und Philosophie (Kap. 11), welche besonders Burkes Kritik an der formalistischen Ästhetik

teilten und zum anderen in Spanien (Kap. 12) und Italien (Kap. 13). In Italien kollidierte das rege Interesse an Burkes „Enquiry“ (1757) zunächst mit der Sprachbarriere. Die fünf bekanntesten Übersetzungen legten unterschiedliche Schwerpunkte und entstanden in vielfältigen Milieus. Daniele Niedda skizziert in seinem Beitrag die begrifflichen Verschiebungen, die die Übersetzungen aufweisen, und die Diskurse, in die sie eingelassen sind. Die beiden Beiträge zur Rezeption Burkes in Deutschland (Kap. 14 und 16) beziehen sich auf jeweils unterschiedliche Werke. Tomáš Hlobil zeichnet in seinem Beitrag zunächst die geografischen Ausbreitungslinien der Ästhetik Burkes nach. Anschließend diskutiert er die je nach philosophischer ‚Herkunft‘ unterschiedlichen Zugänge und Bewertungen der Burke'schen Ästhetik. László Kontler hingegen interessiert sich in seinem Beitrag für den Einfluss der „Reflections“ auf das deutschsprachige Gebiet. Anhand der Burke-Sympathisanten August Wilhelm Rehberg, Ernst Brandes und Friedrich Gentz zeigt Kontler auf, dass die häufig mit Burke einhergehenden Missverständnisse auch die Folge irreführender Mediatoren sind. Einzig Gentz billigt Kontler die Fähigkeit zu, die europäische Dimension, in der Burke die französischen Ereignisse im Jahr 1789 bewertete, richtig gedeutet zu haben. Im 15. Kapitel beschäftigt sich Piroska Balogh mit der Rezeption der Burke'schen Ästhetik in Ungarn. Anhand der beiden Professoren für Ästhetik, Georg Aloys Szerdahely (1740–1808) und Johann Ludwig Schedius (1768–1847), weist die Autorin nach, dass die sehr späten Übersetzungen der „Reflections“ im Jahr 1990 und des „Enquiry“ 2008 ins Ungarische kein Indikator für die Abstinenz von Burkes Denken in Ungarn sind. Schedius und Szerdahely wirkten vielmehr als Multiplikatoren, die die ästhetischen Überlegungen Burkes nicht nur aufgegriffen,

sondern kreativ in eigene Denkgebäude eingebaut haben.

Der instruktive Band bietet viele erhellen- de Einblicke in die Verbreitung von Burkes Denken, aber auch Phasen ausbleibender Rezeption. Das Überschreiten nationaler Rezeptionsforschung ist ertragreich, aber etwas ungleichgewichtig ausgefallen. So konnten nicht alle europäischen Länder berücksichtigt werden; es fehlen zum Beispiel Polen und Russland. Auch die außereuropäische Rezeption konnte nur exemplarisch berücksichtigt werden.

Halle (Saale)

André Kahl

Ein Gegenprogramm zur Cambridge School

Browning, Gary: A History of Modern Political Thought. The Question of Interpretation, 448 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2016.

Gary Browning verwirft die Standardkonzeption vieler ideengeschichtlicher Überblicksdarstellungen, in schlichter Narration ein Nacheinander von Diskursen oder Autoren abzubilden. Stattdessen wählt er eine Doppelstruktur. Im ersten Teil listet er sechs Interpretationsschemata auf, die er zwar an einigen Namen festmacht, die aber doch eher charakteristische Paradigmen darstellen. Im zweiten Teil werden diese Schemata dann angewendet. Die Anwendung jedes einzelnen Schemas beleuchtet eine bestimmte Perspektive auf die behandelten Theoretiker, blendet andere Aspekte aber aus, die von alternativen Interpretationsstilen in den Vordergrund gerückt werden. Damit läge ein interpretativer Pluralismus nahe, der Browning aber unzureichend erscheint. Er strebt demgegenüber eine synoptische Herangehensweise an. Kenner interpretativer Methodologien werden es schon ahnen: Diese Synopse findet er bei Hans-Georg

Gadamer und der von ihm inspirierten und ausgearbeiteten philosophischen Universalhermeneutik.

Der Weg dorthin führt über einen Durchgang durch den hegelmарxistischen Ansatz einer Einbeziehung von politischer Kultur, Ökonomie und Ideologiekritik, durch Michael Oakeshotts/Robin George Collingwoods geschichtsphilosophische Deutungsansätze sowie über den radikalen Kontextualismus Quentin Skinners und der Cambridge School der politischen Ideengeschichte. Die nächsten Schritte sind Jacques Derridas Destruktion des Kanons und Michel Foucaults Auflösung der Höhenkammersperspektive auf die Ideengeschichte durch die Analyse von aufeinanderfolgenden Diskurstypen. Gegen- sätzlicher könnten diese verschiedenen Modelle kaum sein. Gegen den Historismus der Cambridge School wendet er ein, dass die Rekonstruktion von auktorialen Intentionen und des historischen Umfeldes keineswegs einen höheren Kommandorang gegenüber den Fragen der Gegenwart, die an Vergangenheitstexte gerichtet werden können, beanspruchen könne. Die Stärke und Überzeugungskraft der Hermeneutik Hans-Georg Gadamer besteht nach Browning gerade darin, sich immer bewusst zu sein, dass es gegenwärtige Fragehorizonte sind, in denen Texte aktualisiert werden. Bei Gadamer ist das Ziel bekanntlich die Horizontverschmelzung von Gegenwartsperspektive und Vergangenheitsliteratur, eine möglicherweise etwas zu romantische Vorstellung, die aber dem synoptischen Konzept von Browning außerordentlich entgegenkommt.

Wie schwierig dies ist, vermag Browning durch den Rückbezug auf die berühmte Pariser Debatte zwischen Gadamer und Derrida zu zeigen, einen der Höhepunkte der Begegnung und gegenseitigen Befruchtung des deutschen und französischen Heideggerianismus. Das Ergebnis in der Sicht des Beobachters aus Oxford: Der-

ridas Dekonstruktionspraxis funktioniert, ebenso aber auch Gadammers Konzept ständig sich erneuernder Perspektiven auf Vergangenheitstexte im Lichte sich wandelnder Deutungshorizonte. Die konstruktive wie die dekonstruktive Interpretationsform implizieren reziproke Stärken und Schwächen. Die Hauptschwäche bei Derrida wie bei Foucault liegt darin, dass sie ihren eigenen Standpunkt, aber auch bestimmte Autoren wie Friedrich Nietzsche als nicht mehr zu dekonstruierenden, scheinbar festen Ausgangspunkt nehmen. Foucault schafft es nicht, eine überzeugende Darstellung von Diskurswandel auszuarbeiten, ebenso wenig, wie er mögliche kausale oder erkenntnistmäßige Relationen zwischen formalen Diskursregeln und materialen Phänomenen in den Blick bekommt. Damit erscheint das Denken von Nietzsche oder Foucault selber als angeblich unabhängig von diskursiven Strukturen, obwohl es doch auch nur diskursiv sein kann. Diesen Punkt kann die philosophische Hermeneutik Gadammers trotz ihrer literarisch-romantizistischen Neigungen in überlegener Weise beschreiben und verstehen lernen.

Browning wendet die von ihm herauskristallisierten interpretativen Schemata dann auf eine Serie von modernen politischen Theoretikern an: Ganz klassisch auf Niccolò Machiavelli, Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau. Dann auf das deutsche Dreigestirn Immanuel Kant, G.W.F. Hegel und Karl Marx. Schließlich auf das britische Duo Jeremy Bentham/John Stuart Mill, um am Ende, wie er selbst einräumt, möglicherweise etwas zufällig Nietzsche und Simone de Beauvoir zu behandeln. Alle diese Darstellungen sind von einem Historismuskritischen Impuls getragen, sie wollen die politische Theorie retten vor der „Tyrannei der Geschichte“, wie sie von der Cambridge School ausgeht und in der Tat die Ideengeschichte

regredieren lässt zu einer Subdisziplin gelehrter Historiographie. Von Marx und Hegel möchte Browning das dialektische Konzept von Kontinuitäten zwischen Gegenwart und Vergangenheit übernehmen, auch wenn ihm sehr bewusst ist, dass die Antworten beider Autoren darunter leiden, dass sie auf irreführende Fragen reagieren, insbesondere dazu neigen, einen „Endismus“ teleologischer Narrative zu übernehmen. Sein Neologismus „Endismus“ bezeichnet die in dieser Diskurswelt beliebte Rede von „Ende der Kunst“, „Ende der Religion“ oder „Ende der Ausbeutungsgesellschaft“. Der synoptisierende oder synthetische Blick von Brownings wiedererneuerten Hermeneutik möchte ein Bewusstsein dafür schaffen, dass das politische Denken sowohl in seinen vergangenen wie in seinen gegenwärtigen Formen notwendigerweise situiert und historisch ist, zumal die jeweilige Gegenwart ohnehin immer unausweichlich überschritten und zur Vergangenheit transformiert werden muss. Gewiss ist dies gedacht als eine Antwort aus Oxford auf die unterstellte Vorherrschaft der Cambridge School in der politischen Ideengeschichte.

Trotz der Bezüge auf Gadamer, Derrida, Foucault und Beauvoir herrscht in diesem Band eine gewisse insulare Perspektive vor. Bahnbrechende Autoren wie Jürgen Habermas und Niklas Luhmann spielen keine Rolle, auch nicht die großen nordamerikanischen Hermeneutiker Richard Rorty und Charles Taylor, die zur gegenwartsbezogenen Interpretativität wesentlich mehr beitragen können als der bei aller methodologischen Vorbildhaftigkeit politisch-analytisch doch sehr zurückhaltende Hans-Georg Gadamer. Insgesamt handelt es sich aber um einen anregenden Versuch, die politische Ideengeschichte aus der Falle des Neohistorismus zu befreien.

Göttingen

Walter Reese-Schäfer

Frieden und Handel in der politischen Theorie

Kapossy, Béla/Nakhimovsky, Isaac/Whatmore, Richard (Hrsg.): *Commerce and Peace in the Enlightenment*, 360 S., Cambridge UP, Cambridge 2017.

Inspiriert wurde dieser Band durch die Forschungen von Istvan Hont, einem der bemerkenswertesten Historiker der politischen Ideengeschichte aus Cambridge. Istvan Hont (1947–2013) war 2013 unverhofft verstorben, und dieser Band ist seinem Andenken gewidmet. Das Thema „Commerce and Peace in the Enlightenment“ knüpft bewusst an die Forschungen von Hont an. Die substantielle Einleitung der Herausgeber macht diesen Forschungszusammenhang noch einmal nachdrücklich deutlich, denn „the extent to which eighteenth-century writers were preoccupied with economic rivalry as a facet of intensifying political conflict is now well understood, thanks above all to the scholarship of Istvan Hont“ (S. 3). Handel und Frieden bedingen einander. Gerade im 18. Jahrhundert wurde zunehmend ein Problembewusstsein dafür entwickelt, dass die Logik des Handels auch destruktive Züge annehmen konnte, sobald im Interesse von kommerziellen Vorteilen militärische Konflikte eingegangen wurden. Wirtschaftliche Interessen führten damit immer wieder zu Kriegen. Diese Überlegungen fanden ihre prägnanteste Formulierung in David Humes berühmten Essay über die „Jealousy of Trade“. Dass es sich bei dem Verhältnis von *peace and commerce* nicht nur um den spätestens seit Montesquieu berühmten *doux commerce* handelte, wird daher in den Beiträgen dieses Bandes aus vielfältigen Perspektiven immer wieder betont. Anschließend an Honts Studien zu Hume kommt auch Michael Sonenscher in seinem den Band abschließenden *afterword* zu dem Urteil, „trade had become a reason of state, it was possible [...] to think that one-

day trade might, ultimately, trump reason of state“ (S. 338).

In insgesamt zwölf Beiträgen, die sich zumeist einem spezifischen Denker zuwenden, wird der Theoriebildung über das Verhältnis von Handel und Frieden in den internationalen Beziehungen nachgegangen. Die Auswahl dieser Denker überrascht, denn hier wird offenbar bewusst von dem bekannten und oft untersuchten klassischen Kanon abgewichen. Im Einzelnen werden hier James Harrington, Voltaire und Friedrich der Große, Isaac de Pinto, Cesare Beccaria, Johann Gottfried Herder, Andrew Fletcher, Rudolf Haller und Pierre-Joseph Proudhon diskutiert. Das führt zu erfrischenden, neuen und originellen Perspektiven.

Ian McDaniel untersucht in seinem Aufsatz das intellektuelle Vermächtnis von Fletcher und zeigt anhand dieses schottischen Publizisten, inwiefern der Themenkomplex von Frieden, Handel und einem kosmopolitischen Republikanismus bereits bei diesem angelegt war. Der Beitrag folgt damit auch einer der von Hont bereits aufgezeigten Fragestellungen. McDaniel rekonstruiert einige der schottischen Perspektiven, die im 18. Jahrhundert über den Zusammenhang von republikanischer Regierungsform und internationalem Frieden entwickelt worden sind (vgl. S. 194). Er zeigt damit auf, dass man diesen Argumentationszusammenhang nicht auf Immanuel Kant, der zumeist mit dieser Thematik assoziiert wird, reduzieren kann. Bemerkenswert ist an McDaniels Untersuchung vor allem sein Nachweis, in wie vielfältiger Weise die Ideen von Fletcher aufgenommen und weiterentwickelt worden sind. Hier bestehen Rezeptionszusammenhänge, die erstaunlicherweise noch immer nicht erschöpfend untersucht worden sind. Demgegenüber widmet sich Isaac Nakhimovsky einem klassischen und entsprechend intensiv untersuchten Thema. Er diskutiert den „Anti-Machiavel“ von Friedrich II., den

auch er als Revision und nicht als eine Widerlegung der Staatsräsonlehre interpretiert (vgl. S. 62). Besonders interessant wird Nakhimovskys Analyse, wenn er sich der Kritik der Gleichgewichtstheorie, die dem „Anti-Machiavel“ zugrunde liegt, zuwendet. Einmal mehr wird hier die Bedeutung des Abbé Saint-Pierre deutlich, der in seinen „Reflexions sur l'antimachiavel“ eine grundlegende Kritik der Gleichgewichtspolitik formulierte. Die Perspektiven die sich aus dieser Auseinandersetzung ergeben, werden von Nakhimovsky urteilssicher aufgezeigt.

Obwohl der Buchtitel es nicht nahelegt, reichen die Aufsätze deutlich über die Epoche der Aufklärung hinaus. Insbesondere die Beiträge zu Haller und Proudhon beziehen sich auf Denker des 19. Jahrhunderts. Aber deren Auseinandersetzung und Fortführung der Fragestellungen, die sie von früheren Debatten und Argumenten aufnahmen und weitführten, rechtfertigt ihre Aufnahme in diesen Band. Gerade Proudhons „La Guerre et la Paix“ wurde bislang kaum in angemessener Weise gewürdigt und Edward Castleton zeigt kenntnisreich, wie in Proudhons Argumentation seine Auseinandersetzung mit der Tradition der politischen Ideengeschichte fruchtbar wird (siehe insbesondere S. 293).

Einige wenige der Beiträge sind eher thematisch angelegt, anstatt sich auf einen spezifischen Denker zu konzentrieren. Der vielleicht originellste Aufsatz in diesem Band von Christopher Brooke befasst sich – ganz im Geiste von Istvan Hont – mit dem Verhältnis von Staatsräson und internationalem Handel. Ziel dieser Ausführungen ist es „to reconstruct in light of the new political theories of commerce, colonies and war the eighteenth-century conversation concerning the ancient rivalry between Carthage and Rome“ (S. 111). Auf breiter Quellenbasis wird hier ein faszinierendes Panorama entworfen, das es erlaubt, die Bedeutung, die der Theoriebildung über das Verhältnis von

Handel und Frieden im 18. Jahrhundert zukommt, zu erfassen. Die zeitgenössische Debatte über Karthago und Rom steht hier als Platzhalter für die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Handel und Krieg. In den Worten von Daniel Defoe, den Brooke wiederholt zitiert, heißt es lapidar „it had been much happier for Mankind in general, but especially for the Trading Part of the World, if Carthage had stood, and the Roman Empire had been destroyed“ (S. 116).

Dieser Band, das lässt sich zusammenfassend und vorbehaltlos sagen, bietet vielfältige und neue Forschungsperspektiven für die politische Theorie der internationalen Beziehungen. Kompetent und zumeist originell wird hier die politische Ideengeschichte neu gesichtet und diskutiert, wobei die Verweise auf Istvan Hont sich nicht in referenziellen Verbeugungen erschöpfen, sondern vielmehr dessen Forschungen kreativ aufnehmen und weiterführen. Kurzum, ein rundum gelungener Band.

London

Peter Schröder

Konturen des politischen Denkens von Karl Jaspers

Breier, Karl-Heinz/Gantschow, Alexander (Hrsg.): Vom Ethos der Freiheit zur Ordnung der Freiheit. Staatlichkeit bei Karl Jaspers, 205 S., Nomos, Baden-Baden 2017.

Karl Jaspers' Werk enthält politiktheoretische wie -philosophische Arbeiten, hierzu zählen insbesondere die Schriften aus der Nachkriegszeit. Die Rezeption fiel vergleichsweise spärlich aus. Der nun vorliegende Aufsatzband in der renommierten Reihe „Staatsverständnisse“ bildet somit einen erfreulichen Kontrast zur bisher kargen Resonanz und „politiktheoretischen Randständigkeit“, die die politischen Schriften des philosophischen Erfolgsautors der 1950er und 1960er Jahre erfahren haben.

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes widmen sich mit Sympathie den Schriften von Karl Jaspers, der als Moralist, zugleich auch als „unpolitischer Denker“ (S. 11) bestimmt, vielleicht disqualifiziert wurde. So urteilte etwa Kurt Sontheimer, der die „politikwissenschaftlichen Exkursionen“ eher als Art neue politische Metaphysik verstanden hat, „wirklichkeitsenthoben und realitätsfremd“ (S. 15), statt den Akzent des Überpolitischen zu bedenken, der als Ethos der Politik erfasst werden könnte.

Über die Wandlung des grundsätzlich existenzphilosophischen Denkers zu einem politischen Philosophen, auch Publizisten, bedingt durch die bitteren Erfahrung in der NS-Zeit, berichten die Herausgeber Karl-Heinz Breier und Alexander Gantschow. Jaspers sei nicht als realitätsferner Theoretiker anzusehen, sondern spreche über die „Voraussetzungen der politischen Ordnung“: „Demokratie ist für Jaspers eine Lebensweise, in der sich die Menschen immer auch selbst erziehen müssen“ (S. 20). Darum durchdenkt der Philosoph immer wieder die Phänomene des politischen Lebens, positioniert sich, prüft gegebene Zustände und engagiert sich, unter anderem für die Pressefreiheit. Jaspers fragt hartnäckig nach, möchte das „eigenständige Denken der Mitbürger“ (S. 21) anregen und bewegen, geleitet von dem Bewusstsein, dass das Gemeinwesen verfällt, wenn die Einzelnen sich zurückziehen, vielleicht politische Vorgänge noch mürrisch kommentieren, aber sich nur passiv im Staat verhalten. So fokussiert Jaspers ausdrücklich nicht die Aufgaben, zu denen jeder Einzelne verpflichtet ist, nicht nur um frei für sich, sondern frei in der staatlichen Gemeinschaft leben zu können. Es gelte, das Amt als Bürger aktiv wahrzunehmen. So formuliert Breier zutreffend wie prägnant, dass Jaspers zufolge die „Bürgerinnen und Bürger die wichtigsten Amtsinhaber in einer Repu-

blik sind“ (S. 131) seien, die partizipieren und Verantwortung übernehmen müssten.

Aus der Befürchtung heraus, zuweilen in einem nahezu endzeitlichen Ton vorgetragen, dass diese Möglichkeit zur Entfaltung begrenzt wird, publizierte Jaspers 1966 den Band: „Wohin treibt die Bundesrepublik?“, der zu seiner Zeit ein veritables Echo erhielt und dem Autor nicht nur eine große Leserschaft, sondern auch zahlreiche Anfeindungen eintrug. Auf die spezifische Diktion des Denkers weist Reinhard Schulz hin. Der in den psychiatrischen Büchern von Karl Jaspers erstmals verwendete Begriff „Grenz-situation“ (S. 34f.) werde aufgegriffen und in existenzphilosophische Diskurse wie in politikphilosophische Debatten überführt. Bemerkenswert ist, dass der ursprüngliche, bis heute im psychiatrischen Sprachgebrauch, etwa bei der Kennzeichnung depressiver Symptome, genutzte Begriff in gleicher Weise auch außerhalb des Fachgebietes durchaus sachgerecht verwendet werden kann. Das diesem zugrunde liegende „Denkmotiv“ werde von Jaspers, so schreibt Kurt Salamum, auf die „Ebene der Weltpolitik“ übertragen: „In den politischen Überlegungen steht der Gedanke von der Grenzsituation im Dienste der Überlegung, dass eine radikale moralische und politische Umkehr in der Politik notwendig wäre“ (S. 50). So handele es sich mit Jaspers nie stets um eine äußerlich bleibende Neuausrichtung, sondern um einen konsequenten und entschlossenen Wandel, wie Salamum zutreffend bemerkt. Jaspers' „missionarische Intention“ (S. 51) wird durch das Pathos des Existenzdenkens verstärkt. Der Duktus der politischen Rede, die appellative mit apologetischen Zügen verbindet, erinnert an den Tonfall der dialektischen Theologie von Karl Barth.

Gantschow verweist darauf, dass Jaspers sich auch als Zeitdiagnostiker verstand, ohne sich von einer „finalen Geschichtsphilosophie“ leiten zu lassen, oder „freiheitsvernichtende

Absolutheitsansprüche“ (S. 62) zu hegen. Ihm war an der „philosophischen Rückgewinnung“ der Politik gelegen, während ihm zugleich der „republikanische Wortschatz“ fehlte (S. 72). Der „Sinn für Politik“, so führt Breier aus, liege für Jaspers in der Befestigung der Freiheit im Staat. Politik sei als ein „komplexes Freiheitsverhältnis“ und nicht als „Herrschaftskategorie“ zu verstehen (S. 120).

Die „Hinwendung zum Überpolitischen“, so kennzeichnet Anton Hügli das politische Denken von Jaspers, gehe dem konkreten politischen Handeln voraus. Darum seien Philosophie und Politik nicht zu trennen, die „radikale Umkehr“ als Erkenntnis- wie als Existenzbewegung notwendig, die weiter reiche als aktuell sinnvoll erscheinende, aber bloß situationsgebunden pragmatische Entscheidungen im Alltag (S. 164).

Sache eines jeden Menschen sei es, zu philosophieren, das heiße, „vernünftiger zu werden“ (S. 172). Das Denken überhaupt, so auch das politische Denken, bleibe in Bewegung. So resümiert Hügli diese Form politikphilosophischer Erziehung: „Der Wille zur Selbst-Kritik drängt die Vernunft zum Anderen, zum Fremden, zum Unbekannten, um diesen eine Sprache zu geben und es aus sich heraus zur Geltung kommen zu lassen, nichts soll ungeprüft bleiben, nichts von vornherein ausgeschlossen werden“ (S. 173).

Die in diesem klugen wie lesenswerten Band versammelten Beiträge rufen das Denken von Karl Jaspers in Erinnerung, indes nicht allein in historischer Absicht. Die Lektüre führt vor Augen, dass es sich anhaltend lohnt, die Schriften von Jaspers um ihrer selbst willen, aber nicht weniger im Blick auf unsere Zeit und auch zur Selbstüberprüfung und Korrektur der eigenen politiktheoretischen Überzeugungen zu lesen. Insoweit handelt es sich im besten Sinne um einen ausgesprochen lehrreichen Band.

Hannover

Thorsten Paprotny

Plädoyer pro freiheitlich-rechtsstaatlicher Wirtschaftsethik

Hahn, Susanne/Kliemt, Hartmut: *Wirtschaft ohne Ethik? Eine ökonomisch-philosophische Analyse*, 276 S., Reclam, Stuttgart 2017.

Die Titelfrage ist erwartungsgemäß rhetorisch gemeint. In sieben Kapiteln plädieren die beiden Autoren für eine „freiheitlich-rechtsstaatliche Wirtschaftsethik“. Das Themenfeld ist sachgerecht weit gesteckt, der Aufbau nicht zwingend. Auf eine Skizze der „Prinzipien“ (Kap. I) folgen eine Diskussion exemplarischer Fälle (Kap. II), Überlegungen zur Verantwortung von Managern (Kap. III) und unter dem Titel „Bindungen“ Hinweise zum Verhältnis ungebundener ökonomischer Rationalität zur Verpflichtung auf moralische Regeln (Kap. IV). Obwohl die Ethik ein Titelbegriff ist, werden „Elemente ethischer Theoriebildung“ erst danach, in Kapitel V, vorgestellt. John Rawls' Gedanke des Überlegungsgleichgewichts wird, obwohl er doch zur ethischen Theoriebildung gehört, im anschließenden Kapitel VI eigens behandelt und dort, überraschend erst hier und nicht schon gegen Anfang, als die eigene Argumentationsweise von Susanne Hahn und Hartmut Kliemt präsentiert. Unter dem Titel „Wo der Pluralismus endet“ wird schließlich, mit wenigen kritischen Bemerkungen, für eine freiheitlich-rechtsstaatliche Wirtschaftsordnung votiert.

Sogleich beim ersten Halbsatz von Kapitel I.1 stolpert ein gründlicher Leser. Die „kantisch“ genannte „Formel von der größten Freiheit jedes Einzelnen“ liest sich bei Immanuel Kant nicht nur ein wenig anders. Sie bringt dort vor allem keine „allgemein freiheitlichen politischen Ideale zum Ausdruck“ (S. 12). Sie beantwortet vielmehr die Frage „Was ist Recht?“, handelt also über Gerechtigkeit, die überraschenderweise nicht einmal im erfreulich ausführlichen Sachregister auftaucht.

Überdies: Wenn man sich auf Kant beruft – immerhin nach Kliemt selbst der im Buch meistzitierte Autor –, dann wäre es sinnvoll, Kants an den Rechtsbegriff anschließende These zu diskutieren: „Das Recht ist mit der Befugnis zu zwingen verbunden“. Stattdessen wird die Ansicht einer dezidiert antikantischen Ethik, dem (erst in Kap. V eingeführten) Utilitarismus, vertreten, Zwangsausübung sei ein Übel. In Übereinstimmung mit dieser Ansicht ist im Schlusskapitel von der „unvollständige[n] Realisierbarkeit von Idealen der Zwangsfreiheit“ (S. 247) die Rede. In Wahrheit, zeigt die Rechts- und Staatsphilosophie seit Thomas Hobbes, liegt das Ideal nicht in der Zwangsfreiheit, rechts- und staatstheoretisch gesprochen: in der Herrschaftsfreiheit. Diese Einsicht hätte man im Abschnitt V.3.1 zu den Vertragstheorien erwartet: Das Ideal, das eine freiheitliche Wirtschaftsordnung als unverzichtbaren Rahmen benötigt, besteht in der gerechten Herrschaft mit ihren öffentlichen Gewalten und deren Gewaltenteilung.

Bei Hahn/Kliemt bleibt schon die Art des Übels „Zwangs“ unerörtert: Kann der Formzwang, dem Verträge aller Art und auch Prozessordnungen unterliegen, problemlos als Übel gelten? Sind Polizeieinsätze, Gerichtsvollzieher et cetera nicht nur in mancher, sondern in jeder Hinsicht ein Übel?

Dem Rezensenten, einem Philosophen, sehe man nach, dass er weiterhin auch bei anderen Ausdrücken wie „liberal“, „Subsidiarität“, „Freiwilligkeit“ und „Verantwortung“, selbst „soziale Marktwirtschaft“, ferner beim Verhältnis von „Moral“ und „Ethik“ und der für eine Wirtschaftsethik doch grundlegenden, hier aber nicht thematisierten Differenz von selbständigen Unternehmern und angestellten Managern das vermisst, was in der Philosophie die „Anstrengung des Begriffs“ heißt. Ein Blick in einschlägige philosophische, einschließlich rechtsphilosophische Texte wäre hilfreich gewesen.

Während man sich bei den „Prinzipien“, auch in manch späterem Kapitel, mehr begriffliche Klärungen wünscht, sind die drei thematisch gut gewählten und sachlich umsichtigen Falldiskussionen – Vorstandsgehälter, Unternehmensübernahmen und Patentrechte der ‚Dritten Welt‘ – ohne Zweifel willkommen, aber vor allem beim ersten Falltyp langatmig geraten.

In Kapitel V, bei den „Elementen ethischer Theoriebildung“, fehlt eine auch wirtschaftsethisch nicht belanglose Richtung – der Eudaimonismus beziehungsweise die Theorie guten Lebens. Ferner: Nach der schon älteren, von Rawls selbst für die Anglophonie und die Wirtschaftstheorie überzeugenden Kritik am Utilitarismus mangelt diesem der Standpunkt der Gerechtigkeit. Dass die beiden Autoren trotzdem mit dem Utilitarismus beginnen, dem Gerechtigkeitseinwand keine Aufmerksamkeit schenken, ist denn doch erstaunlich, ebenso, dass die Kant'sche Ethik nicht selber, sondern nur in der Apel-Habermas'schen Variante erscheint.

Nach Susanne Hahn und Hartmut Kliemt kann der gemeinsam verantwortete Text „insgesamt als Grundlage von Kursen ab dem fortgeschrittenen Bachelor-Niveau dienen“ (S. 9). Dem kann man schwerlich zustimmen.

Tübingen

Otfried Höffe

Über den Wert der Zeitdiagnostik

Haus, Michael/De La Rosa, Sybille (Hrsg.): Politische Theorie und Gesellschaftstheorie. Zwischen Erneuerung und Ernüchterung, 418 S., Nomos, Baden-Baden 2016.

Schlägt die „Stunde der Gesellschaftstheorie“, wie sie der Soziologe Heinz Bude vor wenigen Jahren vorhersah? Galt sie mit dem Zwischenruf Margaret Thatchers – „there is no such thing as society“ – schon als tot, scheint sie aktuell wieder aufzuleben. Für

Bude kehrt die Soziologie zu den tatsächlichen Bedingungen und Gegebenheiten des gesellschaftlichen Lebens zurück; sie entwickelt Erklärungen zu den drängenden Problemen der Zeit. Angesichts globaler ökonomischer Krisenherde, von Ausbeutung und Ungleichheit, eines schlingernden Wohlfahrtsstaates oder zunehmender sozialer Spaltungen auch in Deutschland, die sich zugleich in neuen Protestformen niederschlagen, steht die Beziehung von Ökonomie und Gesellschaft, von Kapitalismus und Demokratie zur Diskussion. Damit geht eine Neuentdeckung soziologischer Klassiker_innen (wie Max Weber, Georg Simmel oder Niklas Luhmann) einher, deren Diagnosen zur Moderne wieder gelesen werden. Es geht ums Ganze, die Gesellschaft, um ihre Verwerfungen und Konflikte, um die Beziehungen der Einzelnen wie die soziale oder politische Gemeinschaft. Dahinter verbirgt sich gleichermaßen die Frage, wie sozialwissenschaftliche Forschung beschaffen sein muss, um diese Probleme beschreiben zu können.

Insofern leuchtet es ein, die Verbindung zwischen Politikwissenschaft und Soziologie, genauer: zwischen soziologischer und politischer Theorie, zu prüfen. Angesichts einer Tagung der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) im Herbst 2013 in Heidelberg diskutieren die Beiträger_innen des Sammelbandes jene Herausforderungen der Gesellschaftstheorie. Sie bewegen sich in der geistigen Tradition von Michael Th. Greven, der die Politikwissenschaft dafür kritisierte, die Spannungsfelder innerhalb der westlichen Demokratien, wie sie unter anderem in der Differenz von Politik und dem Politischen fruchtbar gemacht werden, mit einer funktionalen oder normativen politischen Theorie zu überdecken. Vielleicht ist mit dem Stichwort der „Kontingenz“, der Offenheit und Zerrissenheit gesellschaftlicher Einheiten,

auch schon der Kerngegenstand aller Beiträge gefunden. Dafür spricht die Verve, mit der er umkreist wird, mit dem Ziel, einen stärkeren Bezug zu realen gesellschaftlichen Konflikten für die eigene Diagnosefähigkeit zu nutzen. Dass es der Politikwissenschaft an prognostischen Fertigkeiten fehle, ist ein Resümee, das Klaus von Beyme gleich zu Beginn festhält.

Die vierzehn anderen Beiträge eint eine thematische Klammer durch die einleitenden Leitlinien der Herausgeber_innen, auch wenn sie teils lose mit ihr verbunden sind: Welche Gegenstände teilen Gesellschaftstheorie und politische Theorie, wo können sie sich gegenseitig befruchten? Verfügen sie über eine gemeinsame Sprache? Sybille de La Rosa und Michael Haus antworten: „Gesellschaftstheorien [verweisen, ET] auf Eigenschaften der Gesellschaft, die aufgrund ihrer problematischen oder umwälzenden Natur nach systematischer Reflexion über den Sinn von Politik verlangen und zu dessen Neubestimmung Anstöße geben; sie setzen den normativen Höhenflügen Politischer Theorien aber auch Grenzen eines gesellschaftlichen Möglichkeitshorizonts“ (S. 9).

Demnach richtet sich die „Erneuerung“ im Untertitel eher an die politischen Theoretiker, welche die Kraft zur Umwälzung aus einer analytischen Deskription gewinnen können. Versteht man mit Max Weber unter Politik das Streben nach Machtanteilen, so untersucht die Politikwissenschaft jene Machtverhältnisse und die Begründungen legitimer Ordnungen. Die politische Konstitution von Gesellschaft steht im Vordergrund. Kommen die Autor_innen darin überein, nur ein Gefüge aus Machtbeziehungen zu beschreiben, das kaum unter eine gesellschaftliche Einheit subsumiert werden kann, bestätigen sie die Kontingenz und die Konflikthaftigkeit des Sozialen erneut. Gerade nach de La Rosa ist damit aber eine kritische Funktion verbunden.

Vier thematische Felder strukturieren dies weiter: Zunächst erneuert Bude sein Plädoyer für eine Gesellschaftstheorie, um besonders die Herausforderungen des Neoliberalismus zu kennzeichnen. Uwe Schimank sieht gleichermaßen im modernen Kapitalismus die verbindende Frage zwischen beiden Disziplinen. Michael Hirsch und Alexander Weiß halten an einer emanzipatorischen Gesellschaftstheorie fest – Hirsch in Tradition der Kritischen Theorie, Weiß, indem er nach deren Potenzialen bei Luhmann sucht. Danach schließen sich Annäherungen an die Konstitution politischer Ordnungen an, wobei hier eher die Grenzen politischer Übereinkünfte umrissen werden. Ein vorsichtiges Resümee lautet, dass das integrative Medium nur in den gesellschaftlichen Aushandlungen liegen kann. Mit vertiefenden Bohrungen – von Hannah Arendt, Ralf Dahrendorf bis hin zu Ulrich Beck oder Axel Honneth – werden klassische Studien auf ihre Passfähigkeit geprüft. Die Herausforderungen einer globalisierten Weltgesellschaft und der Interkulturalität erweitern diese Perspektiven nochmals.

Anspruch und Systematik der Beiträge wirken – im Sinne einer Sammlung exemplarischer Zugänge – plausibel. Am Ende angekommen, drängt sich die nur beiläufig formulierte Frage auf, wo die Grenzen einer an (politischer) Ordnung, an Steuerung und der Analyse von Machtbeziehungen orientierten Theorie liegen. Scheint ihr deren Tadel oder gar die Beratung politischer Praktiker aufgegeben? Sind jene Ergebnisse einer neuen Verknüpfung von politischer Theorie und Gesellschaftstheorie noch nicht vollständig sichtbar, werden innerhalb dieses Bandes die Werkzeuge geschärft. Der Glockenschlag zur „Stunde der Gesellschaftstheorie“ gleicht insofern einem analytischen Fingerzeig, Diagnosen einer drängenden Zeit zu liefern.

Chemnitz

Ellen Thümmler

Streitschrift ohne Streit?

Decker, Frank: Der Irrweg der Volksgesetzgebung. Eine Streitschrift, 183 S., Dietz Nachf., Bonn 2016.

Der Autor kündigt eine Streitschrift über die Volksgesetzgebung an, aber es wird – um es vorweg zu schicken – eine Streitschrift ohne Streit. Ebenso wenig passt eigentlich die Hauptüberschrift: Der Irrweg der Volksgesetzgebung. Jedoch gibt Decker am Ende an, wie die Repräsentativdemokratie tatsächlich um Verfahren der Volksgesetzgebung erweitert werden könnte. So vollzieht er, zumindest gemessen am Titel, eine Kehrwende um 180 Grad.

Das Buch von Frank Decker diskutiert auf 183 Seiten die Möglichkeit der Einführung direktdemokratischer Entscheidungsverfahren auf Bundesebene. Seine zentrale These benennt Decker gleich zu Anfang der Schrift: „Die zentrale These des Buches lautet, dass die ‚von unten‘ ausgelösten Verfahren mit der gewaltenfusionierenden Funktionslogik der parlamentarischen Demokratie kollidieren“ (S. 14). Im Vorwort wird dagegen folgende Fragestellung des Buches benannt: „Warum ist die direktdemokratische Verfassungsgebung in Deutschland dann so stark, ja nahezu ausschließlich auf die Volksgesetzgebung fixiert?“ (S. 7). Damit sind drei Zielsetzungen des Buches benannt: Streitschrift, Vergleich der Funktionslogiken, Erklärung für den Ausbau der Volksgesetzgebung. Und in der Tat in dem Buch steckt von allem etwas, vor allem aber steckt viel Deskription im Buch.

Zunächst sollte der Leser stutzen, wenn vom Ausbau der Volksgesetzgebung in Deutschland die Rede ist: Auf Bundesebene passierte seit 1949 nichts, alle Vorschläge scheiterten im Gesetzgebungsprozess im Bundestag. Der Ausbau fand und findet also auf Länder-, aber auch auf der Kommunal-ebene statt (vgl. Kap. 8).

Im Gegensatz zu den Praxen in vielen etablierten Demokratien sieht Decker eine Unvereinbarkeit von Elementen der direkten Demokratie mit den Repräsentativ-Organen. Die Streitschrift, wie das Buch im Untertitel benannt wird, ist allerdings keine wirkliche Streitschrift, sondern eine Mischung aus normativen Positionen und der deskriptiven Darstellung der direktdemokratischen Elemente in den deutschen Bundesländern, aber auch im internationalen Vergleich. Die einzelnen Kapitel des Buches sind mitunter etwas willkürlich aneinander gereiht. Ein roter Faden der systematischen Durcharbeitung des Themenkomplexes ist nur bedingt erkennbar. Jedes einzelne dieser Kapitel steht mehr oder weniger für sich und macht die Argumentationslogik von Decker etwas mühsam, weil sprunghaft.

Stark ist das Buch besonders da, wo es historisch argumentierend vorgeht. Im Prinzip handelt es sich um eine Darstellung von Begrifflichkeiten, normativer Positionen sowie der rein deskriptiven Aufzählung und Darstellung der Ausgestaltung direktdemokratischer Elemente. Diese Darstellungen sind lesenswert und gut formuliert, jedoch werden diese Darstellungen mit seitenlangen Tabellen garniert, was den Lesefluss stört. Denn es bleibt bei der bloßen deskriptiven Darstellung. Eine systematische empirische Analyse oder Auswertung mit modernen Methoden der empirischen Politikwissenschaft findet nicht statt. Etablierte statistische Zusammenhänge und empirische Befunde der vergleichenden Politikwissenschaft werden auch schon mal negiert.

Hinzu kommt, dass Decker einen eigensinnigen Gebrauch der direktdemokratischen Begrifflichkeiten hat. Er definiert beispielsweise die Volksgesetzgebung als plebiszitäre Demokratie. Nun wird der Begriff des Plebiszits in dem begrifflichen Kanon der Direkte-Demokratie-Forschung als ein „von oben“, in der Regel vom Staatspräsidenten,

ausgelöstes Instrument verwendet. Typisch sind hier die Plebiszite in Frankreich, aber auch in Osteuropa. Das Plebiszit ist somit ein *top-down*-Instrument, die Volksgesetzgebung auf kommunaler und Länderebene jedoch meistens ein *bottom-up*-Instrument. Nicht so bei Decker. Diese begriffliche Vermischung ist angesichts der sowieso heterogenen Begrifflichkeiten im Forschungsfeld mühsam.

Ein weiteres Problem, abweichend etwa zur vorherrschenden Sprachregelung, ist das Instrument des Referendums. Auch hier bringt Decker seine eigenen Begrifflichkeiten ins Spiel, die ebenfalls von der „herrschenden Lehre“ abweichen. Das tut der Klarheit der Argumentation nicht gut, zumal es bereits heute in den unterschiedlichen Lehrbüchern verschiedene Typologisierungen und Definitionen gibt. So ist das fakultative Referendum ebenfalls ein *bottom-up*-Instrument, das obligatorische Referendum ein *top-down*-Instrument.

Überraschend sind dann auch die Schlussfolgerungen der Streitschrift. Wird im Text durchgehend die Volksgesetzgebung und die Direkte Demokratie abgelehnt, kommt am Ende die Teilkapitulation Deckers. So heißt es auf Seite 161: „Vergleichsweise problemlos integrierbar wäre das obligatorische Verfassungsreferendum“. Und auch weitere Ergänzungen von *top-down*-Elementen sieht er als möglich an (vgl. S. 162–165). Von unten ausgelöste Verfahren wie die Volksinitiative und dem fakultativen Referendum werden jedoch abgelehnt, weil sie „in einem parlamentarischen Regierungssystem fehl am Platz“ (S. 166) sind. Falls es doch dazu kommen sollte, dann bitte mit hohem Quorum. Schließlich spricht sich Decker nicht gegen die Einführung einer unverbindlichen Volksinitiative aus (S. 168). In seiner Zusammenschau (S. 169) leuchten denn auch mehr Plus- als Minus-Zeichen für die Systemverträglichkeit der Direkten De-

mokratie auf. Vor dem Hintergrund seines Ziels einer Streitschrift gegen die Volksgesetzgebung sind die Befunde doch über- raschend.

Was fehlt? Völlig ausgeblendet und nicht erwähnt werden die nicht-formalisierten Verfahren direkter Bürgerbeteiligung, wie etwa Bürgerhaushalte und diskursive, nicht- verbindliche Verfahren. Auch die *policy*- Ebene, also materielle Politiken, kommen kaum vor. Für eine Streitschrift hätte sich Decker allerdings viel mehr mit diesen Themenbereichen beschäftigen müssen, denn hier liegen die wirklichen Probleme. So hätte man sich vergleichend mit dem Minderheitschutz in parlamentarischen und direktde- mokratischen Verfahren auseinandersetzen müssen. Hier liegt die eigentliche Achillesfer- se der direktdemokratischen Instrumente, die nur durch eine effektive Verfassungsgerichts- barkeit geschützt werden kann. Auch bleiben andere Ergebnisse der *policy*-Forschung hier außen vor. Insbesondere, wenn es um Reformstau, Strukturwirkungen und etwa Ausgabeneffekte geht.

Freiburg i. Br.

Uwe Wagschal

Eine komplexe Verfassungsordnung

Höreth, Marcus: Die komplexe Republik. Staatsorganisation in Deutschland, 170 S., Kohlhammer, Stuttgart 2016.

Vor etwa 30 Jahren formulierte Man- fred G. Schmidt die These, das deutsche Regierungssystem bewirke eine „Politik des mittleren Wegs“, die sich zwischen einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat und einer marktliberalen Politik bewege. Er er- klärte diese Politik mit der Dominanz ge- mäßigter Volksparteien, die im föderalen System gezwungen seien, in wichtigen Politikbereichen Kompromisse zu finden, und mit der Tatsache, dass unterschiedli-

che gesellschaftliche Interessen, die Ver- bände vertreten, in Verhandlungen mit der Regierung ausgeglichen werden. In seinem hier zu besprechenden Buch greift Marcus Höreth diese These auf und liefert eine alter- native Erklärung für sie. Demnach seien es grundlegende normative Vorgaben der Ver- fassung, die einen Ausgleich divergierender politischer Ziele erfordern und den Partei- enwettbewerb mäßigen. Nicht nur etablierte Verhandlungssysteme zwischen Koalitions- parteien, zwischen Bund und Ländern oder zwischen Staat und Verbänden, sondern die Komplexität der Staatsorganisation lenke die Politik auf einen Pfad hin, der extreme Aus- richtungen ausschließt.

Höreth zielt mit seiner Schrift aber nicht so sehr auf eine kritische Auseinanderset- zung mit politikwissenschaftlichen Theorien, sondern will Studierenden grundlegende Prinzipien der Verfassungsordnung ver- mitteln, die für das Verständnis des Regie-rens in Deutschland essenziell sind. Damit schlägt er eine Brücke zwischen der Politik- wissenschaft und der Verfassungsrechts- wissenschaft, auf der sich Juristen bislang eher bewegen als Politologen. Als Leitidee der Staatsorganisation betrachtet er den Begriff der Republik, die im Grundgesetz als Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat und Sozialstaat ihre besondere Ausprägung erfährt. Ziel des Buches ist es, die Gehalte dieser Verfassungsprinzipien darzustellen, die Spannungen zwischen ihnen zu be- schreiben und zu erläutern, wie diese auf- zulösen seien.

Die „Einzelbetrachtung“ der fünf Struktur- prinzipien, die Höreth im ersten Teil (Kap. 2) anstellt, bezieht sich nicht nur auf den norma- tiven Gehalt und die Wirkungen auf Politik. Der Verfasser skizziert auch die Entstehungs- geschichte und stellt in einer vergleichenden Betrachtung die Besonderheiten der jeweili- gen Prinzipien heraus. Diese mehrschichtige Analyse liefert insgesamt einen instruktiven

Überblick, wenngleich einzelne Aspekte angesichts der Kürze des Textes oft nur gestreift werden.

Eine neue Sicht auf die Verfassungsordnung gewinnt man aus der Lektüre des zweiten Teils (Kap. 3), in dem Höreth die Wechselwirkungen und Spannungsverhältnisse zwischen den vier Merkmalen der Republik erörtert. Dass sich Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat und Sozialstaat nicht einfach ergänzen, sondern widersprüchliche Anforderungen an die Politik stellen, die bei ihrer Ausgestaltung austariert werden müssen, ist keine neue Erkenntnis. Sie ist aber für das Verständnis der Verfassung und des Regierungssystems fundamental. Mit seiner systematischen Erklärung der sechs Spannungslinien zwischen den vier Prinzipien füllt der Verfasser den Begriff der komplexen Republik mit Gehalt. Er zeigt, dass diese Komplexität und die aus ihr resultierenden Herausforderungen an die Politik gutes und legitimes Regieren in modernen Gesellschaften ermöglichen, jedenfalls wenn dieses darin besteht, einen vernünftigen Kompromiss zwischen vorhandenen Alternativen zu finden. Die komplexe Republik hat demnach – bei allen Schwierigkeiten des Regierens – insgesamt viel mehr gute als schlechte Seiten.

Ob sich aus dem „magischen Viereck“ der Verfassungsprinzipien tatsächlich die Politik des mittleren Weges erklären lässt, wie sie Manfred G. Schmidt definiert hat, kann hier dahingestellt bleiben. Der Komplexitätsbegriff könnte jedenfalls die „Robustheit“ der deutschen Verfassungsordnung erklären, die gerade deswegen stabil und gegen Krisen resistent ist, weil sie anpassungsfähig ist, wobei sich ihre Anpassungsfähigkeit aus der Notwendigkeit ergibt, Spannungen zu bewältigen. Der Ansatz, den Höreth entwickelt, erweist sich somit als fruchtbar. Der knappen Darstellung fehlt aber die notwendige analytische

Präzision, weil sie nicht Konflikte zwischen normativen Prinzipien von Spannungen unterscheidet, die zwischen institutionellen Mechanismen bestehen. Die Politikwissenschaft hat letztere herausgearbeitet, und damit den rechtswissenschaftlichen Blick auf Normkonflikte ergänzt. Letztere lassen sich durch Abwägung lösen oder durch Hierarchisierung, die allerdings bei grundlegenden Verfassungsprinzipien abzulehnen sind. Erstere wirken sich auf das Handeln der Akteure aus und können Entscheidungsspielräume verengen (etwa wenn Regierungen gleichzeitig im Parteienwettbewerb stehen und im Bundesstaat Verhandlungszwängen unterliegen), aber auch Dynamiken erzeugen (etwa wenn Politikblockaden durch Entscheidungen des Verfassungsgerichts aufgelöst werden). Eine weitere Unschärfe der Argumentation liegt darin, dass Höreth den Begriff Staatorganisation offenbar weit fasst, aber nicht klar zwischen organisatorischen und materiellen Aspekten der behandelten Verfassungsprinzipien differenziert. Besonders problematisch erscheint es, das Sozialstaatsgebot als ein Merkmal der Staatsorganisation zu deuten. Man kann mit Sozialstaat die spezifischen Strukturen und Verfahren des deutschen „Wohlfahrtsstaatsregime“ bezeichnen. Aber Höreth beschreibt eher Zielkonflikte des demokratischen Rechts- und Sozialstaats als Spannungen in der Organisation.

Gleichwohl ergänzt das Buch vorliegende Einführungen in das deutsche Regierungssystem. Zum einen vermittelt es Studierenden und interessierten Menschen notwendige Kenntnisse des Grundgesetzes. Zum anderen erklärt es, wie die Verfassung die Funktionsweise des Regierungssystems konstituiert und prägt. Dessen Komplexität erläutert der Autor in einer verständlichen Weise.

Darmstadt

Arthur Benz

Ausweitung und Verflüssigung des Rechts

Loick, Daniel: Juridismus. Konturen einer kritischen Theorie des Rechts, 342 S., Suhrkamp, Berlin 2017.

In seiner Habilitationsschrift „Juridismus“ unternimmt Daniel Loick den Versuch, die „Konturen einer kritischen Theorie des Rechts“ zu umreißen. Die Schrift stellt eine Zusammenstellung teils bereits veröffentlichter, für die Publikation überarbeiteter Aufsätze dar. Die Zusammenstellung eint nicht allein das Vorhaben einer Kritik des Rechts, sondern ebenso die stringent eingehaltene sozialphilosophische Perspektive, in der die Genese und die subjektivierende Wirkung der hegemonialen Rechtsform reflektiert werden. Der juristischen Subjektivierungsform hält Loick keinen ihr äußerlichen Maßstab entgegen, sondern rekonstruiert den Maßstab der Kritik immanent aus denjenigen sozialen Ansprüchen, die sich in der Rechtsform ausdrücken. Innerhalb aktueller rechtskritischer Debatten lässt sich Loicks Schrift aufgrund dieser Haltung in der Nähe von Andreas Fischer-Lescanos „Rechtskraft“ (2013) und Christoph Menkes „Kritik der Rechte“ (2015) verorten. Entsprechend der immanenten Kritikform lautet Loicks paradoxal formulierte Diagnose, dass die rechtlich konstituierte Subjektivität genau diejenigen sozialen Interaktionsformen zerstört, zu deren Schutz das Recht existiert (vgl. S. 11–16). Diese für die Kritische Theorie typische Argumentationsfigur ist im Falle Loicks zugleich durchdrungen von Motiven des Poststrukturalismus und des gegenwärtigen Feminismus, die die normierende Wirkung des Rechts betonen, sodass seine Schrift als elegante Vermittlung verschiedener historischer und zeitgenössischer kritischer Perspektiven gelten kann.

Um den „Juridismus“ genauer zu skizzieren, begibt sich Loick in die Diskussion mit G.W.F. Hegel. Da die hegemoniale Rechtsform Individuen als isolierte, eigeninteressens-

geleitete Subjekte adressiert, so Loick Hegel folgend, führt die Wahrnehmung der Welt in der juristischen Perspektive zu einem Verlust sozialer Beziehungen sowie zu egoistischen psychischen Dispositionen (vgl. S. 13, 221). Loicks Haltung zeichnet sich durch eine Sensibilität für die problematischen Aspekte der hegelschen Rechtskritik aus. Dessen Motive entspringen einem enorm christlichen Kontext, sodass es einer Kritischen Theorie des Rechts unmöglich ist, nahtlos an Hegels Ausführungen anzuschließen (vgl. S. 148–158). Daher unterzieht Loick die Diagnose Hegels einer genealogischen Betrachtungsweise, die er in den Theorien Karl Marx' und Friedrich Nietzsches erblickt. Auf diesem Wege elaboriert er die von Hegel nicht reflektierten heteronomen Voraussetzungen der juristischen Subjektivität. In der Diskussion der Rechtskritiken von Jürgen Habermas, Axel Honneth, Wendy Brown und Gilles Deleuze entfaltet er anschließend Interaktionsformen, die als Kontrastfolie zum Juridismus und als konstitutives Moment gelingender sozialer Beziehungen gelten können. Das Resultat der Integration dieser vier Perspektiven stellt eine psychologisch sowie anerkennungs- und kommunikationstheoretisch begründete postjuristische Sozialität dar, die zugleich die Vorstellung eines ethisch neutralen Rechts verabschiedet. Da, so Loick, die Autonomie von Subjekten konstitutiv auf kommunikative Beziehungen der Anerkennung angewiesen ist, muss ein postjuristisches Recht jene Beziehungen fördern (vgl. S. 18, 330).

In einem letzten Schritt, der die Kreativität und Eigenständigkeit der Schrift Loicks innerhalb der gegenwärtigen rechtskritischen Debatten markiert, lotet er die Möglichkeiten des jüdischen Rechtsverständnisses, das Recht vom Juridismus zu befreien, aus. Die jüdische „Gemeinschaft der Interpret*innen“ (S. 22) und deren „Praxis der pluralistischen kollektiven Rechtsauslegung“ (S. 331) deutet er nicht allein als „Demokratisierung der Rechtsschöp-

fung, sondern auch der Rechtsprechung und der Rechtsumsetzung“ (S. 331). Loicks normativer Bezugspunkt stellt ein Recht dar, das als „Prozess kommunikativer Vermittlung“ (S. 330) gelten kann. In diesem Prozess sind die Subjekte zu jeder Zeit als Diskursteilnehmende adressiert, die das Recht generieren, auslegen und ausführen.

Dass diese Idee ebenfalls problematisiert werden kann, ist Loick bewusst. Er selbst verweist auf die Möglichkeit „diskursiver Herrschafts- und Exklusionsmechanismus“ (S. 335), die in dem partikularen Charakter hegemonialer Diskurspraktiken gründen können. Daher kann, so seine Antwort, eine sozialphilosophische Kritik „nur *experimentell* politisch handlungsleitend werden“ (S. 336, Hervorhebung im Original) und die „spezifische Praxis sozialer Transformation“ (S. 290f., Hervorhebung im Original), die zu einer „Relativierung [...] rechtlicher Regulierung“ (S. 291) führt, immer nur behutsam tastend agieren.

Dieser selbstreflexiven Replik lassen sich weitere Ausführungen zu denjenigen Ressourcen hinzufügen, die als notwendige Voraussetzungen der postjuridischen Rechtspraxis gelten können. In sozialphilosophischen Perspektive müssen nicht allein das Recht, sondern ebenso die enorm ungleich verteilten verschiedenen Kapitalsorten kritisch reflektiert und auf ihre subjektivierende Wirkung bezogen werden. In Anbetracht der Ausführungen Loicks in „Der Missbrauch des Eigentums“ (2016) sowie zum „Anarchismus“ (2017) ist anzunehmen, dass er sich der Notwendigkeit dieser Perspektiverweiterung bewusst ist. Grundsätzlicher als diese Anmerkung ist der Hinweis auf die von Loick skizzierte Verflüssigung und gleichzeitige Ausweitung des Rechts. Zum einen werden in Loicks Skizze des postjuridischen Rechts gewohnte institutionalisierte Rechtspraktiken in Diskurse aufgelöst; zum anderen werden diese Diskurse auf alle Mitglieder einer politischen

Gemeinschaft ausgedehnt. Dieser zweigleisige Prozess kann von den Mitgliedern als enorme Belastung empfunden werden. Der Spagat, den die experimentelle Transformation aushalten muss, besteht zwischen einer emanzipativen Zersetzung der juristischen Experten- und Expertinnen-Kultur und einer Über-Politisierung aller Rechtspraktiken. Zur Entfaltung der Probleme dieses Spagates bedarf es weitere Ausführungen. In Anbetracht der vorliegenden Schrift ist zu erwarten, dass Loick auch darauf überzeugend antworten kann.

Aachen

Markus Baum

Konservatismus in der BRD

Liebold, Sebastian/Schale, Frank (Hrsg.): Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik, 256 S., Nomos, Baden-Baden 2017.

Der Tagungsband „Neugründung auf alten Werten?“ präsentiert neun Beiträge, jeweils drei in den Abteilungen „Konservative Politiker“, „Konservative Akademiker“ und „Liberal-konservatismus und Nationalkonservatismus nach 1968“. Dabei gehen die Herausgeber, Politikwissenschaftler und Zeithistoriker an der TU Chemnitz, zu Recht davon aus, dass das thematische Feld des Nachkriegskonservatismus „keineswegs ausgeforscht sei“ (Vorwort, S. 5). In seiner Einleitung zählt Frank Schale zu den offenen Fragen die nach den Motiven und Ursachen der Transformation, die das „hochideologisierte Denken der Zwischenkriegszeit in ein integratives bürgerliches Common-Sense-Denken“ (S. 23) übergehen ließen; welche Bedeutung dabei Restbeständen aus vorherigen Zeitschichten zukam; wie neue Konfliktlinien innerhalb des Konservatismus entstanden, und wie sich die Diskurse nach der Adenauer-Zeit veränderten.

In der ersten Abteilung erinnert Martina Steber an die Deutsche Partei (DP) als einzige Partei, die den weithin diskreditierten Begriff des Konservatismus hochhielt. Namentlich Hans Mühlenfeld und Hans-Joachim Merkatz arbeiteten publizistisch „am Begriff“ (S. 43) in Richtung einer „liberal-Konservative(n) Allianz“ (S. 49), die im Übertritt zur CDU endete.

Johannes Großmann skizziert die katholisch imprägnierte „abendländische Bewegung“ (S. 53) und sieht deren Ende in der Bundesrepublik nicht als „Ende einer ideengeschichtlichen Strömung“ (S. 70), sondern als erfolgreiche transnationale Aufhebung in organisatorischen Zusammenhängen, die von Spanien aus mehr oder weniger klandestin rechtskonservative Geister in Westeuropa sammelten. Allerdings erklärt dieses etwas überschätzte „„übernationale‘ Projekt“ (S. 61) nicht die finale Krise der westdeutschen Abendlandbewegung in der Bundesrepublik am Ausgang der Ära Adenauer.

Gründe für das Ende älterer Formen des Konservatismus scheinen hingegen in der biographischen Skizze des vormaligen Zentrumspolitikers und Bauernfunktionärs Andreas Hermes auf. Peter Becker zeigt, dass Hermes’ „agrарisch geprägter Konservatismus“ (S. 83) nicht mit der „eher am Konsumenten orientierten Agrarpolitik“ (S. 97) der Bundesrepublik zu vereinbaren war.

Als „konservative Akademiker“ werden in der zweiten Abteilung Arnold Bergstraesser (1896–1964), Carl Joachim Friedrich (1901–1984), und – nur auf den ersten Blick merkwürdig anmutend – Max Horkheimer (1895–1973) vorgestellt. Sebastian Liebold porträtiert mit informativen Aspekten einen der Gründungsväter der westdeutschen Politikwissenschaft, Bergstraesser, der wegen seiner teils jüdischen Abstammung 1933 die Universität verlassen musste und 1937 in die USA emigrierte. Über den „Fall Bergsträsser in Amerika“ (Claus Dieter Krohn) ist

viel gestritten worden, ein Beispiel für rechtskonservative Antidemokraten der Weimarer Republik, die aufgrund des nationalsozialistischen Antisemitismus aus der akademischen Gemeinschaft entfernt wurden. In den USA, so Liebold, eignete sich Bergstraesser die „Ideenwelt eines atlantischen Humanismus“ (S. 105) an. Die „Verschmelzung von deutschen literarischen Traditionen mit Eindrücken vom amerikanischen Geistesleben“ (S. 109) habe ihn als Intellektuellen für die akademische Szene in der Bundesrepublik passgerecht erscheinen lassen.

Der Beitrag von Frank Schale über Friedrich versteht sich als kritische Historisierung des als Ikone der Totalitarismustheorie verehrten Harvard-Professors, der in den 1920er Jahren aus Deutschland in die USA gegangen war. Interessant ist die Nachzeichnung der „demokratisch-freiheitlichen Uminterpretation“ (S. 138) des demokratieskeptischen Kulturpessimismus von Friedrich im und nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei er seine „liberale Geste peu à peu zurücknehmen“ (S. 143) sollte, als der Sowjetblock um 1960 immer stärker als bedrohliche Konkurrenz wahrgenommen wurde.

Magnus Klaue schildert in seinem Beitrag über den „wahren Konservative(n)“ (S. 155) Max Horkheimer in einem Interview von 1970, in dem „Spiegel“-Journalisten versuchten, ihn auf eine Linie mit Martin Heidegger zu bringen, der einige Jahre zuvor von Rudolf Augstein interviewt worden war (die Veröffentlichung erfolgte posthum 1976). Differenziert entfaltet Klaue daraus die Ansätze der Hochschätzung von Ehe und Familie und zitiert den Dioskuren der Frankfurter Schule: „Die kritische Theorie hat immer eine doppelte Aufgabe gehabt, das zu Verändernde zu bezeichnen und gewisse kulturelle Momente zu bewahren“ (S. 169).

Die Aufsätze über den Konservatismus nach 1968 sind stark an dem Gegensatzpaar „Liberalkonservatismus“ und „Nationalkon-

servatismus“ orientiert. Nils Lange präsentiert sein Dissertationsprojekt, eine Biographie des Publizisten Matthias Walden, der, vom RIAS kommend, schließlich – nach dem Tod von Hans Zehrer – zu einem wichtigen Berater des Medienmoguls Axel Springer avancierte. Zentral war in Waldens Überlegungen demnach der Begriff „staatsloyal“ (S. 182f.), mit dem er seine Rolle „als Hüter und Beschützer einer liberalen Demokratie der 1950er Jahre“ (S. 188) begründete. Hier gleitet die Darstellung allerdings in eine Weichzeichnung über, wenn der konservative „Kalte Krieger“ Walden mit der Selbstzuschreibung des ebenfalls konservativen Franzosen Raymond Aron als „liberaldemokratisch-konservativ“ (ebd.) geadelt wird.

Martin G. Maier zeigt demgegenüber auf, dass für viele Konservative in den 1970er Jahren gerade der Liberalismus „zur eigentlichen Bedrohung“ (S. 196) aufrückte. Dem auch im sprachlichen Ausdruck zu analysierenden Auseinandertreten eines moderaten „Liberalkonservatismus“ und eines „radikalen Konservatismus“ geht schließlich Tobias Bartels nach.

Der Band bietet interessante Einblicke in die Forschungsdiskussionen zum Konservatismus der Bundesrepublik, die plumpe Apologie und uninformierte Kritik längst hinter sich gelassen haben.

Hamburg

Axel Schildt

Vom „Wutbürger“ zum „Wutmenschentum“

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?, 300 S., Metropol, Berlin 2016.

Der Begriff des „Wutbürgers“ ist schon etwas älter. Als ihn die Gesellschaft für deutsche Sprache 2010 zum Wort des Jahres kürte, stand nicht der gesellschaftliche und

politische Rechtsruck, sondern der Widerstand gegen den Bahnhofsneubau Stuttgart 21 Pate, der in der baden-württembergischen Landeshauptstadt tausende Menschen auf die Straße trieb. Der von den Medien gerne aufgegriffene Begriff sollte suggerieren, dass der Protest primär vom wohl situierten Bürgertum ausgegangen sei, was allerdings so nicht zutraf. Die meisten Teilnehmer entstammten dem linken und hier vor allem grünen Wählerspektrum und verfügten über zum Teil langjährige Demonstrationserfahrung.

Diese Feststellung ist wichtig, weil sie dem, was heute mit dem „Wutbürger“ assoziiert wird, diametral widerspricht. Die erstmals erfolgversprechende Herausbildung einer neuen Rechtspartei in Deutschland in Gestalt der 2013 gegründeten AfD und die Planierung des populistischen Terrains durch die Thilo Sarrazin-Debatte drei Jahre zuvor zeigen, dass der politische Protest inzwischen vorrangig von rechts ausgeht. Als Wählerprotest spielt sich dieser einerseits im Rahmen der verfassten Partizipationsformen ab. Andererseits greifen die gegen die gesellschaftlichen und politischen Eliten aufstehenden Bürger auf Aktionsformen zurück, die wir bisher vor allem aus dem linken Spektrum kannten. Hierunter fallen nicht nur Demonstrationen wie bei Pegida, sondern auch der Rückgriff auf die sozialen Medien. Gleichzeitig hat das seit der Wende bestehende hohe Niveau an rechtsextrem und fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten im Zuge der Flüchtlingskrise nochmals zugenommen und traurige Rekordwerte erreicht.

Der von dem bekannten Berliner Antisemitismusforscher Wolfgang Benz herausgegebene Band nimmt vor allem die Erscheinungsformen des Rechtsrucks in den Blick. Gezeigt wird, wie sich der „bürgerliche Zorn“ in Gestalt eines neuen Nationalismus im Allgemeinen (Peter Widmann und Sina Arnold/Sebastian Bischoff) und im Rahmen von Pegida (Gudrun Hentges) sowie der

AfD (Clemens Escher) programmatisch und organisatorisch artikuliert. Weitere Beiträge widmen sich den gewalttätigen beziehungsweise volksverhetzenden Formen des Rechtsextremismus (Angelika Benz und Britta Schellenberg) sowie der Rolle des Internets für die Hasspropaganda (Wolfgang Benz). Ein zusätzlicher Beitrag des Herausgebers Benz über das Gerücht schlägt dabei die Brücke zur Vorurteilsforschung. Zwei Beiträge (Christian Gaubert und Cornelius Pollmer) fragen nach den speziellen Gründen für die Stärke des Rechtspopulismus und -extremismus in Sachsen. Oliver Nachtwey interpretiert die Pegida-Bewegung als Ausdruck einer neuen Faszination des Autoritären, die sich zugleich im Primat der Wirtschaft beziehungsweise des Marktes niederschlägt. Wie die Silvesterereignisse von Köln zum Wendepunkt der öffentlichen Wahrnehmung migrationsbedingter Konflikte wurden, analysiert der Beitrag von Hans-Peter Killguss und Carolin Hesidenz, wie rechtsextreme Gruppen auf ihnen nicht genehme Formen und Aktionen der Erinnerung an die NS-Herrschaft reagieren, die Fallstudie von Christian Mentel und Bjoern Weigel.

Die in Benz' Einleitungsbeitrag eingeführte Formel des „Wutmenschentums“ stellt – in ihrer Anspielung auf den von Vertretern der politischen Rechten häufig benutzten Kampfbegriff des „Gutmenschen“ – eine gelungene Wortschöpfung dar, deren Potenzial für die Erklärung der rechtspopulistischen Revolte in dem Band freilich nur zum Teil ausgeschöpft wird. So richtig es ist, vor den Grenzüberschreitungen eines möglicherweise demokratisch legitimen Rechtspopulismus zum demokratiefeindlichen und -gefährdenden Rechtsextremismus zu warnen, so notwendig wäre es gleichzeitig zu fragen, ob der rechtspopulistische Protest nicht auch auf reale Probleme hinweist, die von den politischen und gesellschaftlichen Eliten vernachlässigt wurden. Der letztgenannte Aspekt kommt in dem Band, dessen Herausgeber und Autoren

allesamt aus dem linksliberalen – oder wie man neuerdings zu sagen pflegt „kosmopolitischen“ – Spektrum stammen, leider zu kurz. Ein Beispiel ist der Beitrag über die Kölner Silvesternacht, der die Ethnisierung der Migrationsdebatte und Instrumentalisierung der Geschehnisse durch die Rechtspopulisten und -extremisten durchaus zu Recht beklagt, über die kulturelle Dimension der migrationsbedingten Konflikte aber mehr oder minder hinweggeht. Dasselbe gilt für den in den Beiträgen ebenfalls kaum angesprochenen Umstand, dass die sozialen und wirtschaftlichen Konkurrenzen, die die Zuwanderung erzeugt, vor allem im unteren Drittel der Gesellschaft ausgetragen werden. Gerade die Verquickung und gegenseitige Verstärkung von kulturellen und sozialen Konflikten macht die heutige Sprengkraft des Rechtspopulismus aus.

Die Stärken des Bandes liegen mithin vor allem darin, dass er beschreibt, wie der Rechtspopulismus auftritt, nicht in der Analyse seiner Ursachen. Dem entspricht der bisweilen moralisierende Duktus der Autoren, die aufklären wollen und ständig Vernunft anmahnen, so als ob das von ihnen beschriebene Wutmenschentum ausschließlich von Irrationalität getrieben sei. Auch soziologische Erklärungen, wonach die Anfälligkeit für den Rechtspopulismus aus Abstiegsängsten und Unsicherheitsgefühlen resultiere – nicht selten gepaart mit der Aufforderung, man müsse diese Ängste „ernstnehmen“ –, zeugen von einem merkwürdig paternalistischen Politikverständnis, das die Wähler weniger als mündige Bürger denn als behandlungsbedürftige Patienten zu begreifen scheint. Dass Forderungen wie die nach einer Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung oder nach einer Beschränkung der kulturellen Rechte von Minderheiten auch auf guten Argumenten beruhen könnten, gerät dabei von vornherein aus dem Sinn.

Bonn

Frank Decker

Reaktionen auf Rechts

Steinbacher, Sybille (Hrsg.): Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz, 251 S., Wallstein, Göttingen 2016.

Der Umgang mit Rechtsextremismus rückt wieder vermehrt ins Zentrum öffentlicher Debatten und akademischer Reflexion. Dies betrifft die Frage der Auseinandersetzung mit dem Erfolg rechtspopulistischer Parteien ebenso wie mit rechter Gewalt. Nicht zuletzt können dadurch auch Erkenntnisse über allgemeine gesellschaftliche Tendenzen und die politische Kultur gewonnen werden. Die „Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte“ widmeten sich 2015 der Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit rechtsextrem motivierter Gewalt. Die Beiträge sowie die abschließende Diskussion wurden in einem von Sybille Steinbacher herausgegebenen Band im Wallstein Verlag publiziert. Die Wichtigkeit dieser Publikation wird von der gesellschaftlichen Wirklichkeit bestätigt, in der, wie Steinbacher in ihrer Einleitung feststellt, die „Grenze zwischen dem Rechtsextremismus und der politischen Mitte“ (S. 9) zunehmend verschwimmt.

Der erste thematische Schwerpunkt ist der rassistischen Mordserie des sogenannten NSU und ihrer (Nicht-)Aufarbeitung gewidmet. Hajo Funke skizziert das rechtsextreme Milieu der Entstehung des NSU, die problematische Rolle des Verfassungsschutzes und das Versagen der Ermittlungsbehörden. Die zu beobachtende „Aufklärungsblockade“ (S. 31) zeige, dass beim Thema Rechtsextremismus auf die Behörden oft kein Verlass sei. Katharina König berichtet in ihrem Beitrag von den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtages und kritisiert, dass bei den nachfolgenden polizeilichen Ermittlungen die Morde „de facto entpolitisiert“ (S. 54) und das neonazistische Netzwerk der Unterstützer

teilweise ausgeblendet wurden. Eine wichtige Rolle spielten dabei, so Thies Marsen, die gewaltaffine Subkultur der Rechtsrockszene und die transnationalen Strukturen des Blood & Honour-Netzwerkes, das trotz Verbot in Deutschland weiterhin aktiv ist. Der NSU-Komplex und seine Aufarbeitung betreffen, so Dirk Laabs, insbesondere auch die Frage des Staatsschutzes und rechtsstaatlicher Praxis, die teilweise die Aufklärung behindern. Ein problematischer Effekt mangelnder Aufarbeitung, warnt Laabs, sei die Entstehung von Verschwörungstheorien, die den Rechtsextremismus als zentrale Dimension oft ausblenden.

Der zweite Abschnitt widmet sich dem Zusammenhang von Gesellschaft und Rechtsextremismus in Deutschland. Ulrich Chaussy rekonstruiert die Nachgeschichte des Oktoberfestattentates in München 1980. Die Interpretation des Anschlages als Tat eines Einzelnen und die tendenzielle Ausblendung des politischen Kontextes seien Ausdruck des mangelnden Willens vonseiten der Behörden, die Hintergründe des Anschlages aufzuarbeiten. Den oftmals vernachlässigten Aspekt der Rolle von Frauen in der extremen Rechten erörtert Juliane Lang. Traditionelle und autoritäre Geschlechterbilder stehen dabei der politischen Aktivität von Frauen nicht entgegen, die zunehmend auch Führungsaufgaben übernehmen. Die Verbreitung von extrem rechten Haltungen in der Mitte der Gesellschaft und die Frage möglicher Gegenstrategien stehen im Zentrum des Textes von Kurt Möller. Die Auseinandersetzung mit antidemokratischen Einstellungen, so Möller, müsse „die Ursachen und individuellen Motive der Wendungen nach rechts“ (S. 144) thematisieren. Tanjev Schultz beleuchtet die meist ereignisorientierte, personenfokussierte und von einer „Grausamkeitsroutine“ (S. 151) dominierte mediale Berichterstattung über Rechtsextremismus. Die Perspektive von Opfern sowie intensive

Hintergrundrecherchen kommen dabei hingegen zu kurz.

Aspekte von Struktur und Praxis des Rechtsextremismus werden im letzten thematischen Schwerpunkt erörtert. Claudia Luzar untersucht am Beispiel von Dortmund rechtsextreme Gewalt und ihre Opfer. Die Perspektive der Opfer, ihrer Erfahrungen und Bewältigungsstrategien werden oft ausgeblendet und damit ihre Erforschung und die Formulierung von Gegenstrategien erschwert. Der Beitrag von Samuel Salzborn differenziert zwischen unterschiedlichen Phänomenen des Rechtsextremismus in Deutschland und verweist auf die Bedeutung der Ebene der Einstellungen, die notwendige Bedingung für politische Gewalt seien, gleichzeitig aber auch zumindest in Fragmenten von der (nicht gewalttätigen) Mitte der Gesellschaft toleriert werden. Der oftmals gezeichnete „Einzeltäter“ existiere zwar in strafrechtlicher Sicht, „aber nicht in politischer und sozialer Hinsicht“ (S. 193). Armin Pfahl-Traughber widmet sich schließlich dem Phänomen des „Lone Wolf“-Terrorismus am Beispiel rechtsextremer Anschläge in Deutschland, die nur schwer zu verhindern seien. Auch Pfahl-Traughber problematisiert Tendenzen der Psychologisierung und Individualisierung solcher Taten, mit denen eine Ausblendung der ideologischen Dimension einhergehe.

Den Abschluss des Bandes bildet die Dokumentation einer von Sybille Steinbacher geleiteten Podiumsdiskussion mit Ulrich Chaussy, Norbert Frei, Hajo Funke, Katharina König und Kurt Möller. König dabei nimmt in ihrem Statement zumindest implizit auch einen Kritikpunkt des Bandes vorweg: nämlich die Nichteinbeziehung der migrantischen Community (S. 238). Obwohl einzelne Beiträge darauf Bezug nehmen, fehlt ein eigener Beitrag zu dieser Perspektive und den damit verbundenen Erfahrungen. Trotz dieser Einschränkung gibt der sehr gelungene

Band einen guten Überblick über den gesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremismus in Deutschland und die damit verbundenen Problematiken.

Frankfurt a. M.

Matthias Falter

Volkssouveränität in Europa?

Comtesse, Dagmar: Radikaldemokratische Volkssouveränität für ein postnationales Europa. Eine Aktualisierung Rousseaus, 313 S., Nomos, Baden-Baden 2016.

Volkssouveränität ist die grundlegende Legitimationsdoktrin der modernen Demokratie. Sie ist in einer langwierigen und voraussetzungsreichen Geschichte entstanden, wie Peter Graf Kielmansegg in seiner einschlägigen Studie gezeigt hat; in Jean-Jacques Rousseaus „Gesellschaftsvertrag“ aus dem Jahr 1762 hat sie ihren reifen politiktheoretischen Ausdruck gefunden, später brach sie sich mit der Amerikanischen und Französischen Revolution auch verfassungspolitisch Bahn, wenn auch in unterschiedlicher Gestalt. Seitdem hält sie die Welt, die zunehmend aus Nationalstaaten bestehen sollte, in Atem. Lässt sich aber die Volkssouveränität auf Europa erstrecken und dies auch noch mit Rousseau begründen?

Die hier anzuzeigende Monographie von Dagmar Comtesse, die im geistigen Umkreis der Frankfurter Schule entstanden ist, bejaht diese Frage entschieden. Rousseau wird als ein Theoretiker der radikalen Demokratie gelesen, der das Volk – gegen Klerus und Adel – zum Subjekt der politischen Herrschaft erklärt hat. Dabei werden die Merkmale der radikalen Demokratietheorie von zeitgenössischen Autorinnen und Autoren wie Claude Lefort, Miguel Abensour, Jacques Rancière, Judith Butler, Chantal Mouffe geborgt (S. 155); sie lauten Kontingenzdenken, das Wegfallen von Letztbegründungen, Kon-

fliktbetonung, die Hinzunahme der Genese des Subjekts und unbedingter Herrschaftsanspruch des *demos* (S. 17). Diese Elemente werden in einem weiteren Schritt von der Autorin in das politische Werk Rousseaus hineingelesen, vor allem über eine Deutung der Naturzustandskonzeption und des Menschenbildes. Sie gelangt zu der Überzeugung, die Menschen seien die Schöpfer der politischen Ordnung, in der sie leben; weder Gott und Geschichte noch Naturgesetze könnten daran etwas ändern (S. 149). Den Satz des Genfer Philosophen aus seinen Bekenntnissen, alles hänge radikal an der Politik, macht Comtesse entsprechend stark. Mit Étienne Balibar glaubt sie, es sei das Verdienst Rousseaus, nicht nur über Volksherrschaft, sondern auch über die „Herstellung eines Volkes“ nachgedacht zu haben (S. 213). Die Missbrauchsanfälligkeit des Kollektivsubjekts „Volk“ wird zwar offen benannt, doch glaubt die Autorin durch die Unterscheidung von souveränem und nationalem Volk die unheilvollen Gefährdungen vermeiden zu können. Um ein europäisches Volk herstellen zu können, müssen die Nationen überwunden werden. Das voluntaristische Gründungsmoment einer Nation wird mit Ernest Renan betont und ihr konstruktivistischer beziehungsweise „imaginärer“ Charakter mithilfe Benedict Andersons entlarvt. Zudem wird mit Balibar die „konstitutive Rolle der Einwanderer“ (S. 253) bei der Entwicklung einer europäischen Staatsbürgerschaft thematisiert. Spätestens diese intellektuellen Anleihen lassen daran zweifeln, dass mit Rousseau die Begründung einer europäischen Volkssouveränität gelingen kann. Die Schwierigkeit ist der Autorin durchaus bewusst; in der Einleitung fragt sie: Warum ausgerechnet Rousseau? Und am Schluss spricht sie von einer „Aktualisierung gegen die Zeit“. In der Summe gebe es kein Argument gegen die mögliche Gründung einer postnationalen Volkssouveränität, aber viele

Argumente, warum eine solche Gründung wünschenswert sei (S. 297).

Dem ist zu widersprechen. Rousseau selbst hätte viele Argumente gegen die Möglichkeit einer europäischen Volkssouveränität ins Feld geführt und sie als ein „hölzernes Eisen“ verworfen. Die von ihm imaginierte Republik stand im Banne des antiken Polis-Ideals und im Lichtschatten seiner Vaterstadt Genf, wie Iring Fetscher in seiner klassischen Rousseau-Studie eindrucksvoll gezeigt hat; sie war jedenfalls nur in kleinen und überschaubaren Gemeinwesen lebensfähig, in der die Bürger einander begegnen und vertrauen konnten. Es kann nicht einmal sicher gesagt werden, dass Rousseau, der sein Leben träumend verbrachte, um der Welt und den Menschen zu entfliehen, wie sie nun einmal waren, eine solche europäische Volkssouveränität auch nur für wünschenswert erachtet hätte. Hingegen besteht aber kein Zweifel daran, dass ihm der dauerhafte Frieden zwischen den Völkern Europas ein Herzensanliegen war. Dabei hatte er ein hellwachses Bewusstsein vom Gewicht der Geschichte, das Europa in den Knochen steckte, vergaß darüber aber nicht die großen Gemeinsamkeiten. In seinem „Entwurf eines fortdauernden Friedens“, in dem er das Projekt eines europäischen Staatenbundes (stellenweise ist sogar von einer „europäischen Republik“ die Rede) skizziert und dem Comtesse in ihrer Studie bedauerlicherweise keinerlei Beachtung geschenkt hat, heißt es: „All diese Ursachen zusammen bewirken, dass Europa nicht bloß eine Ansammlung von Völkern ist, die wie Asien oder Afrika nur den Namen gemeinsam haben, sondern eine wirkliche Gesellschaft mit ihrer Religion, ihren Sitten und Gebräuchen, ja sogar ihren gemeinsamen Gesetzen, von der sich keines der sie bildenden Völker abwenden kann, ohne dass dies alsbald zu Misshelligkeiten führte“. Heute ist dies mehr denn je der Fall; Europa ist ein gemeinsamer Erfahrungsraum,

wenn nicht sogar eine Art Schicksalsgemeinschaft. Die beiden Weltkriege, die Europa an den Rand der Selbstzerfleischung brachten, haben zweifelsohne politische Lernprozesse in Gang gesetzt. Die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft lässt sich ohne den düsteren historischen Hintergrund kaum verstehen. Später haben die Institutionen der Europäischen Union, wie etwa Gerichte oder die gemeinsame Währung, dazu beigetragen, die sichtbaren und unsichtbaren Fäden zwischen den Völkern Europas enger zu knüpfen. Insofern ist die These von der politischen Machbarkeit eines Volkes keine rein utopische Vorstellung, wie Comtesse selbst zu Recht bemerkt. Gleichwohl ist sie immer noch mehr Hoffnung als gelebte Erfahrung, zeigen doch die politischen Krisenphänomene der letzten Jahre, dass wir von einer europäischen Volkssouveränität meilenweit entfernt sind. Jedenfalls führt an der nüchternen Erkenntnis kein Weg vorbei, dass die europäischen Legitimitäts- und Solidaritätsressourcen begrenzt sind. Am Ende erlaube ich mir die Frage, ob nicht vielleicht der Blick auf die politische Entstehungsgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrem kanonischen Text, den Federalist Papers, ergebiger gewesen wäre, um das Problem der Begründung einer großflächigen demokratischen Republik in den Griff zu bekommen.

Berlin

Ahmet Cavuldak

Blicke auf den europäischen Integrationsprozess

Hohls, Rüdiger/Kaelble, Hartmut (Hrsg.): Geschichte der Europäischen Integration bis 1989, 264 S., Steiner, Stuttgart 2016.

Rüttgers, Jürgen/Decker, Frank (Hrsg.): Europas Ende, Europas Anfang. Neue Perspektiven für die Europäische Union, 268 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2017.

Weidenfeld, Werner: Europas Seele suchen. Die Bilanz der europäischen Integration, 556 S., Nomos, Baden-Baden 2017.

Beinahe jeden Monat erscheint ein neues Europa-Buch, nicht wenige von ihnen auch mit mehr oder weniger historischen Rückblicken. Die innovativste des hier vorgestellten Publikationen ist der Eröffnungsband „Geschichte der Europäischen Integration bis 1989“ der Reihe „Europäische Geschichte in Quellen und Essays“ mit 22 Kurzbeiträgen zu einzelnen Momenten der Integrationsgeschichte, etwa zur Atlantik Charta von 1941, zu Churchills Zürcher Rede von 1946, zum Haager Gipfel von 1969, zu Spinellis Votum von 1981 für eine europäische Verfassung oder zur Einheitlichen Europäischen Akte von 1986. Zu jedem Moment gibt es einen Quellentext, der den Ausgangspunkt oder Hintergrund für den Autorentext bildet, der den Kontext skizziert und sich in paraphrasierenden Erläuterungen auch auf einzelne Textpassagen bezieht.

Die Einleitung vermittelt eine historiographische Standortbestimmung und stellt zutreffend fest, dass sich ein signifikanter Wandel abzeichnet: Die Geschichte der unverzichtbaren und weiterhin zentral bleibenden Geschichte der großen Verträge und Erweiterungen werde um vielfältige und dezentral angelegte Einzelgeschichten erweitert. Beinahe entschuldigend wird bemerkt, dass die Integrationsgeschichte, die ein interdisziplinärer Gegenstand par excellence ist, hier einzig von Historiker_innen besprochen wird. Als Positivum wird dem entgegengehalten, dass die Autor_innen ein breites Generationenspektrum abdecken, von Bekannten wie Michael Wildt und Wilfried Loth bis zu kaum bekannten Nachwuchskräften. Zu keinem selbstreflektierendem Kommentar hat hingegen der Umstand geführt, dass dieser Zweig der Geschichtsschreibung noch immer und kaum aus Diskriminierungs-

tendenz in fester Männerhand ist. Bewusst ist den Herausgebern dagegen, dass die Beschränkung auf deutschsprachige Beiträge nicht gerade europaadäquat ist, aber wegen der Übersetzungskosten nötig war.

Die Publikation kann den in der Einleitung mustergültige umschriebenen Thematisierungsdesideraten nicht selber gerecht werden. Es ist stets leichter, Idealprogramme aufzustellen, als diese zu realisieren. Die zusammengekommenen Beiträge belegen nicht einfach nur die begrüßte neue Vielfalt, sie lassen sich doch auch in ein Schema eingliedern: In einem ersten Teil werden Beiträge zu den Integrationsanläufen der Jahre 1929/30–1950 versammelt; ein zweiter Teil deckt die Periode von der Montanunion zum Haager Gipfel 1950–1969 ab; und ein dritter Teil nimmt die Zeit von der Krise der 1970er Jahre bis zum Fall der Mauer 1989 in den Blick.

Wie bei solchen Sammelwerken unvermeidlich, sind die einzelnen Beiträge von unterschiedlicher Qualität. Bei Momenten, in denen man sich besser auskennt, spürt man deren Begrenztheit besser. Von Gerhard Altmanns Beitrag über die Churchill-Rede könnte man sich wünschen, dass er wenigstens in einem Satz sagt, warum es überhaupt zu dieser Rede gekommen ist und dass die beigefügte Bibliografie dem Forschungsstand Rechnung trägt. Der noch vor dem „Brexit“-Moment verfasste Beitrag hat dagegen auch Stärken, und diese bestehen darin, dass er im breiteren Sinn das britische Selbstverständnis erläutert und so die weniger als halbherzige Mitwirkung am europäischen Integrationsprojekt erklärt.

Warum im Sommersemester 2015 an der Universität Bonn der Europafrage eine Ringvorlesung gewidmet wurde, wird in der Einführung der von Jürgen Rüttgers und Frank Decker, beides Politologen, nicht explizit erläutert. Es dürfte aber die sich ausbreitende Infragestellung des Integrati-

onsprojekts gewesen sein, jedenfalls wird gesagt, dass die mit der EU verbundenen Hoffnungen „weitgehend“ zerstoßen seien, viele das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen und die Rückkehr zur „vertrauten Nationalstaatlichkeit“ wünschen. Die Publikation geht davon aus, dass die „Grundfesten“ der Europäischen Union erschüttert seien und es allerhand Reformen brauche, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. Des Weiteren müsse ein bereiter öffentlicher Diskurs stattfinden, in welchem Universitäten und Wissenschaft eine wichtige Rolle spielen sollten. Unter den 17 Beiträgen finden sich einige bekannten Namen (Dieter Grimm, Fritz Scharpf, Gesine Schwan, Herfried Münkler, Jan-Werner Müller). Wiederum ist der Frauenanteil bescheiden, der Mix ist aber stärker multidisziplinär. Die Geschichte als Disziplin ist schwach vertreten, nicht aber die Geschichte als Materie.

Der in Bonn lehrende Historiker Dominik Geppert stellt in seinem Beitrag sehr zutreffend fest, dass der Ausgang der „Brexit“-Abstimmung weniger von der aktuellen Stimmung als von einer gegebenen politischen Kultur und einer bestehenden Mentalität abhing, dass die Lagerlinie durch beide großen Parteien verläuft und der Vernunfteuropäer David Cameron mit seinem Referendum im Grunde einfach das Gleiche gemacht hat wie Harold Wilson 1975. Die Last der Geschichte bestand da weniger in noch nicht aufgegebenen Empire-Ambitionen als im fatalerweise zur Blaupause gemachten Trick eines Amtsvorgängers der 1970er Jahre. Analysen, welche sich auf die bekannten Europa-Vorbehalte beschränken und einzig die Vergangenheit rekapitulieren, greifen demnach zu kurz. Bekanntlich sind neben alten Kulturmustern die jeweiligen Zukunftserwartungen von erheblichem Gewicht, in diesem Fall die Ausrichtung auf die Wahlen von 2020 in Verbindung mit der zutreffenden Annahme, dass in Wahlkämpfen mit anti-

europäischen Positionsbezügen gepunktet werden kann. In manchen weiteren Analysen dieses Bandes, die von der Gegenwart ausgehen und auf die Zukunft ausgerichtet sind, taucht immer wieder auch die Zeitgeschichte auf. So wird beispielsweise die Bedeutung der Wende von 1989 erörtert, die nun schon ein Vierteljahrhundert zurückliegt. Dabei stellt sich der Eindruck ein, dass die Integrationsgeschichte in zwei Teile zerfällt und diese mit einer je eigenen Erzählung erfasst werden sollen: Zum ersten Teil bis 1989 besteht dieses Narrativ; zum zweiten Teil muss es ernst noch gefunden beziehungsweise entwickelt werden.

Für die Publikation von Texten des hochverdienten Politologen Werner Weidenfeld gibt es vielleicht zwei Anlässe. Beide sind undeklariert, aber gegeben: zum einen der 70. Geburtstag des Autors und zum anderen ist es dieses Europa, das sich zurzeit in einem prekären Zustand befindet und das, wie im Untertitel angedeutet, seine Seele verloren hat, und, wie er gestützt auf Papst Franziskus zwischen den Buchdeckeln am Anfang und Ende bemerkt, diese „wiederfinden“ müsse. Der Untertitel der Schrift ist irreführend oder einfach unzutreffend: Es wird keine Bilanz der europäischen Integration angeboten, es werden vielmehr die weitgehend wörtlich übernommenen Bilanzen rezykliert, die in den Jahren 1980–2016 im „Jahrbuch der Europäischen Integration“ erschienen sind. Darunter finden sich noch immer sehr kluge und einleuchtende Feststellungen, aber in aneinander gereihten undatierten Gegenwarten. Es leuchtet nicht ein, warum zum Beispiel das Kapitel 12 zwar den Originaltitel „Neue Risiken und Konflikte“ trägt, man aber nicht erfährt, dass dieser Text 1991/92 publiziert worden ist. Was man jetzt machen kann beziehungsweise machen sollte, diese Texte einer Analyse unterziehen, die uns sagt, welches die wiederkehrenden Leitgedanken des Autors sind, inwiefern dieser beim glei-

chen Vokabular bleibt und inwiefern neue Haltungen eingenommen werden. Und vom Autor hätte man gerne eine Summe der Betrachtungen bekommen, ja, nun wirklich eine Bilanz der Bilanzen, und zwar nicht bloß den jüngsten Zustand bilanzierend, sondern die eigene Einschätzungen der letzten 36 Jahre. In der letzten Bilanz betont er, wie wichtig es sei, eine neue geistige Ordnung auf der Baustelle Europas zu schaffen. Weidenfeld spricht sich dabei ebenfalls für ein neues Narrativ gewissermaßen zum zweiten Akt der Integrationsgeschichte aus, weil die alten Orientierungskonstellationen weitgehend verbraucht seien.

Basel

Georg Kreis

Die politische Kommunikationsforschung entdeckt das Gehirn

Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht, 222 S., Halem, Köln 2016.

Politik ist sprachlich vermittelt ungemein wichtig; deswegen sind Analysen, die darauf hinweisen, wie mit Sprache Politik gemacht wird. Wir ahnen es ja – wer mit Blick auf Steuerpolitik von „Steuerlast“ redet oder die Bürger als „Melkkuh“ bezeichnet, wer von „Steuerfallen“ spricht oder „Steuerflüchtlinge“ jagen will, der beschreibt nicht einfach neutrale Zusammenhänge, sondern wählt eine Sprache, die den beschriebenen Vorgang bewertet. Ähnlich verhält es sich mit der berühmten sozialen „Hängematte“, dem „Sozialhilfeadel“ oder dem „Sozialtropf“. Wer diese Wörter verwendet, kritisiert die, die von Sozialhilfe leben, und ruft eine ganze Menge negativ assoziierter Eigenschaften auf, etwa Faulheit und ein Leben oder gar eine Bereicherung auf Kosten anderer („Adel“). Sprachlicher Ausdruck und Bewertung gehen in diesen Fällen also zusammen, die

Wortwahl gibt mehr oder weniger unmissverständlich zu verstehen, wie ein Sachverhalt eingeschätzt wird, in gewisser Weise wird sogar nahegelegt, wie mit dem ‚Problem‘ umgegangen werden soll, denn Bürger, die am „Sozialtroph“ leben, sollte es, so eine mögliche Implikation der gewählten Sprache, nicht geben.

Die Sprach- und Kommunikationswissenschaft hat schon länger einen Begriff, mit dem sie solche Prozesse der selektiven Sprachverwendung bezeichnet, nämlich den Begriff des *frames*, und es ist dieser Begriff, den Elisabeth Wehling in ihrem Buch „Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht“ ausführlich untersucht. Sprachliche *frames* filtern und selektieren Informationen, sie implizieren Ursachen für Probleme und legen häufig Lösungen nahe. Sie prägen also das Denken über einen Sachverhalt und beeinflussen seine Wahrnehmung und Bewertung. Wehlings Buch ist voll mit Beispielen aus dem Bereich der Steuerpolitik, des Sozialstaats, der Zuwanderungsdebatte („Das Boot ist voll“), der Umweltpolitik oder der Terrorismusthematik – dadurch gewinnt es eine schöne Lebendigkeit, die keine Zweifel an der Relevanz des Themas aufkommen lässt. Die politische Sprache ist durch und durch getragen von Metaphern und Bildern, ohne die wir, wie Wehling sagt, politische Themen nicht „denken können“ (S. 68). Hören wir nur häufig genug, dass das Boot (des Nationalstaats) „voll“ ist, dann kommen wir nicht umhin, anzunehmen, dass Nationalstaaten relativ kleine Behältnisse sind, in die nur begrenzte Mengen von Passagieren passen. Sicher, Nationalstaaten sind keine Behälter, sondern territorial begrenzte und politisch mehr oder weniger integrierte Gebilde, aber wenn Wehling recht hat, dann kann es zumindest in der Politik eine neutrale Sprache ohne wertende Metaphern und Bilder nicht geben, ausdrücklich heißt es, dass es in der

Politik „immer um ideologisches Framing“ (S. 62) geht.

Nun lässt sich wissenschaftlich einwenden, dass diese Einsichten nicht gerade neu sind. Wehling selbst zitiert neben neuerer Literatur immer wieder ältere Literatur, die sich schon lange mit den vielfältigen Aspekten sprachlich-metaphorisch gesteuerter Wahrnehmung beschäftigt, vor allem die Schriften des Linguisten George Lakoff, mit dem die Autorin in Berkeley zusammenarbeitet, spielen eine zentrale Rolle. Das Buch wendet sich aber durchaus auch an ein Laienpublikum und leistet insofern hilfreiche Vermittlungsarbeit. Wichtig für eine angemessene wissenschaftliche Einschätzung des Buchs muss aber trotzdem die Frage sein, wie Wehling die alten Erkenntnisse nun in einen neuen Deutungsrahmen integriert, den ihr vor allem die neueren Kognitionswissenschaften liefern. Und tatsächlich: Hier wird es interessant und zugleich auch problematisch. Wehling interessiert sich nämlich überwiegend für neurowissenschaftlich fundierte Kognitionstheorien und zitiert zahlreiche Studien, die belegen sollen, dass sprachliches Verstehen auf neuronalen Simulationsprozessen beruht, durch die semantische Bedeutungen gleichsam im Gehirn verkörpert werden. Ein Beispiel von Wehling: „Lesen wir den Satz ‚John tritt den Ball‘, so aktiviert unser Gehirn automatisch jenen Bereich des prämotorischen Zentrums, der für das Phänomen von Fußbewegungen zuständig ist. Lesen wir hingegen ‚John beißt in den Apfel‘, werden Schaltkreise aktiv, die unsere Mundbewegungen planen“ (S. 22). Wir verstehen Worte und ihre Bedeutungen nur in dem Maße, in dem unser Gehirn in der Lage ist, die Regionen zu „aktivieren“ (das Zauberwort der modernen Neurowissenschaft), in denen die jeweils beschriebenen Handlungen simuliert werden. Wir verstehen das Wort „beißen“ also nur, wenn unser Gehirn an jenen Stellen aktiv wird, die auch aktiv

werden, wenn wir faktisch beißen. Das eben meint Simulation.

Natürlich kann man fragen, ob diese Thesen für die gesamte Sprache gelten oder nur für das, was Wehling gelegentlich „Handlungsworte“ (S. 22) nennt und man kann fragen, wie weit die Idee der Simulation reicht. Kognitionswissenschaftliche Theorien der Simulation oder der Spiegelneuronen sehen sich in letzten Zeit durchaus einer wachsenden Kritik ausgesetzt, wovon sich in Wehlings Text leider keine Spuren finden. Wie simulieren wir etwa „Boot“ oder gar abstraktere Begriffe wie „Kognition“? Und können wir nur verstehen, was wir simulieren können? Das scheint in vielerlei Hinsicht unplausibel. Andererseits liefert das Buch doch eine ganze Fülle an Wortfeldern, die mehr als nur konkrete Handlungen indizieren, etwa Orts- und Richtungswörter (oben-unten), affektiv aufgeladene Wörter (sauber-schmutzig) oder Tempowörter (langsam-schnell), so dass der Deutungsrahmen durchaus recht breit ist. Hören wir das Wort „Schildkröte“ ruft das Gehirn das Konzept Langsamkeit ab – Wehling behauptet sogar, dass wir langsamer gehen (S. 37); hören wir „sie hat schmutzige Gedanken“ (s. S. 75) ruft es das mit Sauberkeit verbundene Konzept der Moral ab; lesen wir, dass jemand im fünften Stock wohnt, richten wir innerlich oder sogar äußerlich den Blick nach oben. Durch diese Worte werden also über das Gehirn gesteuerte, körperlich verfestigte *frames* aktiviert, die vorgeben, wie wir einen Gegenstand oder eine Situation wahrnehmen und beurteilen und wie wir uns verhalten. Wichtig ist dabei für die Autorin, dass dies automatisch und weitgehend ohne Bewusstsein passiert. Wichtig ist auch, dass sich *frames* „direkt in Handlungen umsetzen“ (S. 37). Wir alle, so heißt es an einer anderen Stelle, „denken und handeln tatsächlich nach Worten“ (S. 41).

Mit diesen Überlegungen ist noch nichts darüber gesagt, wie sich *frames* entwickeln (nicht weiter überraschen sollte natürlich die Tatsache, dass auch die Rede von *frames* als „Rahmen“ metaphorisch ist). Wehling geht davon aus, dass sich *frames* durch eine Verbindung von angeborenen, zunächst potenziellen neuronalen Verbindungen mit konkreten Erfahrungen ergeben (S. 57), was in gewisser Weise ihre kulturelle Variabilität erklärt. Eine Hängematte ist per se ein Gegenstand in der Welt mit eher positiven Konnotationen, wird er aber wiederholt mit dem Zusatz „sozial“ versehen und in einem eindeutig negativ wertenden Kontext gestellt, dann ruft die Wendung von der „sozialen Hängematte“ eine Ablehnung der betroffenen Personen hervor. Ist der *frame* einmal etabliert, dann, das wiederholt Wehling, können wir ihm nicht mehr entgehen, dann kann man uns leicht manipulieren, indem bestimmte Wörter verwendet werden. Gerade aus dieser automatischen Abrufbarkeit von *frames* bezieht das Buch einige seiner praktischen Ratschläge. Willst du einen *frame* bekämpfen, greife ihn nicht auf, sondern entwickle einen Gegenframe; willst du eine politische Botschaft verbreiten, rufe einen gut etablierten *frame* auf et cetera. Wehling ist sich darüber im Klaren, dass ihr Wissen, wenn es denn stimmig ist, durchaus als Manipulationswissen dienen kann (Werbende und Propagandisten wissen, wovon die Rede ist), aber sie möchte es naturgemäß eher progressiv einsetzen und unsere sprachliche Unkenntnis und Naivität beheben.

An manchen Punkten allerdings übertreibt Wehling die wahrnehmungs- und handlungsdeterminierende Kraft von Metaphern, was an der oftmals zu glatten Übernahme der kognitionswissenschaftlichen Studien liegt. Lese ich etwa in einem Artikel („Frankfurter Rundschau“, 20. Juni 2017), dass die SPD im Steuerbereich Entlastungen „mit der Gießkanne“ ablehnt, dann werde ich als

sozialdemokratischer Wähler wohl lesen: Die Wohlhabenden werden nicht entlastet, alle anderen schon. Die Gießkanne weckt die in diesem Fall negativen Assoziationen einer für alle gleichmäßigen Berieselung. Wie erwähnt, an die im Hintergrund präsentierte Hirnforschung lassen sich in solchen Zusammenhängen ein paar tückische Fragen richten: Wie simuliere ich „Gießkanne“? Nur Gießkannen mit Tülle verteilen das Wasser gleichmäßig – woher kennt mein Gehirn den Unterschied „mit Tülle“ oder „ohne Tülle“? Die zahllosen methodologischen Probleme, die hier lauern, übergeht Wehling souverän, an manchen Punkten zieht sie aus Studien mit extrem wenigen Probanden und teils grotesk unterkomplexen Versuchsanordnungen großflächige Schlüsse (z. B. S. 75–80). Wie in vielen anderen populären Büchern dient also die Hirnforschung als absoluter Faktizitätsgarant und sichert die Automatismen, die das souveräne Subjekt seiner Selbstmächtigkeit berauben. Aber ist deswegen klar, wie ich wählen oder was ich tun werde? Richtig ist, dass ein CDU-Politiker wohl kaum Steuerentlastungen „mit der Gießkanne“ empfehlen würde, dazu ist das Bedeutungsfeld „Steuern-Gießkanne“ zu negativ konnotiert. Er würde eher von Steuerentlastungen „für alle“ reden. Aber in anderen Kontexten könnte er an Steuerentlastungen „mit der Gießkanne“ kritisieren, dass auch Arme von ihnen profitieren, die doch ohnehin viel weniger Steuern zahlen. Die Metapher ist also (politisch) beweglich und entfaltet ihre Kraft erst im jeweiligen Diskussionskontext. Welche „körperlichen Erfahrungen“ oder welches abgespeicherte „Wissen über die Welt“ leiten also die Art, wie wir die Information „Steuerentlastung“ im Zusammenhang mit der Gießkannenmetapher „einordnen“ (S. 17)? Von sich aus determiniert die Metapher in den Augen des Rezensenten wenig (schon gar kein Handeln), sie entfaltet ihre negative Kraft nur in bestimmten politisch-

ideologischen Rahmenkontexten, in denen sie dann jeweils richtig verstanden wird. Vielleicht schaut man, wenn jemand vom „fünften Stock“ redet, simulativ oder sogar real nach oben (aber in New York...). Aber wenn jemand Steuerentlastungen „mit der Gießkanne“ ablehnt, wählt er nicht gleich die SPD. Wäre der Rezensent Sympathisant der SPD, wüsste er wohl schnell, was gemeint ist und verstünde die impliziten Wertungen. In anderen Kontexten könnte die gleiche Metapher Ähnliches für CDU-Wähler leisten. Mehr aber auch nicht. Kurz, die Erkenntnisse der Kognitionswissenschaft lassen sich nicht so leicht auf politische Zusammenhänge applizieren, wie Wehling das gerne möchte. Das heißt nicht, dass *frame*-Analysen nicht extrem wichtige Einsichten zutage fördern. Aber dazu brauchen sie die Hirnforschung nicht.

Lucern

Martin Hartmann

Theorie des Populismus

Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, 159 S., Suhrkamp, Berlin 2016.

Seinem Gestus nach ist der Populismus in seinen unterschiedlichen Spielarten antielitär, doch das ist nur der Deckmantel dafür, dass er in seinem Kern antipluralistisch ist. Auf dieser These hat der in Havard lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller seine kritische Theorie des Populismus begründet. In der Entwicklung einer solchen Theorie liegt auch der Anspruch seines Essays: den politischen Kampfbegriff ‚Populismus‘ für den wissenschaftlichen Gebrauch handhabbar zu machen. Das, so die zweite These, sei indes nur möglich, wenn die Theorie des Populismus als ein Teil der Demokratietheorie entwickelt werde, und zwar speziell als ein Teil der repräsentativen Demokratie. Die bereits in der Vergangenheit immer wieder

zu beobachtenden Wellen populistischer Bewegungen sind danach Indikatoren für ein um sich greifendes Unbehagen an der politischen Repräsentation, einen schnell erodierenden Vertrauensverlust der Repräsentierten in ihre Repräsentanten. Das ist dann die dritte These in Müllers Essay, die gegen eine mit Ausschließlichkeitsanspruch auftretende soziologische Erklärung gerichtet ist, für die der Populismus wesentlich der Ausdruck einer Abstiegsangst von Mittelschicht und Kleinbürgertum ist. Müller bestreitet nicht, dass Abstiegsängste eine Rolle spielen, misst den Veränderungen in der Gesellschaft aber eine insgesamt geringere Bedeutung für die jüngste Konjunktur populistischer Politiker und Bewegungen bei als dem erodierenden Vertrauen in das politische System und hier insbesondere in die Idee der Repräsentation.

Es ist somit eine genuin politikwissenschaftliche Theorie des Populismus, die Müller in Absetzung von den sonst dominierenden soziologischen Erklärungsansätzen entwirft. Und deswegen beschäftigt er sich auch nicht mit der Krise der Mittelschicht oder den Folgen eines globalisierten Kapitalismus, sondern konzentriert sich auf die für Links- wie Rechtspopulisten zentrale Fiktion des moralisch reinen und homogenen Volkes, das seitens der Populisten als Leitreferenz und Legitimationsressource gegen die angeblich korrupten und parasitären Eliten ins Spiel gebracht wird. Dieses so stilisierte Volk ist gegen die empirischen Einwände der Soziologen immun. Der Bezug auf dieses Volk und seinen Willen verschafft den Populisten die Möglichkeit, sich als die wahren und eigentlichen Demokraten zu positionieren und darüber den Anspruch geltend zu machen, dass alle Institutionen, die dem Willen des Volkes entgegenstünden, vor allem Justiz und Presse, in ihrer Macht und ihrem Einfluss beschnitten werden müssten. Sind die Anführer der populistischen Bewegungen erst einmal

an der Macht, so zeigen sie ein ums andere Mal, dass sie kein Interesse an einer größeren und folgenreicheren Partizipation des „Volkes“ haben; wäre das der Fall, würde die Praxis der Partizipation sogleich mit dem populistischen Alleinvertretungsanspruch des wahren Volkswillens kollidieren.

Müller entwickelt seine Überlegungen indes nicht nur im Felde der Theorie, sondern erläutert und exemplifiziert sie auch immer wieder an den Populisten unserer Gegenwart: Viktor Orbán, Geert Wilders, Marine Le Pen, Donald Trump – und wie sie alle heißen. Das verleiht seiner kritischen Theorie des Populismus große Anschaulichkeit. Die Theorie wiederum sorgt dafür, dass die Beispiele nicht in einen Gestus des Alarmismus umschlagen, wie man ihn sonst in vielen einschlägigen Publikationen zu lesen bekommt, sondern dass Müllers Überlegungen im Modus der Distanznahme den Überblick behalten: Die repräsentative Demokratie hat den Populismus als Begleiter, der mal stärker, mal schwächer in Erscheinung tritt. Das ist eine Herausforderung des Systems, die ihm durchaus neue Kräfte zuführen kann. Jan-Werner Müllers Essay zeigt, dass die Politikwissenschaft sich auf die Demokratietheorie als den Kernbestand des Fachs wieder stärker konzentrieren sollte.

Berlin

Herfried Münkler